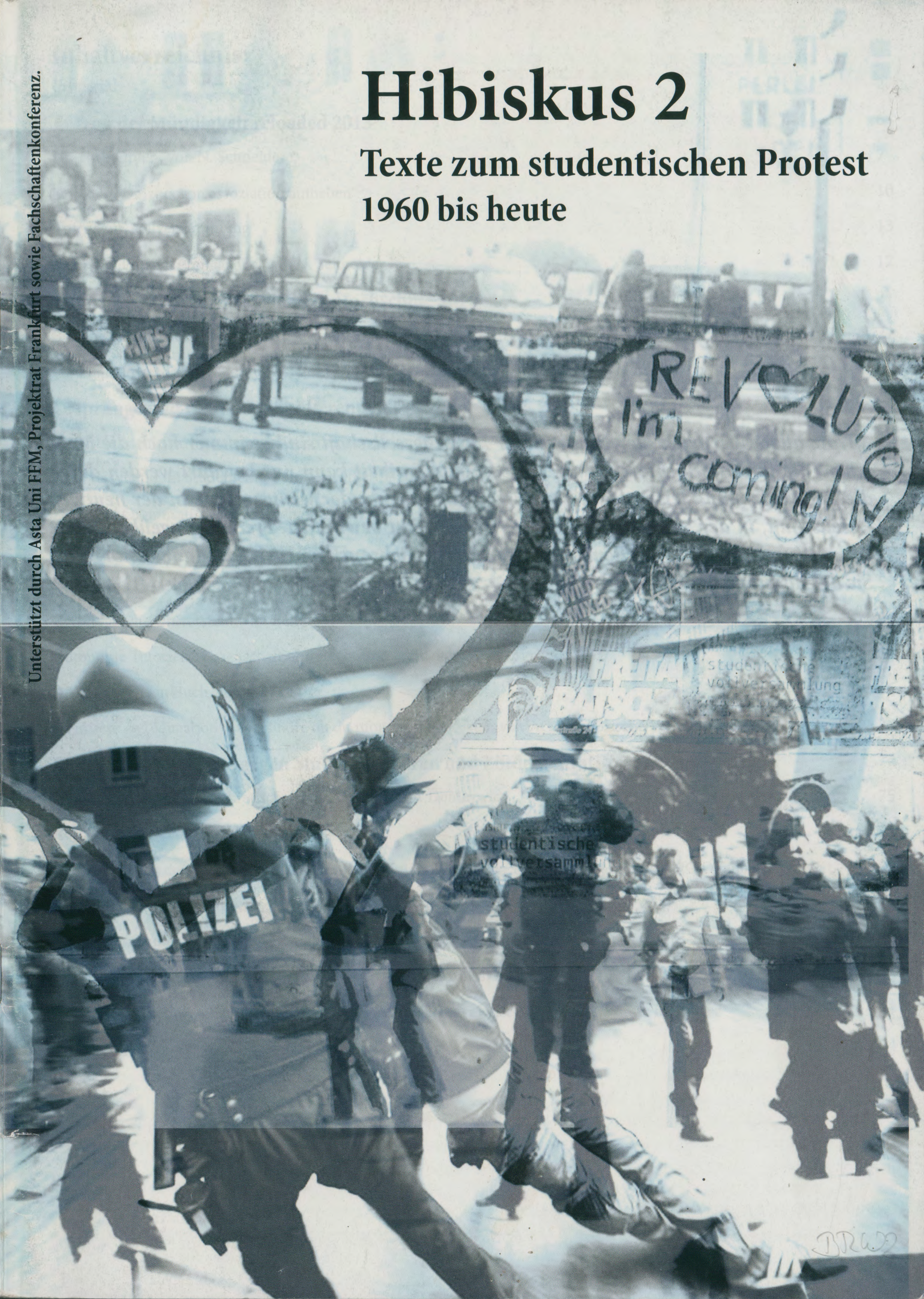
Hibiskus 2

Texte zum studentischen Protest 1960 bis heute

Unterstützt durch Asta Uni FFM, Projektrat Frankfurt sowie Fachschaftenkonferenz.



„Trotz aller Übermacht der Dinge in der Massengesellschaft sind es immer noch die Menschen, die ihre Geschichte machen. Die bedrohte Freiheit kann nur bewahrt werden durch die, die Widerstand leisten, und die Universität ist einer der wenigen Orte in der heutigen Gesellschaft, in der, wen sie sich ihrer Aufgaben recht bewußt ist, Freiheit eingeübt werden kann. Wenn Sie von der akademischen Freiheit den Gebrauch machen, (...) dann bleibt durch Sie die Hoffnung in der Welt."

Max Horkheimer

Inhaltverzeichnis:

Editorial

„Das Glück des unabhängigen Denkens und das Bedürfnis nach Freiheit, das aus ihm folgt, ja mit ihm identisch ist, muss gelernt und erfahren sein; es bedarf der Übung und der Gelegenheit, des Beispiels und des Umgangs. Sonst bleibt das Wesen kraftlos und abgespalten, anstatt sich durchzusetzen. Wie unendlich klein auch das Ausmaß dieses Hauses im Hinblick auf so hochgesteckte Ziele erscheint, die Wirkung dieser Zelle wird sich aufs Ganze, der Universität und weiterhin erstrecken, es wird ihr Zentrum werden." Festrede Max Horkheimers zur Eröffnung des Studierendenhauses in Bockenheim 1953

Max Horkheimer beschreibt mit diesen Sätzen die Idee eines Studierendenhauses. Der Bau des Studierendenhauses war ein Teil der Re-education-Programme. Ziel der Re-education war es, die Menschen in Deutschland zu demokratisieren und entnazifizieren. Die bekanntesten Auswirkungen dieses Programms an Hochschulen sind die Verfasste Studierendenschaft und die Einführung demokratischer Gremien an der Hochschule. Leider wurden aus politischen Zwängen viele Maßnahmen nicht umgesetzt oder abgeschwächt. Eine bestimmte Form der Re-education in Frankfurt war die Errichtung eines Studierendenhaus, das von Studierenden bis heute selbstverwaltet wird. Das Besondere an diesem Ort ist, dass er den Mittelpunkt des Campus' darstellt und damit Katalysator für eine widerständige studentische Kultur war bzw. ist.
Der Campus Bockenheim wird bald Geschichte sein: der Umzug der ehemaligen Turmfachbereiche ist vollzogen, die universitären und gesellschaftlichen Transformationen seit diesem Sommersemester 2013 sind gravierend. Auf dem neuen Campus gibt es noch kein Studierendenhaus, es wird erst in den kommenden Jahren entstehen. Es wird auch nicht im Zentrum, sondern am Rande des Campus angesiedelt sein. Demokratisierung und Entnazifizierung sind nicht mehr en vogue im neuen Campusleben, während die Vermarktung der «Frankfurter Schule» auf Hochtouren läuft. Kritische Wissenschaften werden zu Excellenzclustern und müssen im internationalen Rahmen konkurrenzfähig bleiben. Mit dem Umzug der letzten großen Fachbereiche wurde auch der Aneignungspolitik der letzten 61 Jahre am Campus Bockenheim eine Ende gesetzt. Das Institut für Vergleichende Irrelevanz oder auch das Turmcafé sind Geschichte. Mit ihrer Räumung Anfang des Sommersemesters 2013 ist das (vor) letzte Kapitel der alten Campusgeschichte zugeschlagen worden. Nicht nur, dass den Studierenden einer ihrer letzten reflexiven Rückzugsorte auf dem Campus genommen worden ist, sondern auch die Studiensituation auf dem neuen IG Farben Campus hat sich wesentlich verschlechtert.
Keine schönen Aussichten für eine kritische-reflexive Studierendenschaft. Wegen diesen Verhältnissen an der Universität Frankfurt hat sich das Redaktionskollektiv zusammengefunden, um eine Kritik an den gegenwärtigen Zuständen und darüber hinaus aufzuzeigen. Uns war es wichtig, die geschichtliche Kontinuität von studentischer Kritik und studentischen Forderungen aufzuzeigen.
Im ersten Kapitel „Entzug der Mündigkeit reloaded" widmen wir uns anhand von unterschiedlichen Texten u.a der Kritik am Umzug von Bockenheim auf den IG Farben Campus. Der Aufruf der Vollversammlung soll noch einmal aufzeigen, was für eine Analyse und welcher Anspruch hinter diesem Vollversammlung am 23.4.2013 stand. Im Artikel „Paranoia, Putzen, Propaganda" wird auf die Ereignisse während und nach der Vollversammlung und den Diskurs über Sachbeschädigung eingegangen. Die Studienbedingungen sind gerade für die sozialwissenschaftlichen und geisteswissenschaftlichen Studiengänge schlechter geworden. Durch die (Rück-)Umwandlung der Frankfurter Universität in eine Stiftungsuniversität wurde die Transformation zur unternehmerischen Hochschule bewerkstelligt. Durch interne Umverteilung der Gelder für einzelne Fachbereiche, durch Excellenzcluster, durch Studiengebühren, durch den Bolognaprozess und die neue « Autonomie» der Stiftungsuniversität sollte die Warenförmigkeit der Bildung auf eine neues Niveau erhoben werden. Diesem Thema windet sich das Kapitel „Transformation zur neoliberalen Hochschule" aus dem gleichnamigen Reader aus dem Jahre 2010. Im Artikel „Bildung und Wissenschaft im Kapitalismus" wird aufgezeigt, welche Wechselwirkungen unsere Gesellschaftsordnung mit der Hochschule hat.
„Paradigmenwechsel. Anmerkungen zum Umzug der Uni Frankfurt" verdeutlicht die bestehende Kritik am Umzug der Universität und deren Hintergründe. Zwar konnte die Frankfurter Universität nicht zur einer deutschen Eliteuniversität „gekrönt" werden und es konnten durch Studierendenproteste Studiengebühren wieder abgeschafft werden. Jedoch hat man durch den Umzug in neue Räumlichkeiten das alte Image einer kritischen Universität hinter sich gelassen. Demokratischer Baustil wurde durch Herrschaftsarchitektur verdrängt, Entnazifizierung durch Geschichtsvergessenheit des neuen Campus ersetzt. Die Ausübung demokratischer Grundrechte – wie etwa eine Vollversammlung zu Anfang des Semesters abzuhalten

– werden kriminalisiert. Der neue Campus steht nicht für Offenheit, sondern kann im Notfall militärisch verschlossen werden. Für kritische Studierende ist es also Zeit, zu reflektieren und Texte herauszusuchen, die gegen die Ohnmacht ein Funken Hoffnung setzen und nicht vergessen lassen, dass früher auch nicht alles besser war. Die Romantisierung des Vergangenen hilft uns nicht weiter. Eine kritische Selbstreflexion aus den Studierendenprotesten der letzten 40 Jahre jedoch kann uns weiter bringen, um unsere Kritik zu schärfen und einen Ausweg aus der universitären und gesellschaftlichen Misere zu entwickeln. Mit der Tatsache, dass die Verhältnisse früher nicht besser waren, sondern Kapitalismus als Jugendlicher schon scheiße war, setzt sich das Kapitel „Ursprünge und Kritik der Studierendenbewegung" auseinander. Die Hochschuldenkschrift des SDS Anfang der 60er Jahre ist wohl die wichtigste theoretische Schrift der neuen Linken nach dem Ende des Nationalsozialismus. Mit dem Text der Situationistischen Internationalen, „Das Elend im Studentenmilieu", wollen wir unsere Kritik auch an die Studierendenschaft richten und einem wichtigen Text der Internationalen Studierendenbewegung seinen Platz einräumen. Diese beiden Texte legten den Grundbaustein für eine studentische Kritik an den Verhältnissen im Kapitalismus und deren immanenten Widersprüchen. „Ziele und Organisation der kritischen Universität" versucht eine Perspektive für die Studierendenproteste um ‚68 aufzuzeigen. Die 70er Jahre waren ein Jahrzehnt, in dem eine bestimmte Kritik in die Institution Hochschule hineingetragen werden konnte. Mit dieser Kritik befasst sich das Kapitel „Texte aus der Student_innen Zeitschrift (Hib) Diskus". Der Artikel „Zerschlagt die Universität" von André Gorz zeigt auf, von welchem Grundverständnis her Universität im Kapitalismus gedacht werden muss: als Zurichtungsanstalt für Lohnabhängige. Der Artikel „Was ist Wissenschaft? Über Störungen des ‚herrschaftsfreien Diskurses' am Fachbereich 03" beschäftigt sich mit den Kämpfen um studentische Lehre und Mitbestimmung, die schon in den 80er Jahren stattfanden. Der Text verdeutlicht, dass es keinen alleinigen Anspruch auf Wissenschaft geben kann. Die Auseinandersetzung darum, wer das Prädikat „wissenschaftlich" benutzen darf, ist ein lange schwelender Streit der vergangenen Jahrzehnte. Heute wird dieser Streit mit studentischen Forderungen nach mehr kritischer Wissenschaft neu belebt .

„Auch ich will ein Buch" ist ein Flugblatt der Linken Liste zum Unimutstreik 1988. Die Schrift analysiert die studentischen Forderungen nach mehr Geld, mehr Räumen und mehr Professoren und versucht diese Forderungen auf ihre autoritäre Fixierung hin kritisch zu reflektieren. Im Unimutstreik wurde damals das Turmcafé (TuCa) im Turmfoyer besetzt. Bis zu seiner Räumung im Jahre 2002 stellte das „alte" Tuca eine Vernetzungsplattform für kritische Studierende dar. Anschließend an diese Kritik versucht der Text aus dem „Lucky Strike" von 1997, „La misère de l'éducation universitaire ou du monde en générale?" genauer zu untersuchen, welche gesellschaftlichen Transformationen sich seit dem Streik 1988 ereignet haben. Gerade die Frage nach dem Standort Deutschland als eines neuen positiven Bezugsrahmens für die Studierenden wird hier hinterfragt. Die Kritik an der Ausrichtung von Bildung an ökonomischen Interessen wird nochmals betont. Nach dem 1997er Streik wurden die Hoffnungen, dass eine rot-grüne Regierung endlich wieder eine emanzipatorische Hochschulreform angehen würde, bitter enttäuscht. Die Transformation zur neoliberalen Hochschule hat hier ihre Grundprämissen. Der Bolognaprozess wurde nicht im Bundestag diskutiert. Der Vertrag wurde einfach unterschrieben; welche Wirkung dies auf die Hochschulen hat, konnte man erst 15 Jahre später „bewundern". Ab dem Jahre 2000 wurde von studentischer und wissenschaftlicher Seite einer der größten Abwehrkämpfe gegen die anstehenden Veränderungen geführt. So wurden bspw. nach der Zustimmung zur Teilnahme am Bologanaprozess die „demokratischen Gremien" entmachtet. Die fordistische Massenuniversität sollte einer postfordistischen unternehmerischen Hochschule weichen, die eine klare Top-down Hierarchie hat. Die Massenuniversität war ein Versuch, die Hochschule zu demokratisieren, jedoch konnten die studentischen Forderungen nach Viertelparität in den Hochschulgremien nie umgesetzt werden. Die fortschreitende Verschiebung von Selbstverwaltungs- zu Managementstrukturen zeigte schon damals, dass

das Wort „Autonomie“ nur noch eine neoliberale Worthülse ist. Mit dieser Thematik setzt sich der Artikel „Demokratische oder autokratische Hochschule“ von Alex Demirovic auseinander. Der zweite große Konflikt in den 2000er Jahren war die Einführung von Studiengebühren. Für die Position, dass Studiengebühren falsch sind, möchten wir an dieser Stelle keinen Artikel zitieren. Als repräsentative Texte aus dieser Zeit, die den erfolgreichen Kampf gegen Studiengebühren dokumentieren, möchten wir die beiden Resolutionen der Turmvollversammlung und der allgemeinen Vollversammlung der Universität Frankfurt aufnehmen. Nach der Abschaffung von Studiengebühren in Hessen im Jahre 2008 konnte ein Jahre später eine neue Schüler_innen- und Studierendenbewegung entstehen, die nicht nur im nationalen Rahmen agierte, sondern den Bologanaprozess zu Anstoß nahm, sich international zu organisieren. Gerade in Frankfurt konnte mit der Casinobesetzung am I.G.-Farben-Campus ein Zeichen gesetzt werden, das deutlich machen sollte, dass es nötig ist, sich Zeit und Raum für eine kritische Selbstreflexion zu nehmen. Dass diese Besetzung kriminalisiert wurde, ist nicht verwunderlich, gerade nicht unter den Bedingungen der Transformierung von Hochschule und Gesellschaft aufgrund des erhöhten Leistungs- und Konkurrenzdrucks, speziell in Frankfurt. „Die Verwüstung der Uni“ versucht die Kriminalisierungsversuche am Beispiel der Sachbeschädigung der Wände zu reflektieren. Der Text „Do you remember Wissensfabrik?, oder: Warum auch 2009 die Universität zerschlagen werden muss“ versucht in Anlehnung an André Gorz‘ Text zu begründen, wieso eine radikale Kritik an den Verhältnissen in Gesellschaft und Hochschule gerade in Zeiten der Krise wichtig ist. Im Text „Die Enteignung der Bildung durch den Bologna-Prozess“, eine Kritik am Bachelor- und Mastersystem, zeigt auf, welche Auswirkungen die Umstellung der Studiengänge für den einzelnen Studierenden hat. Emanuels Kapfingers Text „Zur Strategie des Studierendenprotestes in der gegenwärtigen Krise des Kapitals“ will eine Reflexion auf den Bildungsstreik in Deutschland und die momentane kapitalistische Krisenentwicklung bieten. Er versucht in seiner Analyse aufzuzeigen, weshalb der Bildungsstreik an den bestehenden Verhältnissen wenig verändert hat und schlägt einen universitären Massenstreik vor.

Wir haben lange und ausführlich diskutiert, welchen Ausblick wir euch geben möchten. Wir haben uns entgegen entschieden, einen Redaktionsausblick zu schreiben. Wir stellten nach Lektüre und Diskussion einiger Artikel fest, dass wir selbst noch viele Fragen haben. Diese Fragen möchten wir euch am Schluss stellen. Es gibt wohl nicht nur eine richtige Antwort, wie Studierende mit den gesellschaftlichen Verhältnissen umzugehen haben. Es liegt an uns, uns gemeinsam Raum und Zeit zu nehmen, um diese offenen Fragen gemeinsam zu diskutieren und zu reflektieren, um einen Ausweg zu finden. Daher möchten wir mit folgendem Zitat enden.

„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie ad hominem |am Menschen| demonstriert, und sie demonstriert ad hominem, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.“ (Karl Marx/ Friedrich Engels - Werke. (Karl) Dietz Verlag, Berlin. Band 1. Berlin/DDR. 1976. S. 385)

Entzug der Mündigkeit reloaded 2013

Umzugs-Opfer

Nicht Nostalgie sondern der Verlust von Räumen für kritisches Denken und einer Universitätskultur, bei der nicht Effizienz und Ordnung im Mittelpunkt stehen, ist der Grund für unseren Protest gegen den Umzug auf den I.G.-Farben-Campus

von Norma Schneider

In den gegenwärtigen studentischen Protesten an der Goethe-Universität ist der Umzug der verbleibenden Fachbereiche auf den I.G.-Farben-Campus ein zentrales Thema. In Gesprächen mit Kommiliton_innen ist mir klar geworden, dass für viele nicht nachvollziehbar ist, warum wir gerade jetzt nicht damit einverstanden sind, was die Unileitung tut und warum wir so sehr am hässlichen Campus Bockenheim hängen. Mir ist es wichtig, hier einmal deutlich zu machen, dass wir kein Haufen Nostalgiker_innen sind, die einen Fetisch für abenteuerliche Aufzugfahrten haben. Es geht uns viel mehr darum, zu zeigen, dass mit dem Verlust des Campus Bockenheim als Standort der Universität mehr verlorengeht als ein paar baufällige Gebäude.

Immer wieder hört man die Frage, was denn schlecht daran sein soll, endlich in moderne Gebäude umzuziehen und nicht mehr dem „Aufzugsterror“ im Turm und den eher unappetitlichen Toiletten ausgesetzt zu sein. Um das ein für alle Mal deutlich zu machen – wir haben nichts gegen moderne Gebäude und saubere Toiletten. Aber ganz so einfach ist die Sache leider nicht.

Warum wir Tucas brauchen

Dass der Turm praktisch war, das kann tatsächlich niemand behaupten, der oder die schon mal versucht hat, um zehn Uhr morgens schnell in eines der oberen Stockwerke zu gelangen. Zu wenige der Aufzüge wurden instand gehalten und viel mehr Studierende, als in der Planung vorgesehen, drängten jeden Tag in das Gebäude. Trotz der Überfüllung bot der Turm aber Raum für etwas, was im neuen PEG-Gebäude, dessen Größe sehr weit davon entfernt ist, der Zahl der Studierenden gerecht zu werden, überhaupt nicht vorgesehen ist: Selbstverwaltete studentische Räume wie das Tuca und das Frauencafé. Das Tuca bot vielen Menschen Platz für entspannte Pausen mit bezahlbaren Getränken ohne Konsumzwang. Darüber hinaus ermöglichte es unzählige Diskussionen, Lesekreise und Autonome Tutorien. Viele Gruppen, die nicht über einen offiziellen Raum verfügen, konnten sich hier treffen. Auch selbstorganisierte Filmabende und Partys fanden statt. Das Tuca war ein Ort für Freistunden und lange Abende mit Freund_innen, genauso wie für konzentriertes Arbeiten und angeregte Diskussionen. Das Frauencafé im 21. Stock bot eine gemütliche Ergänzung zum Tuca und stellte zusätzlich einen Rückzugsort für Frauen dar, um dem leider auch an der Universität alltäglichen Sexismus zu entkommen.

Solche Orte sind von nicht zu überschätzender Wichtigkeit, denn sie geben einem Denken Raum, das sich nicht in Module pressen lässt. Nur wenn es Diskussionsrunden außerhalb von Lehrveranstaltungen gibt – ob spontan oder in Form eines regelmäßigen Treffens einer Gruppe – bleibt ein kritisches Denken unter den Studierenden lebendig. Wenn schon keine kritischen Inhalte mehr in der Lehre vorgesehen sind, dann müssen wir uns eben eigenständig mit ihnen auseinandersetzen. Nur so kann das, was uns von offizieller Seite als das zu Lernende serviert wird, kritisch reflektiert werden. Ein Studium kann nicht bedeuten, vorgeschriebenes Wissen von Autoritäten eingetrichtert zu bekommen und auswendig zu lernen. Da genau das aber an vielen Stellen zum Studienalltag geworden ist, ist es umso wichtiger, autonome Räume für ein autonomes Lernen zu erhalten, das statt Credit Points Erkenntnis zu seinem Ziel hat.

Am I.G.-Farben-Campus gibt es kaum selbstverwaltete Räume. Die beiden lange etablierten Fachschaftscafés im I.G.-Farben-Haus „Philocafé“ und „Literaturcafe Anna Blume“ sind in viel zu kleinen Räumen untergebracht und bieten nur selten genug Platz und Ruhe für konzentrierte Diskussionen im Rahmen eines Autonomen Tutoriums o.Ä. Stattdessen finden sich das kommerzielle Café „Sturm und Drang“ auf dem Campus, in das man sich nicht einfach setzen kann, ohne etwas zu konsumieren und die zu allem Überfluss mit ihren Preisen auch noch deutlich über denen des ohnehin schon teuren Studentenwerks liegen. Dass die Unileitung keinerlei Interesse hat, an diesem Zustand etwas zu ändern, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass sie dem neusten Versuch der Studierenden, einen autonomen Raum auf dem Campus zu etablieren – die Trinkhalle im ehemaligen Pförtnerhäuschen – mit Drohungen und Repression begegnet. Das Präsidium versucht sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem es im „Umzug Spezial“ des Unireports darauf verweist, dass studentische Cafés schon immer Sache der einzelnen Fach-

bereiche gewesen wären. Doch die jetzt im PEG ansässigen Fachschaften sind weit davon entfernt, für ihre Arbeit mit ausreichenden Räumen beglückt worden zu sein, geschweige denn davon noch ein Tuca und ein Frauencafé abzwacken zu können. Deshalb haben die Studierenden nur eine Möglichkeit: Freiräume einzufordern und zu erkämpfen.

Was sonst noch schön und wichtig war am Turm

Aber nicht nur diese zwei wichtigen selbstverwalteten Räume, für die es am I.G.-Farben-Campus keinen Ersatz geben wird (wenn wir ihn uns nicht erkämpfen), gehen mit dem Auszug aus dem Turm verloren. Auch eine demokratische Architektur, die auf den Dialog zwischen Studierenden und Lehrenden ausgelegt war – die Büroräume der Professor_innen und Mitarbeiter_innen gegenüber der Seminarräume – weicht einer Herrschaftsarchitektur, die mit schlecht zugänglichen Büros die strikte Trennung von Studierenden und Lehrenden als Autoriätspersonen signalisiert.
Dass die Wände im Turm mit unzähligen Parolen und Zeichnungen bedeckt waren, mag nicht jedem gefallen haben. Aber auch das war Teil einer Kultur des kritischen Denkens. Viele der Graffitis stammen aus den 80er-Jahren, einige dürften sogar noch älter sein. Sie erzählen eine Geschichte des studentischen Protests. Sicher – viele Sprüche waren platt und nicht selten dumm, aber viele drückten ein Nicht-Einverstanden-Sein aus mit dem Kurs der Unileitung und den unkritischen Lehrveranstaltungen. Lesetipps, Veranstaltungshinweise und Empfehlung bzw. Kritik bestimmter Dozierender wurde verewigt. Auch das bedeutete Raum für Kritik – „Fuck the System, wenigstens ein Bisschen", wie es in einem Graffiti hieß. Am I.G.-Farben-Campus wird alles dafür getan, dass eine solche Form von Kritik nicht mehr möglich sein wird: Die Politik der weißen Wand hat dort bereits große Priorität. Parolen an den Wänden werden schnellstmöglich überstrichen, Aufkleber auf Toiletten halten meistens nicht länger als ein bis zwei Tage und selbst Aushänge mit Veranstaltungshinweisen für Vollversammlungen o.Ä. werden innerhalb von Stunden entfernt, wenn sie außerhalb der Pinnwände angebracht werden, die aber oft so ungünstig platziert sind, dass kaum Studierende an ihnen vorbeikommen.
Der Turm bot auch einen verwinkelten und verworrenen Rückzugsort, der nicht ständiger Kontrolle ausgesetzt war. Es war ein Ort, an dem vieles möglich war und an den jede_r kommen konnte. Am I.G.-Farben-Campus dagegen ist es nicht mal für Studierende selbstverständlich, Universitätsgebäude betreten zu dürfen. Ein Sicherheitsdienst passt ständig darauf auf, dass der Campus nur in Arten und Weisen genutzt wird, der der engen Vorstellung des Präsidiums davon, was „Studieren" bedeutet (nämlich effizientes Absolvieren von Modulen), gerecht wird. Am House of Finance werden ganz selbstverständlich Zugangskontrollen durchgeführt und im Rahmen eines Campusrundgangs durften Studierende, die auf Grund ihres Aussehens von den Zuständigen als fachfremd eingestuft wurden, das Gebäude nicht betreten. Auch in einzelnen Bibliotheken am Campus werden bereits Zugangsbeschränkungen eingesetzt, um Nicht-Studierende draußen zu halten. Ob es ähnliche Regelungen im PEG-Gebäude geben wird, wissen wir noch nicht, aber es besteht wenig Zweifel, dass es ein weniger offener und einladender Ort als der Turm sein wird. Eine Universität sollte aber in erster Linie Bildung als ihren Anspruch haben und eine Verweigerung von Bildung beispielsweise in Form der Verwandlung der Bibliotheken von öffentlichen Orte auch für Menschen, die nicht an der Universität eingeschrieben sind, zu geschlossenen, exklusiven Räumen, widerspricht diesem Anspruch.

Weitere „Bockenheimer Verluste"

Das Studierendenhaus ist ein weiterer herber Verlust, der mit dem Umzug verbunden ist. Platziert in der Mitte des Campus und damit ein zentraler Treffpunkt, war es Mittelpunkt des studentischen Lebens in Bockenheim. Mit ihm waren der Asta, die Hochschulgruppen und das Studierendenparlament zentral gelegen und gut zugänglich für interessierte Studierende. Das Café Koz war eine wichtige Anlaufstelle in Freistunden und nach den Vorlesungen, nicht nur wegen seiner gemütlichen Atmosphäre und den günstigen Preisen, sondern auch weil es Raum bot für Vorträge, Diskussionen und Partys. Im Festsaal, dem Zuhause des studentischen Kinos Pupille fanden und finden viele kulturelle Veranstaltungen statt. Mit dem Umzug rücken das Studierendenhaus und das Koz aus dem Fokus vieler Studierender. Nur wenige werden extra nach Bockenheim fahren, wenn der Rest ihres studentischen Alltags sich auf dem I.G.-Farben-Campus abspielt. Dort ist zwar ein neues Studierendenhaus geplant – allerdings wird das einen ganz anderen Charakter haben als das bisherige: Wie ein notwendiges Übel, ein Wurmfortsatz, wird es an das äußerste Ende des Campus gebaut werden, wohin sich so schnell wohl niemand verirren wird. Das Zentrum kulturellen und politischen Lebens der Uni, das sich in der Mitte des Campus befand, rückt nun an den äußersten Rand. Wir sollten das als einen Aufruf verstehen, diesen Rand zum Zentrum zu machen und die Marginalisierung nicht hinzunehmen.
Auch das Gebäude „Neue Mensa" bot etwas, was man am zukünftigen Standort nicht findet: Einerseits Flure mit Tischen und Stühlen, an denen man sich zum Arbeiten oder

Pausieren niederlassen konnte und andererseits Seminarräume, die nicht abgeschlossen wurden und die man außerhalb der offiziellen Belegungen nutzen konnte, um sich dort beispielsweise mit einem Lesekreis zu treffen. Am I.G.-Farben-Campus gibt es außerhalb der Cafés kaum Sitzgelegenheiten, mal abgesehen von schmalen, lehnenlosen Bänken im I.G.-Farben-Haus, auf denen man nur in sehr seltenen Fällen jemanden sitzen sieht. Man kann sich hier nicht „einfach mal hinsetzen" und etwas lesen oder nach Vorlesungsende mit Freund_innen etwas trinken. Die wenigen Sitzgelegenheiten sind unbequem und kalt, die Cafés haben nur begrenzt geöffnet und sind fast immer überfüllt. Seminarräume sind elektronisch verriegelt und können nur von Dozierenden geöffnet werden. Man hat den Eindruck, dass sich die Studierenden am Campus nicht wohlfühlen sollen. Es soll gefälligst gelernt werden, was auf dem Plan steht und das kann man schließlich in Lehrveranstaltungen und der Bibliothek. Freizeit soll zuhause stattfinden und eine Diskussion über das Gelernte – also womöglich eine kritische Auseinandersetzung – ist ohnehin nicht vorgesehen.

Der Umzug aller Fachbereiche aus Bockenheim bedeutet auch den Wegzug der Studierenden aus der Nachbarschaft zweier wichtiger Institutionen: Zum einem ist da das Institut für Vergleichende Irrelevanz (IVI) zu nennen, dass 2003 im Rahmen von Studierendenprotesten besetzt wurde und zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Artikels trotz akuter Räumungsbedrohung noch bestand. Falls das IVI es schaffen sollte, trotz anderslautenden Vorzeichen bestehen zu bleiben, wird es in Zukunft abseits des universitären Lebens platziert sein und die kritische Theorie und Praxis, die dort stattfindet, wird es schwerer haben, die Studierenden zu erreichen. Auch als Raum für autonome Tutorien wird es dadurch weniger attraktiv, wenn sämtliche offiziellen Lehrveranstaltungen am I.G.-Farben-Campus stattfinden werden und es keine schnelle Busverbindung mehr geben wird. Dass der Unileitung Orte, an denen kritisches Denken ermöglicht wird, unerwünscht sind, lässt sich wohl kaum besser verdeutlichen als durch deren Verkauf des IVIs an den Immobilieninvestor Franconofurt Anfang 2012.

Zum anderen bedeutet der Umzug das Ende der Nachbarschaft von Studienbetrieb und dem Institut für Sozialforschung, in dem zu Zeiten Adornos und Horkheimers noch Kritische Theorie betrieben wurde und in dem heute zumindest noch ab und an darüber geredet wird. Das IfS ist ohnehin schon abgekapselt genug von der Studierendenschaft – jetzt wird dieser Schritt auch noch räumlich vollzogen, indem die Studierenden den Standort der Universität verlassen, an dem es Adorno und Horkheimer möglich war, innerhalb universitärer Strukturen, radikale Kritik zu üben – etwas, das heute unmöglich erscheint. Mit dem Umzug gerät dieser Teil der Geschichte der Universität noch weiter aus dem Fokus – genauso wie die Studierendenproteste der 60er- und 70er-Jahre, die am Campus Bockenheim stattfanden. Mit der Geschichte des neuen Standorts der Universität, dem ehemaligen Sitz der I.G.-Farben, die am Holocaust beteiligt waren, weigert sich die Universität, sich auseinanderzusetzen.

Von der Bildung zur Ausbildung

All das ist kein Zufall sondern Teil einer Entwicklung, die schon seit längerem im Gange ist, nämlich der Wandel der Universität von einer Institution die zumindest ihrem Ideal nach der Bildung verpflichtet war hin zu einer marktkonformen Ausbildungsstätte. Die Modularisierung der Studiengänge hat die Bedeutung von universitär vermitteltem Wissen verschoben von etwas, über das man reflektiert und diskutiert hin zu etwas, das man in verwertbaren Happen eingetrichtert bekommt, die es nicht zu hinterfragen gilt. Nicht mehr die Bildung, das Denken und die Kritik sind die Begriffe, die mit der unternehmerischen Hochschule, zu der sich die Goethe-Universität immer mehr entwickelt, verbunden werden, sondern die Effizienz, die Verwertbarkeit, die Elite und Exzellenz sowie das Prestige. Studierende sollen nicht mehr lernen, Dinge zu hinterfragen, sondern für den Markt verwertbar gemacht werden. Nur die Inhalte, die sich für die kapitalistische Gesellschaft als nützlich erweisen, finden ihren Platz. Abweichungen von dem, was die Verwertungslogik unter Studium versteht, nämlich selbstverwaltete Räume, Eigeninitiative, studentisches Leben und vor allem kritisches Denken, werden ausfindig gemacht und mit Repression beantwortet. Kein Wunder also, dass so vieles nicht mit umzieht von Bockenheim auf den I.G.-Farben-Campus.

Keine Kunden, keine Gäste

Dies alles sind unsere Gründe, zu protestieren. Wir wollen eine Uni, an der man nicht nur Pflichtveranstaltungen absolviert und dann nach Hause geht. Die Uni ist ein Ort, an dem wir nicht das Vorhandene konsumieren wollen, sondern den wir aktiv gestalten wollen. Wir wollen mehr sein als geduldete Gäste, deren „falsche Bewegungen" vom Sicherheitsdienst registriert und unterbunden werden. Wir wollen uns an der Uni wohlfühlen, Freund_innen treffen, lernen, was nicht im Lehrplan steht, Vermitteltes reflektieren, diskutieren und in Frage stellen. Wir wollen keine Kunden sein, die die „Dienstleistung Ausbildung" in Anspruch nehmen, sondern kritisch denkende Menschen. Wenn uns die Möglichkeiten dazu mehr und mehr genommen werden, müssen wir sie zurückerobern. Die Uni gehört uns!

Kritik des Umzugs

von assoziation: aufheben

Zum kommenden Sommersemester 2013 ziehen die Fachbereiche 03, 04 und 05, sowie die Humangeographie vom Campus Bockenheim auf den IG-Farben Campus. Vielleicht habt Ihr ja schon mitbekommen, dass der Umzug von vielen Studierenden mitunter scharf kritisiert wird. Es geht hierbei nicht, wie manchmal unterstellt, um eine Art „Revierkampf" zwischen den Bockenheimern, die ihren AfE-Turm mit seinen bemalten Wänden und den angeeigneten Räumen so sehr lieben, dass sie undifferenziert gegen den neuen Campus wettern und den Studierenden, die ihren sauberen, ordentlichen Campus schätzen und keine Lust auf „linke Zecken" haben, die ihnen paternalistisch erklären wollen, warum der Kapitalismus böse ist und sie falsch studieren. Vielmehr wird hier in Frankfurt an der Goethe-Uni sehr offensichtlich, welche Stellung der Universität in unserer Gesellschaft zukommt; was hier passieren soll und was nicht.

Es gibt für dieses Thema zahlreiche fundierte Texte und Arbeiten, deren Inhalte hier nur angerissen werden können. Darum folgen nun einige Anstöße, die nicht mehr zu leisten beabsichtigen, als ein paar Themenfelder zu erschließen, innerhalb derer die Form und die wahr gemachten Absichten des Umzugs dargestellt und gegebenenfalls kritisiert werden können.

Möglicherweise fragt Ihr, liebe Leser_innen, Euch, warum wir vom „IG-Farben Campus" sprechen und nicht, wie die offizielle Bezeichnung lautet, vom „Campus Westend". Das liegt daran, dass die furchtbare Rolle der IG-Farben im Nationalsozialismus von Seiten der Uni nur dort thematisiert wird, wo es für die Vermarktung dienlich ist – also sehr selten. Zur Rolle der IG-Farben im NS und dem (Nicht-)Umgang der Universität gibt es einige Texte und Arbeiten. An dieser Stelle sei nur darauf verwiesen, dass die IG-Farben ein eigenes Konzentrationslager in Monowitz („Auschwitz III") betrieb, wo 20.000-25.000 Menschen für Zwangsarbeit missbraucht und ermordet wurden und es durchaus möglich wäre, sein Studium im ehemaligen Verwaltungsgebäude der IG-Farben zu absolvieren, ohne davon auch nur zu wissen. Nahezu alles, was an die NS Vergangenheit der IG-Farben erinnert, wie das „Norbert Wollheim Memorial"1 oder die Gedenktafel rechts neben dem Haupteingang, mussten der Uni abgerungen und erkämpft werden. Selbst das „IG-Hochhaus", wie das IG-Farben Hauptverwaltungsgebäude heute offiziell heißt, sollte ursprünglich den zynisch-euphemistischen Namen „Poelzig Ensemble" (benannt nach dem Architekten) tragen, den die Unileitung heute sogar meistens noch verwendet.

Der Campus Bockenheim stellte den Versuch dar, eine Hochschule zu etablieren, die die Menschen, die sich dort aufhalten, an Demokratie gewöhnt, sie „Freiheit einüben lässt"2. Das lässt sich an vielen Beispielen aufzeigen, was wir nun versuchen werden. Die Liste ließe sich vermutlich fast beliebig verlängern:

Der Campus Bockenheim liegt mitten in der Stadt, er ist aus jeder Richtung zugänglich und soll es auch sein. Es gibt keine Zäune, keine Mauern, die den Zugang versperren und das macht sich auch bemerkbar. Während auf dem IG-Farben Campus zumeist nur Studierende und Mitarbeiter_innen anzutreffen sind, sitzen vor dem KoZ Menschen aus allen gesellschaftlichen Bereichen. Der Büchermarkt bei der neuen Mensa, die Autovermietung oder die Kita im Studierendenhaus sind weitere Anlaufpunkte, die den Menschen sogar ausdrücklich Grund dazu geben, auf den Campus zu kommen. Mit diesem Konzept wird auf dem neuen Campus gebrochen. Um sich Unternehmen und potentiellen Stifter_innen besser präsentieren zu können, soll das Bild der Stiftungsuni steril, elitär und beeindruckend sein. Der Campus, vor einiger Zeit als der „schönste Campus Europas" bezeichnet, soll niemanden mehr demokratisieren; während der Campus Bockenheim etwa noch einen riesigen Schornstein in seiner Mitte hat, der die Studierenden nicht vergessen lassen soll, in welcher privilegierten Position sie sich befinden und dass sie nicht studieren könnten, würden nicht viele Lohnarbeiter_innen die Voraussetzungen dafür erarbeiten, gibt es auf dem IG-Farben Campus nichts, was die Studierenden auf dem Boden der Realität halten würde. Im Gegenteil: selbst die Mensa-Mitarbeiter_innen haben einen separaten Ort zwischen Casino und Casino-Anbau, an dem sie essen und Pausen machen. Die weißen Wände, die herrschaftliche Architektur, die sogar laut Uni Homepage „Intimität"3 – und nicht etwa Offenheit oder Funktionalität – vermittelt, der dekorative Brunnen vor dem Casino, das Casino selbst als Ort, an dem Unternehmen in Empfang genommen werden, der „Body of Knowledge", sind Euphemismen; Sie sind die Lüge, die die Ausbildungswerkstatt Universität, die betriebswirtschaftlich geführt wird und keine andere Aufgabe hat, als Absolvent_innen für den Arbeitsmarkt vorzubereiten in ein Kleid aus Travertinfassade und gepflegten Wiesen hüllt. All die

notwendigen, prekär Beschäftigten der Uni (Reinigungskräfte, Mensamitarbeiter_innen, Pförtner_innen, Sicherheitspersonal) werden hinweggelogen, indem uns immer und immer wieder gezeigt wird, wo wir hinkommen können, wenn wir uns genug bemühen, wenn wir genug leisten: Wir haben es auf den Campus geschafft, wir haben die Goethecard, die es uns erlaubt, Mauern, Tore und Pforten hinter uns zu lassen und Elite zu sein. Wir dürfen ihn betreten, den „Palast des Geistes“4. Die Skyline Frankfurts, von den meisten Unigebäuden aus gut zu sehen, die Berufsvermittlungsbörsen und die sich regelmäßig vorstellenden Arbeitgeber_innen zeigen an, wohin es weitergeht, wenn die Noten stimmen.

Das Studierendenhaus, auf dem Campus Bockenheim noch Herzstück des Geländes, wird erst in einigen Jahren, im letzten Bauabschnitt, auf den neuen Campus ziehen und wird seinen Platz weit außerhalb haben. Was das bedeutet und welche politischen und pragmatischen Implikationen mit dieser Handhabe verbunden sind, war und ist Gegenstand diverser Texte und Arbeiten5. Deswegen möchten wir hier nur zwei Beispiele nennen, die zeigen, welche außerordentliche Bedeutung das Studihaus hat. Erstens bietet es nämlich denjenigen Studierenden, die sich politisch engagieren oder sich als kritisch verstehen die Möglichkeit, sich zu organisieren. Proteste, Streiks und politische Schriften, kritisch gegenüber Bestehendem, sind Momente, in denen demokratisches Potential aufblitzt, die jedoch abhängig sind von Zeit und Raum, der ihnen und ihrer Organisation zugesprochen wird. Zweitens ist das Studierendenhaus ein Ort, den gesellschaftlich marginalisierte Menschen gerne aufsuchen: weil es offen ist, weil sie hier niemandem Rechenschaft schuldig sind und weil die meisten Teile der Stadt, wie auch der IG-Farben Campus, einer Logik unterworfen sind, die ein „makelloses“ Erscheinungsbild größer gewichtet, als menschliches Wohlergehen.

Es gibt auf dem IG-Farben Campus eine Handhabe, die hin und wieder als „Politik der weißen Wand“ bezeichnet wird. Damit ist gemeint, dass es studentischen Gruppen nahezu unmöglich gemacht wird, Veranstaltungen und dergleichen zu bewerben, weil weder das Anbringen von Plakaten, noch das Auslegen von Flugblättern erlaubt ist. Es ist gängige Praxis, dass Angestellte des Campus-Sicherheitsdienstes (!), die den Campus rund um die Uhr (video)überwachen, diese Verbote auch repressiv durchsetzen – Diskos und Unternehmen, die bei der Uni dafür bezahlen, bekommen dagegen sogar Reiter zur Verfügung gestellt, um ihre Werbung zu präsentieren, die ob sexistischer Motive und bildungsfeindlicher Sprüche (bspw. „Schein oder nicht Schein, wo ist hier die Party?“) an sich schon zu kritisieren sind. Damit wird eine Autoritätshörigkeit institutionalisiert, die mit strukturell verankerter Entmündigung einhergeht. Normen und Verbote werden zunehmend kommentarlos akzeptiert und langsam glauben die Leute wirklich, dass es sich bei politisch Engagierten um Wichtigtuer und bei Menschen, die die Wände bemalen oder Aufkleber kleben um Verbrecher handelt, während Überzählige oder Fachfremde aus Seminaren zu werfen kommentarlos zur Alltagsnormalität wird. Menschen Bildung vorzuenthalten sorgt für keinen Aufschrei, die Forderung nach mehr Seminaren wird nicht laut – aber eine Empörungswelle geht durch die Studierendenschaft, wenn Antifa-Aufkleber auf den Tischen auftauchen. Würden Aufkleber und Tags nicht ebenso entfernt werden wie die Bewerbung einer Vollversammlung oder Wahlkampfmaterial, würden die Menschen auf dem Campus vielleicht auch von Anfang an damit konfrontiert werden, dass sie nicht alles hinnehmen müssen, dass sie sich wehren können, dass das Bestehende nicht unantastbar ist. Die Situation in ihrer tief verankerten Widersprüchlichkeit spiegelt sich in einer Aussage Rudolf Steinbergs, der erklärte, das Fehlen von Aufklebern und Ähnlichem im Vergleich zum Campus Bockenheim sei begründet in der „zivilisierenden Kraft der Ästhetik“ des neuen Campus – und nicht darin, dass zahlreiche prekär Beschäftigte nichts anderes tun, als eventuelle Bemalungen und Aufkleber zu entfernen.

Es fehlt an Räumen, es fehlt an Seminarplätzen, es fehlt an Lehrenden. Daraus folgt zweierlei. Erstens ein verschulter, repressiver und vollständig verwalteter Seminaralltag, mit Anwesenheitslisten, Zugangsbeschränkungen, Bewerbungen für Seminare (inkl. Motivationsschreiben) und festgeschraubten Tischen und Stühlen, die für Frontalunterricht ausgelegt sind. Zweitens zeigt sich, dass die Weitläufigkeit und Großzügigkeit des Campus zwar als solche beworben und zu Marketingzwecken verwertet wird, diese jedoch eine glatte Lüge ist. Es wäre mehr als genug Platz, den Campus zu einem Ort zu machen, der ausreichend (Arbeits-)Räume bietet, es gäbe mehr als genug Menschen, die es sich wünschen würden, an der Uni zu lehren

und Seminare anzubieten – das alles kostet aber Geld. Und die optische Großzügigkeit könnte als solche nicht mehr beworben werden. Die Uni wird betriebswirtschaftlich geführt – und vernichtet sukzessive all das, was sie von einer (Berufs)Schule unterscheiden könnte.

Das studentische Leben, so könnte mensch meinen, ist auf dem neuen Campus, besonders im Sommer, präsent und hedonistisch. Große Wiesen und viel Platz bieten Raum für Aktivität und Ruhe. Nun ist es tatsächlich schön, mit Buch oder Bier in der Sonne zu liegen, jedoch hat sich damit das kulturelle Angebot jenseits von Cafés, die vom Studentenwerk[6] verwaltet und betrieben werden, auch schon erledigt. Es ist bezeichnend für die Politik der Uni, dass die Wiesen gut gepflegt, quasi zur Verfügung gestellt und somit konsumierbar gemacht werden. Studierende und andere Menschen auf dem Campus gestalten dort nichts mit, sie sind Kunden; sie halten sich an die Öffnungszeiten und nehmen hoffentlich ihren Müll wieder mit. Es gibt hier keine Räume, wie es das TuCa oder das Frauencafé auf dem Bockenheimer Campus waren, die jenseits von Öffnungszeiten und Kontrollen gestaltet wurden; Räume, in denen keine betriebswirtschaftliche Logik herrschte, sondern wo Menschen erfahren konnten, was es bedeutet, etwas selbst zu verwalten, wodurch erst einmal die Möglichkeit für etwas wie „studentische Kultur" gegeben war. An diesem Campus von studentischer Kultur zu sprechen, ist absurd und bestenfalls ein Marketinggag. Natürlich sind Leute dort, natürlich wird gelacht und zusammen gesessen – wo es eben möglich ist; aber nicht-kommerzielle Konzerte, Ausstellungen, regelmäßige Lesekreise und autonome Tutorien wird es dort nicht geben, wenn die Räume dafür nicht erkämpft werden. Alles muss geordnet ablaufen, alles ist hegemonial verwaltet - die Goethe Uni soll kein Ort sein, an dem junge Menschen Selbstverantwortung einüben, sich eigene Gedanken machen und ihr Umfeld so einrichten, wie sie es für vernünftig erachten. Diese vielbenannte studentische Kultur lässt sich nicht verordnen: und mit grünen Wiesen hat das auch nichts zu tun.

Fußnoten:

1http://www.wollheim-memorial.de/de/home

2 Horkheimer 1953

3http://www2.uni-frankfurt.de/38072362/standorte

4 Roland Koch bei der Eröffnung des IG-Farben Campus

5 Verwiesen sei auf: Horkheimer, Max (1953): Ansprache, in: Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (Hg.), Einweihung des Studentenhauses, Frankfurt

6...welches jetzt auch endlich mal in Studierendenwerk umbenannt werden sollte.

Aufruf zur VV

Am 24. April sind alle Studierenden und Mitarbeiter*innen der Goethe-Universität dazu eingeladen, sich an einer uniweiten studentischen Vollversammlung zu beteiligen. Mit diesem Aufruf möchten wir zunächst die universitätsinternen Probleme erläutern, die eine gemeinsame Diskussion der aktuellen Studienbedingungen und ein Nachdenken über Handlungsmöglichkeiten notwendig erscheinen lassen. In einem zweiten Schritt sollen die Ausführungen zum konkreten Studienalltag auf die Bildungsreformen der vergangenen Jahre und gesamtgesellschaftliche Tendenzen zurückbezogen werden. In einem abschließenden Ausblick möchten wir umreißen, welchen Anspruch wir uns mit der VV gesetzt haben.

Teil I: Problemdiagnose: Kritik der Studienbedingungen an der Goethe-Universität

Die Rahmenbedingungen für Studium, Forschung und Lehre verschlechtern sich zusehends. So sehen sich die meisten Studierenden und Mitarbeiter*innen der Goethe-Universität seit geraumer Zeit mit einer unzumutbaren Raumsituation konfrontiert: Besonders auf dem I.G.-Farben-Campus (dem Prestigeobjekt der Universitätsleitung) fehlen Lehrräume in ausreichender Anzahl, überfüllte Seminare und Vorlesungen gehören allerdings auf allen Campus längst zum Studienalltag. Zudem werden immer mehr Büroräume von studentischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen zusammengestrichen, wodurch die Forschung und Lehre an den Fachbereichen massiv beeinträchtigt wird; die Raumnutzungsberechnungen des Kanzlers, die mit einer weiteren Streichung von Räumen einhergingen, hat diese Situation zusätzlich verschärft. Nicht überraschend daher, dass auch die angemessene Unterbringung der über 12.000 Studierenden und Lehrenden, die mit dem Umzug der Fachbereiche 03, 04, 05 und 11 auf den I.G.-Farben-Campus kommen, mitnichten gewährleistet ist, was eine Kritik dieser Missstände umso notwendiger erscheinen lässt. So wurde die Planung des Baus eines zusätzlichen Seminargebäudes viel zu spät begonnen, als bereits längst abzusehen war, dass die vorhandenen Räumlichkeiten auf dem I.G.-Farben-Campus den zusätzlichen Bedarf der hinzukommenden Fachbereiche nicht bewältigen können würden. Doch scheint die Universitätsleitung offensichtlich mehr Wert auf prestigeträchtige Gebäude zu legen, als auf eine angemessene Bereitstellung von Räumen für die Forschung und Lehre in Frankfurt. Letztere müssen zunehmend den Werbestrategien des Präsidiums weichen, das alle verfügbaren Mittel für seine Imagekampagnen einsetzt, um Investoren anzuwerben und ein gutes Abschneiden in internationalen Hochschulrankings zu forcieren. Anstatt den I.G.-Farben-Campus als «schönsten Campus Europas» zu glorifizieren, täte eine kritische Besinnung auf die Geschichte der I.G. Farben not, verbunden mit einer allgemeinen Kritik an der Herrschaftsarchitektur des Campus. So wären, angesichts der augenscheinlichen Diskrepanz zwischen dem lebendigen studentischen Miteinander und der hochschulpolitischen Tätigkeit in Bockenheim gegenüber dergleichen Aktivitäten auf dem I.G.-Farben-Campus, Studien anzusetzen, um zu erforschen, welche Auswirkungen die sterilen Gebäude des neuen Campus auf das zwischenmenschliche Miteinander haben.

Die prekäre Raumsituation ist indes keineswegs das einzige Problem. Schon in den vergangenen Semestern konnte keine zureichende Versorgung der Studierenden und Mitarbeiter*innen durch das vorhandene Mensaangebot gewährleistet werden. Insbesondere zu den Stoßzeiten ist mit langen Wartezeiten bei der Essensvergabe zu rechen, auch lassen sich in den Mensen auf dem I.G.-Farben-Campus oft kaum Sitzmöglichkeiten finden. Die Kapazitäten der somit bereits vor dem Umzug überfüllten Mensen und Cafeterien werden durch die mehr als 12.000 hinzukommenden Universitätsangehörigen massiv mehrbelastet. Das Café «Dasein» im Erdgeschoss des neuen PEG-Gebäudes als ausreichende Kompensation für den zu erwartenden Mehrbedarf an Verpflegung zu bezeichnen erscheint angesichts der verschwindend geringen Kapazitäten dieses Etablissements mehr als zynisch.

Gravierend sind außerdem die negativen Konsequenzen des Umzugs für studentische Initiativen und autonom verwaltete Räume. Dabei ist zu betonen, dass studentische Angebote und selbstverwaltete Räume wie die Fachschaftencafés ein unverzichtbarer Bestandteil des studentischen Lebens sind und hierfür auch in den neuen Gebäuden angemessene Räumlichkeiten bereitgestellt werden müssen. In diesem Zusammenhang ist auch der verzögerte Bau des Studierendenhauses zu kritisieren, das einen zentralen Platz auf dem neuen Campus erhalten müsste, der ihm jedoch aller Erwartung nach nicht eingeräumt wird.

Ein akutes Problem ist außerdem die chronische Unterfinanzierung der Fachbereiche. Nicht nur mangelt es in allen Fächern an genügend Lehrpersonal gemessen an den Studierendenzahlen, sondern es herrschen verbreitet prekäre Beschäftigungsverhältnisse gerade im Bereich der studentischen und wis-

senschaftlichen Mitarbeiter*innen. Die Probleme unangemessener Vergütung und befristeter Einstellungen greifen dabei zunehmend auch auf die Professuren über. In diesem Zusammenhang ist mit aller Schärfe gegen den neuesten Einfall des Präsidiums anzugehen, der unter dem Titel «Globalhaushalt» eingeführt wurden und bereits erste Einsparungspolitiken nach sich zieht. Unter dem Deckmantel der Autonomie, wird den Fachbereichen eine «Verwaltung des Elends» aufgezwungen; diese sollen unter der Maßgabe einer Defizitausgleichung, die verordneten Einsparungen «gerecht» verwalten, was indes notwendig mit Stellenstreichungen verbunden ist. Wir sehen im «Globalhaushalt» ein perfides Mittel des Präsidiums, die im Hochschulpakt vereinbarten Kürzungen den einzelnen Fachbereichen aufzubürden, um den Unmut, der durch einen von der Unileitung angeordneten Stellenabbau ausgelöst würde, gar nicht erst aufkommen zu lassen, indem die Streitigkeiten um die durch die Universitätsleitung erzwungenen Stellenstreichungen auf Fachbereichsebene verlagert werden. Wir fordern daher Solidarität unter den Fachbereichen, um gemeinsam Widerstand gegen die von der Unileitung oktroyierten Einsparungen zu leisten. Derzeit sind insbesondere die Erziehungswissenschaften von den verordneten Kürzungen betroffen. Obwohl die pädagogische Ausbildung zentraler Bestandteil nicht nur für die explizit pädagogischen Studiengänge, sondern auch für das Lehramtsstudium ist, wird diese herausragende Bedeutung keineswegs durch eine angemessene finanzielle Versorgung des Fachbereichs 04 honoriert. Ganz im Gegenteil fehlen ihm im aktuellen Haushaltsplan etwa 700.000 Euro fürs Personalbudget, was einer Streichung von 5 Professor*innenstellen gleichkäme und damit die Existenz des Fachbereichs gefährdet, von der dadurch bedingten Verunmöglichung eines angemessenen Lehrangebots ganz zu schweigen.

Nicht zuletzt sind die verschiedenen repressiven Maßnahmen der Unileitung zu kritisieren: Die trotz anhaltender Kritik unveränderte Umzäunung des I.G.-Farben-Campus sowie die Videoüberwachung auf dem gesamten Unigelände widersprechen dem Leitbild einer offenen und demokratischen Hochschule. Das gleiche gilt für Kamerainstallationen in Seminar- und Vorlesungsräumen, die auf Studierende gerichtet sind und eindeutig nicht dem Zweck der Aufzeichnung von Vorlesungen dienen, sowie für die festgeschraubten Tische und Stühle in den Seminarräumen des neuen PEG-Gebäudes. Insgesamt ist die Propagandamaschinerie der Unileitung fragwürdig. So setzt das Präsidium lieber auf eine euphemistische Darstellung des Umzugs, als über konkrete Missstände und Fehlplanungen zu informieren und gemeinsam über mögliche Lösungswege nachzudenken. Exemplarisch hierfür sind die peinlich gestellten Hochglanzvideos auf dem unieigenen Youtube-Kanal sowie der «UniReport Spezial Umzug», die mitnichten informierenden Charakter haben, sondern rein propagandistischen Zwecken dienen. In diesem Zusammenhang stehen außerdem die jüngsten Maßnahmen der Universitätsleitung, die sich gegen studentische Cafés wenden: Jeder freie Raum, in dem sich mithin Kritik und Widerstand gegen die verhärteten Verhältnisse regen könnte, wird von der Universitätsleitung geahndet und präventiv bekämpft.

Zu den skizzierten Missständen an der Goethe-Universität liegen seit mehreren Monaten die studentischen Forderungen der Turm-Vollversammlung auf dem Tisch, die bündig Kritik an der bisherigen Gestaltung des Umzugs formulieren und gleichzeitig konkrete Handlungsperspektiven darbieten. Bislang waren jedoch weder Universitätsleitung noch die betroffenen Fachbereiche dazu bereit, auf die studentischen Forderungen ernsthaft einzugehen und einen Diskurs um mögliche Korrekturen an der Gestaltung des Umzugs einzuleiten. Auch der anlässlich der Senatsbesetzung eingerichtete «Jour fixe» erwies sich einmal mehr als ein Scheingremium zur Legitimation der durch das Präsidium oktroyierten Entscheidungen. Solche Entscheidungen dürfen an einer demokratischen Hochschule jedoch nicht hinter dem Rücken der Studierenden getroffenen werden. Zu fordern wäre daher eine paritätische Besetzung der universitären Gremien, um ein wirkliches Mitspracherecht alle Statusgruppen zu gewährleisten.

Teil II: Bildungspolitische und gesellschaftliche Implikationen

Die skizzierten Missstände an der Frankfurter Goethe-Universität sind dabei keineswegs eine zufällige Erscheinung. Vielmehr stehen sie im Kontext einer allgemeinen bildungspolitischen Entwicklung hin zu einer Anpassung der universitären Bildung an die Imperative einer zweckrationalen Verwertungslogik. Durch die Übertragung von ökonomischen Imperativen wie Effizienz und Rentabilität auf den Bereich der Hochschule wird indes der Verfall des Bildungsbegriffs selbst eingeleitet.

Diese Tendenz wurde wesentlich von den Bildungsreformen der letzten Jahre mitbestimmt. So stehen die sogenannten «Bologna-Reformen», die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, für eine Vereinheitlichung und Effizienzsteigerung der universitären Bildung, die mit einer zunehmenden Verschulung des Studiums und, auf subjektiver Seite, mit einer Infantilisierung der Studierenden einhergeht. Die Studienanfänger*innen kommen von der Schule an die Universität und werden hier mit einer Fortsetzung des schulischen Lernens für Leistun-

gen konfrontiert, in der kaum Raum für ein selbstbestimmtes Studieren sowie für das Entwickeln individueller Interessenschwerpunkte innerhalb des eigenen Studienfachs bleibt und erst recht keine Aussicht auf eine emanzipative Entwicklung der Studierenden besteht. Den Studierenden wird in zunehmendem Maße vermittelt, im Rahmen ihres Studiums ginge es um nichts anderes als um das Abarbeiten des Workload, das Absolvieren von Pflichtmodulen sowie das Sammeln von Creditpoints. Die Studierenden werden dadurch dazu angehalten, nur noch für gute Noten auswendig zu lernen und auf den zu erreichenden Abschluss hinzustudieren. All dies steht jedoch in einem eklatanten Widerspruch zu einem selbstbestimmten, intrinsisch motivierten und mit einem genuinen Interesse an den fachlichen Inhalten verbundenen Studium. Dabei herrscht auch noch die Illusion einer Vergleichbarkeit von intellektuellen Leistungen und der Irrglaube, dass durch forcierten Anstieg von zu absolvierenden Prüfungsleistungen tatsächlich mehr gelernt würde.

Als Symptombekämpfung für das zunehmende Desinteresse der Studierenden und die Überlastung durch Prüfungsleistungen kommen immer häufiger repressive Instrumente zum Einsatz. So ist das Führen von Anwesenheitslisten mittlerweile gängige Praxis in Seminaren. Anstatt den Studierenden die Möglichkeit zu geben, selbstbestimmt darüber zu entscheiden, welche Lehrveranstaltungen sie besuchen und an welchen sie mithin auch ohne Zwang teilzunehmen bereit wären, nötigt man sie im Rahmen der modularisierten Studiengänge zur Teilnahme an festgelegten Modulen und verspricht sich durch Kontrolle von außen die fortwährende Präsenz zu gewährleisten. Solcher Zwang ist indes kein Ersatz für genuines Interesse am Studienfach: Ziel des Studiums wäre es, dass die Studierenden sich den Inhalten aus Neigung widmen, nicht aus Angst vor Sanktionen. In dieselbe Richtung weisen die strikten Anmelde- und Abgabefristen, welche die zunehmende Belastung der Studierenden durch hohe Prüfungsbelastung zusätzlich verschärft. Damit ist jedoch keineswegs genug der Repressalien, dem Einfallsreichtum der Unileitung sind auf diesem Gebiet offensichtlich keine Grenzen gesetzt. Die autoritäre Verordnung von Zulassungsbeschränkungen zu Studiengängen seitens des Präsidiums ist längst gängige Praxis und wird seit einigen Semestern nun auch (als vermeintliche Lösung für Probleme wie Raumknappheit und die Unterausstattung der Fachbereiche durch Lehrpersonal) durch eine Neuregelung zur Vergabe von Seminarplätzen über das LSF ergänzt, die von einigen Fachbereichen bereits fügsam implementiert wurde. Statt dieser restriktiven Beschränkung der Teilnehmer*innenzahl, fordern wir ein Aufstocken des Seminarangebots gerichtet am vorhandenen Lehrbedarf, so dass keine Studierende von einer Lehrveranstaltung ausgeschlossen wird. Auch möchten wir die Fachbereichen zu einem vereinten Widerstand gegen solche restriktive Maßnahmen aufrufen, um zu verhindern, dass einzelne Institute im vorauseilenden Gehorsam den Vorgaben des Präsidiums Folge leisten.

Auf politischer Ebene sind die beschriebenen Missstände wesentlich durch politische Entscheidungen des Präsidiums sowie durch die seit Jahren steigenden Einsparungen der Hessischen Landesregierung im Bildungsbereich bedingt (wovon indes keineswegs allein die Hochschulen, sondern auch Kinderbetreuung und Schulbildung betroffen sind). So wurde im Jahre 2009 durch eine Verfassungsänderung die sogenannte Schuldenbremse im Grundgesetz festgeschrieben, die den Ländern einen (der Bundesregierung zufolge «alternativlosen») Konsolidierungszwang vorschreibt: diese dürfen ab dem Jahre 2020 keine neuen Schulden zur Ausgabenfinanzierung machen. Als die Entscheidung zur Verankerung der Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung 2011 erfolgte, versicherte Ministerpräsident Bouffier, dass dies keinen Bildungsabbau bedeuten würde. Dies erscheint angesichts der darauffolgenden massiven Kürzungen im Bildungsbereich wie blanker Hohn. Auch war bereits zum damaligen Zeitpunkt ersichtlich, dass mit der beschlossenen Konsolidierung des Landeshaushalts gegenüber den Bildungsinstitutionen die Forderung eines ausgeglichenen Haushalts verbunden sein würde, die diese mittelfristig nur mit Stellenstreichungen bewältigt könnten. Die drastischen Konsequenzen dieser politischen Reform für die Studienbedingungen an den Hessischen Hochschulen kommen gegenwärtig immer deutlicher zum Vorschein.

Rühmt sich die Goethe-Universität einerseits mit der Frankfurter Tradition der kritischen Theorie, so sind in der Praxis die Entscheidungen der Universitätsleitung jedoch immer mehr allein durch ökonomische Gesichtspunkte geleitet. Da die Mittelzuweisung an die Universitäten über die Anzahl der Studierenden läuft, hat die Universitätsleitung ein unmittelbares Interesse an steigenden Studierendenzahlen. Gleichzeitig forciert das Präsidium eine beständige Kürzung von Ausgaben, insbesondere in solchen Fachbereichen, die auf dem Drittmittelmarkt allein unter der Bedingung bestehen können, dass sie ihre Inhalte in ökonomisch verwertbare Form pressen, was sich zumeist nur unter schwersten Einbußen dieser Inhalte selbst bewerkstelligen lässt (davon betroffen sind insbesondere die Gesellschafts-, Geistes- und Erziehungswissenschaften). In diesem Zusammenhang kritisieren wir die Entscheidung des Präsidiums, die Verteilung der Gelder aus dem Landeshaushalt zwischen den Fachbereichen nicht

mehr gemäß der Anzahl der Studierenden zu regeln, sondern mit steigender Prozentzahl nach dem Anteil an eingeworbenen Drittmitteln. Die dadurch verursachte chronische Unterfinanzierung führt zusammen mit steigenden Studierendenzahlen zu einer kontinuierlichen Verschlechterung der Studienbedingungen; demgegenüber erscheinen die neuerlichen Bezuschussungen der einzelnen Fachbereiche als Ausgleich für den «Studierendenzuschwung» mehr als lächerlich.

Zudem ließe sich die Verwertbarkeitsperspektive auch immanent kritisieren. Die Ausrichtung der Förderung von Forschungsprojekten nach dem Mainstream (soll heißen dem Drittmittelpotential derselben) ist gerade innovationsfeindlich. So verbaut sich die Universität das Potential neuer Erkenntnisse von solchen Forschungsbereichen, die nicht nur das je schon wissenschaftlich Approbierte reproduzieren, sondern neue Perspektiven auf den akademischen status quo gewährten.

In den skizzierten Entwicklungen lassen sich zwei gesamtgesellschaftliche Tendenzen erkennen. Zum einen verweist die zunehmende Infantilisierung der Studierenden auf die auch im gesellschaftlichen Bereich grassierende Heteronomie der Menschen, die kaum noch selbstbestimmt darüber entscheiden können, wie sie ihr Leben gestalten wollen, wozu wesentlich auch eine politische Mitgestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gehörte. Zum anderen korrespondiert der Verkehrung von Mittel und Zweck auf der universitären Ebene eine gesamtgesellschaftliche. Wie die Bildung an den Hochschulen immer mehr zur bloßen Berufsqualifikation, dem Erwerb von Bildungszertifikaten abstumpft, werden die Ziele einer vernünftigen Gesellschaft zusehends dem Funktionieren des ökonomischen Systems untergeordnet. Anstatt den realen Reichtum dafür zu gebrauchen, die menschlichen Bedürfnisse zu befriedigen und jedem Subjekt die allseitige Entfaltung ihrer Fähigkeiten zu gewähren, unterwirft sich die Politik dem Diktat der Märkte und perpetuiert damit die selbstverschuldete Unmündigkeit, aus der Bildung ihrem Sinn nach die Menschen befreien sollte.

Teil III: Anspruch der VV

Angesichts der beschriebenen Missstände an der Goethe-Universität, der Gefahr einer steten Verschlechterung der Studienbedingungen sowie der durch den Umzug zu erwartenden zusätzlichen Verschärfung der ohnehin schon prekären Raumsituation auf dem I.G.-Farben-Campus, möchten wir euch am 24. April zu einer uniweiten Vollversammlung einladen. Dabei möchten wir uns sowohl an die Studierendenschaft, wie auch an die Mitarbeiter*innen der Universität sowie zukünftige Studierende und alle Interessierten richten. Für die beiden Tagen im Anschluss an die VV ist ein umfangreiches und vielseitiges Bildungsprogramm geplant, zu dem alle Interessierten herzlich eingeladen sind. Die Workshops und Diskussionsveranstaltungen sollen die Gelegenheit bieten, gemeinsam über die aktuellen Probleme und mögliche Handlungsperspektiven nachzudenken und gemeinsam zu erproben.

Das Anliegen der VV ist es außerdem, auf den fehlenden Raum für studentische Aktivitäten und autonome, selbstverwaltete Räume an der Goethe-Universität aufmerksam zu machen. Durch die VV soll veranschaulicht werden, was dem studentischen Leben verloren geht, wenn es kein Studierendenhaus und keine studentischen Cafés auf dem Campus gibt. Deshalb werden wir für die VV einige studentische Initiativen auf den I.G.-Farben-Campus bringen und ein möglichst vielfältiges kulturelles Programm anbieten. Neben einem umfangreichen Angebot an Workshops, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen, wird die Pupille abends ein Filmprogramm zusammenstellen. Im Anschluss daran gibt es die Gelegenheit für ein heiteres Zusammensein bei einem Barabend mit Musik. Darüber hinaus werden verschiedene studentische Cafés und Initiativen für eine vielseitige und schmackhafte Verpflegung während der VV sorgen. Damit soll auch ein politischer Anspruch verbunden sein, da unsere Kritik am Umzug nicht zuletzt darin besteht, dass keine ausreichende Versorgung durch Mensaangebot auf dem I.G.-Farben-Campus gewährleistet ist. Wir möchten deshalb aufzeigen, dass studentisch verwaltete Cafés und andere autonome Initiativen eine attraktive Alternative darstellen.

Dabei verstehen wir die VV keineswegs nur als Medium zur Verbesserung der konkreten Studienbedingungen, um uns in den bestehenden universitären Rahmenbedingungen besser einrichten zu können. Sondern mit dem Bildungs- und Alternativprogramm rund um die VV soll vielmehr der notwendige Raum für Diskussionen und praktische Interventionen geschaffen werden, um gemeinsam Perspektiven zu erschließen, die über das Bestehende hinausweisen.

Kommt zahlreich, nehmt eure Freund*innen mit und bringt euch ein!

Denn es geht um unsere Studienbedingungen! Wir freuen uns auf euer Kommen!

Paranoia, Putzen, Propaganda

Über den Umgang mit studentischem Protest an der Goethe-Universität

Die ersten Wochen des Sommersemesters waren von vielfältigen studentischen Protesten gekennzeichnet: Zum Semesterbeginn organisierte das Protestplenum einen Rave, an dem mehrere hundert Menschen teilnahmen, um tanzend gegen eine Uni zu protestieren, die die Studierenden wie Kund_innen behandelt und ihre Forderungen ignoriert. Rund um die IVI-Räumung am 22. April kam es zu mehreren Demonstrationen, an denen sich viele Studierende beteiligten. Am 24. April folgte dann die studentische Vollversammlung aller Fachbereiche mit rund 1000 Teilnehmenden. Die Vollversammlung wurde von einem dreitägigen inhaltlichen Programm begleitet: Plena, Workshops und Diskussionsrunden wurden organisiert, die teilweise in studentischen Cafés, teilweise in einem von den Studierenden auf dem Campus aufgestellten Zelt stattfanden. Vor und nach der VV wurde versucht, mittels Musik, Essen und Trinken sowie Transparenten und Kreidemalereien, dem Campus ein wenig studentisches Leben einzuhauchen. Das ist – zumindest für drei Tage – gelungen. Überschattet wurden diese Versuche der Studierenden, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen und der Sterilität des I.G.-Farben-Campus etwas entgegenzusetzen, von der Kriminalisierung der Proteste durch die Uni-Leitung und dem Versuch der Spaltung der Studierendenschaft. Das Verhalten des Präsidiums und einiger Mitarbeiter_innen und Studierenden nimmt dabei Ausmaße an, die einen nicht mehr nur den Kopf schütteln lassen, sondern Anlass zur Besorgnis bieten – denn hier geht es nicht mehr nur um eine Meinungsverschiedenheit, sondern immer stärker auch um Repression und Hetze gegenüber kritischen Studierenden.

Sicherheitswahn und Kriminalisierung

Das Präsidium hat offenbar Angst vor der Wut der Studierenden, was man durchaus verstehen kann, bietet doch die Politik der Uni-Leitung viele Gründe, wütend zu sein. Allerdings wird sich nicht mit diesen Gründen auseinandergesetzt oder versucht, Verbesserungen zu schaffen. Stattdessen ist die Haltung, die derzeit gegenüber den Studierenden eingenommen wird, immer stärker von einer paranoiden Grundhaltung gekennzeichnet, die sich in völlig unverhältnismäßigen Maßnahmen ausdrückt, die die Bewegungsfreiheit an der Universität einschränken und eine gewöhnliche studentische Veranstaltung wie eine Vollversammlung als Bedrohung erscheinen lassen. Erste Anzeichen dieser Entwicklung zeigten sich bereits im vergangenen Wintersemester, als aus Angst vor Besetzungen der AfE-Turm an mehreren Tagen geschlossen wurde und bei einem kritischen Campusrundgang des Protestplenums mehrere Cafés und Gebäude am I.G.-Farben-Campus „aus Sicherheitsgründen“ abgeriegelt wurden.

Im April wurde von der neuen Besitzerin des AfE-Turmes, der ABG-Holding, das komplette Erdgeschoss des Gebäudes mit Nato-Draht ausgelegt, um die Studierenden abzuwehren, von denen anscheinend erwartet wurde, eine kriegerische Invasion des Turms zu planen. Für diese Maßnahme ist zwar nicht das Präsidium verantwortlich, sie produziert aber genauso wie die Schließungen von Cafés „aus Sicherheitsgründen“ ein Bild von Studierenden als einer Gefahr, der man nicht anders begegnen kann, als durch die Abriegelung von Gebäuden. Die grotesken Züge dieses „Sicherheitskonzeptes“ lassen sich wohl kaum besser veranschaulichen, als durch die Mitarbeiter_innen des im Turm verbliebenen Büros für Schulpraktische Studien, die in Kriegsambiente im Eingangsbereich ausharrten und den Studierenden durch einen Schlitz in der verbarrikadierten Eingangstür ihre Scheine aushändigten.

Rund um die Vollversammlung zeigte sich erneut die paranoiden Anwandlungen des Präsidiums, als dieses wenige Stunden vor der seit Monaten angekündigten Veranstaltung drohte, diese zu verbieten, wenn nicht ein Sicherheitskonzept vorgelegt und Verantwortliche benannt werden. Das stellt einen unzulässigen Eingriff in die Rechte der Studierenden dar – eine Vollversammlung kann nicht einfach verboten werden. Die VV konnte letztendlich wie geplant stattfinden, allerdings wurde den Organisator_innen trotz Verhandlungen mit dem Präsidium mehrfach die Zufahrt zum Campus versperrt und der Aufbau eines Zeltes untersagt. Stunden vor Beginn der Veranstaltungen wurden alle Mensen und Cafés auf dem Campus sowie das House of Finance und das Casino geschlossen. Auch die meisten Toiletten in den Gebäuden am Platz, auf dem die VV stattfand, wurden dichtgemacht. Diese Reaktion war nicht nur völlig unverhältnismäßig sondern stellte de facto das Aussetzen der Grundversorgung der Studierenden dar. Es bleibt offen, ob diese Maßnahme einer tatsächlichen Angst der Uni-Leitung vor einem randalierenden Mob, der die Mensa anzündet und die Toiletten in Schwimmbäder verwandelt, geschuldet war oder ob das Ziel der Schließungen darin bestand, Studierende zum Verlassen der Universität zu bewegen, um eine hohe

Teilnehmer_innenzahl bei der VV zu verhindern. In jedem Fall wurde ein Bedrohungsszenario entworfen, das die Organisator_innen und Teilnehmer_innen der Vollversammlung mit Gewalt und Zerstörung in Verbindung brachte und somit zur Diffamierung von berechtigtem Protest führte und zur Spaltung der Studierendenschaft beitrug. Diese Kriminalisierung der Vollversammlung fand auch in einer großen Polizeipräsenz am Campus ihren Ausdruck. Studierende, die den Campus betreten wollten, wurden von Polizist_innen kontrolliert.

Hier zeigt sich, dass Dinge, die eigentlich selbstverständlich sein sollten – nämlich den Campus betreten, in der Mensa essen, auf Toilette gehen und eine studentische Vollversammlung abhalten – zum Gegenstand von Restriktion und Kontrolle werden. Dies stellt einen nicht zu akzeptierenden Angriff auf die Möglichkeit der Studierenden, sich frei zu bewegen und ihre studentischen Rechte wahrzunehmen, dar.

Auch dass schon das Aufstellen eines Zeltes als Bedrohung gewertet wird, dass monatelang darüber verhandelt werden muss, ob es ein Fachschaftencafé, für das es bereits einen Raum gibt, tatsächlich geben darf und dass man sich neuerdings als Studierende_r nicht mehr nach 22 Uhr im I.G.-Farben-Haus aufhalten darf, verdeutlicht, dass die Angst der Uni-Leitung vor den Studierenden so groß ist, dass bereits studentische Initiativen, Diskussionen außerhalb der Vorlesungszeiten und Fachschaftsfeiern als etwas gewertet werden, das verhindert werden muss. Das ist nicht nur armselig, sondern stellt eine Repression studentischer Kultur dar, die genau zu der Wut führt, vor der sich so gefürchtet wird. Auch an den neuen Gebäuden am I.G.-Farben-Campus lässt sich diese von Kontrolle und Verbot geprägte Haltung gegenüber den Studierenden verdeutlichen. Im neuen PEG-Gebäude gibt es ganze Treppenhäuser, die nicht von Studierenden genutzt werden dürfen, da Mitarbeiter_innen anscheinend eine Möglichkeit benötigen, das Gebäude zu verlassen ohne dieser bedrohlichen Spezies zu begegnen. Das Gebäude, in dem Präsidium und Verwaltung untergebracht sind, gleicht einem Hochsicherheitstrakt: Eine Tür, die man von Hand öffnen könnte, gibt es nicht. Um in das Gebäude zu gelangen, muss man erst über eine mit Kamera versehene Gegensprechanlage sein Anliegen vorbringen, bevor man in die heiligen Hallen vorgelassen wird. Im Innern des Gebäudes sind auch die einzelnen Bürogänge verschlossen und auch hier kommt man nur weiter, wenn man mithilfe einer Gegensprechanlage sein Anliegen vorbringt. So ähnlich hat man sich immer den Besuchsgang im Gefängnis vorgestellt. Statt sich also mit den Forderungen der Studierenden auseinanderzusetzen, sperrt die Uni-Leitung sich lieber ein, sodass Studierende gar nicht erst die Möglichkeit haben, spontan das Präsidium aufzusuchen und Forderungen zu artikulieren, wie es etwa nach der Turm-Vollversammlung im Herbst letzten Jahres geschehen war.

Dass die meisten Studierenden doch noch in der Lage sind, sich ein gewisses Maß an reflektierendem Denken zu bewahren und die Zustände Universität nicht kritiklos hinzunehmen, macht sie zu einem Störfaktor für die Uni-Leitung. Die Universität wandelt sich somit mehr und mehr von einem Ort für Studierende zu einem Ort, an dem Studierende als ein notwendiges Übel behandelt werden.

Die 100.000 Euro-VV

Die Repressionen gegenüber den Studierenden in Form von Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und ihrer Möglichkeit, Veranstaltungen durchzuführen, löst verständlicherweise bei vielen Betroffenen Unmut aus. Dieser Unmut richtet sich aber in vielen Fällen nicht gegen die für die Maßnahmen verantwortliche Uni-Leitung sondern gegen die kritischen Studierenden, die als Krawallmacher_innen gebrandmarkt werden. Zu dieser Spaltung der Studierendenschaft, trägt das Präsidium durch das bereits erwähnte Bedrohungsszenario bei. Ein wichtiger Faktor ist außerdem, dass eine Vermischung und Pauschalisierung verschiedener Dinge stattfindet: Im Rahmen der Proteste gegen die Räumung des IVI wurden Scheiben an mehreren Uni-Gebäuden eingeworfen. Diese Ereignisse wurden auf verschiedene Weise in den Kontext der Vollversammlung gestellt. So gab es am Tag der VV am Café „Sturm und Drang" einen Aushang mit der Aufschrift: „Wegen Drohungen gegen unsere Einrichtung im Rahmen der aktuellen Demos und Kundgebungen müssen wir heute leider unsere Cafeteria ab 12:00 aus Sicherheitsgründen schließen". Diese Wortwahl und die Schließung des Cafés kurze Zeit vor Beginn der VV, suggerierte, dass es eine konkrete Drohung gegen das Café im Zusammenhang mit der VV gegeben habe – eine VV droht aber nicht, sie dient der Information und Diskussion.

Am Abend vor der Vollversammlung verschickte das Präsidium eine E-Mail an alle Studierende, in der darauf hingewiesen wurde, dass es durch das Einwerfen der Fensterscheiben zu einem Schaden von 100.000 Euro gekommen sei, der „einem Gegenwert von 100 Tutorien und Übungsgruppen" entspräche. Mal davon abgesehen, dass anscheinend, statt beispielsweise der Sicherheitsdienst oder schicke Möbel, zuerst die ohnehin nur spärlich vorhandenen Tutorien zum Gegenstand von Einsparungen werden sollen: Der Zeitpunkt des Versendens dieser E-Mail und die Schließung von Mensen und Gebäuden am Tag der VV rückten diese in den Kontext der Sachbeschädigungen. Falls diese Assoziation von der Uni-Leitung

intendiert war, hat die Strategie zumindest bei einigen Studierenden funktioniert: Eine Facebook-Botschaft an die Organisator_innen der Vollversammlung lautete: „Danke liebe Krawallmacher, ich wäre wirklich gern zum Mittagessen gegangen.“
Auch in den Medien fand eine Vermischung statt, in der Zeitung „Die Welt“ wurde unter der Überschrift „Mit Bengalo und Rauchbombe zur Alten Oper“ erst über die Vollversammlung berichtet um dann nahtlos zur Demo gegen die IVI-Räumung und den anschließenden „Ausschreitungen“ überzugehen. In der „Bild“ wurden direkt unter dem absurden Artikel „Radikale Studenten fordern: Macht Frankfurt kaputt“ die Forderungen der Vollversammlung dokumentiert. So wurde eine direkte Verbindungslinie gezogen zwischen „Krawall“ und der Vollversammlung – also einer Veranstaltung bei der, mittlerweile muss man das fast schon dazu sagen, Reden gehalten werden und die zur Kommunikation innerhalb der Studierendenschaft dient. Es wurde also von Seiten der Uni-Leitung wie einiger Medien eine Pauschalisierung von Protest und kritischen Stimmen als Bedrohung unternommen, die keinen Unterschied mehr macht und somit jeder Form von Protest ihre Legitimation abspricht.
Eine ähnliche Erfahrung durften bereits die Betreiber_innen des Tuca machen: Nachdem es zeitgleich zu einer Feier im Tuca im Turm zu Sachbeschädigung durch Unbekannte, die keine Gäste der Feier waren, kam, wurde das Tuca verantwortlich gemacht und seine weitere Existenz in Frage gestellt. Auf dem I.G.-Farben-Campus gibt es noch keinen neuen Raum für das Tuca. Die Sachbeschädigung, die wohl ohnehin stattgefunden hätte, wurde mit dem Vorhandensein eines studentischen Freiraums in Verbindung gebracht und so letztlich die Abschaffung dieses Freiraums gerechtfertigt.

Pro Reflexion

Am Tag der 100.000-Euro-E-Mail hat sich die Facebookseite „Pro Westend – Gegen Vandalismus“ gegründet, die zwar darauf besteht, unpolitisch zu sein, sich aber klar gegen „Radikalität“ ausspricht. Doch nicht nur mit diesem kruden Ablehnen von Radikalität – bei dem offenbleibt, ob mit Radikalität eine an die Wurzeln gehende Kritik der Gesellschaft oder das Kleben von Stickern gemeint ist – sondern auch mit ihrem Namen positioniert die Seite sich politisch: Einerseits stellt die Bezeichnung des I.G.-Farben-Campus als Campus Westend ein Ausblenden der Geschichte des Campus dar und andererseits bedeutet die Befürwortung des „Westends“ die Befürwortung eines Campus, der von Überwachung geprägt ist und kaum Raum für studentische Selbstverwaltung bietet. Insofern ist eine Befürwortung des „Campus Westend“ eine politische Positionierung.
Aber davon abgesehen gibt die Seite einer Stimmungsmache gegen den Asta und gegen kritische Studierende Raum, die mit Kritik nichts zu tun hat. Einige der Kommentare auf der Seite kann man nur mit dem Wort Hetze beschreiben. Ein Beispiel:
„Bin ja stark dafür, dass Schlägertrupps engagiert werden, die diese Spinner mal ordentlich verhauen, wenn sie sie beim Sprayen und kleben erwischen. Dürfte sich bestimmt auch über das Festnahmerecht nach 27 StPO rechtfertigen lassen, wenn im Anschluss die Polizei gerufen wird. Ich hab solche Leute dermaßen von satt, die 9 Semester erfolglos Soziologie studieren und dann aufeinmal schimpfen, wie scheisse die Gesellschaft doch sei. Man muss nur mal die Facebook-Profile dieser Leute sehen... ‚Arbeitet bei: Arbeit ist Scheisse‘ ist nur ein Beispiel. Und für solche Pfosten darf man dann später Hartz4 bezahlen.“
Doch nicht nur in den Kommentaren und Beiträgen auf Facebook-Seiten tun sich Abgründe auf: Der Asta erhält derzeit regelmäßig Drohungen und Hass-E-Mails.

„Pro Westend“ ruft neuerdings zu Putzaktionen auf, um die Spuren des „Vandalismus“ zu beseitigen. Nicht selten werden dabei Aufkleber mit Sachbeschädigung gleichgesetzt.
Dazu sind mehrere Dinge zu bemerken:
Durch Putzen wird die Uni nicht zu einem besseren Ort. Wer glaubt, das Problem der Goethe-Universität bestehe in Graffitis und Aufklebern, saß wahrscheinlich noch nicht vor einem überfüllten Seminar auf dem Gang und hat noch nicht versucht, einen Raum für ein autonomes Tutorium zu finden.
Das Einwerfen von Fensterscheiben zu kritisieren, ist berechtigt. Statt aber diese Praxis ohne weiteres Nachdenken bedingungslos zu verurteilen, wäre eine Reflexion darüber notwendig, warum Menschen Fensterscheiben einwerfen. Es ist nämlich zu vermuten, dass es zu solchen Vorfällen aufgrund von Wut und einem Gefühl der Ohnmacht kommt. Diese Gefühle sind in Anbetracht des Verhaltens der Uni-Leitung, vor allem in Bezug auf das IVI, durchaus nachvollziehbar. Es wäre also angebracht, darüber zu nachzudenken, wie diese Wut auf sinnvolle Art und Weise ausgedrückt werden kann, also welche Formen von Protest sinnvoll sind. Denn nur weil bestimmte Arten von Protest kontraproduktiv und unreflektiert sind, bedeutet das nicht, dass es keinen Anlass für Protest gäbe.
Bei der Diskussion auf der „Pro Westend“-Seite geht es aber schon lange nicht mehr um die 100.000-Euro-Fenster, sondern um weiße Wände. Warum sind weiße Wände für viele Studierende („Pro Westend“ hat immerhin über 1.700 Likes) so wichtig? Was finden so viele schlimm an ein paar Aufklebern und Schriftzügen? Das Argument, das am häufigsten zu hören ist, beruft sich auf

die bei der Reinigung entstehenden Kosten. Aber diese Kosten entstehen nur, weil die Uni-Leitung die Spuren der Unzufriedenheit der Studierenden unsichtbar machen möchte. Tags und Sticker sind eine Form des Protests, deren Sinn gerade darin besteht, sichtbar zu sein. Dass Parolen an der Wand überstrichen werden, zeigt, dass ein sichtbarer Ausdruck von Protest nicht gewünscht ist. Dass Zeichnungen und Gedichte genauso schnell verschwinden wie politische Aussagen, zeigt, dass die studentische Gestaltung der Universität auch dann nicht erwünscht ist, wenn sie künstlerisch ist. Natürlich, nicht alle Graffitis sind schön und nicht alle Sprüche sind klug. Aber mir ist eine Diskussion mit Edding an der Wand lieber als überhaupt keine Diskussion. Außerdem ist es nicht an Einzelnen, darüber zu entscheiden, was schön ist und was nicht. Wenn man eine Gestaltung der Wände, die man persönlich nicht schön findet, bekämpft, hat das auch etwas mit Intoleranz zu tun.

Die Universität sollte eigentlich ein Ort sein, der von Studierenden aktiv und nicht nur mit einer passiv-konsumierenden Haltung genutzt wird. Dazu gehört die Gestaltung des Raumes Universität und deren Aneignung für studentische Initiativen. Am I.G.-Farben-Campus gibt es so gut wie keine autonomen studentischen Räume, die zur Diskussion und Reflexion genutzt und von den Studierenden gestaltet werden dürfen und dass nicht einmal Plakate und Veranstaltungshinweise an die Wand gehängt werden dürfen, ist als ein aktives Bekämpfen studentischer Kultur zu verstehen. Akte der Aneignung und des Raum-Nehmens haben deshalb umso mehr eine Berechtigung.

Jede Parole an der Wand zeigt, dass jemand die Universität nicht als fremdes Eigentum begreift, sondern als etwas, das allen gehört und an dessen Gestaltung man mitwirken kann. Dies ist meiner Meinung nach eine sinnvollere Haltung als das zwanghafte Reinhalten, die absurde Verteidigung der weißen Wand.

Widerworte

Die weiße Wand ist nicht neutral.

Die weiße Wand suggeriert, dass alles gut so ist, wie es ist und dass kein Einspruch erhoben werden muss.

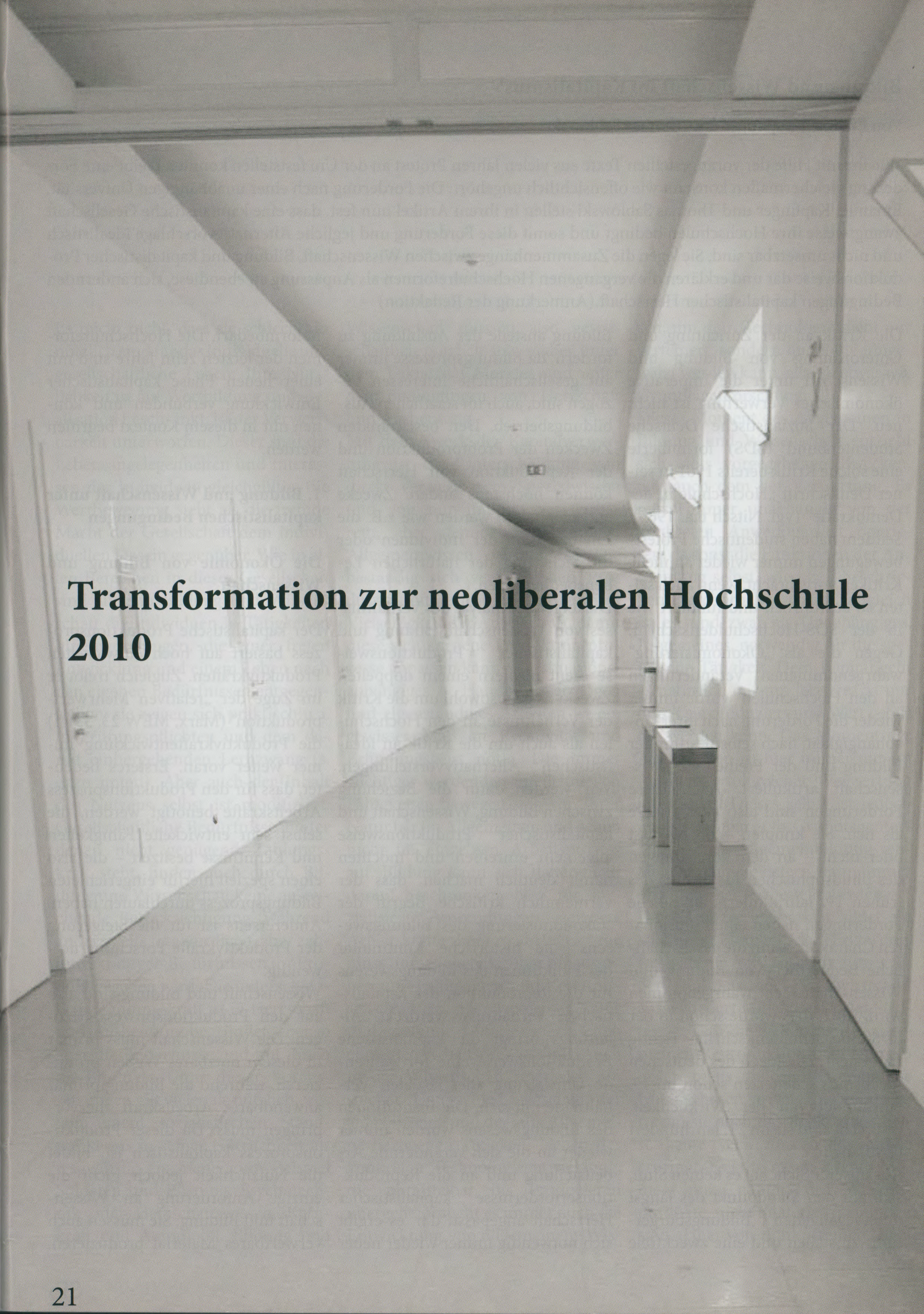
Die weiße Wand suggeriert, dass wir zum Studieren nichts weiter brauchen als das, was im Vorlesungsverzeichnis steht.

Die weiße Wand schweigt. Sie ist so sehr Standard und ohne Widerworte, wie die Uni-Leitung sich ihre Studierenden wünscht.

Wir wollen aber Widerworte geben. Wir wollen nicht überwacht werden und funktionieren. Wir wollen auch nicht brav und ordentlich sein. Wir wollen diskutieren, reflektieren und protestieren. Denn das ist die angemessene Haltung einer Uni gegenüber, die ihre Studierenden als passiv-konsumierende Kund_innen versteht.

Wir wollen uns den Ort, an dem wir studieren, aneignen und ihn aktiv gestalten – denn das ist die angemessene Haltung einer Uni gegenüber, die die Studierenden als Störfaktor und Bedrohung versteht.

Die studentische Vollversammlung am 24. April war ein erster Versuch der Studierenden, sich die Uni zurückzuholen. Wir werden damit nicht aufhören – auch wenn alles dafür unternommen wird, solche Versuche zu delegitimieren und zu kriminalisieren.



Transformation zur neoliberalen Hochschule 2010

Bildung und Wissenschaft im Kapitalismus[1]

Von Emanuel Kapfinger und Thomas Sablowski

Wie ihr mit Hilfe der vorangestellten Texte aus vielen Jahren Protest an der Uni feststellen konntet, bleibt eine Forderung gleichermaßen konstant wie offensichtlich ungehört: Die Forderung nach einer unabhängigen Universität. Emanuel Kapfinger und Thomas Sablowski stellen in ihrem Artikel nun fest, dass eine kapitalistische Gesellschaft zwangsweise ihre Hochschulen bedingt und somit diese Forderung und jegliche Alternativvorschläge idealistisch und nicht umsetzbar sind. Sie legen die Zusammenhänge zwischen Wissenschaft, Bildung und kapitalistischer Produktionsweise dar und erklären die vergangenen Hochschulreformen als Anpassung an ebendiese, sich ändernden Bedingungen kapitalistischer Herrschaft.(Anmerkung der Redaktion)

Die Kritik an der Zurichtung und Unterordnung von Bildung und Wissenschaft unter die Imperative ökonomischer Verwertung ist nicht neu. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) formulierte eine solche Kritik bereits 1961 in seiner Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ (vgl. Nitsch u.a. 1965). Seitdem haben studentische Protestbewegungen immer wieder ähnliche Kritiken vorgebracht, wenn auch selten so ausführlich und fundiert wie in der SDS-Hochschuldenkschrift. Gegen die als „Ökonomisierung“ wahrgenommenen Veränderungen an den Hochschulen wurde immer wieder die Forderung nach ihrer Unabhängigkeit, nach selbstbestimmter Bildung und der Freiheit der Wissenschaft artikuliert. Auch diese Forderungen sind also alles andere als neu. Sie knüpfen – ob bewusst oder nicht – an den Vorstellungen des philosophischen Idealismus des frühen 19. Jahrhunderts an. Solche Forderungen haben einen illusionären Charakter, wenn die gesellschaftliche Bedingtheit von Bildung und Wissenschaft nicht wahrgenommen wird. Auch dies wurde schon in der SDS-Hochschuldenkschrift richtig festgestellt. Die Ideen des deutschen Idealismus scheiterten schon im 19. Jahrhundert an der Wirklichkeit, erst recht sind sie im 21. Jahrhundert unzulänglich.

Aus unserer Sicht hat es keinen Sinn, sich auf den Standpunkt des längst untergegangenen Bildungsbürgertums zu stellen und eine zweckfreie Bildung anstelle der Ausbildung zu fordern, da Bildungsprozesse immer auf gesellschaftliche Interessen bezogen sind, auch im staatlichen Ausbildungsbetrieb. Den beschränkten Zwecken der Profitproduktion und der Reproduktion von Herrschaft können höchstens andere Zwecke entgegenhalten werden wie z.B. die Emanzipation der Individuen oder die Sicherung der natürlichen Lebensbedingungen.

Die folgende Analyse des Verhältnisses von Wissenschaft, Bildung und kapitalistischer Produktionsweise dient insofern einem doppelten Zweck: Es geht sowohl um die Kritik der Verhältnisse an den Hochschulen als auch um die Kritik an idealistischen Alternativvorstellungen. Wir werden dafür die Beziehung zwischen Bildung, Wissenschaft und kapitalistischer Produktionsweise allgemein umreißen und möchten damit deutlich machen, dass der vermeintlich kritische Begriff der „Ökonomisierung des Bildungswesens“ die historische Kontinuität der Funktionen des Bildungswesens für die Reproduktion der kapitalistischen Verhältnisse verdeckt. Allerdings bringt die kapitalistische Produktionsweise eine fortwährende Umwälzung aller sozialen Verhältnisse mit sich. Die Institutionen des Bildungswesens wurden immer wieder an die sich verändernde Arbeitsteilung und an die Reproduktionserfordernisse kapitalistischer Herrschaft angepasst, d.h. es ergibt sich notwendig immer wieder neuer Reformbedarf. Die Hochschulreformen der letzten zehn Jahre sind mit einer neuen Phase kapitalistischer Entwicklung verbunden und können nur in diesem Kontext begriffen werden.

1. Bildung und Wissenschaft unter kapitalistischen Bedingungen

Die Ökonomie von Bildung und Wissenschaft

Der kapitalistische Produktionsprozess basiert auf hoch entwickelten Produktivkräften. Zugleich treibt er im Zuge der „relativen Mehrwertproduktion“ (Marx, MEW 23, 331ff) die Produktivkraftentwicklung immer weiter voran. Ersteres bedeutet, dass für den Produktionsprozess Arbeitskräfte benötigt werden, die selbst sehr entwickelte Fähigkeiten und Kenntnisse besitzen – die also einen speziell hierfür eingerichteten Bildungsprozess durchlaufen haben. Andererseits ist für die Steigerung der Produktivkräfte Forschung notwendig.

Wissenschaft und Bildung sind also auf den Produktionsprozess bezogen: Die Wissenschaft muss primär in diesem nutzbares Wissen produzieren, während die Bildung primär anwendbare Arbeitskraft hervorbringen muss. Da dieser Produktionsprozess kapitalistisch ist, bildet die Nützlichkeit jedoch nicht die einzige Anforderung an Wissenschaft und Bildung: Sie müssen auch verwertbares Material produzieren.

Es reicht nicht, dass sie schlechthin nützlich sind für das individuelle und gesellschaftliche Leben: Ihre Nützlichkeit ist auf Wertbildung und -realisation beschränkt, ist der Verwertbarkeit unterworfen. Dieser sind die Lebensangelegenheiten und Interessen der Individuen gleichgültig; die Wertbewegung steht als die fremde Macht der Gesellschaft dem individuellen Dasein gegenüber. Wie in allen Bereichen in dieser Gesellschaft sind auch in Bildung und Wissenschaft die Individuen in Tätigkeiten hineingezwungen, die einer freien Entwicklung und einem Leben nach den eigenen Bedürfnissen entgegenstehen; sie zeigen sich praktisch u.a. in Prüfungspflichten und dem damit einhergehenden Lernzwang (s. dazu unten). Aber auch der Inhalt des Nutzens selbst ist modifiziert: Gesellschaftliche Bedürfnisse, hinter denen nicht genügend Zahlungskraft steht, finden auch durch Bildung und Wissenschaft keine ausreichende Berücksichtigung, während andererseits fragwürdigen, aber zahlungskräftigen Bedürfnissen ihr Produkt gegeben wird. Die unterschiedliche Zahlungskraft ist in Herrschaft und Ausbeutung begründet, ebenso aber die Bedürfnisse und mit ihnen die Produkte. Unter diesen Voraussetzungen gilt vieles als nützlich, was von einem sozialistischen Standpunkt aus in seiner Nützlichkeit als fragwürdig erschiene, zum Beispiel Soldaten und Rüstung, Psychotechnik oder Herrschaftswissen, Kernkraft und Automobil. Bildung und Wissenschaft müssen also gesellschaftlich nützlich sein – aber unter dem Diktat des Marktes und unter den Bedingungen von Herrschaft und Ausbeutung.

Mit dem Zweck der Kapitalverwertung ist die Unterscheidung von direkt verwertbarem Spezialwissen und von nur indirekt verwertbarem, aber dennoch notwendigen Allgemeinwissen verbunden: Die beständig sich verändernden Produktivkräfte erfordern eine gewisse Vielseitigkeit der Arbeitskraft, damit diese sich an neue Produktionsprozesse anpassen kann. Für situationsabhängiges Handlungsvermögen und eigenständiges Arbeiten ist ein gewisses Maß an Kreativität und Erfindungsgeist nötig. Die immer wichtiger werdenden intellektuellen Fähigkeiten bewegen sich von ihrer Natur her im Allgemeinen und gehen nicht im einzelnen Arbeitsprozess auf. Bildung kann sich daher nicht darauf beschränken, bloß für spezialisierte Anwendungen geeignete Arbeitskräfte hervorzubringen. Sie muss immer auch darüber hinausgehen und Fähigkeiten und Kenntnisse vermitteln, die allgemeiner Natur und getrennt vom je spezifischen einzelnen Arbeitsprozess sind. Auch in der Wissenschaft zeigt sich ein solcher Unterschied zwischen der aufs Einzelne und der aufs Allgemeine bezogenen Tätigkeit. Neben der konkreten Technologieentwicklung, die unmittelbar ins Produzieren übergeht, braucht es immer auch die Entwicklung von allgemeinem Wissen, mit dem Technologie nicht nur verfeinert, sondern qualitativ umgewälzt werden kann, also so etwas wie Grundlagenforschung.

Dieses Moment des Allgemeinen in Bildung und Wissenschaft entzieht sich stets vorgegebenen Zwecken, d.h. auch dem der Verwertung. Es muss immer unabhängig von der konkreten Anwendbarkeit operieren, da sonst die Funktionen der Anwendung selbst, wie oben beschrieben, durchbrochen wären. Zugleich ist es, und zwar als Unabhängiges, Allgemeines, notwendig für die spezifische Tätigkeit. Dem Kapital geht es natürlich nur um letztere, da nur durch sie produziert und Wert gebildet werden kann. Das Moment des Allgemeinen ist hier immer nur im Resultat erfolgreicher Verwertung interessant. Dieses selbst ist jedoch unberechenbar: Ob Grundlagenforschung und Allgemeinbildung rentable Ergebnisse liefern, kann immer erst hinterher festgestellt werden.

Diese Unberechenbarkeit bildet ein wichtiges Moment der Erklärung, weshalb die Wissenschaft zum großen Teil aus der Privatwirtschaft ausgegliedert und Aufgabe des Staates ist, dem die Sicherung der allgemeinen Reproduktionsbedingungen des Kapitals obliegt. Betreiben die Unternehmen privat Forschung, so tragen sie auch das Risiko, dass diese keine verwertbaren Ergebnisse erbringt. Es kommt ein zweites Moment hinzu, nämlich dass Wissensprodukte nicht materiell gebunden sind, daher von Konkurrenten leicht

entwendet werden können bzw. umgekehrt für jeden Wissensproduzenten die Gefahr der Benutzung des Wissens durch andere besteht, so dass eigene Wissensproduktion immer riskant ist. Vermiede das Kapital allerdings aus diesen Gründen bestimmte Forschungen, und das beträfe insbesondere Grundlagenforschung, so wäre die Kontinuität des technischen Fortschritts in Gefahr; der ist aber für die ständig erweiterte Ausdehnung des Mehrwerts, wie sie die kapitalistische Produktion kennzeichnet, notwendig. In dem Maße, in dem der Staat die Forschung übernimmt, nimmt er den Einzelkapitalen auch das mit den Forschungsausgaben verbundene Verwertungsrisiko ab. Insofern hat das Kapital das Interesse, dass der Staat einen möglichst großen Teil der notwendigen Forschung bzw. ihrer Finanzierung übernimmt.

Andererseits wird die staatliche Forschung wie alle anderen Staatsausgaben auch durch Steuern oder durch staatliche Verschuldung, d.h. durch Abzüge von dem unter der Regie des Kapitals produzierten oder zukünftig zu produzierenden Wertprodukt finanziert. Die staatlich betriebene Wissenschaft bildet für das Kapital indirekt Kosten oder Abzüge vom Mehrwert, die zur Akkumulation notwendig sind, aber den Waren keinen Wert zusetzen, daher auch keinen Mehrwert bilden. Das Kapital strebt danach, diese Kosten so weit wie möglich zu reduzieren. Dadurch wird auch staatliche Forschung tendenziell eingeschränkt, selbst wenn damit die kontinuierliche gesamtgesellschaftliche Akkumulation in Gefahr gerät. Die Entwicklung der Wissenschaft und der staatlichen Wissenschaftspolitik ist also permanent durch den Widerspruch gekennzeichnet, dass das Kapital ein Interesse an verwertbaren Forschungsergebnissen hat, zugleich jedoch danach strebt, die Forschungsausgaben möglichst zu reduzieren.

Auch die Bildung ist im Wesentlichen staatliche Angelegenheit. Hier besteht ein ähnlicher Widerspruch. Unternehmen brauchen qualifizierte Arbeitskräfte, die sie zum Teil für ihre spezifischen Anforderungen selbst ausbilden müssen. Doch gehen Bildungsausgaben für Unternehmen nie unmittelbar in die Verwertung ein; die Bildung wird zunächst nur zum Eigentum der ausgebildeten Arbeitskräfte. Diesen steht es frei, nach Ihrer Ausbildung den Betrieb zu verlassen und bei anderen, u.U. besserzahlenden Unternehmen anheuern. Diese profitieren dann gleichsam als Trittbrettfahrer von dem ausbildenden Unternehmen. Insofern tendieren die Einzelkapitale dazu, die eigene Ausbildung zu vermeiden oder zu minimieren.

Hinzu kommt, dass die Arbeitsprozesse im Bildungswesen sich schlecht rationalisieren lassen. Steigerungen der Arbeitsproduktivität sind hier kaum möglich. Daher ist es schwierig, Bildung und Ausbildung selbst als profitables Geschäft zu organisieren. Es gibt zwar Privatschulen und private Hochschulen, doch entweder sind diese einer Elite vorbehalten, die sich exorbitante Studiengebühren leisten kann, oder diese kapitalistischen Bildungsunternehmen extrahieren Profite aus dem Bildungsprozess, indem sie die Qualität der Bildung senken oder die Arbeitszeit der dort beschäftigten Arbeitskräfte verlängern und ihre Löhne drücken. Diese Verwertungsmöglichkeiten sind jedoch relativ begrenzt.

Der Staat löst diese Probleme, indem er selbst zum großen Teil die Ausbildung der Arbeitskräfte gewährleistet. Aber auch hier gilt, dass die staatlichen Ausbildungskosten durch die Besteuerung entweder in den Wert der Arbeitskraft eingehen oder (über Kapitalsteuern) Abzüge vom Mehrwert darstellen. Das Kapital hat daher auch das Interesse, die staatlichen Bildungsausgaben so weit wie möglich zu drücken.

Die Trennung von Bildung und Wissenschaft einerseits und privater Wirtschaft andererseits ist, wie schon angedeutet, keine absolute. Viele staatliche Forschungen werden von vornherein mit dem Ziel produktiver Anwendung durchgeführt. Es gibt an staatlichen Forschungseinrichtungen zahlreiche von Unternehmen finanzierte Projekte. Umgekehrt kann Grundlagenforschung, soweit sie z.B. durch Patente vor der Konkurrenz geschützt ist, für ein Unternehmen sinnvoll sein. Ähnlich ist es bei der Bildung. Unter bestimmten Voraussetzungen kann es für Unternehmen vorteilhaft sein, ArbeiterInnen durch eigene Ausbildung an sich zu binden und sie mit den Spezialitäten des Unternehmens von vornherein vertraut zu machen; auch dies gedeiht unter dem Schutz vor der Konkurrenz, wie er gerade unter korporatistischen Verhältnissen unter anderem durch die Tarifbindung erreicht wird. Auch gibt es privat betriebene Bildungseinrichtungen, Gymnasien und Hochschulen, die als ihr Produkt hochwertige Bildung verkaufen. Damit seien nur die augenfälligsten Verzahnungen von Staat und Wirtschaft in Bezug auf Bildung und Wissenschaft genannt.

Widersprüche in der Bildungsökonomie

Bildung und Wissenschaft sind unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise nicht Teil eines im Zusammenhang geplanten gesellschaftlichen Produktionsprozesses, sondern existieren als getrennte gesellschaftliche Sphären, sei es im Staat, sei es in privaten Unternehmen. Die Produktion von Arbeitskräften im Bildungswesen und die Produktion von wissenschaftlichem Wissen sind daher genau demselben Problem unterworfen wie alle unabhängige Produktion in der bürgerlichen Gesellschaft. Es lässt sich nicht voraussehen, ob die Produktion auf ein entsprechendes

gesellschaftliches Bedürfnis stößt bzw. dieses in dem erforderlichen Umfang befriedigt. Auch hier ist der gesellschaftliche Zusammenhang zerrissen und kann immer erst nachträglich über den Markt, hier den Arbeits- und den Wissensmarkt, hergestellt werden. Dies schließt ein, dass Bildung und Wissenschaft sich im ökonomischen Sinne als nutzlos erweisen können: es zeigt sich im Nachhinein, dass Arbeitskräfte ausgebildet wurden, die nicht gebraucht werden, und dass Wissen produziert wurde, das wertlos ist. Der Staat kann also prinzipiell nicht exakt die Fähigkeiten liefern, die je aktuell benötigt werden. Gerade für die Arbeitskräfte ist diese permanent produzierte Nutzlosigkeit jedesmal katastrophal.

Obwohl für die kapitalistische Produktion beides, die Allgemeinbildung wie die Spezialisierung, notwendig ist, tendiert das Kapital zu einer einseitigen Zwecksetzung; es fördert Spezialisierung, Anwendbarkeit, direkte Nützlichkeit, weil nur dies unmittelbar verwertbar ist. Wissenschaft und Bildung stehen von daher immer unter dem Druck, Praxisnähe, Berufsorientierung, ökonomische Nützlichkeit zu beweisen. Darauf zielen nicht zuletzt die gegenwärtigen Reformbewegungen im Bildungs- und Wissenschaftswesen, die daher auch als „Ökonomisierung" bezeichnet werden. Würde diese Bewegung zu Ende geführt, untergrübe das Kapital seine eigenen Grundlagen; aber auch die bis jetzt durchgeführten Studienreformen entziehen wahrscheinlich für eine allgemeine und kontinuierliche Verwertung notwendige Fähigkeiten wie Kontextdenken, breite Kenntnisse, Kreativität, die im Arbeitsprozess gebraucht werden.

Dieser Widerspruch existiert nicht nur für das einzelne Kapital, sondern auch volkswirtschaftlich, d.h. für die staatliche Bildungsökonomie. Die umfassende, „ganzheitliche" Ausbildung ist teuer, dauert lang und muss danach noch für die je besonderen Bedürfnisse des Produktionsprozesses angepasst werden. Dafür erhalten die Ausgebildeten allgemeine Fähigkeiten, mit denen sie vielseitig einsetzbar sind und sich schnell an Veränderungen im Produktionsprozess anpassen können; derartige Bildung bildet also eine langfristige Investition in das „Humankapital" des Staates. Umgekehrt helfen die Engführung der Ausbildung und die Verkürzung der Ausbildungszeiten, Kosten zu sparen, und die ausgebildeten Arbeitskräfte werden früher in der Produktion verfügbar. In der Kalkulation der Bildungsausgaben und ihrer Finanzierung steht auch der Staat, obwohl er die Kontinuität der Verwertungsbedingungen garantieren muss, in dem Widerspruch zwischen möglichster Schonung des Staatshaushaltes und den Notwendigkeiten der Reproduktion. Heute, wo die Staatseinnahmen im Vergleich zu den Ausgaben beständig weniger werden und die Schuldenlasten steigen, erhöht sich der Druck auf den Staat, möglichst wenig für Bildung auszugeben und einen kurzfristigen Rückfluss der Bildungsausgaben zu erzielen.

Neben der Ökonomie des Staatshaushaltes selbst ist für den Staat aber ebenfalls die Verwertung des Kapitals von Bedeutung. Jede zusätzliche Qualifikation erhöht den Wert der Arbeitskraft und bildet so eine Verwertungsschranke für das Kapital, obwohl für die entwickelte Produktion hochqualifizierte Arbeitskräfte notwendig sind. Der Staat versucht diesen Widerspruch zu lösen und die Effizienz des Bildungsprozesses zu steigern, indem er möglichst viel Qualifikation in möglichst kurzer Zeit produziert; das erfordert eine passgenaue Ausbildung, in der unrentable Bildungsprozesse möglichst unterdrückt werden müssen.

Die Formbestimmung der Bildung durch die Arbeitsteilung im Kapitalismus

Das Bildungswesen dient dazu, die Individuen darauf vorzubereiten, einen bestimmten Platz in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung einzunehmen. Bei dieser Arbeitsteilung geht es zum einen um eine Teilung in verschiedene Berufe, d.h. eine technisch bestimmte Arbeitsteilung; hieraus sind auch die verschiedenen Fächer und Spezialisierungen an den Hochschulen begründet. Das Bildungswesen trägt aber ebenso zur Reproduktion der kapitalistischen Klassenstruktur und anderer Herrschaftsverhältnisse bei. Wesentlich hierfür ist, dass die Klassenstruktur, deren Grundlage der Gegensatz von Kapitalisten und LohnarbeiterInnen ist, notwendig mit der Teilung der höherbewerteten Kopf- von der niederen Handarbeit verbunden ist. Zwar sind alle Menschen, wie Gramsci (1996, 500) sagt, Intellektuelle (weil jede Tätigkeit geistige Anteile hat), doch haben in der Gesellschaft nur wenige auch die Funktion eines Intellektuellen, also zum Großteil bessergestellte Direktions- und Herrschaftsfunktionen innerhalb der Betriebe. Des Weiteren arbeiten Intellektuelle Lebensweisen aus und organisieren den gesellschaftlichen Zusammenhalt, indem sie zur Produktion von Konsens, zur Ausarbeitung von Kompromissen beitragen. Die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse des Kapitalismus sind also eng mit der Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit verknüpft.

Das kapitalistische Bildungswesen kann nun nicht alle Arbeitskräfte auf die intellektuelle Stufe von funktionalen Intellektuellen bringen, es muss unterschiedliche Qualifikationsniveaus erzeugen: Wenn die Arbeitskräfte zu viel wissen und zu hoch qualifiziert sind, so ist dies für das Kapital dysfunktional, weil die Vermittlung zusätzlicher Qualifikationen den Wert der Arbeitskraft erhöht, und auch für den Staat in seiner ökonomischen Funktion zu

teuer wird (ganz abgesehen von den möglichen politischen Folgen einer hohen Bildung und eines kritischen Reflexionsvermögens). Zu einem großen Teil werden in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung relativ gering qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht.

Diese gestuften Qualifikationen, die die gesellschaftlichen und betrieblichen Hierarchien begründen, werden formell beurkundet, also als Zeugnis ausgestellt, womit der eigene Wert und Unwert objektiv klassifiziert wird und subjektiv äußerste Demütigung gezeitigt wird. Aber die Zeugnisse sind notwendig, weil die Auszubildenden so zur Absolvierung voraussichtlich nützlicher und verwertbarer Leistungen gezwungen sind, sie also in das entfremdete Aneignen von Wissen hineingezwungen sind, selbst wenn sie nicht einmal den Hauch eines Interesses dafür haben. Die formelle Beurkundung soll zudem den quantitativen Vergleich individueller Bildungsprozesse und damit eine relativ einfache Auswahl von Arbeitskräften aus einem massenhaften Angebot ermöglichen. – Die zahlreich gestuften Abschlüsse bedeuten für die Individuen zudem eine Determination ihrer zukünftigen Lebensumstände, was Lebensstandard, Zukunftssicherung, Lebenserwartung usw. angeht. Daher garantieren sie auch die kontinuierliche Auswahl von Menschen in ähnlich gestufte Lebensniveaus. Das kapitalistische Bildungssystem ist zum großen Teil ein Bildungsverhinderungssystem, indem auf den verschiedenen Stufen durch Prüfungen eine Selektion erfolgt, die vielen Individuen eine weitere Bildung verunmöglicht.

Die technisch bestimmte Arbeitsteilung und die Arbeitsteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital sowie zwischen geistiger und körperlicher Arbeit werden durch eine sexistisch und rassistisch bestimmte Arbeitsteilung überlagert. Das Bildungssystem ist durch eine geschlechtsspezifische Selektivität geprägt, die den Frauen untergeordnete Positionen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zuweist. Das gleiche gilt für Migranten und Migrantinnen. Die kapitalistischen Zentren, zu denen Deutschland zählt, nehmen auch in der internationalen Arbeitsteilung eine beherrschende Stellung ein. Die Hochschulen tragen durch die Ausbildung des entsprechenden Personals nicht zuletzt zur Reproduktion der Polarisierung zwischen den Zentren und der Peripherie im kapitalistischen Weltsystem bei.

Die kulturelle Bedeutung von Bildung und Wissenschaft

In der bisherigen Analyse von Bildung und Wissenschaft unter kapitalistischen Verhältnissen wurden beide immer nur als Funktionselemente in der ökonomische Reproduktion begriffen. Aber weder besteht Bildung nur in der Erzeugung von technischen und Kontrollfähigkeiten noch Wissenschaft nur in der Produktion von Technologie und Herrschaftswissen. Auch das Moment des Allgemeinen, das sich der puren Funktion entgegenstellt, war bisher letztlich immer auf die Anwendung des Allgemeinen bezogen. Bildung wie Wissenschaft müssen daher noch anders analysiert werden, nämlich in ihrer kulturellen Bedeutung. Die Fragen der Philosophie nach der Wahrheit der Erkenntnis und dem Sein des Menschen, die Frage der ästhetischen Wissenschaften nach der Bedeutung von Kunstwerken, die Frage der Geschichtswissenschaft nach der Vergangenheit von Ereignissen und Institutionen, die Frage der Psychologie nach dem inneren Außersichsein, die Frage der Biologie nach der Unterscheidung von organischer und anorganischer Materie, die Fragen der Physik nach den fundamentalsten Strukturen des Kosmos und seinem Ursprung – all dies lässt sich nicht in Nützlichkeit, Funktionalität, techné auflösen. Diese Fragen müssen als subjektive Gehalte von Bildung und Wissenschaft, als kulturelle Akte, die den Sinn des Menschen für sich und die Welt betreffen, begriffen werden. Und sie stellen auch keinen Randbereich der Wissenschaften dar, sondern machen das Wesen der Wissenschaft mit aus.

Die Berücksichtigung dieser kulturellen Momente der Wissenschaft ist absolut wichtig, da sie einer rein ökonomischen Analyse aus dem Kategorienraster fallen und selbige, wird sie mit ihnen konfrontiert, unreflektiert in ein Humboldtsches, idealistisches Verständnis von Wissenschaft zurückfällt. Statt sie im Zuge dessen als wichtige Menschheitsaufgaben zu verteidigen, ist die spezifische Form der obigen Fragen in der bürgerlichen Gesellschaft anzugreifen: Die Kritik der politischen Ökonomie von Bildung und Wissenschaft muss um ihre Kulturkritik ergänzt werden. Einer Kritik der politischen Kultur würde etwa Erkenntnis, die als reine Tätigkeit des Menschen aufgefasst wird und die nicht auf verändernde, gegenständliche Praxis bezogen ist, oder das Schöne, soweit es eine hervorgehobene moralische Qualität des wahren Menschen bildet, Thema sein. Sie würde die Spaltung in Hoch- und Volkskultur als Moment der Reproduktion der Klassen kritisieren und die Hochschulen als Orte analysieren, an denen die Eliten sich reproduzieren, indem sie ihre Distinktionsbedürfnisse kultivieren und sich ihrer kulturellen Überlegenheit vergewissern.

Die Kultur, die durch die Wissenschaften systematisch ausgearbeitet, auf ihren Begriff gebracht und durch die Bildung reproduziert wird, hat, wiewohl sie nicht nur funktional begriffen werden kann, gesellschaftliche Funktionen, etwa die Produktion von Autonomie- und Reflexionsfähigkeit, einer verfeinerten Bedürfnisstruktur oder als Kommunikations- und Symbolverständnisfähigkeit. Insbesondere bestehen in

ihr die Ideologien, die für eine stabile Reproduktion sehr wichtig sind; Legitimationen für die schlimmsten Verbrechen und Verhältnisse werden von Wissenschaftlern oft gerade in einem aufklärerischen, zumindest nicht bewusst betrügerischen Selbstverständnis ausgearbeitet. Als wichtige und unmittelbar ideologische Wissenschaften im angegebenen Sinne sind zu nennen die Politologie, insofern sie staatliche Herrschaftsverhältnisse apologetisiert, die Germanistik, insofern den spezifisch deutschen Nationalkult wesentlich mitträgt, die Psychologie, insofern sie gesellschaftliche Gewalt durch subjektive Fehler austauscht, und die Rechtswissenschaft, insofern sie gesellschaftliche bedingtes, als kriminell definiertes Verhalten radikal individuell zurechnet.

Gerade in Betrachtung des kulturellen Moments von Bildung zeigt sich, dass sie nicht in ihrer kapitalistischen Funktion aufgeht. So hat Heinz-Joachim Heydorn den „Widerspruch von Bildung und Herrschaft" (Heydorn, 1970) in seinem gleichnamigen Buch entwickelt: Bildung, auch wenn sie funktional auf Herrschaft und Ausbeutung angelegt ist, beinhalte dennoch immer Potenzen von Emanzipation. Durch die Schulung des Denkvermögens und das Aneignen von Wissen wird jedem Herrschaftsverhältnis ein Widerspruch entgegengesetzt, da Betrug entschleiert, Argumentationen widerlegt und Entscheidungen selbständig getroffen werden können. Auch die Wissenschaft, obwohl oben ihre ideologischen Funktionen hervorgehoben wurden, ist nie hierauf beschränkt, sondern hat immer auch die Potenz, ihren eigenen ideologischen Charakter zu überwinden. Die vom Staat unterhaltene Wissenschaft und Bildung kann nicht nur in ihrer unmittelbar ökonomischen Funktion begriffen werden. Der Staat ist auch Erzieher (Gramsci 1996, 1548f), er verkörpert das imaginäre Allgemeinwohl, zu dem auch die kulturelle Bedeutung von Bildung und Wissenschaft gehört. Er darf dabei allerdings nicht als „Kulturliebhaber" begriffen werden. Das Gemeinwesen unter kapitalistischen Bedingungen steht in seiner Kulturfunktion immer unter dem Diktat ökonomischer Notwendigkeiten, d.h. der ökonomischen Zwecke und Mittel des Staates. Trotzdem ist die Beziehung auf die kapitalistische Produktion eben nur die primäre Bestimmung von Bildung und Wissenschaft, die unter allen Umständen zu leisten ist; ebenso haben sie aber auch noch andere Bestimmungen. Unter ökonomischem Druck können letztere zur Seite gedrängt werden, wie es momentan zum Teil im Zuge der neoliberalen Hochschulreformen geschieht. Doch weil Kultur selbst vermittelt ökonomische Funktionen hat, bedroht auch das die langfristigen Verwertungsbedingungen.

Die dargestellten Widersprüche implizieren, dass Bildung und Wissenschaft nicht in ihren kapitalistischen Funktionen aufgehen, sondern selbst zum Kampffeld werden. In welchem Maße Bildung und Wissenschaft staatlich oder privat organisiert werden, ob sie insgesamt reduziert oder ausgebaut werden, wer wieviel für sie zu zahlen hat, in welchem Verhältnis Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung, Allgemeinbildung und spezialisierte Bildung betrieben werden, wie die Selektionsmechanismen des Bildungssystems gestaltet werden, inwieweit die ökonomischen und kulturellen Funktionen von Bildung und Wissenschaft realisiert werden oder nicht – all dies hängt von den sozialen Kämpfen ab, die direkt oder indirekt darum geführt werden. Tarifauseinandersetzungen beispielsweise, die unmittelbar gar nichts mit Bildung und Wissenschaft zu tun haben, beeinflussen deren Entwicklung gleichwohl. Umgekehrt gilt, dass die Auseinandersetzungen auf dem Terrain der Bildung und der Wissenschaft Teil der Klassenkämpfe sind, die die Gesellschaft strukturieren, und dabei immer auch die Grundlage für die Überwindung der bestehenden Gesellschaft sind. Dass Bildung und Wissenschaft für die Emanzipation der Gesellschaft eine herausragende Rolle spielen, zeigt gerade ihr immer vorhandenes kritisches Moment: Erst durch Wissenschaft – hier freilich nicht notwendig die akademische – lassen sich die bornierten Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft geistig aufbrechen – und das bildet schließlich auch die Grundlage für die praktische Emanzipation.

Literatur:

Altvater, Elmar/Huisken, Freerk (Hg.) (1971): Materialien zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors. Erlangen.
Derrida, Jacques (2001): Die unbedingte Universität. Frankfurt am Main.
Gramsci, Antonio (1996): Gefängnishefte, Band 7, Hamburg, Berlin.
Heydorn, Heinz-Joachim (1970): Über den Widerspruch von Bildung und Herrschaft
Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin, verschiedene Jahre (zit. MEW).
Nitsch, Wolfgang u.a. (1965): Hochschule in der Demokratie. Berlin, Neuwied.

Fußnote:

Dieser Text ist eine überarbeitete Fassung des gleichnamigen Beitrages in: Unbedingte Universität (Hrsg.): Was passiert? Stellungnahmen zur Lage der Universität. Wien: Diaphenes-Verlag 2010.

Paradigmenwechsel. Anmerkungen zum Umzug der Goethe Universität[1]

In diesem 2010 von Charlie Außerhalb verfassten Artikel wird die Architektur des alten Campus Bockenheim mit der des IG-Farben-Campus verglichen und außerdem Rückschlüsse auf die Veränderungen an der Universität gezogen. Der Artikel stammt aus dem Buch „Solidarische Bildung: Crossover: Experimente selbstorganisierter Wissensproduktion" vom Institut Solidarische Moderne in Hamburg. (Anmerkung der Redaktion)

Charly Außerhalb

Frankfurts universitäre Campus-Anlagen im Vergleich

Der Umzug der Universität Frankfurt fiel zusammen mit der Restrukturierung von der Gruppen- zur unternehmerischen Hochschule, die seit 1999 unter dem Label „Bolognaprozess" verstärkt vollzogen wurde (vgl. Silomon-Pflug 2010): 2001 bezogen die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche den neuen Campus, 2008 folgten Neubauten für die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. Thema des folgenden Artikels ist der räumliche Ausdruck, den der Paradigmenwechsel vom Fordismus1 zum Neoliberalismus darin gefunden hat.

Campus Bockenheim

Mit seiner Inbetriebnahme 1973 war der AfE-Turm2 (im Folgenden: Turm) für kurze Zeit das höchste Gebäude Frankfurts. Architektonisch zeigt er deutliche Bezüge zur Moderne, er trägt sein Stahlbeton-Skelett offen zur Schau und signalisiert Funktionalität und Massenproduktion. Die Ordinarien sind darin Vergangenheit, die Seminarräume flach und die Kritische Theorie in Form der Gesellschaftswissenschaften zu einem breiten interdisziplinären Projekt transformiert, dessen mechanischer Betriebsamkeit etwas Tayloristisches anhaftet. An der Universität verkörpert er wie kaum ein anderes Gebäude die „goldene Zeit" des Fordismus, der sich andernorts schon im Niedergang befand. Seine Geschichte beginnt allerdings wesentlich früher.

Vorgeschichte: Kritische Theorie und demokratische Architektur

In Folge der Befreiung vom Nationalsozialismus waren an der Universität Frankfurt Anfang der 1950er Jahre einige Außenseiter_innen in entscheidende Positionen gekommen: 1951 wurde das Institut für Sozialforschung (IfS) wiedereröffnet, dessen Leiter Max Horkheimer bald darauf Rektor der Universität werden sollte. 1953 konnte er das stiftungsfinanzierte Studierendenhaus mit folgenden Worten eröffnen:

„Das Glück des unabhängigen Denkens und das Bedürfnis nach Freiheit, das aus ihm folgt, ja mit ihm identisch ist, muss gelernt und erfahren sein; es bedarf der Übung und der Gelegenheit, des Beispiels und des Umgangs. [...] Wie unendlich klein auch das Ausmaß dieses Hauses im Hinblick auf so hoch gesteckte Ziele erscheint, die Wirkung dieser Zelle wird sich aufs Ganze der Universität und weiterhin erstrecken, es wird ihr Zentrum werden" (Horkheimer 1953).

Im gleichen Jahr hatte Horkheimer den Architekten Ferdinand Kramer, einen Jugendfreund Theodor W. Adornos, aus dem Exil nach Frankfurt geholt und ihn mit dem Wiederaufbau der Universität beauftragt. Kramer stand in der Tradition der Klassischen Moderne und versuchte mit seinen Hochschulbauten an die Ideen der demokratischen Architektur anzuknüpfen, wie sie unter Ernst May mit dem Neuen Frankfurt (vgl. Mohr/Müller 1984) begonnen wurden.3 Kramer begann seine Tätigkeit mit einem Paukenschlag: Das barocke Hauptportal des schlossähnlichen Hauptgebäudes (Jügelhaus) ließ er mit dem Bagger einreißen und durch eine transparente Glastürenkonstruktion ersetzen. Dieses Zeichen von Öffnung und Demokratisierung der Universität stieß bei den restaurativen Kräften auf vehemente Ablehnung.

Bei dem Bündnis von Kritischer Theorie und moderner Architektur handelte es sich nicht um eine Liebesbeziehung – den von Kramer eigens für Horkheimer entworfenen Schreibtisch ließ dieser umgehend durch Gelsenkirchener Barock ersetzen, umgekehrt findet sich in den wenigen Schriften Kramers kaum ein Bezug auf die Kritische Theorie. Was beide dennoch verband, war eine inhaltliche Nähe: die entschiedene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und allem, was ihn konstituierte; der Versuch der „Erziehung zur Mündigkeit" und die Idee der Möglichkeit von Aufklärung; ein emphatischer Begriff von Demokratie, der deren soziale Bedingungen wesentlich mit in den Blick nahm. Während für Adorno und Horkheimer die fordistischen Phänomene Massenproduktion und Massenkonsum und deren Vermittlungen im Subjekt ein zentrales Feld der Auseinandersetzung bildeten, versuchte Kramer den fortgeschrittenen Stand der Produktivkräfte mit seinem „Bauen für die Wissenschaft" (Kramer 1960) umzusetzen.

Materielle Grundlage waren u.a. der institutionalisierte Klassenkompromiss sowie bis dahin ungeahnte wirtschaftliche Wachstumsraten. Im weitesten Sinne standen beide Projekte schon für die Paradigmen von „Chan-

cengleichheit“ und „Mitbestimmung“, noch bevor diese an der Hochschule institutionalisiert wurden. Gesamtgesellschaftlich betrachtet standen sie dagegen relativ verloren in der Opposition zu den herrschenden Kräften, denn der an sich sozialdemokratische Charakter des Fordismus trug in Deutschland das restaurative Gesicht der Adenauer-Ära. An der Universität äußerte sich dies in der Organisation durch Ordinarien wie in der Besetzung von Lehrstühlen mit Altnazis. Die Hegemonie der kritischen Geister war labil und bedeutete von Anbeginn einen Kompromiss. Zugespitzt ließe sich formulieren, dass Horkheimer und das IfS ein Feigenblatt der Repräsentation bildeten, hinter dem alte Traditionen unhinterfragt fortgesetzt werden konnten.

Politisierung der Wissenschaft

Der Bruch kam mit 1968. Die studentische Revolte gegen die autoritären Verhältnisse war im Verbund mit dem ökonomischen Interesse nach mehr wissenschaftlich qualifizierten Fachkräften in der Lage, eine Reorganisation der Hochschulstrukturen herbeizuführen. Die Ersetzung der Ordinarien- durch die Gruppenuniversität mit einer verfassten Studierendenschaft korrespondierte mit den studentischen Aktivitäten: selbstorganisierte Seminare und Lesekreise, Cafés und Zeitungen, politische Initiativen und Wohngemeinschaften, Häuserkämpfe und Demonstrationen. Das Graffiti wurde neu erfunden, Plakate und Flugblätter kommunizierten mit dem städtischen Leben.

Genau in diese Zeit hinein wurde der Turm gebaut, er ist der materielle Ausdruck dessen, was sich als „Hegemonie der Gesellschaftswissenschaften“ bezeichnen ließe. In Frankfurt kam bspw. kaum ein Fachbereich umhin, explizit gesellschaftskritische Themen mit aufzunehmen: in den Wirtschaftswissenschaften wurde ein Lehrstuhl mit Schwerpunkt „marxistische Wirtschaftstheorie“ eingerichtet, in den Rechtswissenschaften gewannen die Grundlagenfächer an Bedeutung, selbst in der Medizin kehrten mit dem „Institut für Sexualforschung“ gesellschaftstheoretische Fragen ein. Dieses Bild spiegelte sich auch in der Verlags- und Buchlandschaft: Die Fachliteratur wurde dominiert von zumeist kritischen Veröffentlichungen zu gesellschaftspolitischen Fragen, so dass selbst der Springer-Verlag Ullstein Schriften von Marx, Thompson oder Althusser veröffentlichte, um am Marktgeschehen partizipieren zu können. Die Gesellschaftswissenschaften verkörperten auch inhaltlich den Fordismus, zentrales Thema war der „sozialdemokratische Staat“ (Buci-Glucksmann/Therborn 1982), seine Akteure und Institutionen. Hier wurden Personal und Wissen für Schule, Medien, Sozialdemokratie und Gewerkschaften produziert, auf dem Programm standen gesellschaftliche Verteilungsfragen, die sich aus der gestiegenen Produktivität ergaben. Tendenziell kritisch war diese Wissenschaft, weil der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital im Korporatismus von Staat, Unternehmen und Gewerkschaften zwar befriedet war, aber als Klassenkompromiss ausdrücklich benannt blieb – und von links kritisiert werden konnte.

Bemerkenswert ist dabei, dass der fordistische Geist erst in die Hochschule einzog, als die Krise des Fordismus gerade manifest wurde. Die Abschaffung der Ordinarienuniversität fiel Anfang der 1970er Jahre genau in die Zeit, als die Golddeckung des Dollars sowie das System fester Wechselkurse von Bretton Woods aufgegeben wurde. 1973 putschte Pinochet in Chile gegen Allende, kurz darauf wurden die wichtigsten Ministerien mit den „Chicago Boys“ besetzt. 1974 erhielt Friedrich Hayek den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften, 1976 Milton Friedman.

IG-Farben Campus Veränderung der Vorzeichen

In der deutschen Hochschulpolitik wird dieser Paradigmenwechsel zunächst in Form des Doppelbeschlusses von 1977 wirksam, in dem formuliert wird, „die Hochschulen weiter für alle Studierwilligen offen zu halten, aber ihre Finanzen einzufrieren“ (Bultmann 1996: 336). Die Versuche zu einer Restrukturierung der Hochschulpolitik verdichten sich nach dem Zusammenbruch des Ostblocks Anfang der 1990er Jahre und werden spätestens mit dem Bolognaprozess verstärkt in die Tat umgesetzt. Die Verbetriebswirtschaftlichung von Forschung und Lehre durchzieht sämtliche Fachbereiche und Studiengänge und ist unvermittelter Ausdruck der neoliberalen Hegemonie: Marktgängigkeit wird zum bestimmenden Kriterium, Konkurrenz und

Wettbewerb zu den entscheidenden Mechanismen. Privatagenturen akkreditieren Studienmodule und erstellen Rankings und Evaluationen, alles und jede_r wird quantifizierbar gemacht, kritische Wissenschaft wird abgewickelt.

Für Frankfurt lässt sich dieser Umbruch an Zitaten von zwei Ex-Unipräsidenten festmachen. Werner Meißner, Präsident bis 2001, bezieht sich in seiner Stellungnahme zur „Zukunft der Goethe-Universität" (1999) u.a. auf William Gibbs, den er wie folgt zitiert:

„Unsere Studenten wollen keine Bildung. Sie wollen vor allem, was sie mit Bildung kriegen können – bessere Jobs" (ebd.: 148).

Sein Nachfolger Rudolf Steinberg betont in einem Radiointerview die Verlagerung des Schwerpunkts auf „Spitzenleistung" und „Bestenauslese" und erklärt:

„Wir hatten hier in Hessen – und das war das Ergebnis der so genannten Abschaffung bzw. Ersetzung der Ordinarienuniversität durch die Gruppenuniversität – eine Organgliederung, die schlichtweg zur Unregierbarkeit der Universität führte. Dieter Simon, der spätere Vorsitzende des Wissenschaftsrats, hat das bezeichnet als die ‚organisierte Verantwortungslosigkeit an den Hochschulen'. [...] Der Präsident hatte kaum wirkliche Gestaltungsbefugnisse, ein Präsidium gab es nicht. Damit war die Universität wirklich unregierbar" (Steinberg 2008b).

„Wir brauchten [...] ein Bekenntnis zu einer neuen Philosophie – oder, wenn Sie so wollen, zu einer alten Philosophie –, die aber in den 60er und 70er Jahren in der Goethe-Universität verloren gegangen war" (ebd.).

Die Verschiebung könnte kaum deutlicher sein: Es geht um Employabilitiy, um eine Ausbildung mit Blick auf berufliche Praxis, nicht um Theorie und Wissenschaft; es geht um marktgerechte Dienstleistung, die autoritäre Führung erfordert, nicht um Mitbestimmung; es geht um Elite, nicht um Chancengleichheit. Der Umzug der Frankfurter Uni fiel in die Hochphase dieser Entwicklung.

Umzug 1: IG-Farben Haus

Der Campus Bockenheim war Ort eines langen Aneignungsprozesses, in dem die dynamischen Kräfte gegen die herrschende Ordnung standen. Ihr Ziel ging über die Reform der Hochschule hinaus und hatte letztlich eine ganz andere Gesellschaft im Sinn. Die Kräfte, welche die Entwicklung des IG-Farben Campus bestimmen, stehen für die Wiederherstellung einer autoritären Ordnung. Die Aneignung erfolgt „von oben", der neue Raum wird nach Belieben vorkonfiguriert und besetzt. Nahezu ungebrochen möglich ist dies, weil die gesellschaftliche Hegemonieverschiebung an der Hochschule dazu geführt hat, dass die kritischen Stimmen unter Studierenden und Lehrenden schwach geworden sind, während die Machtbefugnisse des Präsidiums ausgeweitet wurden und keiner demokratischen Kontrolle mehr unterliegen. Möglich ist dies aber auch, weil mit dem Ortswechsel eine kritische Tradition räumlicher Praxis verloren geht.

In Bezug auf das IG-Farben Haus4 begann die Aneignung schon vor dem Umzug mit der Umbenennung in „Poelzig-Ensemble". Der damalige Präsident Meißner begründete sie explizit mit der „Reinwaschung von nationalsozialistischen Bezügen" (Campuservice GmbH o.J.: 7): Das IG-Farben Gebäude sollte von seiner geschichtlichen Verschränkung mit dem Nationalsozialismus befreit, der konkrete Ort vom Kontext seiner Produktion abgeschnitten werden. Diese Haltung sollte sich fortsetzen: Die Gedenktafel zur Erinnerung an die Zwangsarbeiter_innen der IG-Farben sowie eine Dauerausstellung wurden nur auf öffentlichen Druck hin realisiert, Überlebende aus den Konzentrationslagern durften bei der Einweihung nicht sprechen, der Vorschlag einer Umbenennung des Grüneburgplatzes in Norbert-Wollheim-Platz5 wurde abgelehnt. Ebenso weigerte sich die Unileitung, das Wandbild des von den Nazis verfolgten Künstlers Georg Heck freizulegen.6 Während in Bockenheim der kritische Bezug auf den Nationalsozialismus den Ausgangspunkt und eine Konstante bildete, ist die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte auf dem neuen Campus zum unliebsamen Ballast geworden. Verspottet wird damit die öffentliche Diskussion um die Zukunft des IG-Farben Hauses, in der bspw. die Europäische Zentralbank aufgrund der Geschichtlichkeit von einer Nutzung absah (vgl. Wagner 1999: 124), während die Universität als prädestiniert angesehen wurde, da sie als Institution der Aufklärung für eine angemessene Aufarbeitung qualifiziert sei (vgl ebd.: 126).

Das IG-Farben Haus selbst, das 2001 von den geisteswissenschaftlichen Fachbereichen bezogen wurde, bildet schon aufgrund seiner Architektur und vormaligen Nutzung einen Kontrast zum Bockenheimer Campus, wie er größer nicht sein könnte: Durch Hauptverkehrstraßen und parkartige Anlagen getrennt von der umliegenden Stadt, entworfen als „Stadtkrone" (so der Architekt Hans Poelzig) auf einem Hügel, diente es ab 1931 als zentrales Verwaltungsgebäude für einen der damals größten Konzerne der Welt.

„Neben dem eigentlichen Zweck, ein Verwaltungsgebäude zu sein, eine Arbeitsstätte für 2000 denkende Menschen, in deren Hände die unsichtbaren Fäden des gewaltigen Konzerns laufen, mußte die Anlage einen Sinn haben. Es mußte sichtbar zum Ausdruck gebracht werden, welche große geistige und materielle Macht das Unternehmen ist. Nicht nur für heu-

te, wir Mitlebenden spüren alle seine Bedeutung, sondern für Morgen. Das Gebäude soll seine Schatten in die kommenden Jahrhunderte werfen und von der Macht und Größe des Unternehmens unablässig reden, wenn seine Zeit längst vorbei ist" (Georg Friedrich Knoll 1931, zitiert nach Schmal 1999: 47).

Im Gegensatz zur bescheidenen Architektur Kramers wird Herrschaft hier offen zur Schau gestellt. Der Campus ist rundherum von Zäunen umgeben, die wenigen Zugänge werden nachts geschlossen. Gegenüber Flugblättern, Plakaten und Graffitis wird eine Politik der zero tolerance praktiziert, jede Spur missliebiger studentischer Aktivität wird von eigens dafür abgestelltem Personal umgehend beseitigt. Ex-Präsident Steinberg gibt allerdings andere Gründe für die weißen Wände an, als die restriktive Ordnungspolitik:

„Die neue Universität in Frankfurt wird die schönste Universität Deutschlands sein. Sie ist das Gegenteil zu dieser abweisenden Beton-Architektur vieler Universitäten, die kein gedeihliches Umfeld für Wissenschaft bietet. Im Poelzig-Bau gibt es auch nach sechs Jahren keinerlei Schmierereien an Wänden oder sonstige Zerstörungen. Ich betrachte das als die zivilisierende Kraft der Ästhetik." (Steinberg 2008a)

In anderer Beziehung werden denkmal- und brandschutzrechtliche Gründe vorgebracht, um das Studieren so steril wie möglich zu machen: Auf den Gängen gibt es keine Aufenthaltsmöglichkeiten, die Seminarräume sind außerhalb des Seminarbetriebs geschlossen und nur mit professoraler Genehmigung nutzbar, so dass weder für Arbeitsgruppen noch für spontane Treffen Raum zur Verfügung steht.

„Veranstaltungsräume länger als bis 22 Uhr zu beantragen ist ein großer bürokratischer Akt und manchmal bekommt man die Räume auch nicht, wenn sie frei sind. Selbst kulturelle Projekte von Studierenden der Uni Frankfurt [...] müssen Miete für Räume bezahlen. Nach 20 Uhr kann nur das Gelände betreten, wer von den PförtnerInnen des Sicherheitsdienstes auf das umzäunte Gebiet gelassen wird. [...] Musik ist nur in Zimmerlautstärke bis 22 Uhr erlaubt. Dieser Campus ist eben zum Studieren und Repräsentieren, nicht aber zum Diskutieren, Reflektieren, Abhängen und Feiern da. Auf dem alten Campus Bockenheim, wo die Geisteswissenschaften in separaten Häusern untergebracht waren, genügte eine mündliche Absprache mit dem Hausmeister, und schon durften die Plattenteller abdrehen..." (Dellmann 2004: 29).

Für Studierende wird der IG-Farben Campus in dieser Phase zu einem Nicht-Ort. Außer den vorgeschriebenen Fachschaftsräumen gibt es keinen Platz für studentische Projekte oder Veranstaltungen, stattdessen werden Räume über ein privates Dienstleistungsunternehmen kommerziell vermietet.

„Im Grunde ist nichts dagegen zu sagen, wenn eine zentrale Koordinationsstelle für alle Veranstaltungen an der Uni, welche die Hörsaalverwaltung entlastet, eingerichtet wird. Doch die 2001 gegründete CampuSERVICE GmbH ist als privater Dienstleister nur dem Unipräsidenten unterstellt und somit nicht rechenschaftspflichtig gegenüber Studierenden oder Fachbereichen. Zudem ist CampuSERVICE vor allem dazu da, externe OrganisatorInnen zu betreuen, die in der Regel repräsentative und kommerzielle Großevents veranstalten und Geld in die Kasse der Uni (und von CampuSERVICE) bringen sollen. Diese Ausrichtung führt beizeiten dazu, dass Institute für Konferenzen keine Räume mehr im IG Farben Haus bekommen, weil sie an einen Career-Monitoring-Challenge-Kick-Off oder an die Deutsche Bank vermietet sind" (ebd.).

Insgesamt handelte es sich um eine gewaltige Enteignung, die allerdings zunächst nur die geisteswissenschaftlichen Fachbereiche und damit einen relativ kleinen Teil der Studierenden betraf. Die großen Fachbereiche blieben nach wie vor in Bockenheim, die autoritäre Wirklichkeit im IG-Farben Haus war damit entfernt und galt als zu unantastbar, um für studentische Interventionen relevant zu werden. Festzuhalten bleibt jedenfalls, dass sich weder bei den Bildungsprotesten 2003 noch 2006 eine studentische Initiative gefunden hat, die den nahenden Umzug der anderen Fachbereiche thematisiert hätte. Eine solche gründete sich erst im Sommer 2008 – kurz vor dem Umzug der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, und bezeichnenderweise ohne davon Kenntnis zu besitzen.7

Umzug 2: Die Neubauten

2008 wird das House of Finance als erster Neubau auf dem IG-Farben Campus (offiziell: Campus Westend) eingeweiht, das wie kaum ein anderes Gebäude die neoliberale Gesellschaftsformation repräsentiert. Inhaltlich spiegelt es die gewachsene Bedeutung der Finanzmärkte, auf denen Gewerkschaften keine Rolle mehr spielen, formal handelt es sich um ein kaum durchschaubares Konstrukt von Instituten und privaten Trägerinnen, meistens staatlich finanziert unter dem Deckmantel von Drittmitteln. Im neuen Leuchtturm wird die aufwändige Inneneinrichtung gesponsert von transnationalen Banken, nach denen die Hörsäle benannt sind, womit in den Werbeprospekten der Stiftungsuni für Investitionen geworben werden kann. Der Chef der Deutschen Bank, Josef Ackermann, erhält eine Ehrenprofessur, und der ehemalige Vorstandssprecher derselben Bank, Rolf Breuer, ist Vorsitzender des Hochschulrats. Nichts könnte den Bruch zu Bockenheim besser verdeutlichen, als dieser Zusammenhang von Sponsoring und Stiftungskapital in Bezug auf ein Projekt, das den

gesellschaftlichen Gebrauchswert so ganz anders verkörpert, als einstmals das Institut für Sozialforschung.

Horkheimer stellte 1953 ein stiftungsfinanziertes Studierendenhaus ins Zentrum der neuen Universität, das symbolisch den Beginn der wieder gegründeten Universität markierte. Für den IG-Farben Campus ist ein Studierendenhaus erst für 2012 am nördlichsten Rand geplant, wo es durch eine Straße sowie Wohnbebauung vom Campus abgeschnitten sein wird. Es wird nicht einmal Sichtkontakt zu den Universitätsgebäuden bestehen. Die Wahl von Zeitpunkt und Ort kann dem Präsidium dabei als bewusst unterstellt werden: Von Anbeginn hätten wenigstens Teilnutzungen studentischer Initiativen Raum finden können, spätestens aber mit der Neubebauung hätte ein zentral gelegenes Studierendenhaus mit eingeplant werden müssen. Vor diesem Hintergrund mutet es mehr als zynisch an, wenn Ex-Präsident Steinberg mit Bezug auf das kirchliche Wohnheim behauptet, dass „in der Mitte des neuen Campus nicht das Präsidium, sondern die Studierenden ihren Sitz" bekommen haben (zitiert nach Kuch 2008). Die Studierenden als passive Kund_innen sind willkommen, als organisierte Interessenvertretung werden sie verbannt.

Die doppelte Krise

Oben haben wir den Turm als materiellen Ausdruck der fordistischen Gesellschaftsformation beschrieben. Gleichzeitig sind in dem, was der Turm repräsentiert, einige Elemente des neoliberalen Wandels bereits vorweggenommen: Die Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsverhältnisse fanden in der studentischen Subkultur ihre positive Begründung, das fordistische Normalarbeitsverhältnis „von der Wiege bis zur Bahre" erfuhr hier eine Absage, die sich das Kapital von Seiten der Arbeiter_innenklasse nicht hätte erträumen können. In dieser Hinsicht steht der Turm also ganz auf der Seite seiner Zeit, produziert geradezu die Subjekte des Neoliberalismus.

Die Krise von 1973, mit der die Turmära eingeleitet wurde, konnte der kritischen Theorie und den Ideen von gesellschaftlicher Emanzipation nichts grundsätzliches anhaben. Sie bedeutete wesentlich einen Perspektivwechsel, eine Veränderung der Fragestellung und Begriffe, weil der Gegenstand sich änderte. Da es einer materialistischen Gesellschaftstheorie aber nicht um Handlungsanweisungen oder Strukturprogramme geht, ist sie prinzipiell unabhängig von Konjunkturen. Die Krise von 2008 dagegen, mit der das „House of Finance" eingeweiht wurde, bedeutet ein praktisches Scheitern dessen, was gestern noch als „tomorrow's thinking" gepriesen wurde. Und so gesehen könnte der Umzug auch eine Geschichte eingeläutet haben, die nicht im Geringsten intendiert war… it's up to do.

Fußnoten

1 Der Text ist die überarbeitete Fassung eines Artikels, der zuerst in Bauer et al. 2010 erschien
2 Fordismus bezeichnet bestimmte Produktions- und Reproduktionsstrukturen, die sich nach dem Ersten Weltkrieg in den westlichen Industrienationen herausbildeten und bis Anfang der 1970er Jahre die kapitalistische Gesellschaftsformation politisch, ökonomisch und ideologisch prägen sollten (vgl. zusammenfassend Hirsch/Roth 1986: 46-77).
3 AfE steht für die „Abteilung für Erziehungswissenschaften", die allerdings nie in den Turm einzog. Bis heute sind hier die gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereiche untergebracht.
4 Eine umfangreiche Auseinandersetzung mit den Hochschulbauten Kramers führt Astrid Hansen (2001).
5 Die IG-Farben waren das Ergebnis eines Konzentrationsprozesses der chemischen Industrie, in dem sich seit 1925 die großen deutschen Chemieunternehmen zusammenschlossen, das IG-Farben Haus wurde 1931 als deren Hauptverwaltungsgebäude in Betrieb genommen. Nach 1933 wurden sie zu einer wesentlichen finanziellen und logistischen Stütze des Nationalsozialismus und seiner kriegerischen Expansionspolitik (vgl. Roth 2009). 1942 wurde das konzerneigene Arbeitslager Buna-Monowitz in der Nähe von Auschwitz errichtet. Zehntausende Arbeiter wurden zu Tode gearbeitet („Vernichtung durch Arbeit") oder nach Vernutzung ihres Arbeitsvermögens im Konzentrationslager Auschwitz ermordet (Roth 2009: 40f, 48). Das dabei verwendete Gas, Zyklon B, wurde von der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch) hergestellt, an der die IG-Farben personell und finanziell beteiligt waren (Roth 2009: 49f.).
6 Norbert Wollheim war Zwangsarbeiter im IG-Farben Konzentrationslager Buna-Monowitz. Als erster überlebender NS-Zwangsarbeiter hatte er ein deutsches Industrieunternehmen erfolgreich auf Entschädigung verklagt.
7 Das Wandbild wurde 1936 von den Nazis übermalt. Nach der Weigerung der Unileitung, eine Freilegung des Bildes zu finanzieren, wurde diese schließlich durch die private Initiative des „Kulturkreis Georg Heck" übernommen.
8 Dies ist im Wesentlichen Resultat der autoritären Informations- und Planungspolitik des Präsidiums. Selbst Studierende aus den betroffenen Fachbereichen blieben über das Ob und Wie des Umzugs bis kurz vor Semesterbeginn im Unklaren.

Literatur

Bauer, Christoph/Brüchert, Oliver/Burkhardt, Simon/Färber, Corina/Hammermeister, Juliane/Kapfinger, Emanuel/Sablowski, Thomas/Schlesinger, Nils (Hg.) (2010): Hochschule im Neoliberalismus. Kritik der Lehre und des Studiums aus Sicht Frankfurter Studierender und Lehrender, Frankfurt.

Buci-Glucksmann, Christine/Therborn, Göran (1982): Der sozialdemokratische Staat. Die „Keynesianisierung" der Gesellschaft.

Bultmann, Torsten (1996): Die standortgerechte Dienstleistungshochschule, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 104, 26.Jg., Nr. 3, 1996, S. 329-355.

Campuservice GmbH (o.J.): Campus History, in: http://www.campuslocation-frankfurt.de/downloads/CS_Campus_History_Westend.pdf [12.01.2011].

Dellmann, Sarah (2004): This is not a nice place. Gegen Hegemonie im IG-Farben Haus, in: diskus – Frankfurter StudentInnen Zeitschrift, Heft 2/2004, S. 28-30.

Hansen, Astrid (2001): Die Frankfurter Universitätsbauten Ferdinand Kramers. Hochschulbau der 50er Jahre, Weimar.

Heer, Heike (1999): True Colours, in: diskus – Frankfurter StudentInnen Zeitschrift, Heft 1/1999.

Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Post-Fordismus, Hamburg.

Horkheimer, Max (1953): Ansprache, in: Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt (Hg.), Einweihung des Studentenhauses, Frankfurt.

Kuch, Jessica (2008): Im Herzen des Campus. Studierendenwohnheime der evangelischen und katholischen Kirche eröffnet, in: UniReport 08/2008, S. 2.

Kramer, Ferdinand (1960): Bauen für die Wissenschaft, in: Deutsche Universitätszeitung 6/1960, S. 15-22.

Meißner, Werner (1999): Die Zukunft der Goethe-Universität, in: Meißner et al. 1999, S. 147-158.

Meißner, Werner/Rebentisch, Dieter/Wang, Wilfried (Hg.) (1999): Der Poelzig-Bau. Vom I.G.Farben-Haus zur Goethe-Universität, Frankfurt a.M.

Mohr, Christoph/Müller, Michael (1984): Funktionalität und Moderne. Das neue Frankfurt und seine Bauten 1925-1933, Köln.

Roth, Karl Heinz (2009): Die I.G. Farbenindustrie AG im Zweiten Weltkrieg, in: http://www.wollheim-memorial.de/de/ig_farben [02.04.2011]

Schmal, Peter Cachola (1999): Der Kunde ist König – Zum Einfluß des Bauherrn I.G.Farbenindustrie AG auf die Entstehung der ‚Grüneburg', in: Meißner et al. 1999, S. 47-59.

Steinberg, Rudolf (2008a): „Die zivilisierende Kraft der Ästhetik". Ein Gespräch mit Prof. Rudolf Steinberg, Präsident der Goethe-Universität, über die Umwandlung der Frankfurter Alma Mater in eine Stiftungsuniversität, in: IHK-WirtschaftsForum 03/2008.

Steinberg, Rudolf (2008b): Standortentwicklung. Gespräch mit Prof. Rudolf Steinberg, in: http://www.fehe.org/index.php?id=699 [12.01.2011].

Silomon-Pflug, Felix (2010): Gouvernementale Regierung (in) der Hochschule des 21. Jahrhunderts, Marburg.

Wagner, Klaus (1999): Erwerbsgeschichte des Poelzig-Ensembles, in: Meißner et al. 1999, S. 123-129.

Ursprünge und Kritik der Studierendenbewegung 1960-1970



SDS Hochschulgedenkschrift

Die hier abgedruckte Einleitung zur Hochschuldenkschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenverbandes (SDS) von 1961 skizziert die Entwicklung einer von „zweckfreier wissenschaftlicher Forschung“ geprägte Universität zu einer durch „gesellschaftliche Partialinteressen“ manipulierte Institution und fordert die Autonomie der Wissenschaft. Die Hochschuldenkschrift des SDS diente als intellektuelle Grundlage für die studentischen Proteste in den 1960er Jahren, in denen neben unabhängiger Wissenschaft unter anderem auch erfolgreich für das Mitspracherecht der Studierenden an der Universität gekämpft wurde. (Anmerkung der Redaktion)

In der jüngsten Vergangenheit erging an die Universität immer wieder die Aufforderung, sich als Institution in der Gesellschaft und in ihrer Verantwortung für die Gesellschaft zu begreifen. Ein solches Selbstverständnis muß die Erkenntnis einschließen, daß die Universität von der Gesellschaft ausschließlich nach ihrer Leistung eingeschätzt wird und daß ihr konkrete Aufgaben gestellt werden. Beim dem gegenwärtigen Stand der industriellen Entwicklung sind dies:

1. die Erarbeitung verwertbarer Forschungsergebnisse und
2. die Ausbildung wissenschaftlich qualifizierter Fachleute.

Diese Aufgabenstellung zieht die liebgewordene Fiktion einer zweckfreien Forschung als einer Leitung „spielerischer Muße“ grundsätzlich in Zweifel. Die Universität tritt in die Nähe des für den Markt arbeitenden Produktionsbetriebes. Damit müssen aber auch jene Leitbilder überprüft werden, die die deutsche Universität zu Beginn des 19. Jahrhunderts geistig und organisatorisch geprägt haben.

Das Prinzip „Einsamkeit und Freiheit“ ist immer wieder als die „soziale Idee“ der klassischen deutschen Universität hervorgehoben worden. Man muß dem, wenn man von der Humboldtschen Reform ausgeht, die „Einheit von Forschung und Lehre“ als Methode der Bildung des Gelehrten und schließlich die „Autonomie der Universität“ als institutionelle Voraussetzung zur Seite stellen. Davon hat sich insbesondere die „Einheit von Forschung und Lehre“ als produktives Prinzip erwiesen.

Die beiden anderen Grundsätze waren Ausdruck des Versuchs der Reformer, gegenüber dem spätabsolutistischen Staat einen Raum sozialer Freiheit zu schaffen, in dem sich die Verwirklichung ihrer Ideen für denkbar hielten.

Der aufgeklärt-absolutistische Staat verlangte für seine rationell gestaltete Herrschaftappartur nützliche Forschungsergebnisse und einsetzbare Staatsdiener. Gegenüber diesem Anspruch erhoben die Reformer die Forderung nach Autonomie der Universität als der Bedingung, die dem einzelnen in „Einsamkeit und Freiheit“ die Selbstverwirklichung im Sinne ihres Bildungsideals ermöglichen sollte.

Das Ideal der Aufklärung, die Autonomie des Menschen, erfährt hier die für das deutsche Denken jener Zeit eigentümliche Verengung auf den privaten Bereich. Das Bürgertum, das seinen Anspruch auf politische Selbstbestimmung nicht verwirklichen konnte, erstrebte einen Raum individueller Freiheit, und seine Philosophen verstanden die Verwirklichung der autonomen Persönlichkeit nur noch als Selbstverwirklichung des denkenden Subjekts in der spekulativen Philosophie.

Indem sich die Universität auf die Auseinandersetzung mit dem absolutistischen Staat konzentrierte, trat die sich vom Staat emanzipierte bürgerliche Gesellschaft, der ganze Bereich von Produktion und Erwerb, nicht in ihren Gesichtskreis. Von da aus findet die häufig kritisierte Gesellschaftsblindheit der deutschen Universität ihre historische Erklärung.

Die alten Leitbilder, mit denen die Freiheit der Universität dem Staat gegenüber begründet worden war, verloren ihre Wirkungskraft im Laufe der industriellen Entwicklung; denn die Ansprüche an die Universität kamen nun gerade aus jenem Bereich der Produktion und des Erwerbs, den die Universität glaubte, vernachlässigen zu können.

In der industriellen Güterproduktion konzentrierte sich jetzt der Bedarf an Forschungsergebnissen und wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräften. Die Großproduktion setzte sich durch und die rationelle Organisation des Produktionsablaufs mit wissenschaftlichen Mitteln wurde notwendig.

Auch und gerade der Anspruch des Staates an die Universität verschob sich allmählich. Hatte bisher der Hauptakzent seines Interesse auf der Ergänzung und rationellen Gestaltung seines Herrschafts-Apparates gelegen, so trat er nun durch die Gründung technischer Hochschulen, natur- und wirtschafts-wissenschaftlicher Fakultäten, als Produzent der in der Gesellschaft benötigten wissenschaftlich ausgebildeten Fachkräfte auf. Diese Entwicklung, die einherging mit der Monopolisierung des Bildungswesens durch den Staat, hieß aber die rein staatlichen Funktionen überschreiten. Bedeutete sie doch nichts anderes, als den Versuch, aus dem Produktions- und Tauschgefüge der Gesellschaft einen Teilbereich herauszunehmen und zu regulieren. Der Staat übernahm also gesellschaftliche Funktionen, die den heutigen Eingriffen in das Marktgefüge entsprechen.

Dieser Entwicklung gegenüber mußten die klassischen Prinzipien der Universität als Begründung ihrer Freiheit wirkungslos werden. Ein Staat, der mit dem Anspruch auftrat, im Interesse des „Gemeinwohls" zu handeln, der seine Forderungen als gesellschaftliche Notwendigkeiten vertrat, konnte nicht mehr mit dem Hinweis auf seinen „zunächst durchaus selbstsüchtigen" Charakter (Schleiermacher) abgewehrt werden. Die Universität konnte solche „Notwendigkeiten" nicht einfach abweisen, wollte sie nicht als gesellschaftsfeindlich gelten.

Kennzeichnend für diese Entwicklung war die zunehmende Anpassung des Universitätsbetriebes in seinen Teilbereichen an die aus der Gesellschaft kommenden Anforderungen. Die Forderungen nach einer zweckfreien wissenschaftlichen Forschung als Mittel der Bildung des Gelehrten mußte gegenstandslos werden, als die Gesellschaft nicht mehr den universal gebildeten Gelehrten, sondern den spezialisierten Wissenschaftler verlangte. Die Universität entsprach dem gesellschaftlichen Prozeß der fortschreitenden Arbeitsteilung durch Aufnahme neuer Fachwissenschaften, durch Übernahme spezieller Berufsausbildung und schließlich durch ständige Ausweitung des nur reproduzierten Wissensstoffes.

Die Erfordernisse der gesellschaftlichen Entwicklung führten zu einer wachsenden faktischen Zweckrichtung des Universitätsbetriebs, die Freiheit durch die formale Autonomie des Betriebes ersetzte.

Mit der Behauptung, ihr Bemühen um Wahrheit sei zweckfrei, hatte sich die Universität der Möglichkeit begeben, die an sie herantretenden Ansprüche der Gesellschaft auf ihre Notwendigkeiten hin zu überprüfen.

Damit lieferte sie aber die Ergebnisse dieses zweckfreien Strebens an beliebige Zwecke aus. „Leistungen deutschen Forschergeistes" und „deutsche Akademiker" wurden so durch politische und gesellschaftliche Macht unbegrenzt manipulierbar. Die Behauptung, „es nicht gewollt zu haben", wird so gesehen aus einer immer wiederholten blassen Entschuldigung zum Schuldgeständnis der deutschen Universität.

Die Selbstauslieferung der Universität an den Nationalsozialismus, ihre „Brauchbarkeit" als Instrument seiner Rechtfertigung während des „Dritten Reiches" ist hierfür gewiß das prägnanteste, keinesfalls aber da einzige Beispiel.

Dieser Prozess der Anpassung der Universität, wie er spätestens nach dem zweiten Weltkrieg in seinen Auswirkungen auf allen Teilbereichen der Hochschule sichtbar geworden ist, hat zu einer völligen Sinnentleerung der klassischen Prinzipien geführt.

Gerade weil diese Prinzipien in der Realität kein Entsprechung mehr fanden, erstarrten Sie zu leeren Formeln. Sie wurden bestenfalls zur Ausdrucksform romantischer Abkehr von der Wirklichkeit, meist aber zum diskreten Schleier für handfeste Teilinteressen innerhalb und außerhalb der Universität. Von daher wird verständlich, daß aus dem insgesamt so kritischen „Blauen Gutachten" des Studienausschusses für Hochschulreform von 1948 seither nur noch das Wort von der „im Kern gesunden Tradition der deutschen Universität" mit der Inbrust eines Glaubenssatzes wiederholt wird.

Darüber hinaus dient das „Bildungsideal" der deutschen Universität heute zur Begründung des überhöhten Sozialprestiges der deutschen Akademikerschaft und trägt damit zur Stärkung eines antidemokratischen Potentials in unserer Gesellschaft bei.

In seiner krassesten Form äußert sich dies in Vorstellungen, die die Akademiker ohne weiteres zur „geistigen Elite" erheben und sie einer „ungebildeten Masse" gegenüberstellen. Aus dieser Unterscheidung wird dann die Legitimation zur Führung eben jener „unmündigen" Masse abgeleitet – ein Vorgehen, das autoritären Praktiken nicht mehr allzu fern steht. Zwar brauchen solche autoritären Dispositionen nicht unbedingt auch wirksam zu werden; wo sie jedoch mit einer gesellschaftlichen Entwicklung zusammentreffen, die sie begünstigt und aktiviert, können sie sich leicht in Form autoritärer Herrschaft politisch verhängnisvoll auswirken.

Aus alledem wäre zu folgern: Alle Versuche, den Bildungsgedanken heute formal zu reaktivieren, wie sie sich etwas im Begriff des „Erziehungsauftrags der Universität" äußern, müssen als teilweise gutwillige, aber doch zwecklose Versuche eines „Kurierens am untauglichen Objekt" angesehen werden. Im Begriff der „außerwissenschaftlichen Erziehung" wird Bildung zu dem völlig rational nicht mehr greifbaren, zu einem der Wissenschaft fremden Prinzip, mit dem die Tore der Universität für alle in der Gesellschaft herrschenden oder akzeptierten ideologischen Erziehungsbestrebungen geöffnet werden sollen. Akzeptiert die Universität diese Aufgabe, ihre Studenten nach einem solchen bewußt außerwissenschaftlichen Ideal zu Bilden, so fällt sie ab von dem Wissenschaft eigentlich erst begründenden Prinzip der Rationalität und wird Mittel der offenen ideologischen Indoktrination.

Ihre Aufgabe in der Gesellschaft fände diese Universität unzweifelhaft als „vornehmstes" Mittel der Rechtfertigung und Zementierung der bestehenden Verhältnisse.

Will die Universität nicht in dieser Weise vom Prinzip der Rationalität und damit von der selbstgestellten Aufgabe der Wahrheitsfindung abfallen, ihre Wissenschaftlichkeit aufgeben und sich zum Instrument einer Gegenaufklärung machen, so muß sie sich über den Charakter ihres Tuns neu

verständigen.

Nun kommt der Universität in der spätkapitalistischen Gesellschaft eine doppelte Funktion zu. Ihre „Produktion“ für den gesellschaftlichen Markt, die Ausbildung qualifizierter Arbeitskraft und die Bereitstellung verwertbarer Forschungsergebnisse dient zunächst dem Gesamtinteresse der Gesellschaft auf ständige Steigerung der Leistungsfähigkeit ihres Produktions- und Distributionsapparates.

Anderseits dient in dieser Gesellschaft je nur denkbare Form der Perfektionierung dieses Leistungsapparates zugleich der Absicherung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse, die ihrerseits seinem rationalen Einsatz im Dienste der Menschen im Wege stehen.

Ob sie es will oder nicht – die Universität nimmt ihrer Arbeit Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung und auf die sozialen und politischen Machtverhältnisse.

Sie steht damit im Spannungsfeld der widerstreitenden gesellschaftlichen Tendenzen, im Bereich des Widerspruchs zwischen Demokratie und autoritärer Ordnung, zwischen Fortschritt und Stagnation. Die Entwicklung der deutschen Universität in den letzten 150 Jahren hat gezeigt, daß sie sich einer solchen gesellschaftlichen Auseinandersetzung nie hat entziehen können und immer dort zum Apologeten der Reaktion werden mußte, wo sie ihre Neutralität glaubte nachdrücklich feststellen zu können.

Die Autonomie der Universität heute darf sich also nicht erschöpfen in einer formalen Neutralität, die sich aus einer juristischen Unabhängigkeit vom Staate ableitet.

Die Autonomie der Universität muß inhaltlich neu begründet werden als Freigheit von der Manipulation durch gesellschaftliche Partialinteressen.

Dies aber erfordert die Lösung von der Vorstellung, Arbeit an der Universität, sei es Studium, Lehre oder Forschung, sei zweckfremdes Bemühen in einem Raum sozial privilegierter spielerischer Muße.

An ihre Stelle muß das Engagement an die aufklärerische Zielvorstellung der Autonomie des Einzelnen treten, verbunden mit dem Wissen, daß dieses Ziel nur zu verwirklichen ist in einer freien, humanen und vernünftigen Gesellschaft, „in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entfaltung aller ist“.

Erst aus einem solchen Engagement wird es für die Universität möglich, ihre Funktion in der Gesellschaft immer wieder kritisch zu reflektieren und jene Distanz zu den gesellschaftlichen Ansprüchen zu gewinnen, die es verhindert, daß die Wissenschaft der Selbstrechtfertigung der jeweiligen Machthaber dient.

Wenn hier bisher von „der Universität“ und „der Wissenschaft“ gesprochen wurde, so kann und soll dies nicht darüber hinwegtäuschen, daß Arbeitsteilung und ein hoher Grad von Spezialisierung wie in der Gesellschaft so auch in der Wissenschaft zu Notwendigkeiten geworden sind, die durch einen romantische Rückwendung zur „Einheit der Wissenschaften“ nicht rückgängig gemacht werden können.

Die Einsicht, daß die Wissenschaft heute ihre Spezialisierung nicht aufgeben kann und soll, muß vielmehr zum Ausgangspunkt für die Überwindung eines bornierten, nur auf ein Spezialgebiet eingeengten wissenschaftlichen Denkens werden. Sie muß zur Einsicht in die notwendige Beschränktheit der Spezialmethoden führen und kann so erst den Wissenschaftler freisetzen für eine Verantwortung, die sich nicht mehr mit dem verfestigten Resultat aus der Erforschung eines begrenzten Fachgebietes begnügt, sondern dieses Resultat in der Praxis auf seine Wahrheit hin überprüft.

Dies bedeutet aber nichts anderes als die permanente Kritik des Verhältnisses von Einzelwissenschaft und Gesellschaft. Jeder wissenschaftlich Gebildete muß seine jeweiligen Ergebnisse um der Wahrheit willen messen am gesellschaftlichen Prozeß, in dem diese Teilergebnisse erst ihren Stellenwert erhalten. Die Universität kann diese Aufgaben nicht dadurch aufheben, daß sie in der Soziologie oder Politologie Spezialwissenschaften mit dem Anspruch auf ein Aussagemonopol zu Staat und Gesellschaft bereitstellt. Vielmehr unterliegen gerade auch diese Wissenschaften als Spezialdisziplin der Notwendigkeit der Selbstreflexion, weil gerade sie sich unreflektiert betrieben für eine Manipulation im Interesse der Herrschenden in besonderem Maße anbieten.

Gewinnt die Universität durch Selbstreflexion die Distanz von den gesellschaftlichen Partialinteressen zurück, so erlangt jener historische Bildungsanspruch neues Gewicht, der sich auf die Aufklärung menschlicher Lebensverhältnisse richtet.

Denn wie sie nichts darauf verzichten kann, ihre Forschungsergebnisse an der gesellschaftlichen Praxis zu überprüfen, so muß sie ihr Engagement an die Humanität auch an die durch sie ausgebildeten wissenschaftlichen Fachkräfte vermitteln.

Dieses Bildungsziel ist kein der Wissenschaft fremdes, es ist vielmehr die historische Voraussetzung und Erbschaft von Wissenschaft überhaupt: KRITISCHE RATIONALITÄT IM DIENSTE DER MENSCHEN zu sein.

Über das Elend im Studentenmilieu, von Situationistische Internationale (SI)

Die 1957 gegründete Situationistische Internationale prägte maßgeblich die studentischen Proteste ‚68 in Frankreich. Somit kann dieser 1966 entstandene Text, der die soziale Stellung der Studierenden mit der des Proletariats vergleicht, als eine Quelle für die theoretischen Grundlagen der „68er" verstanden werden. Sie hielten sich für die Wesen „mit der größten Autonomie", dabei hingen sie gleich von den „zwei mächtigsten Systemen sozialer Autorität ab: der Familie und dem Staat". Lest selbst. Die anhaltende Rede vom männlichen „Student" muss allerdings im Kopf des*r Rezipient*in spontan gegendert werden, entschuldigt bitte. (Anmerkung der Redaktion)

Betrachtet unter seinen ökonomischen, politischen, sexuellen und besonders intellektuellen Aspekten und über einige Mittel, diesem abzuhelfen, von Mitgliedern der Situationistischen Internationale und Straßburger Studenten.
Historisch-kritische Ausgabe
Übersetzt anhand der Originalausgabe (Straßburg, 1966) von Pierre Gallissaires

Die Schmach noch schmachvoller machen, indem man sie publiziert
Ohne große Gefahr, uns zu irren, können wir behaupten, daß der Student in Frankreich nach dem Polizisten und dem Priester das am weitesten verachtete Wesen ist. Wenn auch die Gründe fur seine Verachtung oft falsche sind, die aus der herrschenden Ideologie stammen, sind die Gründe dafür, daß er vom Standpunkt der revolutionären Kritik aus wirklich verachtungswürdig ist und verachtet wird, verdrängt und uneingestanden. Die Befürworter der falschen Kritik können diese dennoch erkennen, und sich in ihnen. Sie kehren diese wirkliche Verachtung in eine nachsichtige Bewunderung um. So betet die ohnmächtige linke Intelligenz (von den „Temps Modernes" bis zum „Express") das angebliche „Kommen der Studenten" an und die wirklich untergehenden bürokratischen Organisationen (von der sog. kommunistischen Partei zur UNEF) streiten sich eifersüchtig um ihre „moralische und materielle" Unterstützung. Wir werden die Gründe für dieses Interesse an den Studenten zeigen, und wie sie positiv an der herrschenden Wirklichkeit des überentwickelten Kapitalismus teilhaben, und wir werden diese Broschüre dazu benutzen, sie eine nach dem anderen zu entlarven: die Auflösung der Entfremdung geht keinen anderen Weg als den der Entfremdung.
Alle Analysen und Studien über das Studentenmilieu haben bisher das Wesentliche vernachlässigt. Sie gehen nie über den Standpunkt der universitären Spezialisierung hinaus (Psychologie, Soziologie, Ökonomie) und bleiben so grundsätzlich falsch. Alle begehen das, was Fourier schon eine methodische Gedankenlosigkeit nannte, „da sie sich regelmäßig auf die Kernfragen bezieht", indem sie den totalen Standpunkt der modernen Gesellschaft ignoriert. Der Faktenfetischismus verhüllt die wesentliche Kategorie und die Details lassen die Totalität vergessen. Über diese Gesellschaft wird alles gesagt, nur nicht das was sie wirklich ist: eine Gesellschaft der Ware und des Spektakels. In ihrer Untersuchung „Die Erben - Die Studenten und die Kultur" stehen die Soziologen Bourderon und Passedieu entwaffnet vor den wenigen partiellen Wahrheiten, die sie letzten Endes bewiesen haben. Und trotz ihres ganzen guten Willens fallen sie in die Moral der Professoren zurück, die unvermeidliche kantische Ethik einer „wirklichen Demokratisierung durch eine wirkliche Rationalisierung des Lehrsystems", d.h.: der Lehre des Systems. Während ihre Schüler wie Kravetz (1) und Konsorten zu Tausenden zu erwachen glauben, indem sie ihre kleinbürokratische Verbitterung durch den Trödel einer hinfälligen revolutionären Phraseologie ausgleichen.
Die Inszenierung der Verdinglichung zum Spektakel (2) innerhalb des modernen Kapitalismus zwingt jedem eine Rolle in der generalisierten Passivität auf. Der Student entgeht diesem Gesetz nicht. Es ist eine provisorische Rolle, die ihn auf die endgültige vorbereitet, die er als positives und bewahrendes Element im Warensystem erfüllen wird. Nichts anderes als ein Einführungsritus.
Diese Einführung hat auf magische Weise zu allen Kennzeichen der mythischen Einführung zurückgefunden. Sie bleibt völlig von der historischen, individuellen und gesellschaftlichen Wirklichkeit abgeschnitten. Der Student ist ein Wesen, das zwischen einem gegenwärtigen und einem zukünftigen Status steht, die säuberlich voneinander getrennt sind, und deren Grenze mechanisch überschritten wird. Sein schizophrenes Bewußtsein erlaubt es ihm, sich innerhalb einer „Einführungsgesellschaft" zu isolieren, seine Zukunft zu verkennen und sich am Erlebnis der mystischen Einheit zu berauschen, die ihm von einer vor der Geschichte geschützten Gegenwart angeboten wird. Der Hebel für die Umkehrung der offiziellen Wahrheit, d.h. der ökonomischen, kann so einfach entlarvt werden: es ist hart, der studentischen Realität ins Gesicht zu sehen.
Innerhalb einer „Überflußgesellschaft" hat der Student den gegenwärtigen Status einer äußersten Armut. Obwohl mehr als 80% von ihnen aus Bevölkerungsschichten stammen, deren Einkommen das eines Arbeiters übersteigt, verfügen 90% von ihnen über weniger Mittel als der einfachste Lohnempfänger. Das studentische Elend bleibt hinter dem der Gesellschaft des Spektakels zurück, hinter dem neuen Elend des neuen Proletariats. In einer Zeit, wo ein wachsender Teil der Jugend sich immer mehr von

den moralischen Vorurteilen und der familiären Autorität befreit, um so früh wie möglich in die Beziehungen einer offenen Ausbeutung einzutreten, bleibt der Student auf jeder Ebene auf einer verantwortungslosen, folgsamen und „verlängerten Unmündigkeit“. Während seine verspätete jugendliche Krise ihn etwas in Opposition zu seiner Familie bringt, so akzeptiert er ohne weiteres, in den verschiedenen Institutionen, die sein alltägliches Leben regeln, wie ein Kind behandelt zu werden. (3)

Die Kolonisierung der verschiedenen Sektoren der gesellschaftlichen Praxis findet nur in der Studentenwelt ihren grellsten Ausdruck. Die tJbertragung des gesamten schlechten Gewissens der Gesellschaft auf die Studenten verschleiert das Elend und die Knechtschaft aller.

Aber die Gründe fuir unsere Verachtung des Studenten sind ganz anderer Art. Sie betreffen nicht nur sein wirkliches Elend, sondern seine Gefälligkeit gegenüber jedem Elend, seine ungesunde Neigung, glückselig Entfremdung in der Hoffnung zu konsumieren, angesichts allgemeiner Interessenlosigkeit das Interesse auf seinen eigenen Mangel zu lenken. Der moderne Kapitalismus bewirkt zwangsläufig, daß der größte Teil der Studenten ganz einfach zu kleinen Kadern wird (d.h. das Äquivalent für den Facharbeiter im 19. Jahrhundert) (4). Gegenüber dem elenden, leicht vorauszuahnenden Charakter dieser mehr oder weniger nahen Zukunft, die ihn für das schmachvolle „Elend der Gegenwart“ entschädigen soll, zieht der Student es vor, sich seiner Gegenwart zuzuwenden, und sie mit illusorischem Prestige auszuschmücken. Die Kompensierung selbst ist allzu kläglich; der Morgen wird kein roter Morgen sein und zwangsläufig in der Mittelmäßigkeit schwimmen. Deshalb flieht er in eine unwirklich gelebte Gegenwart.

Wie ein stoischer Sklave glaubt der Student sich umso freier, je mehr alle Ketten der Autorität ihn fesseln. Genau wie seine neue Familie, die Universität, hält er sich für das gesellschaftliche Wesen mit der größten „Autonomie“, während er doch gleichzeitig und unmittelbar von den zwei mächtigsten Systemen der sozialen Autorität abhängt: der Familie und dem Staat. Er ist ihr ordentliches und dankbares Kind. Nach derselben Logik eines untergeordneten Kindes hat er an allen Werten und Mystifikationen des Systems teil und konzentriert sie in sich. Was einst den Lohnabhängigen aufgezwungene Illusionen waren, wird heute zu einer von der Masse der zukünftigen kleinen Kader verinnerlichten und getragenen Ideologie.

Während das alte soziale Elend die grandiosesten Kompensierungssysteme der Geschichte (die Religion) erzeugt hat, so hat das studentische marginale Elend seinen Trost nur in den abgenutztesten Bildern der herrschenden Gesellschaft gefunden, in der grotesken Wiederholung all ihrer entfremdeten Produkte.

Der französische Student kommt in seiner Eigenschaft als ideologisches Wesen zu allem zu spät. Alle Werte und Illusionen, auf die seine abgeschlossene Welt stolz ist, sind schon als unhaltbare und seit langem durch die Geschichte lächerlich gemachte Illusionen verurteilt.

Da für ihn noch einige Krümel vom Prestige der Universität abfallen, freut sich der Student immer noch, Student zu sein. Zu spät. Der mechanisierte und spezialisierte Unterricht, den er empfängt, ist ebenso heruntergekommen (im Verhältnis zum früheren Niveau bürgerlicher Allgemeinbildung) (5) wie sein eigenes intellektuelles Niveau im Augenblick seines Studienantritts, aus der einzigen Tatsache heraus, daß das alles beherrschende ökonomische System die Massenhestellung ungebildeter und zum Denken unfähiger Studenten verlangt. Der Student ignoriert, daß die Universität zu einer - institutionalisierten - Organisation des Unwissens geworden ist, daß die „hohe Kultur“ selbst sich im selben Tempo wie die Serienproduktion von Professoren auflöst, daß alle Professoren Kretins sind, von denen die meisten sich vor jedweder Gymnasialklasse blamieren würden. Er hört seine Lehrer auch weiterhin mit Respekt, mit dem bewußten Willen, jeden kritischen Geist aufzugeben, um sich besser mit den anderen in der mystischen Illusion einig zu fühlen, „Student“ geworden zu sein, jemand, der sich ernsthaft damit beschäftigt, sich ein ernsthaftes Wesen in der Hoffnung anzueignen, man werde ihm auch die letzten Wahrheiten anvertrauen. Das sind die Wechseljah-

re des Geistes. Alles, was sich heute in den Amphitheatern der Schulen und Fakultäten abspielt, wird in der zukünftigen revolutionären Gesellschaft als gesellschaftlich schädlicher Lärm verurteilt. Schon jetzt bringt der Student alle zum Lachen.
Dem Studenten wird nicht einmal bewußt, daß die Geschichte auch seine lächerliche „abgeschlossene" Welt verändert. Die berühmte „Universitätskrise", Detail einer allgemeineren Krise des modernen Kapitalismus, bleibt Gegenstand eines tauben Dialogs zwischen verschiedenen Spezialisten. In ihr kommen ganz einfach die Schwierigkeiten einer verspäteten Anpassung dieses besonderen Produktionssektors an die Umwandlung des gesamten Produktionsapparates zum Ausdruck. Die Überreste der alten Ideologie einer liberal-bürgerlichen Universität werden in dem Augenblick nichtssagend, wo ihre gesellschaftliche Basis verschwindet. Die Universität konnte sich in der Epoche des Freihandelskapitalismus und seines liberalen Staates als autonome Macht verstehen, da er ihr eine gewisse marginale Freiheit gewährte. Sie hing in Wirklichkeit eng von den Bedürfnissen dieser Art von Gesellschaft ab: der privilegierten studierenden Minderheit eine angemessene Allgemeinbildung zu vermitteln, bevor sie sich wieder in die herrschende Klasse einreiht, die sie kaum verlassen hatte. Daher das Lächerliche an diesen nostalgischen Professoren (6), die darüber verbittert sind, ihre alten Funktionen als Hofhunde der zukünftigen Herren für die viel weniger edle von Schäferhunden eingetauscht zu haben, die die „Weiße-Kragen"-Herren in ihre jeweiligen Fabriken und Büros treiben. Gerade sie setzen ihre Altertümlichkeit der Technokratisierung der Universität entgegen und fahren unbeirrt fort, mit den übriggebliebenen Brocken einer sog. Allgemeinbildung künftige Spezialisten zu füttern, die damit nichts anzufangen wissen.
Ernster und damit gefährlicher sind die Modernisten der Linken und der UNEF, die von den „Ultras" der FGEL geführt eine „Reform der Universitätsstruktur", eine „Reintegrierung der Universität in das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben" fordern, d.h. ihre Anpassung an die Bedürfnisse des modernen Kapitalismus. Die verschiedenen Fakultäten und Schulen, die noch mit anachronistischem Prestige dekoriert sind, werden von Verteilungsstätten der „Allgemeinbildung" zum Gebrauch für die herrschenden Klassen zu Fabriken der hastigen Aufzucht von kleinen und mittleren Kadern umgewandelt. Weit davon entfernt, diesen geschichtlichen Prozess zu kritisieren, der einen der letzten relativ autonomen Sektoren des gesellschaftlichen Lebens den Forderungen des Warensystems unterwirft, protestieren unsere Fortschrittsjünger gegen Verspätungen und Stockungen auf dem Weg zu seiner Verwirklichung. Sie sind die Befürworter der zukünftigen kybernetisierten Universität, die sich schon hier und dort ankündigt (7). Das Warensystem und seine modernen Diener, das ist sein Feind.
Diese ganze Debatte geht aber, wie nicht anders zu erwarten, über die Köpfe der Studenten hinweg, in den Himmel ihrer Lehrer, und entgeht ihnen völlig: die Gesamtheit ihres Lebens, und erst recht des Lebens überhaupt entgeht ihnen.
Seine äußerst ärmliche ökonomische Lage verurteilt den Studenten zu einer sehr wenig beneidenswerten Form des Überlebens. Aber immer mit sich zufrieden erhebt er sein triviales Elend zu einem originellen „Lebensstil": kultivierte Armut und Boheme. Die „Boheme", die bereits weit davon entfernt ist, eine originelle Lösung zu sein, wird nur nach einem endgültigen und unabänderlichen Bruch mit dem Universititsmilieu echt gelebt werden. Ihre Anhänger unter den Studenten (und alle kokettieren damit, es ein wenig zu sein) klammern sich also lediglich an eine künstliche und heruntergekommene Version dessen, was bestenfalls nur eine mittelmäßige individuelle Lösung ist. Damit verdienen sie sogar die Verachtung von alten Damen auf dem Lande. Dreißig Jahre nach Wilhelm Reich (8), diesem hervorragenden Erzieher der Jugend, haben diese „Originale" immer noch die traditionellsten Erotik- und Liebseverhaltensweisen und reproduzieren in ihren sexuellen Beziehungen die allgemeinen Beziehungen der Klassengesellschaft. Die Fähigkeit des Studenten, einen Militanten jeden Kalibers abzugeben, sagt viel über seine Impotenz. Innerhalb des Spielraums individueller Freiheit, der durch das totalitäre Spektakel erlaubt wird, und trotz seines mehr oder weniger flexiblen Stundenplanes ignoriert der Student immer noch das Abenteuer und zieht die ihm knapp bemessene alltägliche Raumzeit vor, die für ihn von den Wächtern desselben Spektakels eingerichtet worden ist. Ohne dazu gezwungen zu sein, trennt er von sich aus Arbeit und Freizeit, wobei er eine scheinheilige Verachtung für die „Büffler" und diejenigen an den Tag legt, die „den Scheinen nachjagen". Er billigt alle Trennungen und beklagt sich dann in verschiedenen religiösen, sportlichen, politischen oder gewerkschaftlichen „Zirkeln" über die Nichtkommunikation. Er ist so dumm und so unglücklich, daß er sich sogar spontan und massenweise der parapolizeilichen Kontrolle von Psychiatern und Psychologen anvertraut, die ihm die Avantgarde der modernen Unterdrückung zur Verfügung stellt, und die folglich von seinen „Vertretern" begrüßt wird, die diese „Universitätsbüros für psychologische Hilfe" (BAPU) für eine unerläßliche und verdiente Errungenschaft halten.(9)
Aber das wirkliche Elend des studentischen Alltags findet seinen unmittelbaren und fantastischen Ausgleich in seinem hauptsächlichen Opium: der kulturellen Ware. Im kulturellen Spektakel findet der Student ganz natürlich seinen Platz als respektvoller Schüler wieder. Nahe am Ort der Produktion, aber ohne ihn jemals zu betreten - das Heiligtum bleibt ihm untersagt - entdeckt der Student die „modeme Kultur" als bewundemder Zuschauer. In einer Epoche, wo die Kunst tot ist,

bleibt er nahezu allein den Theatern und Filmklubs treu und der gierigste Konsument ihres Leichnams, der tiefgekühlt und zellophanumhüllt in den Supermärkten an die Hausfrauen des Überflusses verteilt wird. Er nimmt ohne Vorbehalt, ohne Hintergedanken und ohne Distanz daran teil. Da ist er in seinem natürlichen Element. Wären die „Häuser der Kultur" nicht vorhanden, der Student hätte sie erfunden. Er bestätigt vollkommen die banalsten Marktanalysen amerikanischer Soziologen: ostentativer Konsum, Differenzierung in der Werbung zwischen Produkten gleicher Nichtigkeit (Perec oder Robbe-Grillet, Godard oder Lelouch).

Sobald die „Götter", die sein kulturelles Spektakel produzieren und organisieren, auf der Bühne leibhaftig werden, ist er ihnen ein treues Publikum, wie sie es sich erträumt haben. So nimmt er massenhaft an ihren obszönsten Darstellungen teil; wer, wenn nicht er, würde die Säle füllen, wenn z.B.: die Pfaffen der verschiedenen Kirchen ihre uferlosen Dialoge öffentlich vortragen (Wochen des sog. marxistischen Denkens, Tagungen katholischer Intellektueller) oder wenn die Überreste der Literatur ihre Unfähigkeit feststellen (fünftausend Studenten bei der Veranstaltung „Was kann die Literatur?").

Echter Leidenschaft unfähig fmdet er seine höchste Lust in leidenschaftslosen Polemiken zwischen den Stars der Nicht-Intelligenz über falsche Probleme, deren Funktion es ist, die wirklichen zu verschleiern: Althusser - Garaudy - Sartre - Barthes - Picard - Lefebvre - Levi Strauss - Halliday - Chatelet - Antoine. Humanismus - Existenzialismus - Strukturalismus - Szientismus - Neuer Kritizismus - Kybernetismus - Planetismus - Metaphilosophismus.

In seiner Beflissenheit wähnt er sich zur Avantgarde gehörig, weil er den letzten Film Godards gesehen, das letzte argumentistische (10) Buch gekauft, beim letzten Happening Lapassads, dieses Arschlochs, mitgemacht hat. Dieser Ignorant hält den blassesten Ersatz alter Experimente, die in ihrer Epoche wirklich wichtig waren und für den Markt versüßt worden sind, für „revolutionäre", durch Markenzeichen garantierte Neuheiten. Die Hauptsache ist immer, seinen kulturellen Standard zu wahren. Der Student ist wie jedermann stolz darauf, die Taschenbuchausgaben einer Reihe wichtiger und schwieriger Texte zu kaufen, die die „Massenkultur" in beschleunigtem Rhythmus auf den Markt wirft. (11) Nur kann er nicht lesen. Er begnügt sich damit, sie mit den Augen zu konsumieren.

Seine bevorzugte Lektüre bleiben die Fachzeitschriften, die den wahnsinnigen Konsum an Kulturgadgets orchestrieren; willig akzeptiert er ihre Werbebefehle und macht daraus das Standardmuster seines Geschmacks. Er fmdet seine größte Freude immer noch beim Lesen von „Express" und „Le Nouvel Observateur" oder glaubt, „Le Monde", deren Stil ihn bereits überfordert, sei eine wahrhaft „objektive" Zeitung, die die Aktualität widerspiegelt. Um seine Allgemeinbildung zu vertiefen, verschlingt er „Planete", die magische Zeitschrift, die alle Falten und Pickel der alten Gedanken abschafft. Mithilfe solcher Führer glaubt er, an der modernen Welt teilzuhaben und sich mit der Politik vertraut zu machen.

Denn der Student freut sich mehr als alle anderen, politisiert zu sein. Er ignoriert bloß, daß er hieran durch dasselbe Spektakel teilhat. So eignet er sich all die lächerlichen zerfetzten Überbleibsel einer Linken wieder an, die schon vor mehr als vierzig Jahren durch den „sozialistischen" Reformismus und die stalinistische Konterrevolution vernichtet wurde. Während die Macht das klar und die Arbeiter es auf konfuse Weise sehen, ignoriert der Student es immer noch. Mit schwachsinnigem Stolz nimmt er an den lächerlichsten Manifestationen teil, die nur ihn reizen. Bei ihm findet man das falsche politische Bewußtsein im Reinzustand und er bildet die ideale Basis fur die Manipulationen der gespensterhaften Bürokraten der sterbenden Organisationen (von der sog. KP bis zur UNEF). Diese programmieren totalitär seine politische Linie; jede Abweichung oder Anwandlung von „Unabhängigkeit" fügt sich nach einer Parodie des Widerstands wieder in eine Ordnung ein, die niemals einen Augenblick lang in Frage gestellt wurde. (12) Wenn er glaubt, sich darüber hinwegzusetzen, wie diese Leute, die sich durch eine wirkliche Krankheit der werbungsartigen Umkehrung, JCR (Jeunesse Communiste Revolutionnaire, Revolutionäre Kommunistische Jugend) nennen, während sie weder jung, kommunistisch noch revolutionär sind, dann nur, um sich freudig an die päpstliche Parole anzuschließen: „Friede in Vietnam".

Der Student ist stolz darauf, sich den „Archaismen" eines De Gaulle zu widersetzen, versteht aber nicht, daß er es im Namen vergangener Irrtümer tut, erkalteter Verbrechen (wie z.B. der Stalinismus in der Zeit von Togliatti - Garaudy - Chruschtschow - Mao), und daß damit seine Jugend noch viel archaischer ist als die Macht, die effektiv über alles verfügt, was nötig ist, um eine moderne Gesellschaft zu verwalten.

Aber beim Studenten kommt es auf einen Archaismus mehr oder weniger nicht an. So glaubt er, daß er allgemeine Ideen über alles haben muß, geschlossene Weltanschauungen, die seinem Bedarf an Unruhe und asexueller Promiskuität einen Sinn geben. Hintergangen durch die letzten Fieberanfälle der Kirche stürzt er sich deshalb auf das Gerümpel der Gerümpel, um den verwesten Kadaver Gottes anzubeten und sich an die zerfallenen Überbleibsel der vorgeschichtlichen Religion zu klammem, die er seiner und seiner Zeit würdig glaubt. Man wagt kaum zu betonen, daß das studentische Milieu zusammen mit dem der alten Landweiber, der Sektor mit dem größten Prozentsatz an praktizierter Religion und immer noch das beste „Missionsgebiet" ist (während in allen anderen die Pfaffen entweder aufgefressen oder verjagt worden sind), wo Studenten-

priester unverhohlen tausende von Studenten in ihrem geistlichen Scheißhaus weiter sodomisieren.
Sicherlich gibt es trotz allem unter den Studenten einige von genügendem intellektuellem Niveau. Diese meistern ohne Mühe die elenden Leistungskontrollen, die auf die Mittelmäßigen zugeschnitten sind und sie meistem sie gerade deswegen, weil sie das System durchschaut haben, es verachten und wissen, daß sie seine Feinde sind. Sie nehmen sich das Beste, was das Studiensystem zu bieten hat: die Stipendien. Indem sie die Lücken der Kontrolle ausnutzen, deren eigene Logik sie hier und heute dazu zwingt, einen kleinen rein intellektuellen Bereich der „Forschung“ aufrechtzuerhalten, treiben sie ruhig die Unruhe bis auf die Spitze: ihre offene Verachtung für das System paart sich mit der Hellsichtigkeit, die es ihnen gerade emmöglicht, stärker als die Diener des Systems zu sein - und zwar zuerst auf intellektuellem Gebiet. Diejenigen, von denen wir sprechen, gehören bereits zu den Theoretikern der kommenden revolutionären Bewegung und sind sich dessen bewußt, daß sie mit ihr zugleich an die Öffentlichkeit treten werden. Sie verheimlichen niemandem, daß sie das, was sie so leicht dem „Studiensystem“ entnehmen, zu dessen Zerstörung benutzen. Denn der Student kann gegen nichts rebellieren, ohne gegen seine Studien zu rebellieren und er spürt die Notwendigkeit dieser Rebellion weniger natürlich als der Arbeiter, der spontan gegen seine Lage rebelliert. Aber der Student ist ein Produkt der modernen Gesellschaft, genau wie Godard und Coca-Cola. Seine extreme Entfremdung kann nur durch die Kritik der ganzen Gesellschaft kritisiert werden. Keinesfalls kann diese Kritik auf dem studentischen Gebiet vollzogen werden: der Student als solcher maßt sich einen Pseudowert an, der ihm verbietet, sich seiner wirklichen Enteignung bewußt zu werden und er bleibt damit auf dem Gipfel des falschen Bewußtseins. Aber überall dort, wo die moderne Gesellschaft kritisiert zu werden beginnt, bricht eine Revolte der Jugend los, die unmittelbar einer totalen Kritik des studentischen Verhaltens entspricht.
Es genügt nicht, daß der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muß sich selbst zum Gedanken drängen.
Nach einer langen Periode lethargischen Schlafs und permanenter Konterrevolution zeichnet sich seit einigen Jahren eine neue Periode der Kritik ab, deren Träger die Jugend zu sein scheint. Doch die Gesellschaft des Spektakels zwingt durch die Vorstellung, die sie von sich selbst und von ihren Feinden hat, ihre ideologischen Kategorien zum Verständnis der Welt und der Geschichte auf. Sie führt alles, was dort geschieht, auf den natürlichen Lauf der Dinge zurück, und schließt alles wirklich neue, das ihre Aufhebung ankündigt, in dem beschränkten Rahmen ihrer illusorischen Neuheiten ein. Die Revolte der Jugend gegen die Lebensweise, die ihr aufgezwungen wird, ist in Wirklichkeit nur das Vorzeichen einer umfassenderen Subversion, bei der alle mitwirken werden, die immer mehr die Unmöglichkeit zum Leben fühlen, das Vorspiel der nächsten revolutionären Epoche. Allein die herrschende Ideologie und ihre täglichen Organe können nur nach erprobten Mechanismen der Umkehrung der Wirklichkeit diese wirkliche historische Bewegung auf eine sozio-natürliche Pseudo-Kategorie reduzieren: die Idee der Jugend (in deren Wesen die Rebellion liegen sollte). So führt man eine neue Jugend der Revolte auf die ewige Revolte der Jugend zurück, die in jeder Generation aufs neue hervorbricht, um sich dann zu verflüchtigen, wenn „der junge Mensch durch den Ernst der Produktion und die auf wirkliche und konkrete Ziele gerichtete Tätigkeit erfaßt wird“. Die „Revolte der Jugend“ war und ist immer noch Gegenstand einer regelrechten journalistischen Inflation, die sie zum Spektakel einer möglichen zur Betrachtung dargebotenen „Revolte“ macht, um zu verhindern, daß sie gelebt wird, die abweichende - und schon integrierte - Sphäre, die zum Funktionieren des gesellschaftlichen Systems notwendig ist. Diese Revolte gegen die Gesellschaft beruhigt die Gesellschaft, da sie nach ihrer Meinung partiell bleibt, innerhalb der Apartheid der „Probleme“ der Jugend - so wie es Probleme der Frau oder der Schwarzen geben soll - und nur einen Teil des Lebens dauern wird. In Wirklichkeit gibt es ein Problem der „Jugend“ in der modernen Gesellschaft, weil die tiefe Krise dieser Gesellschaft am schärfsten von der Jugend gespürt wird. (13) Die Jugend ist als typisches Produkt der modernen Gesellschaft selbst modern, wenn sie sich bedenkenlos integriert oder sie radikal ablehnt. Das wirklich Estaunliche ist nicht so sehr die Revolte der Jugend, als die Resignation der „Erwachsenen“. Dafür gibt es keine mythologische, sondern eine historische Erklärung: die vorige Generation hat alle Niederlagen kennengelernt und alle Lügen kompensiert, die die Periode des schmachvollen Zerfalls der revolutionären Bewegung begleitet haben.
Für sich genommen ist die „Jugend“ ein Werbemythos, der bereits mit der kapitalistischen Produktionsweise als Ausdruck ihrer Dynamik tief verbunden ist. Dieser illusorische Vorrang der Jugend wurde mit dem Wiederaufschwung der Wirtschaft nach dem Zweiten Weltkrieg möglich, als eine ganze Schicht von beeinflußbareren Konsumenten den Markt überschwemmte, eine Rolle, die ein Integrierungspatent für die Gesellschaft des Spektakels garantiert. Aber die herschende Erklärung der Welt findet sich von neuem im Widespruch mit der sozio-ökonomischen Wirklichkeit (denn sie hat ihr gegenüber Verspätung) und gerade die Jugend behauptet als erste eine unwiderstehliche Lebensgier, und lehnt sich spontan gegen die alltägliche Langeweile und die tote Zeit auf, die die alte Welt weiterhin durch ihre verschiedenen Modernisierungen absondert. Der rebellierende Teil der Jugend drückt die reine Verweigerung ohne das Bewußtsein einer Pespektive

der Aufhebung aus, ihre nihilistische Verweigerung. Diese Pespektive wird überall auf der Welt gesucht und gebildet. Sie muß zur Kohärenz der theoretischen Kritik und zur praktischen Organisation dieser Kohärenz gelangen. Auf der elementarsten Ebene drücken in allen Ländern die „Rocker" mit der größten offensichtlichen Gewalt die Verweigerung ihrer Integration aus. Aber der abstrakte Charakter ihrer Verweigerung läßt ihnen keine Chance, den Widersprüchen eines Systems zu entkommen, dessen spontanes negatives Produkt sie sind. Die „Rocker" werden durch alle gegenwärtigen Aspekte der gegenwärtigen Ordnung erzeugt: den Urbanismus der Trabantensiedlungen, die Auflösung der Werte, die Ausdehnung der immer länger werdenden Konsumfreizeit, die das gesamte tägliche Leben immer weiter umfassende humanistisch-polizeiliche Kontrolle, das ökonomische Fortleben der jeder Bedeutung beraubten Familienzelle. Sie verachten zwar die Arbeit, aber sie akzeptieren die Waren. Sie möchten sofort alles haben, was die Werbung ihnen zeigt, und ohne es bezahlen zu können. Dieser Grundwiderspruch beherrscht ihre ganze Existenz und bildet den Rahmen, in dem ihr Behauptungsversuch zur Suche nach einem wirklich freien Gebrauch der Zeit, die individuelle Behauptung sowie die Bildung einer Art Gemeinschaft eingeschlossen werden. (Allein, solche Mikrogemeinschaften stellen am Rand der entwickelten Gesellschaft einen Primitivismus wieder her, in dem das Elend zwangsläufig die Hierarchie innerhalb der Bande wieder erzeugt. Diese Hierarchie kann sich nur im Kampf gegen andere Banden behaupten und isoliert jede Bande und in jeder Bande das Individuum). Um diesen Widespruch zu verlassen, muß der „Rocker" schließlich arbeiten, um Waren zu kaufen - und dann steht ein Produktionssektor eigens für seine Rekuperierung als Konsument bereit (Motoräder, elektrische Gitarren, Kleidung, Schallplatten usw.) - oder er muß die Warengesetze angreifen, entweder auf primäre Weise, indem er die Waren stiehlt, oder auf bewußte Weise, indem er sich zur revolutionären Kritik der Warenwelt entwickelt. Der Konsum besänftigt die Sitten dieser jungen Rebellen und ihre Revolte fällt in den schlimmsten Konformismus zurück. Aus der Welt der Rocker gibt es nur zwei Ausgangsmöglichkeiten: das revolutionäre Bewußtsein oder der blinde Gehosam in den Fabriken.

Die Provos stellen die erste Form der Aufhebung des „Rocker"-Experiments dar, die Organisation ihres ersten politischen Ausdrucks: Sie sind aus dem Zusammenkommen einiger Überreste der aufgelösten Kunst auf der Suche nach Erfolg und einer Masse junger Rebellen auf der Suche nach Selbstbehauptung entstanden. Durch ihre Organisation sind die einen und die anderen weitergekommen und zu einer neuen Art von Kritik gelangt. Die „Künstler" haben einige Tendenzen zum Spiel mitgebracht, die immer noch sehr mystifiziert und mit ideologischem Ballast beladen waren; die jungen Rebellen hatten ihrerseits nur die Gewalt ihrer Revolte. Von Anfang an blieben beide Tendenzen in der Organisation getrennt; die Masse ohne Theorie geriet gleich unter die Vormundschaft einer kleinen Schicht verdächtiger Führer, die versuchten, ihre „Macht" durch Absonderung einer provotarischen Ideologie aufrechtzuerhalten. Statt daß die Gewalt der „Rocker" bei einem Vesuch zur Aufhebung der Kunst auf die Ebene der Ideen übertragen wird, gewann der neokünstlerische Reformismus die Oberhand. Die Provos sind der Ausdruck des letzten vom modernen Kapitalismus erzeugten Reformismus: des Reformismus des alltäglichen Lebens. Während nicht weniger als eine ununterbrochene Revolution nötig ist, um das Leben zu verändern, glaubte die Provo-Hierarchie - wie Bernstein den Kapitalismus durch Reformen in den Sozialismus zu überführen meinte - einige Verbesserungen würden genügen, um das alltägliche Leben zu verändern. Indem die Provos das Fragmentarische wählen, akzeptieren sie schließlich die Totalität. Um sich eine Basis zu geben, haben ihre Führer die lächerliche Ideologie des Provotariats erfunden (einen Salat aus Kunst und Politik, naiv gemischt aus den vermoderten Resten einer Fete, die sie nicht gekannt haben), die nach ihrer Meinung dazu bestimmt ist, der angeblichen Passivität und Verbürgerlichung des Proletariats, dieser allgemeinen Binsenweisheit aller Kretins des Jahrhunderts, entgegenzuwirken. Da sie daran verzweifeln, die Totalität umzuwandeln, verzweifeln sie an den einzigen Kräften, die die Hoffnung auf eine mögliche Aufhebung tragen. Das Proletariat ist der Motor der kapitalistischen Gesellschaft und deshalb ihre Lebensgefahr: es wird alles getan, um es zu unterdrücken (Parteien, Gewerkschaftsbürokratien, häufigere Polizeieinsätze als gegen die Provos, Kolonisierung seines gesamten Lebens), denn es ist die einzige wirklich bedrohende Kraft. Die Provos haben davon nichts verstanden; sie bleiben also unfähig, das Produktionssystem zu kritisieren und folglich Gefangene des gesamten Systems. Als ihre Basis sich bei einem Arbeiteraufstand gegen die Gewerkschaften der direkten Gewalt angeschlossen hatte, wurden die Führer durch die Bewegung völlig überrannt und in ihrer Bestürzung wußten sie nichts besseres, als die „Exzesse" zu denunzieren und an den Pazifismus zu appellieren; damit gaben sie auf jämmerliche Weise ihr Programm auf: die Autoritäten zu provozieren, um ihren repressiven Charakter zu zeigen (und sie haben laut proklamiert, die Polizei habe provoziert). Und als Höhepunkt haben sie die jungen Aufrührer über Radio dazu aufgefordert, sich von den Provos belehren zu lassen, d.h. von ihren Führern, die hinreichend gezeigt hatten, daß ihr vager „Anarchismus" nur eine zusätzliche Lüge war. Die rebellierende Provo-Basis kann erst dann zur revolutionären Kritik gelangen, wenn sie damit anfängt, sich gegen ihre Chefs aufzulehnen, d.h. sich an die objektiven revolutionären Kräfte des Proletariats anschließt, und sich des

königlich-niederländischen Hofkünstles Constant oder des mißglückten Parlamentariers und Bewunderers der englischen Polizei De Vries entledigt. Nur so können sich die Provos an die authentische moderne Kritik anschließen, die schon eine wirkliche Basis bei ihnen hat. Wenn sie die Welt wirklich verändern wollen, brauchen sie diejenigen nicht, die sich damit begnügen, sie weiß anzustreichen.

Die amerikanischen Studenten haben mit ihrer Revolte gegen ihre Studien unmittelbar eine Gesellschaft in Frage gestellt, die solche Studien braucht. Genauso wie ihre Revolte (in Berkeley und anderswo) gegen die Universitätshierarchie sich von Anfang an als eine Revolte behauptet hat, die gegen das ganze, auf der Hierarchie und der Diktatur der Ökonomie und des Staates basierende gesellschaftliche System gerichtet war. Indem sie sich weigern, in die Unternehmen integriert zu werden, für die sie ganz natürlich ihre spezialisierten Studien prädestiniert haben, stellen sie ein Produktionssystem tiefgreifend in Frage, in dem alle Tätigkeiten und ihr Produkt dem Produzenten völlig entgehen. So gelangt die rebellierende amerikanische Jugend durch tastende Versuche und eine immer noch sehr große Konfusion dahin, innerhalb der „Überflußgesellschaft“ nach einer kohärenten revolutionären Alternative zu suchen. Noch hält sie sich bei zwei relativ zufälligen Aspekten der amerikanischen Krise auf: den Schwarzen und Vietnam; und die kleinen Organisationen der „Neuen Linken“ haben darunter schwer zu leiden. Wenn auch in ihrer Form eine authentische Forderung nach Demokratie spürbar ist, so läßt sie doch die Schwäche ihres subversiven Inhalts in gefährliche Widersprüche zurückfallen. Ihre Feindseligkeit gegenüber der traditionellen Politik der alten Organisationen wird leicht durch Unkenntnis der politischen Welt absorbiert, die in einem großen Informationsmangel und Illusionen über das, was tatsächlich in der Welt passiert, ihren Ausdruck findet. Die abstrakte Feindseligkeit gegenüber ihrer Gesellschaft führt sie dazu, ihre eigenen offensichtlichsten Feinde - die sog. sozialistischen Bürokratien, China oder Kuba - zu bewundern und zu unterstützen. So findet man in einer Gruppe wie „RYM“ das Todesurteil für den Staat und das Lob der „Kulturrevolution“, die von der gigantischsten Bürokratie der Neuzeit, Maos China, geführt wird. Ihre halblibertäre und führungslose Organisation läuft jeden Augenblick Gefahr, in die Ideologie der „Gruppendynamik“ oder die abgeschlossene Welt einer Sekte zurückzufallen. Der Massenkonsum von Drogen ist Ausdruck fur ein wirkliches Elend und einen Protest gegen dieses wirkliche Elend: er ist die trügerische Suche nach Freiheit in einer Welt ohne Freiheit, die religiöse Kritik einer Welt, die selbst über die Religion hinausgegangen ist. Nicht zufällig findet man die Drogen vor allem bei den beatniks (diesem rechten Flügel der rebellierenden Jugend), als Herd der ideologischen Verweigerung und der Aufnahme des fantastischen Aberglaubens (Zen, Spiritismus, Mystizismus der „New Church“ und sonstige verfaulte Waren wie Ghandiismus oder Humanismus …). Auf der Suche nach einem revolutionären Programm verfallen die amerikanischen Studenten in denselben Irrtum wie die Provos und proklamieren sich als „die am meisten ausgebeutete Klasse der Gesellschaft“; sie müssen von jetzt an begreifen, daß ihre Interessen mit den Interessen aller identisch sind, die der generalisierten Unterdrückung und der Warensklaverei unterworfen sind.

Aber auch im Osten beginnt der bürokratische Totalitarismus mit der Erzeugung seiner negativen Kräfte. Dort ist die Revolte der Jugendlichen besondes heftig und sie wird nur durch die Denunziation der veschiedenen Organe des Apparats bekannt oder durch polizeiliche Maßnahmen, die dieser ergreift, um sie in Schach zu halten. So erfahren wir, daß ein Teil der Jugend die Ordnung von Moral und Familie (so wie sie dort in ihrer spießigsten und hassenswertesten Form existiert) nicht mehr „respektiert“, „ausschweifend“ lebt, die Arbeit verachtet und sich nicht länger der Parteipolizei fügt. In der UdSSR hat man einen speziellen Minister für die Bekämpfung des Hooliganismus emannt. Aber parallel zu dieser diffusen Revolte versucht eine reflektierte Kritik sich zu behaupten und kleine untergründige Gruppen oder Zeitschriften escheinen und veschwinden im Rhythmus der polizeilichen Repression. Das bedeutendste Ereignis war die Veröffentlichung des „Offenen Briefes an die polnische Arbeiterpartei“ der jungen Polen Kuron und Modzelewski. In diesem Text fordern sie ausdrücklich „die Abschaffung der Produktionsverhältnisse und der gegenwärtigen gesellschaftlichen Beziehungen“ und sehen ein, daß zu diesem Zweck „die Revolution unvermeidlich ist“. Die Intelligenz der Ostblockländer bemüht sich gegenwärtig darum, die Gründe dieser Kritik bewußt zu machen und klar zu fommulieren, die proletarische Kritik an der bürokratischen Klassenmacht, die von den Arbeitern in Ost-Berlin, Warschau und Budapest konkretisiert worden ist. Diese Kritik leidet schwer unter dem Nachteil, sofort die wirklichen Probleme und ihre Lösungen offenzulegen. Während in den anderen Ländern die Bewegung möglich ist, aber das Ziel mystifiziert bleibt, ist in den östlichen Bürokratien die Kritik frei von Illusionen und ihre Ziele sind bekannt. Sie muß die Formen ihrer Verwirklichung erfinden und sich den Weg dorthin bahnen.

In England hat die Revolte der Jugend ihren ersten organisierten Ausdruck in der Anti-Atom-Kampagne gefunden. Dieser partielle Kampf - den das „Komitee der 100“ mit seinem vagen Programm und immerhin 300 000 Demonstranten aufnahm - verwirklichte seine schönste Geste im Frühling 1963 im RSG 6-Skandal (14). Er konnte aus Mangel an Pespektive nur zurückfallen und wurde von den Überresten der traditionellen Politik und den pazifistischen Schöngeistern rekuperiert. Die für England charakteristische archai-

sche Form der Kontrolle über das alltägliche Leben konnte dem Ansturm der modernen Welt nicht widerstehen und die beschleunigte Auflösung jahrhundertealter Werte löst grundlegend revolutionäre Tendenzen in der Kritik aller Aspekte der Lebensweise aus (15). Die Forderungen dieser Jugend müssen sich an den Widerstand einer Arbeiterklasse anschließen, die mit ihren shopstewards und wilden Streiks zu den kampflustigsten der Welt gehört; nur in einer gemeinsamen Pespektive kann ihr Kampf erfolgreich sein. Durch den Zusammenbruch der Sozialdemokratie an der Macht wird dieser Begegnung nur eine zusätzliche Chance gegeben. Eine solche Begegnung wird zu einer Explosion führen, die viel schreckenerregender sein wird als alles, was man in Amsterdam schon gesehen hat. Ihr gegenüber wird der provotarische Aufstand nur ein Kinderspiel gewesen sein. Nur daraus kann eine echte revolutionäre Bewegung entstehen, in der die praktischen Bedürfnisse ihre Antwort finden werden.

Das einzige industriell entwickelte Land, in dem sich eine Fusion von studentischer Jugend und Avantgarde der Arbeiter bereits vollzogen hat, ist Japan.

„Zengakuren", die berühmte Organisation der revolutionären Studenten und die „Liga junger marxistischer Arbeiter" sind die beiden wichtigen Organisationen, die sich auf der gemeinsamen Perspektive der „Revolutionär kommunistischen Liga" gebildet haben. Diese Gruppen haben bereits das Problem der revolutionären Organisation in Angriff genommen. Ohne Illusionen bekämpfen sie gleichzeitig den Kapitalismus des Westens und die Bürokratie der sog. sozialistischen Länder. Auf der Basis demokratischer und anti-hierarchischer Teilnahme aller Mitglieder an allen Aktivitäten haben sie bereits einige tausend Studenten und Arbeiter versammelt. So führen die japanischen Revolutionäre als erste auf der Welt schon groß angelegte Kampagnen mit weit entwickeltem Programm und breiter Massenbeteiligung. Ständig gehen Tausende von Arbeitern und Studenten auf die Straße und stoßen heftig mit der japanischen Polizei zusammen. Aber obwohl die RKL die beiden Systeme stark bekämpft, analysiert sie diese weder vollständig noch konkret. Sie bemüht sich noch um eine präzise Definition der bürokratischen Ausbeutung, so wie es ihr auch noch nicht gelungen ist, die Merkmale des modernen Kapitalismus, die Kritik des alltäglichen Lebens und des Spektakels ausdrücklich zu formulieren. Dennoch bleibt die RKL grundsätzlich eine politische Organisation der Avantgarde und Erbin der besten klassischen proletarischen Organisationsform. Gegenwärtig ist sie die wichtigste revolutionäre Gruppierung und von nun an muß sie einer der Diskussions- und Kristallisationspole für die neue revolutionäre proletarische Kritik auf der Welt sein.

Endlich die Situation schaffen, die jede Rückkehr unmöglich macht.

„Avantgarde sein heißt, mit der Wirklichkeit Schritt halten" (16). Die radikale Kritik an der modemen Welt muß jetzt die Totalität zum Gegenstand und zum Ziel haben. Sie muß untrennbar ihre wirkliche Vergangenheit, das, was sie wirklich ist und die Pespektiven ihrer Veränderung betreffen. Um die ganze Wahrheit der gegenwärtigen Welt sagen und mehr noch das Projekt ihrer totalen Subversion formulieren zu können, muß man imstande sein, ihre ganze verborgene Geschichte zu enthüllen, d.h. völlig entmystifiziert und grundsätzlich kritisch die Geschichte der gesamten internationalen revolutionären Bewegung mit ihren Niederlagen und Siegen zu betrachten, die das Proletariat der westlichen Länder vor mehr als einem Jahrhundert ausgelöst hat. „Diese Bewegung gegen die gesamte Organisation der alten Welt ist längst zuende" (17) und gescheitert. Mit der Niederlage der proletarischen Revolution in Spanien (Barcelona im Mai 1937) ist sie zum letztenmal geschichtlich in Erscheinung getreten. Ihre offiziellen „Niederlagen" oder „Siege" müssen jedoch im Licht ihrer Verlängerungen beurteilt und ihre Wahrheit wiederhergestellt werden. So können wir behaupten, daß „es Niederlagen gibt, die Siege sind und Siege, die beschämender sind als Niederlagen" (Karl Liebknecht am Vortage seiner Ermordung). Die erste große „Niederlage" der proletarischen Macht, die Pariser Kommune, stellt in Wirklichkeit ihren ersten großen Sieg dar, denn zum ersten Mal hat das „primitive" Proletariat seine geschichtliche Fähigkeit behauptet, frei alle Aspekte des öffentlichen Lebens zu gestalten. Entsprechend war ihr erster großer „Sieg", die bolschewistische Revolution, letzten Endes nur ihre folgenschwerste Niederlage. Der Triumph der bolschewistischen Ordnung fällt mit der Bewegung der internationalen Konterrevolution zusammen, die mit der Zerschlagung der Spartakisten durch die deutsche „Sozialdemokratie" ihren Anfang nahm. Ihr gemeinsamer Triumph war tiefer als ihr scheinbarer Gegensatz und diese bolschewistische Ordnung stellte schließlich nur eine neue Verkleidung und eine besondere Gestalt der alten Ordnung dar. Die Ergebnisse der russischen Konterrevolution waren im Innern die Einführung und Entwicklung einer neuen Ausbeutungsweise, des bürokratischen Staatskapitalismus, und im Äußeren die Vervielfachung der Sektionen der sog. Kommunistischen Internationale als Zweigstellen für die Verteidigung und Ausweitung seines Modells. Damit blühte der Kapitalismus in seinen bürokratischen und bürgerlichen Varianten von neuem auf den Gräbern der Kronstädter Matrosen und der ukrainischen Bauern, der Arbeiter aus Berlin, Kiel, Turin, Shanghai und später Barcelona.

Die Bolschewiken hatten die III. Internationale offenbar mit dem Ziel gegründet, die Überreste der reformistischen Sozialdemokratie der II. Internationale zu bekämpfen und die proletarische Avantgarde innerhalb der „revolutionären kommunistischen Parteien" zu sammeln. Aber sie war mit ihren Gründern und deren Interessen

zu sehr verbunden, um die wirkliche sozialistische Reuolution, wo es auch sein mochte, verwirklichen zu können. Tatsächlich war die II. Internationale die Wahrheit der III. Sehr bald drängte sich das russische Modell der Arbeiterorganisationen im Westen auf und sie entwickelten sich in ein und dieselbe Richtung. Der totalitären Diktatur der Bürokratie als neuer herschender Klasse über das russische Proletariat entsprach innerhalb dieser Organisationen die Herrschaft einer Schicht von politischen und gewerkschaftlichen Bürokraten über die breite Arbeitermasse, deren Interessen eindeutig mit den ihren in Widerspruch stehen. Das stalinistische Ungeheuer geisterte im Bewußtsein der Arbeiter umher, während der Kapitalismus auf dem Weg zur Bürokratisierung und Überentwicklung seine inneren Krisen bewältigte und sich stolz dieses angeblich dauerhaften Siegs rühmte. Eine und dieselbe Gesellschaftsform, nur zum Schein widerstreitend und verschiedenartig, bemächtigt sich der Welt und die Prinzipien der alten Welt herrschen auch weiterhin über die moderne Welt. Die Toten lasten immer noch wie ein Alp auf dem Gehirn der Lebenden.

Innerhalb dieser Welt bekämpfen angeblich revolutionäre Organisationen sie auf ihrem eigenen Gebiet nur scheinbar und durch die größten Mystifikationen. Alle berufen sich auf mehr oder weniger versteinerte Ideologien und nehmen letzten Endes nur an der Konsolidierung der herrschenden Ordnung teil. Aus den von der Arbeiterklasse als Mittel zu ihrer eigenen Emanzipation geschmiedeten Gewerkschaften und politischen Parteien sind bloße Regulierungsorgane des Systems geworden, Privateigentum von Führern, die für ihre besondere Emanzipation arbeiten und ihren Status in der Führungsschicht einer Gesellschaft finden, die sie niemals in Frage zu stellen gedenken. Das tatsächliche Programm dieser Gewerkschaften und Parteien übernimmt nur auf platte Weise die „revolutionäre" Phraseologie und wendet praktisch die Parolen des versüßten Reformismus an, da der Kapitalismus selbst offiziell reformistisch wird. Da, wo sie die Macht ergreifen konnten, - in Ländern, die rückständiger waren als Rußland - geschah dies nur, um das stalinistische Modell des konterrevolutionären Totalitarismus zu reproduzieren. (18) Anderswo sind sie die statische und notwendige Ergänzung (19) zur Selbstregulierung des bürokratisierten Kapitalismus, der zur Aufrechterhaltung seines polizeilichen Humanismus unerläßliche Widerspruch. Andererseits bleiben sie gegenüber den Arbeitermassen die zuverlässigen Garanten und bedingungslosen Verteidiger der bürokratischen Konterrevolution, die fügsamen Werkzeuge ihrer Außenpolitik. In einer von Grund auf verlogenen Welt sind sie die Träger der gründlichsten Lüge und arbeiten an der Verewigung der weltweiten Diktatur von Ökonomie und Staat. Wie die Situationisten behaupten, „wird ein weltweit herrschendes, zur totalitären Selbstregulierung hintendierendes Gesellschaftsmodell durch falsche Kritiken nur scheinbar bekämpft, die ständig auf seinem eigenen Gebiet getätigt werden - sie sind Illusionen, die dieses Modell im Gegenteil verstärken. Der bürokratische Pseudosozialismus ist nur die großangelegte Verkleidung der alten hierarchischen Welt der entfremdeten Arbeit." (20) Die Idee einer Studentengewerkschaft ist hierbei nur die Karikatur einer Karikatur, die groteske und unnütze Wiederholung eines entarteten Syndikalismus.

Die theoretische und praktische Abrechnung mit dem Stalinismus in allen seinen Formen muß die Basisbanalität aller zukünftigen revolutionären Organisationen sein. Es ist klar, daß z.B. in Frankreich, wo die ökonomische Verspätung das Bewußtsein von der Krise noch mehr verzögert, die revolutionäre Bewegung nur auf den Trümmern des vernichteten Stalinismus wieder entstehen kann. Die Zerstörung des Stalinismus muß zur delenda est Carthago (lat. Karthago muß zerstört werden; Formel für: unabdingbare Notwendigkeit.) der letzten Revolution der Vorgeschichte werden.

Diese muß selbst endgültig mit ihrer eigenen Vorgeschichte brechen und ihre ganze Poesie aus der Zukunft schöpfen. Die „wiederauferstandenen Bolschewisten", welche die Posse des „Militantismus" in den verschiedenen linksradikalen Grüppchen spielen, sind Relikte der Vergangenheit, und kündigen keineswegs die Zukunft an. Als Strandgut des großen Schiffsbruchs der „verratenen Revolution" stellen sie sich selbst als die treuen Anhänger der bolschewistischen Orthodoxie vor: Die Verteidigung der Sowjetunion ist ihre unerschütterliche Treue und ihr skandalöser Verzicht.

Nur noch in den berühmten unterentwickelten Ländern können sie Illusionen über sich aufrechterhalten (21), wodurch sie selbst deren theoretische Unterentwicklung bestätigen. Von „Partisans" (dem Organ der stalino-trotzkistischen Versöhnung) bis zu allen Tendenzen oder Halbtendenzen, die sich innerhalb und außerhalb der IV. Internationale um „Trotzki" streiten, herrscht dieselbe revolutionaristische Ideologie und dieselbe praktische Unfähigkeit, die Probleme der modernen Welt zu begreifen. 40 Jahre konterrevolutionäre Geschichte trennen sie von der Revolution. Sie haben Unrecht, denn sie sind nicht mehr im Jahr 1920, und schon 1920 hatten sie Unrecht. Die Auflösung der „ultra-linken" Gruppe „Socialisme ou Barbarie" nach ihrer Spaltung in zwei Fraktionen - des „modernistischen Cardan-" und des „alt-marxistischen" (Pouvoir Ouvrier-) Flügels - beweist, falls es noch notwendig ist, daß es keine Revolution außerhalb des Modernen und kein modernes Denken außerhalb der neu zu erfindenden revolutionären Kritik gibt. (22) Sie ist insoweit bedeutungsvoll, als jede Trennung zwischen diesen beiden Aspekten unvermeidlich entweder ins Museum der beendeten revolutionären Vorgeschichte zurückfällt oder in die Modernität der Macht, d.h. in die herrschende Konterrevolution: „Voix Ouvriere" oder „Arguments". Was die verschiedenen „anarchisti-

schen" Grüppchen betrifft, die in dieser Benennung zusammen gefangen bleiben, besitzen sie nichts anderes als diese auf ein blosses Etikett reduzierte Ideologie. Die unglaubliche „Monde Libertaire", offensichtlich von Studenten verfaßt, erreicht den fantastischsten Grad an Konfusion und Dummheit. Diese Leute dulden tatsächlich alles, da sie sich untereinander dulden. Die herrschende Gesellschaft, die sich ihrer permanenten Modernisierung rühmt, muß jetzt ein Gegenüber finden, d.h. die modernisierte Negation, die sie selbst erzeugt. (23) „Lassen wir die Toten ihre Toten begraben und sie beweinen". Die praktische Entmystifizierung befreit das revolutionäre Bewußtsein von den Gespenstern, die in ihm herumgeisterten; die Revolution des alltäglichen Lebens findet sich den riesigen Aufgaben gegenüber, die sie erfüllen muß. Die Revolution muß zusammen mit dem Leben, das sie ankündigt, neu erfunden werden. Wenn das revolutionäre Projekt, nämlich die Abschaffung der Klassengesellschaft, grundsätzlich gleich geblieben ist, so liegt das daran, daß die Bedingungen, unter denen es sich formt, nirgends radikal verändert worden sind. Es geht darum, dieses Projekt mit einem Radikalismus und einer Kohärenz wieder aufzunehmen, die durch die Erfahrung des Bankrotts seiner alten Träger verstärkt werden, um zu vermeiden, daß seine fragmentarische Verwirklichung eine neue Teilung der Gesellschaft mit sich bringt.

Da es in dem Kampf zwischen der Macht und dem neuen Proletariat nur um die Totalität gehen kann, muß die zukünftige revolutionäre Bewegung in sich selbst alles abschaffen, was die entfremdeten Produkte des Warensystems (24) zu reproduzieren droht. Sie muß zugleich die lebendige Kritik und die Negation sein, die in sich alle Elemente der möglichen Aufhebung trägt. Wie Lukacs richtig gesehen hat (der es aber auf ein unwürdiges Objekt anwandte: die bolschewistische Partei), ist die revolutionäre Organisation die notwendige Vermittlung zwischen Theorie und Praxis, Mensch und Geschichte, Arbeitermasse und Proletariat als Klasse konstituiert. Die „theoretischen" Tendenzen und Divergenzen müssen sofort in die Frage der Organisation umgewandelt werden, wenn sie den Weg ihrer Verwirklichung aufzeigen wollen. Die Frage der Organisation wird das jüngste Gericht der neuen revolutionären Bewegung sein, das Gericht, vor dem die Kohärenz ihres wesentlichen Projekts beurteilt wird: die internationale Verwirklichung der absoluten Macht der Arbeiterräte, wie sie sich in den proletarischen Revolutionen dieses Jahrhunderts als Erfahrung abzeichnete. Eine solche Organisation muß die radikale Kritik all dessen in den Vordergrund stellen, worauf sich die Gesellschaft gründet, die sie bekämpft; und zwar die Warenproduktion, die Ideologie in allen Verkleidungen, den Staat und die von ihm er zwungenen Trennungen.

Die Trennung zwischen Theorie und Praxis war der Felsen, der der alten revolutionären Bewegung den Weg versperrte. Nur die höchsten Momente der proletarischen Kämpfe konnten diese Trennung aufheben, um ihre Wahrheit wiederzufinden. Keine Organisation ist bisher über dieses Rhodos hinübergesprungen (25). Jede Ideologie, so „revolutionär" sie auch sein mag, steht immer im Dienst der Herrschenden, ein Alarmsignal, das vor dem verkleideten Feind warnt. Deshalb muß die Kritik der Ideologie in letzter Konsequenz das zentrale Problem der revolutionären Organisation sein. Nur die entfremdete Welt erzeugt die Lüge und diese kann unmöglich innerhalb einer Organisation wiedererscheinen, die die Trägerin der gesellschaftlichen Wahrheit zu sein behauptet, ohne daß sie selbst zu einer Lüge mehr in einer grundsätzlich verlogenen Welt wird.

Die revolutionäre Organisation, deren Projekt es ist, die absolute Macht der Arbeiterräte zu verwirklichen, muß der Ort sein, in dem sich bereits alle positiven Aspekte dieser Macht abzeichnen. Deshalb muß sie einen Kampf auf Leben und Tod gegen die leninistische Organisationstheorie führen. Die Revolution von 1905 und die spontane Organisation der russischen Arbeiter in Räten war bereits eine handelnde Kritik (26) dieser unheilvollen Theorie. Aber die bolschewistische Bewegung bestand auf ihrem Glauben, daß die Arbeiterspontaneität nicht über das „trade-unionistische" Bewußtsein hinausgehen könne und unfähig sei, „die Totalität" zu begreifen. Das lief darauf hinaus, das Proletariat zu enthaupten, damit die Partei zum „Kopf" der Revolution werden konnte. Man kann dem Proletariat nicht so unerbittlich wie Lenin die geschichtliche Fähigkeit zur Emanzipation abstreiten, ohne ihm zugleich die Fähigkeit abzustreiten, die zukünftige Gesellschaft total zu verwalten. In einer solchen Perspektive bedeutete die Parole „Alle Macht den Räten" nichts anderes als die Eroberung der Räte durch die Partei, die Einführung des Staates der Partei anstelle des absterbenden „Staates" des bewaffneten Proletariats.

Gerade diese Parole muß jedoch radikal wieder aufgenommen werden, indem sie von den bolschewistischen Hintergedanken gereinigt wird. Das Proletatiat kann sich dem Spiel der Revolution nur hingeben, um eine ganze Welt zu gewinnen, andernfalls ist es nichts. Es kann die einzige Form seiner Macht - die generalisierte Selbstverwaltung - mit keiner anderen Macht teilen. Weil es die wirkliche Auflösung jeder Macht ist, kann es unmöglich irgendwelche Begrenzung (geographischer oder sonstiger Art) dulden; die Kompromisse, die es akzeptiert, verwandeln sich sofort in Kompromittierungen, in Verzicht. „Die Selbstverwaltung muß zugleich Mittel und Zweck des gegenwärtigen Kampfes sein. Sie ist nicht nur der Einsatz des Kampfes, sondern auch seine angemessene Form … Sie ist ihre eigene Materie, die sie bearbeitet und ihre eigene Voraussetzung." (27)

Die einheitliche Kritik der Welt ist die Garantie für Kohärenz und Wahrheit der revolutionären Organisation. Die Existenz von Unterdrückungssyste-

men an einem einzigen Punkt der Welt zu dulden (weil sie z.B. „revolutionäre" Klamotten tragen) heißt, die Legitimität der Unterdrückung anzuerkennen. Ebenso wie die Entfremdung auf einem einzigen Gebiet des gesellschaftlichen Lebens zu dulden heißt, die Zwangsläuflgkeit aller Verdinglichungen anzuerkennen. Es genügt nicht, für die abstrakte Macht der Arbeiterräte zu sein, sondern es gilt ihre konkrete Bedeutung aufzuzeigen: die Abschaffung der Warenproduktion und folglich des Proletariats. Die Logik der Ware ist die erste und letzte Rationalität der gegenwärtigen Gesellschaften, die mit Puzzles vergleichbar sind, deren Teile scheinbar so verschieden, in Wirklichkeit aber äquivalent sind. Die Warenverdinglichung ist das wesentliche Hemmnis zu einer totalen Emanzipation, zur freien Konstruktion des Lebens. In der Welt der Warenproduktion entwickelt sich die Praxis nicht gemäß einem autonom bestimmten Ziel, sondern gemäß den Anweisungen äußerer Mächte. Und wenn die ökonomischen Gesetze scheinbar zu Naturgesetzen einer besonderen Art werden, dann deshalb, weil ihre Macht allein auf dem „Mangel an Bewußtsein derer, die daran teilnehmen", beruht.

Das Prinzip der Warenproduktion ist der Verlust des Ichs in der chaotischen und unbewußten Schaffung einer Welt, die ihren Schöpfern völlig entgleitet. Im Gegensatz dazu ist der radikal revolutionäre Kern der generalisierten Selbstverwaltung die bewußte Bestimmung des gesamten Lebens durch alle. Die Selbstverwaltung der Warenentfremdung würde aus allen Menschen bloße Programmierer ihres eigenen Überlebens machen: die Quadratur des Kreises. Folglich wird die Aufgabe der Arbeiterräte nicht die Selbstverwaltung der bestehenden Welt, sondern ihre ununterbrochene, qualitative Umwandlung sein: die konkrete Aufhebung der Ware (als gigantische Umlenkung der Produktion des Menschen durch sich selbst).

Diese Aufhebung impliziert selbstverständlich die Abschaffung der Arbeit und ihre Ersetzung durch einen neuen Typ freier Tätigkeit, also die Abschaffung einer der grundsätzlichen Trennungen der modernen Gesellschaft zwischen einer zunehmend verdinglichten Arbeit und passiv konsumierter Freizeit. Heute im Zerfließen begriffene Grüppchen wie „Socialisme ou Barbarie" oder „Pouvoir Ouvriere" (28), die sich doch der modernen Parole der Arbeitermacht angeschlossen hatten, folgten in diesem zentralen Punkt weiter der alten Arbeiterbewegung auf dem Weg des Reformismus der Arbeit und ihrer „Humanisierung". Die Arbeit selbst muß jetzt angegriffen werden. Weit davon entfernt, eine „Utopie" zu sein, ist ihre Abschaffung die Vorbedingung der wirklichen Aufhebung der Warengesellschaft, der Beseitigung der Trennung - im alltäglichen Leben jedes Einzelnen - zwischen „Freizeit" und „Arbeitszeit" als komplementäre Sektoren eines entfremdeten Lebens, in das der innere Widerspruch der Ware zwischen Gebrauchs- und Tauschwert unendlich projiziert wird. Nur jenseits dieses Widerspruchs kann der Mensch aus einer vitalen Aktivität einen Gegenstand seines Willens und seines Bewußtseins machen und sich selbst in einer Welt betrachten, die er selbst geschaffen hat. Die Demokratie der Arbeiterräte ist die Lösung des Rätsels aller gegenwärtigen Trennungen. Sie macht alles „unmöglich, was außerhalb der Individuen existiert".

Die bewußte Beherrschung der Geschichte durch die Menschen, die sie machen, das ist das revolutionäre Projekt. Die Geschichte ist heute wie in der Vergangenheit das Produkt der gesellschaftlichen Praxis, das - unbewußte - Ergebnis aller menschlichen Tätigkeiten. Der Kapitalismus hat in der Epoche seiner totalitären Herrschaft seine neue Religion erzeugt: das Spektakel. Das Spektakel ist die irdische Verwirklichung der Ideologie. Noch nie ist die Welt so gut auf dem Kopf gegangen. „Und so wie die ‚Kritik der Religion' ist heute die Kritik des Spektakels Vorbedingung jeder Kritik". (29) Denn das Problem der Revolution stellt sich der Menschheit historisch. Mit der immer großartigeren Akkumulation materieller und technischer Mittel hält nur noch die immer tiefere Unzufriedenheit aller Schritt. Die Bourgeoisie und ihre Erbin im Osten, die Bürokratie, können die Gebrauchsanweisung für diese Überentwicklung nicht besitzen, von der die Poesie der Zukunft ausgehen wird, gerade weil sie beide an der Aufrechterhaltung einer alten Ordnung arbeiten. Sie können höchstens das Geheimnis ihres polizeilichen Gebrauchs besitzen. Sie tun nichts anderes als das Kapital und folglich das Proletariat zu akkumulieren; Proletarier ist der, der keine Macht über den Gebrauch seines Lebens hat und der das weiß. Die geschichtliche Chance des neuen Proletariats besteht darin, der einzige konsequente Erbe des wertlosen Reichtums der bürgerlichen Welt zu sein, die es umzuwandeln und in Richtung auf den totalen Menschen aufzuheben gilt, der die totale Aneignung der Natur und seiner eigenen Natur verfolgt. Diese Verwirklichung der Natur des Menschen kann nur durch die grenzenlose Befriedigung und unendliche Vervielfältigung der wirklichen Begierden einen Sinn haben, die das Spektakel in die entfernten Zonen des revolutionären Unbewußtseins zurückdrängt und die es nur fantastisch im Traumwahn seiner Werbung verwirklichen kann. Die tatüchliche Verwirklichung der tatsächlichen Begierden, d.h. die Abschaffung aller Pseudobedürfnisse und Begierden, die das System zur Verewigung seiner Macht alltäglich erzeugt, kann nicht ohne die Abschaffung des Warenspektakels und seine positive Aufhebung geschehen.

Die moderne Geschichte kann nur durch die Kräfte, die sie verdrängt - die Arbeiter ohne Macht über die Bedingungen, den Sinn und das Produkt ihrer Tätigkeit - befreit und ihre unzähligen Errungenschaften frei benutzt werden. Das Proletariat, das bereits im 19. Jahrhundert zum Erben der Philosophie wurde, ist heute auch noch zum Erben der modernen Kunst und

der ersten bewußten Kritik des alltäglichen Lebens geworden. Es kann sich nicht abschaffen, ohne zugleich die Kunst und die Philosophie zu verwirklichen. Die Welt umwandeln und das Leben verändern ist für das Proletariat ein und dasselbe, die untrennbaren Parolen auf dem Weg zu seiner Abschaffung als Klasse, zur Auflösung der gegenwärtigen Gesellschaft als Reich der Notwendigkeit und zum endlich möglich gewordenen Eintritt in das Reich der Freiheit. Die radikale Kritik und die freie Neukonstruktion aller von der entfremdeten Wirklichkeit aufgezwungenen Werte und Verhaltensweisen sind sein Maximalprogramm und die befreite Kreativität bei der Konstruktion aller Augenblicke und Ereignisse des Lebens ist die einzige Poesie, die es anerkennen kann; die Poesie, die von allen gemacht wird, der Beginn der großen revolutionären Fete. Die proletarischen Revolutionen werden Feten sein oder sie werden nicht sein, denn das von ihnen angekündigte Leben wird selbst unter dem Zeichen der Fete geschaffen werden. Das Spiel ist die letzte Rationalität dieser Fete, Leben ohne tote Zeit und Genuß ohne Hemmnisse sind seine einzig anerkannten Regeln.

Anmerkungen:

1 Kravetz, Marc, genoß einen gewissen Ruf in den herrschenden UNEF-Kreisen, als ein eleganter Parlamentarier beging er den Fehler, sich in die „theoretische Forschung“ zu wagen: 1964 veröffentlichte er in den „Temps Modernes“ eine Apologie des studentischen Syndikalismus, die er ein Jahr später in derselben Zeitschrift widerruft.
2 Selbstverständlich gebrauchen wir die Begriffe Spektakel, Rolle usw. im situationistischen Sinn.
3 Wo ihn keiner anscheißt, tritt man ihm in den Arsch.
4 Aber ohne das revolutionäre Bewußtsein; der Arbeiter hatte nicht die Illusion des Aufstiegs.
5 Wir sprechen hier nicht von der Ecole NS. oder den Sorbonneärschen, sondern von den Enzyklopädisten oder der Hegels.
6 Da sie nicht wagen, sich auf den philisterhaften Liberalismus zu berufen, erfinden sie den Bezug zu Universitätsfreiheiten des Mittelalters, der Epoche der „Demokratie der Unfreiheit“.
7 vgl. Sit. Int. No. 9, Korrespondenz mit einem Kybernetiker und das situationistische Flugblatt „Die Schildkröte im Schaufenster“ gegen den Neo-Professor A. Moles.
8 vgl. „Der sexuelle Kampf der Jugend“ und „Die Funktion des Orgasmus“.
9 Für die übrige Bevölkerung ist die Zwangsjacke nötig, damit sie sich vor dem Psychiater in seiner Asylfestung vorstellt. Für den Studenten genügt die Bekanntmachung, daß vorgeschobene Kontrollposten innerhalb des Gettos eröffnet worden sind: er stürzt sich dorthin; sodaß die Ausgabe von Laufnummern nötig ist.
10 Über die argumentistische Gang und das Eingehen ihres Organs siehe das 1963 von der S.I. verteilte Flugblatt „In die Mülleimer der Geschichte“.
11 Hier kann man nur die Lösung empfehlen, die von den Intelligentesten schon praktiziert wird: die Bücher zu stehlen.
12 vgl. die letzten Abenteuer der UEC (Union des Etudiants Communistes, Vereinigung der kommunistischen Studenten) und ihrer christlichen Brüder; sie zeigen, daß die einzige Gemeinsamkeit all dieser Leute ihre bedingungslose Unterwerfung unter ihre Herren ist.
13 Und zwar in dem Sinn, daß die Jugend es nicht nur spürt, sondern auch ausdrücken will.
14 Bei dem die Anhänger der Anti-Atom-Kampagne Top-Secret-Antiatombunker, die den Mitgliedern der Regierung zugedacht waren, entdeckt, öffentlich bekannt gemacht und dann besetzt haben.
15 Hier denken wir an die ausgezeichnete Zeitschrift „Heatwave“, die sich anscheinend zu einem immer strengeren Radikalismus entwickelt.
16 vgl. Sit. Int. No. 8.
17 vgl. Sit. Int. No. 7.
18 Was sie effektiv verwirklicht haben, ist die Tendenz, das Land durch die klassische, durch bürokratischen Terror beschleunigte primitive Akkumulation zum Nachteil der Bauernschaft zu industrialisieren.
19 Seit 45 Jahren hat die Kommunistische Partei in Frankreich keinen einzigen Schritt zur Machtergreifung getan; das gleiche gilt für alle entwickelten Länder, in die die Rote Armee nicht vorgedrungen ist.
20 „Klassenkampf in Algerien“, ein in der Sit. Int. No. 10 nachgedrucktes Flugblatt.
21 Über ihre Rolle in Algerien vgl. „Klassenkampf in Algerien“, Sit. Int. No. 10.
22 vgl. Sit. Int. No. 9.
23 vgl. „Adresse an die Revolutionäre...“ S.I. No.10
24 das durch die Vorherrschaft der Ware Arbeit definiert wird.
25 lat. „hic rhodos, hic salta“: hier ist Rhodos, hier springe.
26 nach der theoretischen Kritik von Rosa Luxemburg.
27 aus: „Der Klassenkampf in Algerien“, Sit. Int. No.10.
28 SOB, PO usw. Im Gegensatz dazu ist eine Gruppe wie ICO, die sich jede Organisation und eine kohärente Theorie untersagt, zur Nicht-Existenz verurteilt.
29 aus Sit. Int. No. 9.

Ziele und Organisation der Kritischen Universität

aus: Kritische Universität, Freie Studienorganisation der Studenten in Hoch- und Fachschulen von Westberlin, Programm und Verzeichnis der Studienveranstaltung im WS 1967/68, S.44ff (Anmerkung der Redaktion)

In den Monaten nach dem 2. Juni 1967 haben sich in Diskussionen und vorbereitenden Arbeitskreisen die folgenden Ziele und Aufgaben der Kritischen Universität herausgebildet. Der provisorische Initiativausschuss wird sie der ersten Vollversammlung der Kritischen Universität zur Beratung und Stellungnahme vorlegen.

I. Kritische Reflexion und wissenschaftliche Analyse für eine demokratische politische Praxis

Die kritische Universität stellt sich die Aufgabe, durch kritisch-theoretische Reflexion und Anwendung empirisch-analytischer Methoden mitzuwirken an der Bestimmung der Ziele und Aktionen der außerparlamentarischen radikaldemokratischen Oppositionsgruppen in Westberlin, die an einer aufgeklärten Demokratisierung unserer Gesellschaft und an der Befreiung von Unterdrückung und Unmenschlichkeit, insbesondere in den Ländern der Dritten Welt, aktiv teilnehmen wollen.

Sie will deren aufklärerische Agitation und Praxis aktuell und langfristig verständlicher und wirksamer, d. h. auch experimentell lehrbar machen. Sie begreift sich darin als kritisch denkendes und praktisch handelndes Subjekt gegenüber einer Gesellsdiaft, in der „Wissenschaft" überwiegend zur bloßen Technik, zur „Substanz des praktischen Lebens" (Schelsky) und damit zum reinen Objekt der herrschenden Politik geworden ist.

Die Ergebnisse ihrer Arbeit sollen insbesondere die politische Praxis der Studentenvertretungen, die an der demokratischen Oppositionsbewegung teilnehmen, unterstützen. In dieser Konkretisierung des „Politischen Mandats" der Studentenschaft wird ein spezifischer historischer Zusammenhang zwischen kritischer Theorie, Wissenschaft und Praxis öffentlich-demonstrativ wiederhergestellt. Dieser Anspruch, der sich aus der verfassungsrechtlich geschätzten Teilhabe der Studenten an der Wissenschaftsfreiheit und ihrer akademischen Selbstverwaltung legitimiert, kann durch administrative Gewalt behindert, aber nicht beseitigt werden.

II. Demokratische Studienreform und Hochschulkritik

Die Kritische Universität versteht sich als eine neue Organisationsform praktischer experimenteller Hochschulreform und permanenter Hochschulkritik. Überall dort, wo bestimmte Inhalte und Methoden der Wissenschaft, ihrer Anwendung und ihrer Vermittlung mit gesellschaftlicher Praxis, die dem Emanzipations- und Demokratisierungsprozess der Gesellschaft dienen, von den herrschenden Exponenten und Gremien der Hochschulen behindert oder ausgeschlossen werden, sollten Studenten in Verbindung mit interessierten Assistenten, Dozenten und Experten aus der Berufspraxis dazu übergehen, die Arbeit an diesen Themen selbst zu organisieren. Diese autonome kooperative Tätigkeit dient dem stets gefährdeten Versuch einer subjektiven Emanzipation und Selbstverwirklichung der Studenten und jungen Wissenschaftler gegen den herrschenden akademischen Lehr- und Forschungsbetrieb. Sie kann sich aber auch auf lange Sicht als nützlich für den Kampf um subjektive befriedigende und emanzipatorische Arbeitsformen und Arbeitsziele in der späteren Berufspraxis erweisen (vgl. III.).

Zur Sicherung dieser selbst organisierten Studienreform muss die Kritische Universität einerseits an einer permanenten Hochschulkritik arbeiten, die irrationale und repressive Strukturen und Ziele des herrschenden Lehrbetriebs innerhalb der Hochschulen und in der Öffentlichkeit demonstrativ angreift und in Frage stellt (durch Vorlesungs- und Prüfungsrezensionen, öffentliche Disputationen und Tribunale). Andererseits muss sie zusammen mit den studentischen Fachschaftsvertretungen allen Studenten eine effektive solidarische Hilfe zur erfolgreichen Bewältigung der bestehenden, vielfach irrationalen Studien- und Examensanforderungen anbieten (z.B. kritische Studienführer, Lektürepläne und Vorlesungsskripten als Ersatz für zeitraubende, unrationelle Pflichtveranstaltungen, deren Besuch dann zu vermeiden wäre) .

Durch die praktisch vorweggenommene und selbst organisierte, wenn auch fragmentarische Studienreform und eine permanente öffentliche Hochschulkritik will die Kritische Universität die Position der Studentenvertretungen und der abhängigen Wissenschaftler im Kampf um die Demokratisierung der Hochschulstruktur stärken.

Durch die praktisch vorweggenommene und selbst organisierte, wenn auch fragmentarische Studienreform und eine permanente öffentliche Hochschulkritik will die Kritische Universität die Position der Studentenvertretungen und der abhängigen Wissenschaftler im Kampf um die

Demokratisierung der Hochschulstruktur stärken.

III. Demokratische Wissenschafts- und Berufspolitik der Intelligenz

Selbst organisierte experimentelle Hochschulreform, permanente Hochschulkritik und die Auslösung genereller demokratischer Hochschulreformen dienen letztlich der rascheren und breiteren Entfaltung von theoretisch-wissenschaftlichen Fortschritten und der Stärkung der sozialen Selbstorganisation der Träger dieser Fortschritte im Kampf gegen die permanente verschleierte Vernichtung oder den Missbrauch ihrer praktischen Realisierungschancen unter den herrschenden Arbeits- und Wirtschaftsverhältnissen.

Je intensiver der theoretische wissenschaftlich-technologische Fortschritt sich zu entfalten und sozial in seinen Subjekten zu organisieren vermag, desto eher kann die Wissenschaft angesichts der bestehenden gesellschaftlichen Barrieren ihrer objektiv möglichen praktischen Anwendung im Dienste der Verbesserung des menschlichen Daseins wieder zu einer emanzipatorischen historischen Kraft werden.

Die Kritische Universität wird daher auch versuchen, zu einem Forum und Aktionszentrum der Studenten, Wissenschaftler und akademischen Praktiker zu werden, die sich bewusst in den Dienst eines solchen objektiv gesellschaftskritischen Fortschritts der Wissenschaft stellen - gegen jene Institutionen und Unternehmen, die wissenschaftliche Methoden zur Organisation der verschleierten Vernichtung geistigen Kapitals, zur Sabotierung oder zur inhumanen Perversion wissenschaftlicher Fortschritte missbrauchen, z. B. bei der planvollen Herabsetzung der Lebensdauer von Produkten und Dienstleistungen oder bei der Verwissenschaftlichung der Manipulation von Menschen in den Bewusstseinsindustrien. In Verbindung mit interessierten Wissenschaftlern und Gewerkschaftsorganisationen soll ein „Dokumentationszentrum über den Missbrauch der Wissenschaft für inhumane und destruktive Zwecke“ (vgl. H. Marcuse in „Kritik der reinen Toleranz“, Frankturt 1966) vorbereitet werden.

In der Kritisciien Universität können sich die Studenten und jungen Akademiker, die in ihrem Berufsleben an der Realisierung der progressiven wissenschaftlich-technologischen Möglichkeiten für die Emanzipation der Menschen von Unterdrückung, Mangel und Manipulation mitwirken wollen, auf die unvermeidlichen Konflikte mit etablierten Machteliten und bürokratischen Apparaten, aber auch mit konformistischen und autoritären Kollegen vorbereiten. Es sollen Organisationsformen und Strategien entwickelt werden, die es der kritischen Intelligenz in den Berufen und Betrieben ermöglichen, für eine gesellschaftliche Demokratisierung und menschliche Rationalisierung der Arbeitsverhältnisse und Arbeitsziele zu kämpfen.

Dazu gehören u. a. die systematische Kritik von irrationalen Strukturen in der Arbeitsorganisation, die auf der objektiv überflüssigen Herrschaft privilegierter und überalterter Führungseliten beruhen; die Bildung einer organisierten Opposition in den berufsständischen Interessenverbänden; die Nutzung von günstigen Arbeitsmarktsituationen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sowie Aufklärungsaktionen zur Herstellung einer politischen Kooperation mit den bewussten Teilen der lohnabhängigen Arbeiter und der Jugend.

Zerschlagt die Universität!

Von André Gorz

Aus: »Les Temps Modernes« Nr. 285, April 1970. Aus dem Französischen von Renate Sami. Wolfgang Dreßen (Hrsg.): Sozialistisches Jahrbuch 3. Intellektuelle: Konterrevolutionäre oder Proleten? Berlin: Verlag Klaus Wagenbach, 1971, S. 75-80 (Anmerkung der Redaktion)

1. Die Universität kann nicht funktionieren, also muß man verhindern, daß sie funktioniert, damit diese Funktionsunfähigkeit ans Tageslicht kommt. Keine irgendwie geartete Reform kann diese Institution lebensfähig machen; also muß man die Reformen bekämpfen, sowohl hinsichtlich ihrer Auswirkungen als auch ihrer Ziele und zwar nicht weil sie gefährlich, sondern weil sie illusorisch sind. Die Krise der Universität reicht (wie wir zeigen werden) über den Hochschulbereich hinaus und umfaßt in ihrer Gesamtheit die gesellschaftliche und technische Arbeitsteilung; also muß diese Krise zum Ausbruch kommen.

Man kann darüber diskutieren, wie und auf welche Weise diese Krise herbeizuführen ist. Es gibt gute und weniger gute Möglichkeiten. Allerdings ist Diskussion und Kritik nur dann sinnvoll, wenn sie von denen kommt, die eingesehen haben, daß der Reformismus unbedingt abzulehnen ist und zwar als Ganzes.

2. Die offene Krise der Universität als Institution reicht zurück in die beginnenden sechziger Jahre: damals wurde der Plan Fouchet eingeführt. In dem Augenblick, wo die meisten Schüler eines Jahrgangs sich zur Abschlußprüfung melden und die meisten Abiturienten sich an den Universitäten immatrikulieren wollen, geraten die von der Bourgeoisie eingesetzten sozialen Auswahlmechanismen ins Wanken und ihre Ideologie und ihre Institutionen geraten in eine Krise.

Die Bildungsideologie verspricht – über das Studium – gleiche Aufstiegschancen für jedermann. Diese Gleichheit ist – wie Bourdieu und Passeron aufgezeigt haben – schon immer fiktiv gewesen. Allerdings waren in der Vergangenheit Auswahlmechanismen und -kriterien »objektiv« genug, um Klassencharakter und Willkür hinreichend zu verdecken: Aufnahme oder Ablehnung erfolgten nach einem ein für alle Mal festgelegten Katalog von »Begabungen« und »Fähigkeiten«. Die Linke hat nie gegen die klassenmäßigen Auswahlkriterien gekämpft – sie hätte dann gegen die Auswahl selbst und das Schulsystem als Ganzes kämpfen müssen – sondern sie kämpfte für das Recht aller, in die Auswahlmaschine eintreten zu dürfen.

Der widerspruchsvolle Charakter dieser Forderung blieb solange verborgen, als das Recht zwar theoretisch allen offenstand, die überwiegende Mehrzahl aber keine Möglichkeit hatte, praktisch davon Gebrauch zu machen. In dem Augenblick aber, wo mithilfe einer weitverbreiteten Bildung es für die meisten möglich wird, von einem in der Theorie bestehenden Recht praktisch Gebrauch zu machen, wird der Widerspruch deutlich: wenn die Mehrzahl zu den Hochschulen Zugang erhält, verlieren diese ihre Funktion als Instrument der Auslese. Das Recht, studieren zu dürfen und das Recht, die soziale Stufenleiter emporzuklettern, laufen nicht mehr parallel. Wenn auch vielleicht noch alle studieren können, so können jedenfalls keineswegs mehr alle auch mit einer privilegierten Stellung rechnen. Sind aber einmal die Auswahlmechanismen ins Wanken geraten, so wird die Gesellschaft versuchen, zusätzliche Mechanismen zu schaffen, oder aber sie wird zu Studienbeschränkungen administrativer Art Zuflucht nehmen.

3. Diese administrativen Beschränkungen – numerus clausus, Auswahl durch Wettbewerb – sind politisch so delikat, daß alle der V. Republik nachfolgenden Regierungen vor ihrer Anwendung zurückschreckten. In der Tat ist jede von vornherein festgelegte Zulassungsbeschränkung die offene und brutale Negierung eines Rechtsprinzips und einer gesellschaftlichen Fiktion, nämlich: daß alle die gleiche Chance haben, gesellschaftlich aufzusteigen, und daß alle, die dazu befähigt sind, auch studieren können.

Diese Rechtsfiktion zerstören, hieße den illusorischen Charakter der bürgerlichen Freiheiten bloßlegen; vor allem aber wäre diese im Namen der technokratischen Rationalität angewendete Beschränkung – das Studium ist teuer und unrentabel, wenn die Diplomierten später nicht aufsteigen können – ein Schlag ins Gesicht der Mittelschichten, oder derjenigen, die so genannt werden, mit deren Unterstützung das kapitalistische Regime nur dann rechnen kann, wenn es ihnen die Möglichkeiten eines allein durch die eigenen Fähigkeiten begrenzten »gesellschaftlichen Aufstiegs« vorgaukelt. Numerus clausus, Vorauswahl, Wettbewerb würden die Illusionen der Leistungsideologie zerstören und somit die mittleren Schichten gegen den kapitalistischen

Staat aufbringen; sie würden erkennen, daß ihre soziale Stellung ihr Schicksal ist, und daß sie keineswegs zum »herrschenden Bürgertum« gehören und nur durch den Zufall der Geburt und des (fehlenden) Vermögens keine wirklichen Bourgeois geworden sind, sondern daß sie nichts weiter sind als bedürftiges Fußvolk, subalterne Arbeiter, keineswegs aber ihresgleichen, und dazu bestimmt, der Bourgeoisie zu dienen.

Die Bourgeoisie muß also politisch die Fiktion der sozialen Aufstiegschancen für alle und also auch des freien Zugangs zum Studium für alle aufrechterhalten – und dies ist auch der Sinn der Faurischen Reformen. Allerdings wird nun diese Fiktion von der Wirklichkeit entlarvt: keine Aufnahmebeschränkungen, aber das Studium führt zu nichts. Die vielen Diplome entwerten das Diplom. Viele sind auserwählt, aber nur wenige sind berufen: es gibt zu wenig freie Stellen. Die zahlenmäßige Auslese findet nicht durch die Hochschulen, sondern durch das Angebot an Arbeitsplätzen statt.

In Erwartung, daß »die Macht der Ereignisse« verstanden werde – d. h. daß die Eltern ihre Kinder auf die – übrigens noch zu gründenden – »guten« Fachschulen hinlenken, die ihnen zu »guten« Stellungen verhelfen und nicht zu den Universitäten, aus denen sie als Arbeitslose herauskommen –, läßt der Staat die Universitäten für alle offen, während er gleichzeitig den Wert der Diplome, die sie vergeben, immer mehr vermindert. Kurz: das Gängelband, das man der Universität läßt, ist gerade lang genug, um sich – so hofft man – daran aufzuhängen. Inzwischen schickt man die Bullen in die Universitäten und wartet, daß diese, nachdem man so für Unordnung gesorgt hat, nun völlig in Mißkredit geraten.

4. Diese Widersprüche der bürgerlichen Universität sind auf grundsätzliche Widersprüche zurückzuführen:

– Der Wert, der bislang den Diplomen zuerkannt wurde, beruhte auf ihrer geringen Häufigkeit und der geringen Häufigkeit der Studierfähigen. Wenn nun immer mehr Leute studieren und diplomiert werden, so verliert das Diplom seinen Wert als Auszeichnung, und die hierarchische Arbeitsteilung wird aufgehoben.

– Wenn die Befähigung zum Studium allgemein verbreitet ist – sei sie nun durch ein Diplom gekrönt oder nicht –, so kann sie nicht mehr als Auswahlkriterium gelten: die soziale Schichtenbildung kann nicht mehr vorgeben, auf Fähigkeiten und Verdiensten zu beruhen. Das Recht zu studieren und das Recht aufzusteigen laufen nicht mehr parallel.

– Wenn das Studium keine Garantie mehr für den gesellschaftlichen Aufstieg ist, dann kann man es entweder als einen Zeitverlust betrachten und als unnütze gesellschaftliche Belastung, da es sich weder für den Studierenden noch für die kapitalistische Gesellschaft rentiert, oder man betrachtet es als eine allgemeine nicht funktionale Bildung, einen Luxus, den sich die Gesellschaft schließlich leisten kann. In diesem Fall hat aber das unverjährbare Recht auf ein Studium zur Folge, daß dieses Studium, das ohne Aufstieg bleiben wird, für diejenigen, die es aufnehmen, und die später Angestellte, Arbeiter oder sonst irgend etwas werden, einen Wert an sich darstellt.

Hier nun bricht der Widerspruch der Universität offen auf. Gegen das Auswahlverfahren hatte die Studentenbewegung für das unverjährbare Recht jedes einzelnen auf ein Studium gekämpft. Diese Forderung (die solange kleinbürgerlich blieb als sie Aufstiegsmöglichkeiten für alle verteidigte), führte dann logischerweise zu anti-hierarchischen und egalitären Positionen: wenn alle das Recht haben zu studieren, so dürfte das Studium, da es aufhörte das Privileg einer Klasse zu sein, auch kein Recht auf irgend ein anderes Privileg beinhalten. Man mußte dann akzeptieren, daß Akademiker mit der Hand arbeiten, was dazu führte, daß nun die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die von dieser geprägten technischen Arbeitsteilung, sowie jede Form der Hierarchisierung der Aufgaben in Frage gestellt und abgelehnt wurden.

Jedoch kann man hier noch nicht stehen bleiben; denn in dem Moment, wo man akzeptiert, daß das Studium nicht mehr gleichbedeutend mit sozialem Aufstieg ist, muß man Wesen, Inhalt und Sinn des Studiums neu definieren: entsprechen sie keiner »nützlichen Kultur«, so müssen sie einer »rebellischen Kultur« entsprechen; entspricht das Studium also keiner Forderung der Gesellschaft, so muß es den Forderungen derjenigen entsprechen, die diese Gesellschaft zerstören und diese Arbeitsteilung aufheben wollen.

Nun kann aber die Universität ihrem Wesen nach dieser Forderung gar nicht entsprechen: weder ist sie funktional hinsichtlich der Forderungen der kapitalistischen Wirtschaft, noch hinsichtlich der Forderungen jener, die den Kapitalismus stürzen wollen; sie vermittelt weder eine »nützliche Kultur«, noch auch eine »rebellische Kultur« (die sich per definitionem nicht vermitteln läßt); sie vermittelt eine »universitäre Kultur«, das heißt eine von jeder produktiven oder politisch aktiven Praxis entfernte Kultur; kurz, es ist ein Ort, wo man seine Zeit weder auf nützliche noch auf interessante Weise verbringen kann. Und keine Reform kann diese Situation ändern. Es kann also nicht darum gehen, daß man die Universität reformiert, man muß sie vielmehr zerstören, um damit gleichzeitig die vom Volk losgelöste Kultur, deren Ausdruck sie ist, (die Kultur der Mandarine) und die gesellschaftliche Schichtenbildung, deren Instrument sie noch immer ist, zu zerstören.

5. Die Hochschulguerilla verkürzt die Agonie einer zum Sterben verurteilten Institution und enthüllt die Heuchelei der Fachverbände, die sie verteidigen. Wird man sagen, daß die linken Studenten weder etwas anderes an ihre Stelle zu setzen wissen noch die Gesellschaft verändern können, damit dieses andere lebensfähig werde? Natürlich ist klar, daß die Studenten allein weder eine andere Kultur hervorbringen noch die Revolution machen können. Sie können jedoch verhindern, daß die Zuspitzung der Krise der bürgerlichen Institutionen, der Arbeitsteilung und die Auswahl der »Eliten« verschleiert bleiben. Das tun sie, (und das ist es auch, was alle Rufer nach Ordnung – dieser Ordnung oder einer anderen ebenso autoritären und hierarchischen – ihnen vorwerfen). Allein können sie nicht weitergehen; die tatsächliche (und nicht mehr nur ideologische) Zerstörung, ja nicht einmal die tatsächliche Infragestellung der Arbeitsteilung kann nicht an den Universitäten geleistet werden, dies kann nur in den Fabriken und Unternehmen geschehen. Voraussetzung ist die kritische Analyse einer Organisation, deren scheinbare technische Rationalität nichts weiter ist als die Objektivierung und Maske einer ganz und gar politischen Rationalität; was wir brauchen ist die Analyse einer Herrschaftstechnik (s. den folgenden Text über die Arbeitsteilung).

Nur wenn man von einer solchen Kritik an der Arbeitsteilung ausgeht, kann man wirksam das Schul- und Hochschulwesen kritisieren; die technischen und Berufsschulen, wo direkt, und die Universitäten, wo indirekt die Führungskräfte, die technischen Leiter und das übrige Personal für die kapitalistische Produktion ausgebildet werden. Die Zerstörung der Universität ist also nicht nur Sache der Schüler und Studenten, sie ist vor allem Sache der Arbeiterklasse, wenn die kapitalistische Arbeitsteilung, die schon in der Schule beginnt, überwunden werden soll. Die Krise der bürgerlichen Universität und die Revolte der Arbeiter gegen die Gewaltherrschaft der Fabrik geben diesem Problem (der Überwindung der Arbeitsteilung) seine Aktualität. Und wenn der Zusammenhang dieser beiden Erscheinungen derselben Krise nicht zu einer wirklichen Verbindung zwischen Studenten und Arbeitern führt, und es zu keiner gegenseitigen Kritik der Bildungs- und Herrschaftsmethoden kommt, so ist der Fehler nicht bei den Studenten zu suchen; er liegt vielmehr bei den traditionellen Organisationen der Arbeiterbewegung, die alles tun, um die Studenten in das Hochschulgetto einzuschließen, damit sie umso besser die Forderungen der Arbeiter kontrollieren können. Wenn der notwendigerweise mit Gewalt geführte Kampf der Studenten sich auf der Hochschulebene in symbolischen Aufständen zu erschöpfen scheint, so geschieht dies jedenfalls nicht aus einem perversen Geschmack für ziellose Gewalt heraus; man muß vielmehr verstehen, daß nur die Gewalt in der Lage ist, die Mauern des Hochschulgettos – wenn auch nur zeitweise – zu durchbrechen und ein Problem zur Debatte zu stellen, das Reformisten jeder Couleur nicht sehen wollen. Dieses Problem, – das der Krise der bürgerlichen Institutionen und der bürgerlichen Ideologie und das der Arbeitsteilung – ist ein ausgesprochen politisches Problem. Und wenn auch alle Parteien der studentischen Gewalt jede Bedeutung und jeden politischen Sinn absprechen, so wird doch darum aus dieser Gewalt noch kein Vandalismus: es ist eine politische und eine politisch notwendige Gewalt, wenn sie auch allein nicht ausreicht.

Texte aus der Student_innen Zeitschrift (Hib)Diskus 1978-1997

Zerschlagt die Universität! (diskus 1/78)

Von Reinhard Mohr

Nachdem in den frühen 1970er Jahren die Hochschulreform die Erweiterung der Bildungschancen für die breite Gesellschaft propagierte, wurden diese Ziele nach Beginn der Wirtschaftskrise 1974 wieder aufgegeben. So zeigt auch Reinhard Mohr in seinem Artikel den Zusammenhang zwischen den Krisen des kapitalistischen Systems und der Universität. „Zerschlagt die Universität" erschien 1978 im Diskus und in Anlehnung an André Gorz' gleichnamigen Artikel von 1970. (Anmerkung der Redaktion)

(...) Von Anfang an erstaunt der beschränkte Ansatz der Kritik der technokratischen Hochschulreform. Es wird unwillkürlich der Eindruck erweckt, als sei erst jetzt der Versuch unternommen worden, die Hochschulen in das kapitalistische Verwertungssystem zu integrieren, als sei die „Autonomie" der Universität je Realität gewesen.

Gleichzeitig wird die reale gesellschaftliche Situation der Hochschulen außer acht gelassen. Diese ist gekennzeichnet u.a. durch einen massenhaften Ausbildungsbetrieb mit inhaltlicher und formaler Reglementierung der Studiengänge, durch fehlende berufliche Perspektiven und psychischen Streß/ Isolation, aber auch durch teils latente, teils offene Unruhe, im neudeutschen Sprachgebrauch oft als Sumpf bezeichnet.

Gerade unter diesem Aspekt sind Ordnungsrecht, Aushöhlung der Verfaßten Studentenschaft und Regelstudienzeit keine Randerscheinungen, sondern konstitutive Elemente der repressiv-technokratischen Formierung der Hochschulen.

Doch wozu dient diese Hochschulreform, auf welchem gesellschaftlichen Hintergrund ist sie entstanden, und welche Interessen haben wir? Bis Ende der sechziger Jahre waren die sozialen Selektionsmechanismen im Bildungssystem noch derart im Einklang mit den sozialökonomischen Verhältnissen, daß Studieren automatisch hieß, die soziale Stufenleiter emporklettern, einen akademischen Abschluß erwerben gleichbedeutend war mit der realistischen Aussicht, eine qualifizierte, sozial adäquate Berufsposition zu erhalten. Damit war zugleich die ständige Reproduktion einer gesellschaftlich funktionsfähigen Elite gesichert. Selbstverständlich konnte auch zu dieser Zeit von einer „Autonomie" der Universität keine Rede sein. Gegen was hat wohl die Studentenbewegung von 1968 rebelliert!?

Der politische Charakter von Wissenschaft und Ausbildung in den Hochschulen war durch die kapitalistische Gesellschaft schon immer ebenso bestimmt wie konkrete Studieninhalte, deren universitäre Vermittlungsformen und ihre einzelnen repressiven Ausformungen. Auf diesem Hintergrund entsprach die Forderung „Marx an die Uni" dem Willen vieler Studenten, sich nicht länger als Elite für das kapitalistische System produzieren zu lassen. Daß der Protest auch in seinen scheinbaren Teilerfolgen letztlich mißlang, lag gerade an der gesellschaftlichen und politischen Durchdringung der Hochschulen. Deshalb hieß es ja auch „Kampf der bürgerlichen Universität", „Kampf der bürgerlichen Gesellschaft".

Einzig die Formen der gesellschaftlichen Durchdringung der Hochschulen ändern sich mit der sozialökonomischen Entwicklung des spätkapitalistischen Systems (Modifizierung der Subsumtion unter das Verwertungssystem). Wenn „Autonomie" jedoch nur der Begriff für bestimmte begrenzte wissenschaftliche und institutionelle Freiräume ist, dann muß gesagt werden, daß diese „Autonomie" ihre gesellschaftlich- politischen Funktionen hatte, die heute weitgehend zu Dysfunktionen geworden sind.

Die „Reformphase" der frühen siebziger Jahre, in der die SPD die Erweiterung der Bildungschancen, also auch die Chancen des Hochschulzugangs, propagierte, ließ das Modell einer demokratischen und offenen Massenuniversität entstehen, in der kritische Intellektuelle den Demokratisierungsprozeß der Gesellschaft unterstützen sollten. Der große Wahlsieg der SPD 1972 war Ausdruck einer verbreiteten und besonders von Intellektuellen genährten Hoffnung, die BRD-Gesellschaft sei für prinzipielle Reformen mit emanzipativer Perspektive offen. Als sich seit 1974 eine permanente sozialökonomische Krise zu etablieren begann, wurden die Vorstellungen von einer demokratischen Massenbildung über Bord geworfen und durch quantitativ- ökonomische Krisenargumentationen ersetzt.

Die Konsequenz waren die drastische Beschränkung des Hochschulzugangs (Numerus clausus), inhaltliche Reglementierung von Studiengängen und zunehmende Repression im gesamten Bildungssystem (verstärkte Vorselektion). Der bisherige Höhepunkt dieser Entwicklung schlug sich im Hochschurahmengesetz und in den Gesetzen der Länder zur Anpassung and das HRG nieder. Allerdings wurden die starken Beschränkungen des Hochschulzugangs wieder

teilweise aufgehoben, um das Arbeitslosenproblem zeitlich zu verschieben und zu mildern.
Daß Quantität in Qualität umschlagen kann, wird nirgends deutlicher als an der Misere des kapitalistischen Bildungssystems. Nicht nur werden die ideologischen Begriffe wie Freiheit der Wissenschaft, Chancengleichheit, sozialer Aufstieg etc. durch die Realität der Hochschulen für viele auf zynische Weise inhaltsleer, auch das quantitative Problem des akademischen Arbeitsmarktes wird zunehmend unlösbar.
In dieser Situation hat die technokratische Hochschulreform u.a. qua Studienreformkommission die Aufgabe, bestimmte Lehrinhalte und Forschungsgegenstände zu eliminieren, dafür andere festzuschreiben, Selektionsmechanismen funktionaler zu gestalten, noch gezielter sozial angepaßte Fachidioten zu produzieren, die Flexibilität akademischer Arbeitskräfte zu erhöhen usw. Jeder einzelne Zweck, und es gibt noch viel mehr, für den diese Hochschulreform von ihren Urhebern konzipiert ist, läßt die immanente Widersprüchlichkeit schon erkennen, wie sie in ihren Auswirkungen zutage treten wird.
Einzelwirkungen mit repressiver Tendenz werden kollidieren mit den gesellschaftlichen und universitären Verhältnissen, die gerade auch durch staatliche Maßnahmen mit hervorgerufen bzw. verschärft werden. So werden z.B. angepaßte Fachidioten mit bundeseinheitlichem Prüfungswissen sicher keine strahlenden Berufsperspektiven haben, sondern allenfalls eine gut strukturierte Reservearmee dequalifizierter akademischer Arbeitskräfte bilden (jederzeit austauschbar). Desgleichen stößt die genormte „Flexibilität" dieser Arbeitskräfte an die Grenze der Erfordernisse auch kapitalistischer Berufsqualifikationen, die auf bestimmter Ebene mehr verlangen als Paukwissen (siehe z.B. „Kreativität", „Kontaktfreude", „Menschenkenntnis", „Innovationsfähigkeit", „Anpassungsvermögen an neue soziale Bedingungen", bed. Selbständigkeit etc.). Der Prozeß der Rationalisierung wird auch vor dem akademischen Fachidioten nicht haltmachen. Ein quintärer Sektor, auf den unsere Schmalspurstudniks dann ausweichen und Krupps[1] Rat zufolge sich neue Arbeitsplätze erkämpfen könnten, ist leider nicht in Sicht. Auch die Spekulation mit der „repressiven Befriedung" könnte sich längerfristig als Schuß nach hinten erweisen. Denn frustrierte Massenstudenten, die mit dem Diplom in der Hand vor dem Arbeitsamt Schlange stehen, könnten sich ja unter gewissen Umständen motzig gebärden und nicht bereit sein, auf den nächsten Pillenknick zu warten.

Doch weder quantitativ-ökonomistische Argumentationen (Studentenlawine, Unis zu teuer etc.) noch scheinbar qualitative wie „Verbesserung der Berufschancen" bilden den entscheidenden politischen Hintergrund der gegenwärtigen Hochschulreform.
Auch die spätkapitalistischen Massenuniversitäten verkörpern im Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung – u.a. aus der Tradition der bürgerlichen Bildungsideologie heraus – eine gesellschaftliche Utopie.

Die Utopie von der Beschäftigung mit interessanten Dingen ohne Stechuhr im Rücken, die Utopie von befreiender Muße, ja die Utopie vom alltäglichen Faulenzen. Gerade das Geschimpfe von Passanten bei Studentendemonstrationen – „Geht erst mal was schaffen, Gesindel, faules!" – zeigt die Projektion eigener Wünsche nach interessantem Müßiggang, nach einem Leben in täglicher wirklicher Freiheit. Dabei wird die reale Existenzweise der Studenten zwar verzerrt wahrgenommen und reaktionär interpretiert, aber die Bedürfnisse sind offensichtlich. Und gefährlich. Denn seitdem die Arbeiter- und Kleinbürgerkinder an die Unis strömen, der gesellschaftliche Wert der Diplome sinkt, das Sozialprestige von Akademikern entsprechend abnimmt und auch Hochschulabsolventen arbeitslos werden, wird das Universitätsstudium nicht mehr in dem selben Maß wie früher als Privileg einer kleinen sozialen Elite angesehen.

Wenn immer mehr studieren, auch wenn sie nicht versprechen, Einsteins, Hegels und sonstige Genies zu werden, rückt die (real verzerrte) Utopie näher.

Angesichts der ständig wachsenden Freisetzung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit (hier: Freisetzung von Arbeitskräften) kann solche Utopie unter Umständen eine reale Kraft gewinnen, die zu einer potentiellen Gefahr für das System werden könnte. Wie viele Jugendliche

und Erwachsene, die jetzt arbeitslos sind, wollen überhaupt noch 8 Stunden täglich unter den gegenwärtigen Bedingungen arbeiten, wenn sie sehen, daß auch ohne sie Waren im „Überfluß“ produziert werden!?

Um nicht gefährlich konkrete Fragen zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung (Hand- und Kopfarbeit), zur Verteilung der Arbeit insgesamt und deren gesellschaftlichen Nutzen massenhaft aufkommen zu lassen, muß darauf geachtet werden, daß Lernen und Studieren in den Hochschulen nicht interessanter aussieht als kapitalistische Durchschnittsarbeit.

Daher ist die Vernichtung der konkreten gesellschaftlichen Utopie die Counterstrategie des Staates. Daher die Bestrebungen, die Hochschulen den Mechanismen des Fabriksystems anzunähern. Der dauernd öffentlich aufgetischte hirnrissige Vergleich von „Studienplätzen“ mit „Arbeitsplätzen“ ist eine propagandistische Variante in dieser Richtung.

In dieser Situation zu sagen, die Linken müßten die „Autonomie“ der Hochschule wollen, „weil gute politische und wissenschaftliche Arbeit nur am Arbeitsplatz (!) in der Hochschule selbst stattfinden kann“, ist zwar kühn, mutet aber durch und durch mittelalterlich an. Die Bauernkriege liegen hinter uns.

(...) Die zunehmende soziale Perspektivlosigkeit des Studiums schlägt sich einerseits in verstärktem individuellem Rückzug und Sich-allein-Durchboxen nieder, andererseits in diffuser Unruhe unter den Studenten, die sozialen Aufstieg in dieser Gesellschaft für sich entweder als Fiktion oder ihn bewußt ablehnen. Der größte Teil dieser Studenten begreift sich als links oder linksradikal, wiewohl nicht verschwiegen werden soll, daß es auch linksradikale Aufstiegschancen gibt. In den 10 Jahren seit 1968 sind massenhaft Erfahrungen mit politischer und wissenschaftlicher Arbeit an der Uni gemacht worden.
Die inhaltlichen und institutionellen Errungenschaften der Studentenbewegung (Politökonomie, Imperialismustheorie etc., Tutorien, Arbeitsgruppen, Studienkollektive etc., Gremien“mitbestimmung“ etc.) sind durch die gesellschaftliche Entwicklung und die universitäre Praxis unterdessen derart desavouiert und integriert worden, daß viele linke Studenten entweder dem „linken“ Seminarbetrieb (gilt vor allem für die Geisteswissenschaften) den Rücken gekehrt oder ein total instrumentelles und damit entpolitisiertes Verhältnis zur universitären Theoriebildung und -vermittlung entwickelt haben. Dazwischen schwimmt eine Masse von politisierten Studenten, die, von dem akademischen Wissenschaftsbetrieb angewidert, aber ohne alternative Lebens- und Arbeitsperspektive, auf diffuse Weise ihren trotz aller Desillusionierung verbliebenen Interessen und Ansprüchen hinterherjagen.
Die Masse der nichtlinken Studenten hat seit eh und je ein instrumentelles Verhältnis zur Uni gehabt, das durch die Berufserwartung und die damit verbundene soziale Position in der Gesellschaft bestimmt war. Trotz der strukturellen Veränderungen von Universität und Gesellschaft dürfte dieses Verhältnis zur Uni sich nur durch wachsende Unsicherheit und steigende Unzufriedenheit modifiziert haben.

(...)Wenn die Hochschulen in einen widersprüchlichen Umstrukturierungsprozeß hineingetrieben werden, der als gesellschaftliche Counterstrategie soziale Utopien vernichten, fundamentaloppositionelle Gesellschaftskritik unterbinden, universitäre Massenausbildung den veränderten Kapitalverwertungsbedingungen anpassen, eine neue soziale Elite hervorbringen und trotz aller Repression ein Mindestmaß an politischer Legitimation aufrechterhalten soll, wenn die Hochschulen also tendenziell den Strukturen des kapitalistischen Fabriksystems angeglichen werden sollen, dann ist das Beharren auf der „Autonomie“ der Hochschule und die daraus folgende Strategie politischen Widerstands unsinnig und falsch.

Dem gesellschaftlich widersprüchlichen Prozeß der kapitalistischen Ökonomisierung der Hochschulen müssen wir unsere eigenen Interessen und Vorstellungen entgegensetzen, wenn wir nicht den objektiven Entwicklungen hilflos hinterherlaufen und unsere Bedürfnisse und Utopien den herrschenden Technokraten opfern wollen.

Die Krise an den Hochschulen, wie sie sich seit Jahren entwickelt und verschärft, macht uns immer klarer, daß unsere Forderungen nach sozialer Praxis, nach gesellschaftlich befreiender und subjektiv befriedigender Wissenschaft in und mit dieser Universität nicht zu erfüllen sind, auch nicht durch die progressivste Reform! Solange die Hochschulen im Rahmen des kapitalistischen Bildungssystems ihre Funktion halbwegs und krisenbehaftet erfüllen, so lange werden wir an dieser Uni leiden. Mehr oder weniger. Die Unreformierbarkeit dieser Universität ist keine wissenschaftliche These, sondern massenhaft erfahrene Realität.
„Wenn alle das Recht haben zu studieren, so dürfte das Studium, da es aufhört, das Privileg einer Klasse zu sein, auch kein Recht auf irgendein anderes Privileg beinhalten. Man müßte dann akzeptieren, daß Akademiker mit der Hand arbeiten, was dazu führte, daß nun die gesellschaftliche Arbeitsteilung sowie jede Form der Hierarchisierung der Aufgaben in Frage gestellt und abgelehnt wurden ... Weder ist sie (die Universität, R.M.) funktional hinsichtlich der Forderungen der kapitalistischen Wirtschaft, noch hinsichtlich der Forderungen jener, die den Kapitalismus stürzen wollen; sie vermittelt weder eine ‚nützliche Kultur‘, noch eine ‚rebellische Kultur‘ ... Sie vermittelt eine ‚universitäre Kultur‘, das heißt eine

von jeder produktiven oder politisch aktiven Praxis entfernte Kultur ... Es kann also nicht darum gehen, daß man die Universität reformiert, man muß sie vielmehr zerstören...“ (A. Gorz, aus: Sozialistisches Jahrbuch 3, Berlin: Wagenbach 1971)

Der Kampf gegen die technokratische Hochschulreform muß im Zusammenhang mit einem Kampf für die Zerstörung der Universität gesehen werden. Nicht die Studienreformkommissionen sind das Hauptübel, sondern die Universitäten selbst, der solche Regelungen aufgestülpt werden müssen, damit sie überhaupt noch einigermaßen „effektiv“ funktioniert.

Die Krise der Universität ist letztlich die Krise der kapitalistischen Arbeitsteilung. Deshalb kann unser Ziel nur die Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der sozialen Hierarchie sein, was für uns konkret heißt: die Uni zerschlagen.

Die Ökonomisierung der Massenuniversität müssen wir als gesellschaftlichen Prozeß begreifen, der punktuell und konkret die Trennung von Kopf- und Handarbeit als das offensichtlich werden läßt, was sie tatsächlich ist: Moment sozialer Herrschaft.

Deshalb ist nicht „Autonomie“ unser Ziel, sondern Öffnung der Hochschulen für jugendliche und erwachsene Arbeitslose, Frauen, Ausländer, ja, für alle.

Zerschlagt die Universität: Befreit sie von ihrer Funktion und Position innerhalb der gesellschaftlichen Organisation der Arbeitsteilung!

Das heißt: Das Chaos vorantreiben, bis diese Uni für Krupp & Co. endgültig unbrauchbar und unbeherrschbar wird.

Das heißt: Nicht vergessen, was wir wollen.

Festhalten an der konkreten Utopie einer Gesellschaft, die auf der Grundlage einer Produktion von Gebrauchswerten nur einen „Sachzwang“ kennt: Freiheit.

Es lebe die Hochschulguerilla! Wir wollen alles.

Reinhard Mohr

Fußnoten

[1] Gemeint ist Hans Jürgen Krupp;, damals Universitätspräsident in Frankfurt/M.

Autonome Tutorien

Was ist Wissenschaft?

Wissenschaft und Recht und Freiheit

Über Störungen des „herrschaftsfreien Diskurses“ am Fachbereich 3

In diesem Artikel geht es um vier sogenannte „autonome Tutorien“ am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, die von der Mehrheit der Lehrenden am Fachbereich toleriert bis unterstützt, von einer radikal-freiheitlich-demokratischen Minderheit, die sich ansonsten für „pluralistisch“ hält, allerdings aufs heftigste bekämpft werden. Sogar der bekannte Chemiker, Universitätspräsident Prof. Dr. Hartwig Kelm, ist von besagter Minderheit eingeschaltet worden, um die illegale Autonomie der Studenten zu unterbinden.
Wie der vereinte Kampf der Freunde „erstklassiger Wissenschaft“ sich mittlerweile eher zu einer erstklassigen Demonstration des Herrschaftscharakters der institutionalisierten Wissenschaften entwickelt hat, soll hier ein bisschen ausführlicher dargestellt werden. Ein Bericht über die Entstehung der „autonomen Tutorien“ aus dem Diskus im Jahr. (Anmerkung der Redaktion)

Zur Geschichte der „autonomen“ Umtriebe

Vor rund anderthalb Jahren, zu Anfang des Wintersemesters 1980/81, löste die Ankündigung umfangreicherer Mittelkürzungen im Bildungsbereich eine Welle von Empörung aus, von der selbst unser aller Präsident, Hartwig Kelm, ergriffen wurde. Ich erinnere mich noch gut an die Kundgebung auf dem Campus, bei der er uns unter der Devise „Wir sitzen alle in einem Boot“ zum gemeinsamen Vorgehen gegen die Kürzungen aufrief.

Wir können nun wohl nicht von einem vollen Erfolg unseres Kampfes reden, aber immerhin, ein kleiner Nachschlag für unsere Wissenschaften wurde gewährt. Herr Kelm verstummte denn auch, mittlerweile wohl schon an seiner doch noch soeben finanzierten neuen EDV-Anlage spielend.

Aber nicht nur er – sogar der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (!) profitierte ein wenig von der erkämpften Kürzung der Kürzung. So tauchten eines grauen Dezembertages 1980 bei einer Fachbereichsratssitzung noch ein paar Tutorenstellen für das Sommersemester auf. Als ansonsten recht gelangweilt im Fachbereichsrat sitzende Studenten sahen wir damit eine Gelegenheit gekommen, die vielgepriesene Freiheit der Wissenschaft auch einmal für Studenten Wirklichkeit werden zu lassen und stellten einen Antrag auf vier autonome Tutorien. Immerhin waren diese nachträglich gewährten Tutorenstellen ja von uns miterkämpft worden (was wäre schließlich Herrn Kelms Rede gewesen, hätten nicht wir die Publikumskulisse auf dem Campus gestellt?), und so war es natürlich nicht einsichtig, warum jetzt nur die Herren Professoren über die Früchte unseres Kampfes bestimmen sollten.

„Vier Stellen für Tutorien, deren Inhalte von den Studenten selbst bestimmt werden, hier und sofort!“ war unser Antrag an den verunsichert schmunzelnden Dekan. So hatten sich das die Profs aber nicht gedacht, und nach längerem Hin und Her wurde unser Antrag abgelehnt, immerhin mit dem Trost, daß wir im nächsten Semester mit unserem Anliegen eher Anklang finden würden, vorausgesetzt, wir könnten bis dahin ein bisschen genauer sagen, was wir mit den vier Stellen anfangen wollten.

Wir formulierten also in annähernd wissenschaftlicher Diktion, daß es sich bei unseren autonomen Tutorien um Veranstaltungen zur Orientierung im Studium der Sozialwissenschaften (insb. für Studienanfänger) handeln solle, und tatsächlich bewilligte ein halbes Jahr später die Mehrheit der im Fachbereichsrat sitzenden Profs vier Tutorenstellen für WS 81/82.

Die Diskussion, die dem Beschluß vorausgegangen war hatte allerdings deutliche Differenzen zwischen den Professoren der Mehrheitsfraktion und denen der „Gruppe 75“, einer etwas anachronistisch anmutenden Fraktion von eher guten Beamten als Wissenschaftlern, gezeigt. Die „75er“ nämlich pochten auf die Hessische Tutorenordnung, nach der „autonome Tutorien“ nicht zulässig sind, während die Mehrheitsfraktion die Freiheit wissenschaftlicher Bemühungen von Studenten nun nicht gerade durch sowieso fragwürdige Gesetze behindern wollte. Das Wissenschaftsverständnis der „Gruppe 75“ scheint sich nun allerdings derart konsequent aus der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzuleiten, dass für sie „Wissenschaft“ nur das ist, was die Herrschenden im Hessischen Universitätsgesetz festgelegt haben, und so begann für sie ein unerbittlicher Kampf gegen die zu allem Übel auch noch im kommentierten Vorlesungsverzeichnis als offizielle „Lehrveranstaltung“ angekündigten „autonomen Tutorien“.

Erschwert wurde ihnen ihr Protest dadurch, daß zwei Hochschullehrer aus der Mehrheitsfraktion formal die Verantwortung für die vier „autonomen“ Stellen übernahmen.

Die beiden kündigten eine Veranstaltung zur Einführung ins Studium der Sozialwissenschaften an, in deren Rahmen die „autonomen Tutorien“ stattfinden würden. Zur Besänftigung der übergesetzestreuen „75er“ reden wir sogar nur noch von sogenannten „autonomen Tutorien“, was sie aber nicht so richtig beeindrucken konnte. Unseres Erachtens war nun aber formal alles korrekt und legal: Die beiden Hochschullehrer übernahmen unter Berufung auf ihre Autonomie die Verantwortung vor der Wachhunden des Gesetzes und gaben uns – aus ihrer Sicht als didaktisches Experiment – unsere Autonomie. Unter Achtung des Mehrheitsbeschlusses des Fachbereichsrats, und insbesondere unter Achtung der doch ansonsten immer so betonten Autonomie der Hochschullehrer, wäre gegen die sogenannten „autonomen Tutorien“ nun wirklich nichts mehr einzuwenden gewesen, aber wo die grauen Herren von der „Gruppe 75“ politische Intentionen unter wissenschaftlichen Deckmäntelchen wittern, da geben sie so rasch nicht nach.

Ihr „Wissenschaftspluralismus“ geht nun so weit, daß sie in Fällen, in denen sie sich nicht allein durchzusetzen vermögen, das Spektrum der im Fachbereichsrat vertretenen Kräfte durch einen universitätsbekannten Chemiker ergänzen, der dann auf seine Art für die Freiheit der Wissenschaft sorgen soll.1

Der Kollege aus den Naturwissenschaften schaltete sich allerdings zunächst nur recht zaghaft ein, sodaß trotz aller Aufregung bei den um die Legalität der Wissenschaft besorgten „75ern“ die sogenannten „autonomen Tutorien“ im WS 81/82 stattfanden.

Und erst nachdem Prof. Dr. Nitzschke von der „Gruppe 75“ wegen der Bewilligung der Fortsetzung der Tutorien im Sommersemester erneut dem sehr geehrten Herrn Präsidenten untertänigst Bericht erstattet hatte, beginn dieser endlich zu handeln, wie es sich für einen ordentlichen Dienstherren gehört. In einem Schreiben vom 8.2.82 an den Dekan des FB 3 weist Kelm auf die Unzulässigkeit von „autonomen Tutorien“ hin und verbietet, finanzielle Mittel für die vier Stellen im SS bereitzustellen. Auf die Tatsache eingehend, daß zwei Lehrenden offiziell die Verantwortung für die „autonomen Tutorien“ tragen, schreibt er einfach, das glaube er nicht so recht, und solange seine Zweifel nicht beseitig seien, gelte sein Verbot.

Der Dekan des FB 3, der gleichzeitig einer der für die „autonomen Tutorien“ verantwortlichen Professoren ist, hat mittlerweile die Zweifel des Herrn Kelm durch eine Unterredung und eine schriftliche Stellungnahme auszureden versucht; - inwieweit seine Selbstherrlichkeit sich davon überzeugen läßt, ist allerdings genauso offen wie die Frage, was sich die Professoren der „Gruppe 75“ dann ausdenken werden, um den Konflikt um die sogenannten „autonomen Tutorien“ weiterhin am Leben zu erhalten.

Zum Konzept der sogenannten „autonomen Tutorien“

Natürlich gehört der Konflikt, den uns die „Gruppe 75“ und Universitätspräsident Kelm bereiten, zum Konzept der Tutorien dazu wie das Toreschießen zum Fußball. (Allerdings scheinen die 75er die Spielregeln noch nicht so recht verstanden zu haben, was man daran merkt, daß sie ständig Eigentore schießen.) Das eigentliche Ziel der sogenannten „autonomen Tutorien“ ist nämlich nie gewesen, als besondere Veranstaltungsform in den normalen Unibetrieb integriert zu werden, sondern ebengerade als wissenschaftspolitischer Konfliktfall zu existieren, an Hand dessen recht gute Erkenntnisse über das Verhältnis von Sozialwissenschaft und Gesellschaft gewonnen und weitergegeben werden können.

Unsere Skepsis gegenüber der vermeintlichen „Freiheit“ der institutionalisierten Wissenschaften drücken wir zu allererst in unserem taktischen Verhältnis zur Universität

aus: Der Schwebezustand nämlich, in dem wir uns mit den sogenannten „autonomen Tutorien" jetzt schon seit längerem befinden, ist so, richtig nach unserem Geschmack und politischen Selbstverständnis: Weder in die Institution integriert, noch im völligen Abseits „privater" Arbeitsgruppen, haben wir uns hier ein Aktionsfeld erschlossen, für dessen Aufrechterhaltung wir nicht mal selbst sorgen müssen. Das tun nämlich die beiden Professorenfraktionen und indem sie das tun, verschaffen sie uns genau die Lernmöglichkeit, die wir suchen.

Wir sind zwar sicher, daß beide Prof-Fraktionen für unseren Lernprozeß wichtige Beiträge leisten, können uns allerdings des Eindrucks nicht erwehren, daß das nur die eine Seite bewußt tut, während die andere eher aus Zwängen ihres freiheitlich-demokratischen Wissenschaftsverständnisses agiert.

Was das für ein merkwürdiges Wissenschaftsverständnis ist, erkennt man wohl primär daran, daß es zur Bestimmung von „Wissenschaftlichkeit" auf das Hessische Universitätsgesetzt zurückgreifen muss. Wissenschaft ist das, was das Gesetz zuläßt; was gesetzlich nicht vorgesehen ist, kann nicht Wissenschaft sein. Die Formel ist einfach und erspart lange Diskussionen. Wenn im Fachbereichsrat über wissenschaftspolitische Entscheidungen debattiert wird, holt denn auch die studentische Hilfskraft der „Gruppe 75" die einschlägigen Gesetzesbücher, Herr Nitschzke liest dann daraus vor, und damit basta.

Daß es nun auch noch eine andere Art gibt, „Wissenschaftlichkeit" zu bestimmen, zeigte uns dankenswerterweise die Mehrheitsfraktion im Fachbereichsrat: „Genau hinsehen, geduldig nachdenken und nicht dumm machen lassen!" gab man uns als wissenschaftliche Maximen mit auf den Weg und kam ganz ohne Vorschriften aus, die sich aus Hochschulgesetzen ergeben.

Während also letzteres Wissenschaftsverständnis ohne größere Schwierigkeiten die autonomen Tutorien als eine Art mit Wissenschaft umzugehen anerkennen kann, muß der „Wissenschaftspluralismus" der „Gruppe 75" hier ein eindeutiges Verbot aussprechen, da § 10 Abs. 5 Satz1 (HUG) ihrer Methodenlehre nicht erfüllt ist.

Das freiheitlich-demokratische Wissenschaftsverständnis und die Polizei

Was da also freundlich als „Pluralismus" firmiert, scheint einen unfreundlich-autoritären Kern zu haben, der sich offensichtlich auch auf Nichtangehörige der pluralistisch-wissenschaftlichen Glaubensgemeinde auswirkt. Denn wie man sieht, erklären die Anhänger der legalen Wissenschaftstheorie ihre Paragraphen nicht nur als für ihre eigene mehr oder weniger wichtige Forschung und Lehre verbindlich, sondern für Wissenschaft schlechthin, und das verpflichtet sie – Pluralismus hin, Pluralismus her – Verstöße auch von Personen, die dieses Wissenschaftsverständnis nicht teilen, bei der nächsthöheren Wissenschaftsüberwachungsbehörde anzuzeigen. Als einen sehr schönen Fall einer solchen Anzeige können wir den Brief des Herrn Prof. Dr. Nitzschke betrachten.

Was macht Herr Nitzschke da? Im großen und ganzen referiert er einen Tagesordnungspunkt aus dem Protokoll einer Fachbereichsratssitzung unter Hervorhebung der klaren Distanzierung seiner Fraktion und der Gruppe „Neue Option", (die der wissenschaftliche Mitarbeiter Schissler ist), von dem Beschluß des Fachbereichsrates, „autonome Tutorien" als Einführungsveranstaltung einzurichten. Abgesehen von dem vielsagenden grammatischen Fehler im letzten Satz des Schreibens, der bereits das Problem der autonomen Tutorien für rechtswidrig erklärt, ein korrekter Bericht. „Wir möchten Sie auf diesen Sachverhalt erneut hinweisen", schließt der Wissenschaftspolizist seine Anzeige, mit der Bitte um Überprüfung, versteht sich.

Nun ist es natürlich nicht gerade ein Zeugnis für wissenschaftliche Kompetenz, wissenschaftliche Probleme administrativ zu lösen. Das werden auch die Professoren der „Gruppe 75" zugeben müssen. Aber wenn es hier nur um die mangelnde Problemlösungskompetenz einzelner Wissenschaftler ginge, wäre die Sache gar nicht so wichtig. Entscheidend wird das Verhalten dieser Professoren für uns erst unter dem Gesichtspunkt, daß sie ein „Lösungsverfahren" für wissenschaftliche Streitfälle praktizieren, das – systematisch betrieben – noch die letzten Reste der vermeintlichen Freiheit der Wissenschaft in die Hände der Herrscher abgibt.

Die Wissenschaft – das brauche ich hier wohl nicht groß zu betonen – „ist" nicht frei; ihr wird in der Gesellschaft eine – je nach Machtverhältnissen – mehr oder weniger große „Freiheit auf Widerruf" eingeräumt. Diese grandiose Freiheit drückt sich in unseren Tagen nun in der sogenannten Selbstverwaltung der Universität aus, die wiederum sogar jedem einzelnen Fachbereich eine (freilich beschränkte) Selbstverwaltung zugesteht. In den Bereich der Selbstverwaltung des Fachbereichs fallen Fragen nach inhaltlicher und didaktischer Gestaltung des Lehrangebots, Vorschlagsrechte für Stellenbestzungen, u.ä.

Immerhin – man mag zu dieser zugestandenen „Autonomie" stehen, wie man will – es wäre in ihrem

Rahmen möglich, sich wissenschaftlich (im weitesten Sinne des Wortes) über verschiedene Wissenschaftsverständnisse und aus ihnen resultierende Konzepte von Lehren und Lernen zu unterhalten, genauso wie formal die Möglichkeit besteht, Experimente zuzulassen, die von den tradierten Standards der „Profession" abweichen. Statt sich aber auf wissenschaftliche Diskussionen und Versuche einzulassen, verfolgen die Profs der „Gruppe 75" den administrativen Weg, um wissenschaftspolitische Entscheidungen herbeizuführen. Sie müssen sich schon vorwerfen lassen, damit eher gute Beamte als Wissenschaftler zu sein, denn ein guter Wissenschaftler zeichnet sich wohl eher durch Neugier als durch herrschaftssüchtige Paragraphenreiterei im Interesse der Bewahrung des Altbekannten aus. Mit dem Ruf nach dem Unipräsidenten – und das müssen sie sich als zweiten Vorwurf gefallen lassen, setzen sie sich über einen Mehrheitsbeschluß des Fachbereichsrates hinweg, was ja wohl ein merkwürdiges Verständnis von „Selbstverwaltung" und „Demokratie" zum Ausdruck bringt. Mit dieser Infragestellung der Möglichkeit, in einem demokratisch gewählten Gremium von Wissenschaftlern wissenschaftliche Entscheidungen herbeizuführen, schießen die „75er" eines ihrer schönsten Eigentore... (das Eigentor des Semesters?) Die Abgabe des Problems „autonome Tutorien" in die Administration, genauer gesagt, an den nächsthöheren Dienstvorgesetzten , bedeutet eine Einengung der sowieso begrenzten Möglichkeiten der Selbstbestimmung am Fachbereich. Eine solche selbständig betriebene Preisgabe eigener „Freiräume" kann wohl nur als Folge einer allzu starken Identifizierung mit den Herrschenden interpretiert werden.

ch glaube, wenn alle Wissenschaftler so gute Diener gewesen wären wie die Herren der „Gruppe 75", dann drehte sich noch heute die Sonne um die Erde.

Die „Autonomie des Hochschullehrers" und die Macht der Institution

Wie man sich zugestandene Rechte selbst nehmen kann, ist am Verhalten der Professoren aus der „Gruppe 75" im Fachbereichsrat gezeigt worden. Eine andere Variante der Einengung des Rechts auf Selbstbestimmung demonstriert Universitätspräsident Kelm durch sein von oben diktiertes Verbot der sog. „autnomen Tutorien". Wohlgemerkt - dieses Verbot betrifft nicht die „Autonomie" von uns Studenten, sondern die der beiden Hochschullehrer, die die Verantwortung für die „autonomen Tutorien" übernommen haben, denn die Bildung autonomer Gruppen ist nicht per Administration – Kelms Machtinstrument schlechthin – verbietbar, eine Zugriffsmöglichkeit besteht für Kelm nur auf die Hochschullehrer, die solche Gruppenbildungen zulassen oder gar unterstützen. Er verbietet nicht uns, „autonom" zu studieren, sondern er verbietet den Hochschullehrern, „autonome Tutorien" als eine Art des Umgangs mit Wissenschaft zuzulassen. Diese Verbot, das praktisch auf eine Ausgrenzung eines bestimmten Wissenschaftsverständnisses hinausläuft, ist nun natürlich kein Kelmscher Willkürakt. Herr Kelm muß hier nur einmal ein bißchen „nachhelfen", was lediglich deswegen ein wenig ungewöhnlich erscheint, weil normalerweise die Institution schon von selbst für eben diese Ausgrenzung sorgt. Denn was an der Universität auch an Theorie produziert wird: Lehren und Lernen leiden unter den „stummen Zwängen" der Strukturen, denen sie in der Institution unterworfen sind.

In diesem Lichte betrachtet, stellt die Kelmsche Intervention nicht viel mehr als eine Manifestation der strukturellen Gewalt dar, die dem institutionalisierten Wissenschaftsbetrieb innewohnt.

Die Ambivalenz des „reinen Geistes", Medium von Emanzipation und Unterdrückung zu sein, wird in der Institution systematisch zu Ungunsten der Emanzipation aufgelöst.

Die Sicherheit dieser Prognose beruht auf der Einsicht, daß es keineswegs primär die „Inhalte" kritischer Theorie sind, die sie von gesellschaftsstabilisierender Wissenschaft unterscheiden, sondern daß die strukturelle Differenz im Verhältnis von Subjekt und Objekt, Erkenntnis und Handeln (Theorie und Praxis) besteht.

Ist für ein traditionelles Theorieverständnis die Trennung von erkennendem Subjekt und seinem Gegenstand konstitutiv, so bezieht sich das Subjekt der Kritischen Theorie selbst in den Erkenntnisprozeß ein. Subjekt, Methode und Objekt sind hier keine starr voneinander getrennten Identitäten, sondern stehen auf die Art miteinander im Verhältnis, daß sie sich einander bedingen und verändern. Erkenntnis ist so wesentlich Handeln, Eingreifen, Verändern, Engagement. Die Universität. immerhin eine der „reinsten" Ausdrücke der gesellschaftlichen Trennung von Theorie und Praxis, entspricht von ihren Strukturen her voll und ganz dem traditionellen Theorieverständnis; ein kritisches Theorieverständnis dagegen, das einen lebendigen Bezug zur Praxis (im oben beschriebenen Sine) braucht, ist in der Institution strukturell zum Scheitern verurteilt.

Kein Wunder also, daß sich der traditionelle Wissenschaftler in der Institution Universität wohl wie der sprichwörtliche Fisch im Wasser fühlt, während ein kritischer Fisch die Uni schon eher wie den Main unterhalb von Hoechst erlebt.

Die „Autonomie des Hochschullehrers" besteht weitgehend in der „Freiheit", Inhalte zu wählen, solange er ihre Erforschung und Weitervermittlung den vorgegebenen Strukturen unterwirft. Nicht die Inhalte, sondern die Beziehung, die der „autonome" Hochschullehrer zwischen seinen Inhalten und sich selbst, „seinen" Studenten, bzw. einer breiteren Öffentlichkeit herstellt, ist das Kriterium für „erlaubt" oder „verboten".

Die die sog. „autonomen Tutorien" offiziell verantwortenden Profs werden von Kelm nicht für „revolutionäre" Themen zurechtgewiesen, sondern einzig und allein dafür, daß sie „Veranstaltungen" zulassen, in denen eine Form des Umgangs mit Theorie ausprobiert wird, die die für den institutionalisierten Wissenschaftsbetrieb programmatische Gleichgültigkeit ebenso wie die herrschaftsstabilisierendeHierarchieLehrender Lernender aufzuheben trachtet. Mit den „autonomen Tutorien" wird sowohl die Institution als Ort von Lernen, als auch das „Rationalitätsmonopol" der traditionellen Wissenschaft in Frage gestellt. Kein Wunder also, daß die Apologeten des status quo das nicht zulassen wollen.

Der Machtanspruch gerade auch der Professoren aus der „Gruppe 75" mit ihrem staatserhaltenden Wissenschaftsprogramm hat sich im vergangenen Wintersemester auch in der Diskussion über die Gründung der Walduni gezeigt: auch in diesem Fall, Lernen/Theorie außerhalb der etablierten Institutionen auszuprobieren, ergriffen sie klar Partei für ihr Monopol: was es zu lernen gibt, das sei auch in den bestehenden Institutionen möglich, argumentieren sie.

Es wäre wohl zu gutmütig, diese Ansicht nur mit einem zu naiven Lernbegriff der Theoriepaschas zu erklären; richtiger ist wohl die Interpretation, daß sie hier gezielt ihre Herrschaftsansprüche zu verteidigen versuchen.

An dem autoritären Gehabe dieser Profs – ebenso wie an Kelms Eingriff in die „Autonomie" der Hochschullehrer – erkennen wir unsere Chance: unsere Möglichkeiten liegen in der Ent-Institutionalisierung von Lernen, in der Zerstörung des Anspruchs der etablierten (Sozial-) Wissenschaften, einzig und allein über die „richtigen" Problemdefinitions- und Lösungsverfahren zu verfügen.

Ent-Institutionalisierung soll dabei natürlich nicht heißen, der Institution einfach den Rücken zuzuwenden, sondern die Beziehung zu ihr umzukehren:

Sinnvolle Gesellschaftserkenntnis ist nicht in der Institution möglich, sondern nur gegen sie. Die offensive Auseinandersetzung mit der Institution, die ständige Provokation, stellt eine Art von gesellschaftlichem Lernen dar, die administrativ nicht zu unterdrücken ist.

Im Gegenteil :
Je autoritärer auf die Provokationen reagiert wird, desto deutlicher entlarvt sich der Anspruch der „Freiheit" von Universität und Wissenschaft als fadenscheinig, – desto berechtigter wird damit die Kritik an der Institution.

Herr Kelm kann keine politischen Erfahrungen verbieten – das kann kein Gesetz (die rigide Durchsetzung von „Recht" und Gesetz produziert eher solche politischen Erfahrungen, die quer zu den Interessen der Herrschenden liegen: das – möchte man sagen – ist die „Dialektik der Unterdrückung") – er kann nur diejenigen seiner „Kollegen" disziplinieren, die die „Macht der Institution" nicht so gern zu ihrer eigenen machen wollen wie er selbst.
So berechtigt die Kritik an Kelm allerdings auch ist, - wir sollten nicht vergessen, daß seine Eingriffe nicht viel mehr als Illustrationen des Herrschaftscharakters des institutionalisierten Wissenschaftsbetriebes sind.

Basisgruppe Fb. 3
Seniorenfraktion

Fußnote:

1 In ganz besonderen Fällen wendet man sich sogar bis hin zum Kultusminister, um den wissenschaftlichen Diskurs die richtige Würze zu geben: so im Fall der Besetzung der C-4-Professur „Soziale Bewegungen“. Nachdem sich die Berufungskommission nach langem Hin und Her auf eine Vorschlagsliste mit der Reihenfolge Maria Mies, Helmut Reinicke und Florian Tennstedt geeinigt hatte, die auch vom Fachbereichsrat unterstützt wurde, schreib man von Seiten der „Gruppe 75“ ein „Sondervotum“, das sowohl dem Senat (als nächsthöherem Gremium, das die Vorschlagsliste zu passieren hatte) als dann natürlich auch dem Kultusminister nahelegte, die Liste nicht zu akzeptieren.

Der Fachbereichsrat hatte sich mehrheitlich für die Liste entschieden, die „oppositionelle Minderheit“ (die „Gruppe 75“ betont bei wichtigen Anlässen ihren Minderheitsstatus als Opposition derart, daß man glauben möchte, es gäbe irgendwo in demokratischen Gremien Oppositionen, die in der Mehrheit sind) war dagegen: Folglich das Sondervotum, in dem die „Gruppe 75“ angebliche „Verfahrensmängel“ und flugs einen weiteren Kandidaten vorschlägt, der nach ihrer Meinung der „qualifizierteste und bedeutsamste Bewerber“ ist.

Implizit gibt man damit die Entscheidung an den Kultusminister ab, der freilich auch wieder seine eigene Art hat, mit solchen Problemen umzugehen:

Die Vorschlagsliste liegt nun schon über ein halbes Jahr im Kultusministerium; aufgrund des Minderheitenvotums wird man die ganze Liste nicht akzeptieren (in Wiesbaden weiß man sehr wohl, welche Prof-Fraktion im Interesse der Herrschenden „gutachten“), sondern irgendwann an den Fachbereich zurückgeben und die ganze Prozedur wird von vorne beginnen. Insgesamt dauert das Jahre; der Lehrstuhl bleibt so lange unbesetzt, was insb. auf Kosten der Frauen geht, die mit Maria Mies eine Professorin am Fachbereich hätten, bei der frauenspezifische Themen behandelt werden können.

Auch ich will ein Buch

(...) Der Streik wurde nicht begonnen mit dem Gefühl, etwas ändern zu können, sondern hatte anfänglich mehr Appellcharakter: auf die Misere wurde hingewiesen und diejenigen, die diese Misere verschuldet haben, aufgefordert, die Wünsche zu befriedigen. Wunschzettelcharakter hatte gerade die Resolution, die auf der Kongreßhallen- Vollversammlung verabschiedet wurde. Nachdem der Abstimmungsmarathon beendet war, gingen alle mehr oder weniger zufrieden nach Hause, niemand machte sich Gedanken, wie die Forderungen durchgesetzt werden könnten. Das Argument, man müsse sich überlegen, wie man durchsetzt, was man fordert, kam eher von denen, die dadurch die Forderungen minimieren, nur ‚Realistisches' fordern wollten.

Linke Liste

Hier sind wir an einer Konfliktlinie angelangt, die den gesamten Streik durchzog: ist der Protest politisch oder unpolitisch, will man nur mehr Mittel oder unterhält man sich auch über Studieninhalte und Mitbestimmung. Gerieten die ersten Vollversammlungen zu einer Deklaration des Mangels, so ist trotz des neuen Redens eine Sprachlosigkeit nicht zu übersehen.

Vor allem die Vehemenz mußte erstaunen, mit der anfänglich an dieser Sprachlosigkeit sich geradezu festgeklammert wurde: jede Kritik traf unverzüglich der Bann des Ideologievorwurfs. Die hysterische Angst vor ‚Instrumentalisierung' deutet einerseits darauf hin, daß die Studenten ‚selbst' und ohne ‚Anleitung' etwas tun wollten, andererseits wurde deutlich, daß bestimmte Dinge einfach nicht mehr gehört werden wollten, unabhängig davon, ob sie zutrafen oder nicht, die Studenten sich gegen Reflexion der eigenen Situation sträubten. Wurde die allgemeine Stimmung ‚wir wollen Sachmittel, keine Politik' durch die Feststellung ‚schon unsere geringsten Forderungen sind politisch' zu überwinden versucht, so endete dieser rethorische Erfolg in der alten Teilung in neuem Gewand: ‚Politik muß sachlich sein, nicht ideologisch.' Verdächtig ist jeder, der politische Erfahrung hat, jeder, der mit Begriffen operiert und versucht, die Situation zu analysieren, allein unverdächtig ist die Unmittelbarkeit. So wird jede Abstraktion zur Ideologie gestempelt und lieber die Erscheinungswelt für das genommen, was sie vorgibt zu sein.

Ist es nur Verblendung oder hat sich die Situation, in der die Studenten heute stehen, tatsächlich verändert?

Die Massenuniversität und ihr Scheitern, der Verfall der Bedeutung der Universität in der Gesellschaft (als Monopol der Wissensproduktion und Produktion der gesellschaftlichen Elite) sowie das Auseinanderfallen der Berufsbilder haben den Status des Studenten mit zerstört.

War noch bis vor wenigen Jahren der Status als Student in der Gesellschaft mit einem hohen Distinktionsgewinn versehen, wie vermittelt auch immer (gerade in der BRD handelte es sich immer um eine Mischung aus Bewunderung, die an das Faktum der sozialen Macht gebunden war, und Ablehnung, die sich aus einem tief verwurzelten Intellektuellenhaß speiste), so hat sich dies in den letzten Jahren zunehmend gewandelt. Student-Sein findet in der Gesellschaft keine Bestätigung mehr. Für viele hat sich das Student- Sein selbst gewandelt: sie bleiben bei den Eltern wohnen, auch unter Inkaufnahme langer Anfahrtswege. Universität kann dabei weniger als Spiel- und Freiraum neuer sozialer Erfahrung begriffen werden, als vielmehr in der Funktion und Verlängerung von Ausbildung.

Dies führt zu einer zunehmenden Distanz unter den Studenten, denn soziale Bezüge werden nicht mehr über die Uni hergestellt, sondern verbleiben am Heimatort.

Diejenigen, die einen eigenen Haushalt führen, sind größtenteils dazu gezwungen, ihren Lebensunterhalt teilweise oder vollständig selbst zu bestreiten. Das Jobben ist zwar eine arge Belastung, verschafft jedoch andererseits Anerkennung, sei es auch nur abstrakt in Form von Geld. Der Job verhilft zur ‚Unabhängigkeit'. Man muß sich nicht mehr über das Student-Sein definieren (dem immer auch so etwas wie Parasitentum anhaftete) und das ja Anerkennung versagt, sondern gewinnt ein vermeintliches Selbstbewußtsein über die Arbeit.

Man kann vorweisen, daß man niemandem allzusehr auf der Tasche liegt und identifiziert sich lieber mit dem Belohnung versprechenden Job, anstatt mit dem immer mehr zur Enttäuschung werdenden Studium. Dabei kommt der Student ganz nebenbei dem nach Flexibilisierung strebenden Arbeitsmarkt entgegen und wird ungewollt zur Speerspitze einer Umwälzung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse insgesamt (Joachim Hirsch).

Mehr Bücher! Mehr Profs! Mehr Räume!

Der Student ist vielfältig einsetzbar, variabel, unorganisiert und muckt am Arbeitsplatz nicht auf. Immer häufiger wird das Studium nicht beendet und nach einigen Semestern direkt ins Arbeits-

leben gewechselt oder schon vor einem akademischen Abschluß der Einzelne abgeworben und innerbetrieblich weitergebildet.

Dies führt in beiden Fällen (bei den Eltern wohnen und jobben) dazu, daß die Universität als entscheidender Ort für einen bestimmten Lebensabschnitt für die Individuen zunehmend unwichtig wird. Spielt sie keine zentrale Rolle mehr im Leben der Studierenden, so ist es auch nicht mehr zwingend, ihre Rolle in der Gesellschaft, ihre Selbstorganisation und ihre Inhalte zu reflektieren. Vielmehr wird die Forderung an sie herangetragen, den Anspruch auf Ausbildung zu erfüllen und da stehen überfüllte Hörsäle einer erwünschten Qualifikation allemal im Wege.

Aus dieser Perspektive macht die Forderung ‚Mehr Bücher! Mehr Profs! Mehr Räume!' durchaus Sinn, ohne die Ausbildung selbst in Frage zu stellen.

Dies wird auch an dem Phänomen deutlich, daß es gegen Reglementierungen nicht nur keinen Widerstand gibt, sondern diese zum Teil heftig verteidigt werden. Als Beispiele wären die Diskussionen um Zwischenprüfungen und vor allem um das Mindesteinkommen anzuführen.

Beide Beispiele kann man wieder unter dem Begriff der Anerkennung fassen. Ist die Frage der Zwischenprüfungen noch unter dem Motto ‚ohne Prüfungen schaff' ich nix' vordergründig erklärt, so verbirgt sich dahinter doch ein starkes Bedürfnis nach Anleitung, klar erkennbaren Strukturen und Einordnung. Der Student, der sich in der Masse noch völlig nichtig vorkommt, ist in der Prüfung plötzlich gefordert, kann sich als Subjekt fühlen. Besteht er, so erfährt er Anerkennung, wenn auch nur abstrakt in Form einer Note. Diese Anerkennung ist ihm im normalen Vorlesungs- und Seminarbetrieb versagt. Es scheint der Eindruck vorzuherrschen, daß ohne gesellschaftliche Anerkennung in Form bestandener Prüfungen man kein Recht hat zu studieren.

Eine äußerst hitzige Debatte wurde verschiedenenorts über die Forderung nach einem Mindesteinkommen als Ersatz für das stark reduzierte und reglementierte Bafög geführt. Die Argumente dagegen waren, es sei nicht finanzierbar und es sei ungerecht, wenn Kinder von reichen Eltern genauso unterstützt würden, wie Kinder von armen Eltern.

Die Frage warum Studierende überhaupt von ihren Eltern abhängig sein sollten, wurde geflissentlich überhört.

Was da im Gewande sozialer Gerechtigkeit daherkam, entpuppte sich dann eher als Haltung ‚niemand soll etwas kriegen, der's nicht unbedingt braucht'. So war eine ‚bessere' Anerkennung, ‚sozialer Schwachheit' durchaus im Sinne der Mehrheit, die weitere Gängelung durch die Bürokratie blieb jedoch unhinterfragt.

Jenseits der Zuständigkeit der Eltern gilt nur noch der Grundsatz ‚kein Geld ohne Leistung', ohne zu fragen, ob studieren nicht auch eine Leistung ist und entsprechend finanziert gehört. Das Mindesteinkommen wäre die Abschaffung des Leistungsprinzips, die Studenten möchten lieber gerüstet werden für den Konkurrenzkampf von morgen.

Dies markiert einen Utopieverlust, die Vorstellung eines besseren Lebens jenseits individueller Karrierezwänge oder -gelüste. Ergebnis ist ein Sich-Abfinden oder gar Akzeptieren der Wirklichkeit. (...)

Autoritäre Fixierung und bürokratischer Apparat.

Für die in der konservativen Restauration Aufgewachsenen werden die Bewegungsspielräume immer enger, die durch die Aufbruchstimmung der späten 60er und frühen 70er Jahre freigemacht wurden. Der größte Druck geht von der Arbeitsmarktsituation aus, der absichtlich hoch gehaltenen Arbeitslosenquote, die die Individuen in die Anpassung zwingt und zu Bettlern um die eigene Lebensicherung degradiert, dazu auch dem Wohnungsmarkt, der an leistungsstarken Kleinfamilien orientiert ist, sozial Schwache, Ausländer und Studenten nahezu ausgrenzt und letztere damit auch im Elternhaus festhält.

Die Sozialisation in eine ökonomische Angststimmung hinein, bei gleichzeitig unbeschränkter Konsummöglichkeit, hat dazu geführt,

den Individuen jede grundsätzliche Kritik an dieser Gesellschaft auszutreiben. Vielmehr führt diese zu einem autoritären Verhalten, selbst oder gerade dort, wo keine Autoritäten sichtbar werden bzw. zu einer autoritären Fixierung dort, wo man sie zu finden glaubt. (...)

Aber vor allem die Selbstorganisation des Streiks macht autoritäres Verhalten deutlich, jedoch in sehr widersprüchlicher Weise. Die ganze Spontaneität des Streiks erschöpfte sich in einer Kreuzungsbesetzung nach der ersten Vollversammlung und vielleicht einigen kleineren Aktionen. Ansonsten schafften sich die Studenten gleich zu Beginn einen bürokratischen Apparat, der zeigt, daß Politik nur aus Fernsehen und Sozialkundeunterricht bekannt ist. (...)

Autoritäres Verhalten im Streik heißt nicht einmal, daß sich Autoritäten herausgebildet hätten, die sich die Massen unterwarfen (das fand gerade nicht statt, deutet also auf sein Gegenteil hin), sondern umgekehrt, daß Studenten ständig auf der Suche waren, wer jetzt diese Funktion übernehmen könnte. Nachdem sie es geschafft hatten, den Studienbetrieb lahmzulegen, entmündigten sie sich sofort wieder, weil sie ihre plötzlich erlangte Freiheit nicht zu nutzen wußten.

Es mußte Ordnung geschaffen und diese mit allen Mitteln bewahrt werden. Schließlich wurde die Ordnung wichtiger als jede Selbstverständigung und hysterisch Selbstunterwerfung gefordert und praktiziert.

Die Furcht, von irgendjemandem benutzt zu werden, der Verzicht, auf vorhandene Institutionen wie z.B. den AStA zurückzugreifen und die völlige Neuschaffung von Strukturen scheinen andererseits darauf hinzudeuten, daß die Studenten gerade nicht mehr nach dem autoritären Muster reagieren. Das trifft sicher zu auf Strukturen, die formal demokratischer sind als die gängigen, nicht jedoch für die Verhaltensunsicherheit innerhalb dieser Strukturen. Inwieweit hierin eine Politisierung stattgefunden hat, bleibt abzuwarten. (...)

Positiv ist sicher, daß die Anonymität sich durch den Streik teilweise aufgehoben hat, die Erfahrung der Vereinzelung aufgebrochen ist. Dies ist nicht nur die wichtigste Erfahrung der an dem Streik beteiligten Individuen, sondern auch grundlegend für die Schaffung von Kommunikationsstrukturen, der Austausch-, Diskussions- und Handlungsmöglichkeit der einzelnen untereinander. Die Stufe der Politisierung ist dadurch noch nicht erreicht.

Vielleicht ist die Wahrnehmung der Möglichkeit von Handeln ein wichtiger Effekt, eine veränderte Qualität erreicht Politisierung allerdings erst dort, wo die Widersprüche der Interessen und der Umgang der Herrschenden mit ihren Kritikern real erfahren und erlitten wurden.

Gute Beispiele sind die magere bis falsche Darstellung des Streiks in der Presse, was zu der Besetzung des Rundschau-Hauses führte (die sogar Erfolg hatte, die Berichterstattung verbesserte sich), der Besuch von Jurastudenten auf dem Weihnachtsmarkt, der ihnen schlagartig klarmachte, wie wenig sich die Frankfurter Bürger mitsamt ihrem Oberbeamten die Weihnachtslaune durch die Probleme der angehenden Akademiker verderben lassen wollten oder der Ausschluß von Studenten aus der live übertragenen ZDF-Talk Show in der Alten Oper.

Überall dort wurde die Ablehnung durch die Gesellschaft sichtbar, wohingegen der gängige Umgang mit den Streikenden in Anbiederung bestand, Solidarität heuchelnd der Interessenkonflikt unter den Tisch zu kehren versucht wurde.

Von der Euphorie zur Selbstüberschätzung

Größtenteils ist dies auch gelungen, weil die Studenten ihren Protest nie ernst genug genommen haben. So konnte (Unipräsident) Ring zwei Tage vor der Kongreßhallen-Vollversammlung freimütig in der Presse erklären, man müsse den Studenten ein Ventil geben und in der Tat, berauscht von ihrer eigenen Massenhaftigkeit vergaßen sie ganz, für den nötigen Druck zu sorgen, um neben viel Sympatie auch mal ein bißchen Schrecken zu verbreiten.

Die Vermutung liegt nahe, daß im wesentlichen völlig egal war, was auf der bald legendären Versammlung abgestimmt wurde, wenn noch bloß ein öffenlichkeitswirksames Papier verabschiedet war. Nach den Diskussionen und vor allem der Nicht-Diskussion der Vorwochen war es durchaus verwunderlich, was da am kritischen Auge und Ohr der Masse vorbei die Hände nach oben fliegen ließ. Es ist anzunehmen, daß das Stimmvolk seine eigene Resolution nicht ernst nahm.

Diese Art von PR-Aktion ist gerade das Gegenteil von Politisierung. Es dient vielleicht für Geschichten, aber ansonsten war der Effekt der, daß die Bewegung damit zu Ende ging, einfach auch weil man danach nichts Großartigeres mehr inszenieren konnte.

Die allgemeine Euphorie während der Streiktage war relativ stumpf, der eigenen Situation sehr wenig bewußt. Sie war eine Euphorie nur über sich selbst, verlor darüber den Überblick und geriet zur Selbstüberschätzung. Der Streik begann mit einem fast hysterischen Aktionismus, man hetzte von einer Aktion zur anderen, von Veranstaltung zu Veranstaltung, von Vollversammlung zu Vollversammlung. Es war, als wolle man sich jeden Moment der Selbstbesinnung abschneiden aus Furcht, es könne schon gleich wieder alles zu Ende sein.

Es ist sehr viel passiert, hat sich jedoch schnell erschöpft. Jede Aktionsform hat sich während des Streiks irgendwann totgelaufen, so

blieb zum Ende hin nur noch Langeweile und der Wunsch, der Streik möge doch bald zu Ende gehen.

Die Individuen haben sich zwar teilweise als Subjekte wieder wahrgenommen, ihre Handlungen allerdings nicht bewußt gesteuert, vielmehr dem Zwang ständiger Aktion unterworfen. Die Gefahr ist, daß dies alles Episode bleibt, nicht mehr als den Stellenwert eines Urlaubs vom Unialltag besitzt. Ein Rückfall von der allgemeinen Euphorie in allgemeine Resignation wäre fatal.

Daran aber mißt sich, inwieweit eine Politisierung im Streik stattgefunden hat.

Die Offenheit für eine Wiederaufnahme des Protestes ist gewahrt worden. Ob sie genutzt werden kann, muß die Zukunft erweisen.

Linke Liste 1989

La misère de l'éducation universitaire ou du monde en générale?

Die AG „Französische Verhältnisse II" fand sich in den ersten Tagen des Frankfurter Uni-Streiks 1988/89 zusammen. Anlaß war es, eine Kritik an der Hochschule, ihrer inneren Verfaßtheit und ihrer gesellschaftlichen Funktionen zu formulieren. Ein konstituierendes Moment der AG war und ist, sich in den vorherrschenden Inhalten und Formen des Streiks nicht wiederfinden zu können, bzw. zu wollen. Daß dies in all der Tristesse studentischer Standespolitik zumindest nicht nur das Anliegen Einzelner war, zeigte das Interesse ständig neu hinzukommender Studierender. Nachstehender Text ist auf Grundlage eines Flugblatts („Mehr Drops, mehr Mehr, mehr Träume!") entstanden und stellt eine Zusammenfassung kontroverser Diskussionen der AG dar. Fragen zu dem Bildungssystem und den neoliberal geprägten Debatten um Bildung(spolitik) werden entlang der Parole „Mehr Profs, mehr Bücher, mehr Räume!" diskutiert, die sich in diesem Streik als so merkwürdig mobilisierungsfähig erwiesen hat.
(Anmerkung der Redaktion)

„Mehr Profs, mehr Geld, mehr Räume" - so artikulierte sich in den ersten Streiktagen das unmittelbare Unbehagen an den Hochschulen. Diesem kleinsten gemeinsamen Nenner konnten sich scheinbar alle Angehörigen der Universität anschließen. Gegen mehr Stühle - erst recht bequemere - ist in der Tat nichts einzuwenden. Sehr unklar wirkte dabei jedoch, wogegen frau sich richten, mit wem man sich zusammentun und wofür man/frau eigentlich streiken will?! Die Worte Konsens und Dialog sind zu Anfang des Protests sehr häufig und schnell gefallen - so als wäre schon alles ausdiskutiert, so als gäbe es übereinstimmende Interessen zwischen allen Studierenden, den Profs, dem Präsidium und den Ministerien. Wer gegen das allgemein anerkannte Konsensprinzip opponierte oder nur den Versuch unternahm, sich einen Überblick über die unterschiedlichen Interessenlagen und Strategien zu verschaffen, bekam prompt den Vorwurf der „Spaltung" entgegengeschleudert und wurde als zu politisch abgekanzelt.

An der Freude über die allgemeine Zustimmung scheint sich aktuell etwas zu ändern: Irgendwie macht es doch stutzig, daß sämtliche bildungspolitischen Instanzen, FAZ, Bild und selbst der Börsenchef unentwegt ihre Solidarität bekunden. Was ist das für ein Streik, der scheinbar keine Gegner hat? Und wohin mit all den erarbeiteten Forderungen?[1]

Zumindest signalisiert die allumfassende Allianz zur Beteuerung der Bildungs"misere", daß das Modell der Hochschulen der 70'er und 80'er Jahre an sein Ende gekommen ist. Niemand will sie mehr, die gewohnte Massenuniversität: seitens der Politiker gilt sie als den „neuen Herausforderungen" nicht gewachsen und als zu teuer; ProfessorInnen sehen sich durch den wachsenden Arbeitsaufwand in der Lehre in dem eigentlich reputationsträchtigen Bereich, der Forschung, eingeschränkt; ausbildungsambitionierten Studierenden garantiert sie weder eine gute Ausbildung noch zukünftige Posten; andere verzweifeln an der Irrelevanz der Lehrinhalte und an disziplinären Fachborniertheiten und kritisieren die autoritären Reglementierungen des institutionellen Betriebs.

Angesichts dieses diffusen Hypes von Bildungspolitik erschien es uns notwendig, die verschiedenen Interessen der beteiligten Akteure von Modernisierung, bzw. Veränderung auseinanderzudividieren.

„...mehr Profs..." oder die Forderung nach Autorität.

Sicher, auch für Profs ist es anstrengend und der wissenschaftlichen Weihe irgendwie unangemessen, Seminare in überfüllten Räumen abzuhalten. Insofern verwundert es auch nicht, wenn sie sich solidarisch erklären. Einen eigenen Protest zu organisieren, fällt ihnen aber offensichtlich nicht ein; die Probleme lassen sich ja auch anders angehen: in Losverfahren, rigidem Durchraselnlassen und anderen Ausschlußmechanismen haben ProfessorInnen ihre ganz privaten Lösungen gefunden. Im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften etwa kursiert seit geraumer Zeit ein internes Papier, in dem ProfessorInnen und wissenschaftliche MitarbeiterInnen Techniken zur Reduzierung der Seminargröße erarbeitet haben; wie etwa „überschüssige" Studierende freundlich, aber wirkungsvoll hinauszukomplimentieren sind.

Aber auch unabhängig davon, wie weitgehend Profs Verschlankungsdiktate - mehr oder weniger protestlos - nach unten weitergeben, gibt es grundsätztliche Statusunterschiede: noch bestimmen die Profs qua staatlich verliehener akademischer Würde die Lehrinhalte, verteilen Scheine und wählen ihren Nachwuchs aus; Studierende haben, wenn überhaupt marginalen Einfluß auf Semesterpläne, Scheinanforderungen oder TutorInnenstellenvergabe.

Durch die Forderung, studentische Aktionen mit ProfessorInnen gemeinsam durchzuführen, werden die bestehenden Machtbeziehungen zwischen Studierenden und Lehrpersonal verdeckt und die autoritäre Struktur des Seminarbetriebs reproduziert. Insofern ist der im Streik immer wieder geäußerte Wunsch nach einem Schulterschluß mit den Profs mehr als fragwürdig. Mit der Forderung nach Aufstockung der finanziellen Mittel werden obrigkeitliche Strukturen innerhalb der universitären Ausbildung nicht mal angekratzt. Die universitären Me-

chanismen, erfolgreiche von weniger erfolgreichen Studenten zu scheiden, durch Zwischen- und Abschlußprüfungen, benotete Scheine etc., können durch bessere Ausstattung ebensowenig beseitigt werden.

„...mehr Geld....“ oder „Freiheit ist anstrengend“

Mit der bloßen Forderung nach besserer materieller Ausstattung der Hochschulen wurde bislang nicht thematisiert, wie die jetzige Situation entstanden ist. Die Bildungsreform der frühen siebziger Jahre wurde 1977 durch den sogenannten Doppelbeschluß der Kultusministerkonferenz gestoppt. Der Beschluß lautete, die teilweise Öffnung der Unis aufrechtzuerhalten, sie aber nicht entsprechend der höheren Studierendenzahlen auszustatten. So braucht sich eigentlich niemand zu wundern, daß diese Entscheidung, die die Hochschulen seit zwanzig Jahre schleichend „austrocknen“ läßt, zwangsläufig zu „unhaltbaren Zuständen“ geführt hat. Dies war vorauszusehen - und gewollt. Es ist zudem gelungen, diesen selbstgeschaffenen Notstand politisch als Folge zu hoher Studierendenzahlen auszugeben.

Auf diese „Misere“ wird innerhalb der Hochschulen technokratisch reagiert. Mögliche, teilweise bereits praktizierte Methoden heißen Studiengebühren, Numerus Clausus, Zwangsexmatrikulation, etc. Manche ProfessorInnen suchen über Losverfahren ihre Lösung der Probleme, ganze Studiengänge schotten sich durch eine strenge Zugangslimitierung ab (und werden entsprechend gefördert), der Fachbereich Jura macht sich nicht einmal mehr die Mühe, das Studium an der Universität zu gewährleisten, und verweist auf teure private Repetitorien. Für „Bildungsausländer“ ist die Zahl der Studienplätze und die gewährte Studiendauer beschränkt. Ob durch die Abiturnote, die Staatsangehörigkeit, Glück oder finanzkräftige Verwandte - individuelle Lösungen gibt es viele.

Aber wie gesagt: Die Rede von der Misere der Bildung wird derzeit nicht nur an den Hochschulen selbst geführt; das ganze Land ist sich über dringenden Handlungsbedarf einig. So muß man/ frau, wenn über die Defizite der derzeitigen Universitäten gesprochen wird, aufpassen, sich nicht plötzlich neben dem Bundes-Herzog wiederzufinden: Im angeblich „rohstoffarmen“ Deutschland sei Bildung eine wichtige Ressource in der „Standortkonkurrenz“. Ins gleiche Horn bläst der DGB Frankfurt in seinen Solidaritätsgrüßen, in denen er studentische Bildung in ihrer Bedeutung als Standortfaktor verteidigen möchte, das internationale Ansehen des Hochschulstandorts Deutschland sei gefährdet.

„Wir studieren für den Standort Deutschland.“

Der Logik der Standortkonkurrenz folgend will auch die herrschende Politik nicht die Abschaffung der Universitäten, sondern effizientere, verschlankte, nach Marktkriterien funktionierende Hochschulen. Unter Effizienz wird dabei verstanden, möglichst flugs nur noch so viele Leute in Hochschulen zu qualifizieren, wie es für den Standort Deutschland brauchbar erscheint - eine kleine Wissenschaftselite auf der einen Seite, streng berufsqualifizierend Ausgebildete auf der anderen. Funktionalität zählt. Intern soll Effizienz durch Rankinglisten, Evaluierungsverfahren und permanente Quantifizierungen und Kontrollen von vorgeblichen „Studienleistungen“ umgesetzt werden.

Solche Tendenzen lassen sich als Bestrebungen bestimmen, die Gesellschaft nach neoliberalen Gesichtspunkten zu reorganisieren, noch jeden gesellschaftlichen Bereich marktwirtschaftlichen Kriterien direkt zu unterwerfen. In der universitären Forschung etwa wird die staatliche Alimentierung an Drittmittel gebunden. Gibt Dir „VW“, so gibt Dir auch der Staat; ebenso der Unsinn, Finanzmittel an die Anzahl der Publikationen zu knüpfen. Das Dogma des neoliberalen Projekts, der Markt sei unser Segen, wird dabei auch auf den Bildungsbereich übertragen.

Das Fatale an der Debatte um den Standort ist, daß die Konkurrenz aller gegen alle als unausweichliche Gegebenheit erscheint. Wie ein natürlicher Kriegszustand, „jeder ist des anderen Wolf“, wie auch jeder Staat des anderen Feind ist. Globalisierung als naturgegebener Kriegs-

zustand.
Anstatt sich von solchen Diskussionen zu distanzieren, wurde im Verlauf des Streiks häufig auch von studentischer Seite auf sie zurückgegriffen; der Slogan „Bildungsnot ist Deutschlands Tod" ist Ausdruck hiervon. Uns fällt nicht ein, weshalb Deutschland leben sollte.

Der von studentischer Seite scheinbar so trickreiche Versuch, - wenn's denn einer ist - sich auf die Prämissen und damit auch auf die Konsequenzen der herrschenden Politik einzulassen, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als etwas, daß so doch eigentlich nicht beabsichtigt sein kann.

Diejenigen, die ihre Sorge um Deutschlands Zukunft unverdrossen auf ihre Plakate schreiben, glauben genügend Argumente an der Hand zu haben, die eigene Nützlichkeit für's „große Ganze" nachweisen zu können; vermeintlich geschickt, die eigenen Anliegen in ihrer „Wichtigkeit" für's nationale Wohl zu thematisieren.[2] Wer kann sich schon eine Gesellschaft ohne professionalisierte Anwältinnen, Ingenieure und MedizinerInnen vorstellen?! Wer denkt in Zukunft „Elite"positionen einnehmen zu können, kann die Karte der Funktionalität zur eigenen Privilegiensicherung leicht ausspielen; denn die Verlierer sind natürlich immer die anderen.

Aber selbst innerhalb der Hochschule kann unter der herrschenden Verknappungslogik die Rechnung irgendwie nicht aufgehen, wenn - wie derzeit - 40% eines Jahrgangs dasselbe denken. Standortkonkurrenz und naturgesetzhafte Sparzwänge auf der einen Seite, Massenhochschulen auf der anderen Seite lassen sich eben nur schwierig vereinbaren. Ebensowenig ist in dieser Marktlogik Platz für Selbstbestimmung oder gar kritische Reflexion darüber, was mensch an der Hochschule für wen und warum überhaupt macht; vom Blick über den eigenen Tellerrand hinaus mal ganz zu schweigen!

Sich auf den Diskurs der Standortkonkurrenz einzulassen, heißt gesellschaftliche Verhältnisse in Kauf zu nehmen, die Leute notwendig und unablässig nach Gewinnern und Verlierern sortiert. In der Propaganda vom Wettbewerb ist die ideologische Formel vom „Wohlstand für alle" längst aufgegeben; sollen eben eine Vielzahl von Leuten den Gürtel enger schnallen, während andere gleich ganz aus dem Reproduktionsprozeß verabschiedet sind. Tja, schade, eben leider nicht nützlich oder modernisierungsfähig/-willig gewesen.

Die Herrschaft des Sachzwangs

Wie überall werden auch bezüglich der Hochschulen solche Bestrebungen mit der ausdenOhrenherauskommenden „Ebbe der öffentlichen Kassen" und den daraus resultierenden „Sachzwängen" legitimiert. Mit diesen werden sicherlich auch studentische Forderungen nach besserer Austattung konfrontiert. Sachzwänge, so scheint es, lassen sich schlechterdings nicht bekämpfen. Da zur neoliberalen Strategie jedoch gehört, die Staatsquote kontinuierlich zu senken, ist der vermeintliche Sachzwang das Resultat eben dieser Politik. Herrschende Politik unterliegt nicht natürlichen Sachzwängen, sondern setzt Prioritäten (siehe Doppelbeschluß der KMK), deren Konsequenzen wiederum als periodisch hereinbrechende Unausweichlichkeiten verkauft werden. Man darf sich halt nicht wundern, daß man naß wird, wenn man ins Wasser springt. Insofern könnt Ihr uns mit Eurem Sachzwang.

Vor diesem Hintergrund erweist sich auch die von studentischer Seite geäußerte Forderung nach Geld für Bildung statt des Eurofighters als verkürzt. Das Argument bleibt brav in der Logik, daß das Geld knapp ist von daher um die „vernünftigeren" Ausgaben zu streiten sei.

Bildung für alle? Welche Bildung? Für alle?

Die Vollversammlung der Frankfurter Universität beschloß, den Streik unter das Motto „Bildung für alle" zu stellen und knüpft damit an eine Losung aus den 70'er und 80'er Jahren an, die jedoch als Forderung abstrakt bleibt und dies immer auch war: Es wäre romantisierend, die partielle Öffnung der Bildungsinstitutionen in den 70'ern als Infragestellung der Hochschulen als „exklusive Orte" anzusehen. Niemals wurde allen ein Studium ernmöglicht, immer privilegierte ein Abschlußtitel. Die „Bildungsoffensive" der 70'er war immer auch an die Vorstellung gebunden, daß Verwertung umso besser gelingen möge, je höher der gesamtgesellschaftliche (Aus-)Bildungsgrad ist. „Bildung für alle" stand und steht nationalistischen Ambitionen also nicht notwenig entgegen.

Im Unterschied zum heutigen Standortgewäsch wurde damals noch davon ausgegangen, daß prinzipiell alle StaatsbürgerInnen nützlich sein könnten, Forderungen nach Chancengleichheit und einem „Recht auf Bildung" konnten also legitimerweise erhoben werden. Hiervon hat sich die vorherrschende Überzeugung längst verabschiedet. Nicht mehr jede/r wird fürs nationale Projekt gebraucht, so heißt es. Heute muß jede/r seine/ihre Leistungsfähig- und willigkeit nachweisen, während gleichzeitig locker von struktureller Arbeitslosigkeit gesprochen wird. Insofern ließe sich derjenige Teil des gegenwärtigen studentischen Protests, der „Bildung für alle" fordert, auch als ein Kampf sehen, der in neoliberalen Zeiten an angeblich überholten Vorstellungen, wie etwa Gleichheit und Gerechtigkeit, festhält; auf daß er erfolgreich sein möge!

Dabei ist jedoch zu beachten, daß die Forderung nach Bildung aller an einer abstrakten Gleichheitsvorstellung festhält, die durch die

bestehenden ökonomischen, kulturellen und sozialen Ungleichheiten nicht gewährleistet ist. „Bildung für alle“ kann auch darauf abzielen, die Konkurrenz der „freien Individuen“ möglichst unabhängig von der sozialen Herkunft erst nach der Ausbildung stattfinden zu lassen; zwar Wettbewerb und soziale Ungleichheit, aber bitte gerecht.

Vollkommen aus dem Blick geraten die Unterschiede, die gerade durch die Bildungsinstituitionen hergestellt werden: Daß der Status innerhalb der Gesellschaft vor allem an Berufs- bzw. Bildungstitel gebunden ist, ergibt sich notwendig aus einem hierarchisch gegliederten Bildungssystem. Soziale Ungleichheit wird geschaffen.

Es ist wieder salonfähig geworden, dies durch „an sich“ vorhandene unterschiedliche Begabung zu legitimieren. Daß es einen sozialen Zusammenhang gibt zwischen der sozialen Herkunft und dem Schulabschluß, wird schlichtweg verleugnet. Es ist blanker Zynismus, wenn Roman Herzog ein hierarchisches Bildungssystem als „Dienst“ an „verschiedenen Menschennaturellen“ verkauft.

Auch wenn die Studenten heute nicht mehr mit Sicherheit die Elite von morgen sind, weil frau auch mit Hochschulabschluß trotzdem oft Taxi fährt, verbleibt die Forderung nach Bildung aller ständisch, wenn sie nicht die staatlich institutionalisierte Einrichtung des Ausbildungsbetriebes mitreflektiert. Studentischer Protest, der ausschließlich die akademische Bildung im Sinn hat, läuft Gefahr, nur den alten und folgenreichen „Unterschied“ zwischen Hochschulen und niedriger rangierenden Bildungseinrichtungen wie Berufsschulen wiederherstellen zu wollen. (Aus-)Bildung hat in dieser Gesellschaft immer den Aspekt, als Konkurrenzvorteil vorrangig im Wettbewerb auf dem Arbeitmarkt zu wirken und somit soziale Ungleichheit mitzustrukturieren. Der Zugang zur Hochschule ist nur deshalb so bedeutsam und attraktiv, weil er nach wie vor die Bedingung (wenn auch nicht mehr hinreichende) für den Eintritt in privilegiertere Berufe darstellt; dies immer vor dem Hintergrund einer ganzen Reihe „mieserer“ Jobs (schlecht bezahlt, langweilig, monoton...).

So hilft es vielleicht auch nicht viel weiter, mehr Bildung oder Bildung für alle zu fordern, wenn damit nicht nur die verbesserte Ausgangsbedingung eines Standes innerhalb einer auf Konkurrenz beruhenden Gesellschaft gemeint sein soll. Wem die Wiederherstellung des vorherigen Status quo von Bildung zu wenig ist, kommt um eine strukturelle Kritik an „Bildung“ nicht herum.

Die Forderung nach „besseren Studienbedingungen“ ist kein gemeinsamer Nenner, sondern bleibt in ihrer Unbestimmtheit für alle Optionen offen und ermöglicht es denjenigen, die frau nun wirklich nicht an ihrer Seite haben möchte, sich positiv auf den Protest zu beziehen. Vielleicht wäre es mal an der Zeit, sich nicht permanent gegen unerwünschte Umarmungen zu verwehren, sondern die Inhalte und Formen des Streiks daraufhin zu befragen, wieso sie so verdammt leicht zu vereinnahmen sind. Um sich mit Forderungen gegen herrschende Politik zu wehren, müssen diese inhaltlich gefüllt werden. Bleiben eine Vielzahl der studentischen Anliegen weiterhin so mager bis borniert, könnte sich der Protest letztendlich als neoliberaler Modernisierungsfaktor auswirken.

Bildung für alle heißt für uns mehr als die Abwehr derzeitiger Kürzungen und den defensiven Erhalt bisheriger universitärer Strukturen. Es heißt für uns Kritik an der hierarchisierenden und selektierenden Funktion von Bildungsinstitutionen in dieser Gesellschaft. Es heißt die Abschaffung aller formalen Zugangsbeschränkungen, darüberhinaus aber auch die Kritik an gesellschaftlichen Verhältnissen, die den Zugang, die Legitimität und die Zeit zu „Wissenserwerb“ beschränken und ungleich verteilen.

Und somit stoßen wir in Galaxien vor, die noch kein Mensch zuvor gesehen hat!

Tout va bien!
AG Französische Verhältnisse II

Fußnoten:
1 Dies steht etwa im Gegensatz zu dem 93/94‘er Streik, der sich am sogenannten „Eckwertepapier“ der Hochschulstrukturreformkommission entzündete. Damals wurde unter dem Motto „Keine Deform mit uns. Keine Reform ohne uns.“ ein studentischer Abwehrkampf geführt, der sich zentral an der Konfliktlinie Studierende vs. Bildungsministerien orientierte.
2 Dabei verblüfft allerdings, daß sich die Studierenden selbst nur marginal als WissenschaftlerInnen zu verkaufen versuchen. Von Forschung wird bislang sehr wenig geredet. Hierin artikuliert sich ein in der Normalität des Hochschulbetriebs durchgesetztes Verständnis von Hochschulen als Lehr-, und eben nicht Forschungsanstalten.



Studierendenproteste gegen Studiengebühren und Entdemokratisierung 2003-2006

Demokratische oder autokratische Hochschule

Zur Neufassung des Hessischen Hochschulgesetzes

Alex Demirovic in FORUM Wissenschaft (12.11.2004)

Ein leichtes Lüftchen demokratischen Engagements und wissenschaftlicher Innovation hob die Rockschöße der Talare in den 1960er Jahren - zumindest ein wenig. Gegenwärtig wird die Demokratisierung der Hochschulen mit Verve zurückgefahren. Sie sollen erneut zu Förderanstalten willfährigen Untertanengeists werden, wie sie dies so lange während des 19. und 20. Jahrhunderts waren. Alex Demirovic über die Neufassung des Hessischen Hochschulgesetzes, das Duodezfürsten, Willkür und Autoritarismen hervorbringt. (Anmerkung der Redaktion)

Wir leben in einer Demokratie. Später einmal wird man fragen, ob wir an die Demokratie glaubten - so wie wir heute fragen, ob die Griechen an ihre Götter glaubten. Welche Bedeutung haben wohl solche Überzeugungsformeln wie Demokratie, die wir wie eine Monstranz vor uns hertragen? Wo ist die Demokratie? Nicht in den Unternehmen, ein wenig in den Parteien, gering in den Fraktionen des Parlaments, nicht in der Regierung, der Verwaltung, der Polizei, der Bundeswehr. Nicht in den Schulen, auch nicht in den Universitäten, dem Ort der modernen Gesellschaft, wo aufgrund grundgesetzlicher Verbürgung Freiheit, Meinungsäußerung, Kritik institutionalisiert sein sollen. Nun belehrt der Entwurf zu einem neuen Hessischen Hochschulgesetz auch diejenigen eines besseren, die vielleicht noch Illusionen gehabt haben mochten. Illusionen, die sich einstellen konnten, nachdem durch die studentische Protestbewegung der 1960er Jahre die damaligen technokratischen Hochschulreformbemühungen aufgehalten worden waren und ein leichtes Lüftchen demokratischen Engagements und wissenschaftlicher Innovation die Rockschöße der Talare ein wenig anhob. So konnte eine kurze, unerwartete Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen stattfinden, die sich gegenwärtig so sehr bemühen, ihrem Gravitationsgesetz zu entsprechen und wieder zu den Förderanstalten willfährigen Untertanengeists zu werden, die sie so viele Jahrzehnte während des 19. und 20. Jahrhunderts waren.

Ungeliebte Wissenschaft

Ohne Zweifel, die Lage der Hochschulen schreit nach Reformen, denn die weniger als halbherzige Öffnung und Demokratisierung der Hochschulen hat eigene negative Folgen hervorgebracht. Zu beklagen ist das numerische Missverhältnis zwischen Lehrenden und den Studierenden, das dadurch entstanden ist, dass die Zahl der Hochschullehrer¬Innen nur in ganz geringem Maß mit der Zahl der Studierenden gewachsen ist. Die Lehrenden ersticken unter den Belastungen von Gremienarbeit, Verwaltung, Prüfung, Betreuung, Einwerbung von Drittmitteln, überfüllten Seminaren. Eine gründliche Vorbereitung der Lehrveranstaltungen ist kaum noch möglich, eigene wissenschaftliche Arbeit wird zur Utopie, die sich erst mit der Rente wird verwirklichen lassen. Die Studierenden können zufrieden sein, wenn sie im Laufe mehrerer Semester ein kurzes Gespräch mit den Dozierenden haben oder schließlich einen Prüfer finden. Sie sind nicht geliebt: den HochschullehrerInnen sind sie einfach lästig, weil es so viele sind; sie sollen arbeiten und Geld verdienen, gleichzeitig gut und möglichst kurz studieren; dauert es dann etwas länger, werden sie endgültig eine Belastung der SteuerzahlerInnen: eine Überlast, die es abzubauen und zu bekämpfen gilt, weil hier wie überall der gefährliche „Sozialschmarotzer“ lauert, der das Semesterticket oder die Krankenversicherung in Anspruch nehmen will. Die Öffnung der Hochschulen war eine gegen den offensichtlichen Widerstand der Institution. Der Anteil der Studierenden am Altersjahrgang ist in Deutschland mit knapp über 30 Prozent ohnehin geringer als in anderen vergleichbaren Ländern. Darüber hinaus sind die Enttäuschungen unter den Studierenden groß, etwa ein Viertel von ihnen bricht das Studium ab. Die Selektionen finden nicht nur vor den Toren der Universität statt, sondern auch durch die materiellen Zwänge des Erwerbs und durch die Studienmodalitäten, die wenig Freude aufkommen lassen und die Erfahrung der fröhlichen Wissenschaft kaum ermöglichen, ja, nicht einmal dulden. Deswegen freut man sich, wenn es zu öffentlichen Diskussionen über die Entwick¬lung der Hochschulen kommt - was viel zu wenig geschieht, so als sei das Schicksal der Hochschulen einer an Innovation und Wissen orientierten Gesellschaft gar nicht wichtig. Demokratische PolitikerInnen müssten dankbar für eine solche Aufgabe sein, die Reformen an den Hochschulen voranzubringen und sie wieder zu einem Ort der Wissenschaften und der wissenschaftlichen Ausbildung zu machen - gehört es doch zu ihrem Metier, die gesellschaftlichen Verhältnisse als Ergebnis ihres politischen Handelns zu sehen. Erfreulich ist deswegen, wenn Bundes- und Landesregierungen sowie die Gesetzgeber sich dieses Problems annehmen, Strukturreformen vornehmen und die finanzielle Situation verbessern. Allerdings fallen die Lösungen, die

den Politikern einfallen, in hohem Maße inkompetent aus; von mal zu mal wäre man enttäuscht worden - hätte man überhaupt die Erwartung auf gute Lösungen durch die Politik. Nun möchte die hessische Landesregierung das seit 31. Juli 2000 geltende Hessische Hochschulgesetz (HHG) verändern. Mit einer Verabschiedung des vorliegenden Entwurfs der Änderungen würde der Gesetzgeber auf zweierlei verzichten. Er verzichtete für die Geltungsdauer des Gesetzes auf die Möglichkeit, die Hochschulen unter demokratischer Kontrolle politisch zu lenken. Denn das demokratische Organ, das Parlament, würde sich entscheiden, einen weiteren Teil seiner Kontrollmacht an die Hochschulen abzutreten. Anstatt also die demokratische Verantwortung zu übernehmen, wird gerade dann, nachdem die Universitäten in ein Desaster hineinregiert wurden, von der Politik in Unverantwortlichkeit geflüchtet. Es heißt Autonomie, aber letztlich sollen die Hochschulen einfach selbst sehen, wie sie zurechtkommen. So wird, zweitens, die Misere verwaltet, indem sie der Hochschulbürokratie überantwortet wird. Denn die Gesetzesänderungen zielen nicht darauf, die Demokratie an den Hochschulen, ihre Handlungsautonomie und ihre Wissenschaftlichkeit zu stärken. Vielmehr verbreitet das Gesetz einen derart undemokratischen, ja antidemokratischen Geist, dass man sich fragen muss, ob das Parlament sich nicht selbst aufgäbe, wenn es einem solchen Entwurf Gesetzesrang gewähren würde. Erinnern wir uns kurz, was laut HHG in der bestehenden und auch zukünftig gelten sollenden Fassung das Ziel der Hochschulen ist: Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und Künste sowie Verwirklichung des Rechts auf Bildung durch Forschung, künstlerisches Schaffen, Lehre, Studium und Weiterbildung in einem freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat; Vermittlung einer wissenschaftlichen Ausbildung, mithin der Erwerb der Fähigkeit zur selbständigen Anwendung und Ent¬wicklung von wissenschaftlichen Methoden und Erkenntnissen, eines wissenschaftlich-kritischen Denkens mit fachübergreifenden Bezügen; Vorbereitung auf berufliche Aufgaben, bei denen diese Fähigkeit erforderlich oder nützlich ist; darüber hinaus sollen Hochschulen auch an der sozialen Förderung der Studierenden mitwirken.

Zensur und Ideologieverdacht

Der Bezug der wissenschaftlichen Arbeit in Lehre, Forschung und Studium auf den freiheitlichen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat ist also klar und deutlich hergestellt. Selbständiges und kritisches Denken soll gefördert werden. Nun stellt sich die Frage, ob die Hochschulen dies überhaupt können, ob sie als Organisationen und die Einzelnen, die hier arbeiten, solche Fähigkeiten vermitteln können. Das HHG beruft sich selbstverständlich auf Artikel 5 des Grundgesetzes, auf die Regelung, dass Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre frei seien. Doch diese Freiheit nimmt im Detail des Gesetzestextes die eigenartige Gestalt einer besonderen Wissenschaftsauffassung an. WissenschaftlerInnen seien frei, Gegenstand und Methode der Forschung zu bestimmen. Dies wird präzisiert, wenn es heißt, die Freiheit der Forschung umfasst insbesondere die Fragestellung, die Grundsätze der Methodik sowie die Bewertung des Forschungsergebnisses und seine Verbreitung. Als Wissenschaftler stutzt man und fragt sich, wie viel Freiheit durch eine solche Regelung wirklich möglich sein wird. So weiß man ja, dass Bewertung innerhalb der Wissenschaften nach dem Postulat der Wertfreiheit durchaus der Selbstzensur der Disziplinen untersteht. Indem der Gesetzgeber die Freiheiten der Gegenstandswahl und der Methoden einräumt, schützt er wohl einzelne Bereiche wissenschaftlicher Arbeit vor staatlichem Zugriff, isoliert sie aber innerhalb des wissenschaftlichen Gesamtprozesses als einzelne Freiheiten und privilegiert damit bestimmte Wissenschaftsauffassungen und -instanzen, die dann gerade durch solche Unterscheidungen ihre Macht entfalten können. Andere Wissenschaftsverständnisse, die - wie die kritische Gesellschaftstheorie - Methode, Gegenstand, inhaltliche Einsicht und Bewertung nicht trennen wollen, könnten schnell zur Ideologie erklärt werden, für die die Freiheitsgarantie der Wissenschaft dann gar nicht gilt. Kommen wir zurück zum Wortlaut des Gesetzes. Wenn hier gleichsam unterstrichen wird, dass „insbesondere" Fragestellung, methodische Prinzipien und Bewertung frei sind, wird man sich als WissenschaftlerIn sofort skeptisch fragen, welche Freiheiten durch diese euphemisierende Hervorhebung des „Insbesonderen" eingeschränkt werden sollen. Das ist der Prozess der Forschungs- und Lehrtätigkeit als ganzer, und es sind vor allem die konkreten Inhalte, die Erkenntnisse, also das, was die WissenschaftlerInnen eigentlich am meisten interessieren sollte. Beides, die wissenschaftliche Bemühung und die Erkenntnisinhalte, kommen dort zusammen, wo das Gesetz von der Organisation spricht. Die Hochschulorgane haben das Recht zu Eingriffen in die Forschung, wo es sich um die Organisation des Forschungsbetriebs, die Förderung und Abstimmung von Forschungsvorhaben und um die Bildung von Forschungsschwerpunkten handelt. Diese Eingriffsrechte berühren genau genommen das Wesentliche der Freiheit der Wissenschaft. Denn

wenn man frei ist bei der Wahl des Gegenstands und der Methode, dann müssen die WissenschaftlerInnen auch darüber entscheiden dürfen, wie der Forschungs- und Erkenntnisprozess beschaffen ist, der es ihnen erlaubt, auf der Grundlage des gewählten Gegenstands und der Methoden zu wissenschaftlichen Inhalten zu gelangen. Die inhaltliche Wahrheit ihrer Forschung liegt ja nicht im Gegenstand, den man nur einfach einmal richtig - mit der richtigen Brille - betrachten muss. Die inhaltliche Arbeit ist selbst ein langer Prozess von Nachdenken, Einsicht, Diskussion, Publikation. Die wissenschaftlichen Inhalte ihrer Arbeit sind den WissenschaftlerInnen ja nicht äußerlich oder gar gleichgültig, sie werden sich ihnen in vielen Hinsichten ihres täglichen Lebens, ihres Denkens und Fühlens verpflichtet fühlen. Sollte ihnen das alles egal sein, dann würde man wohl kaum annehmen dürfen, dass die Hochschule ihrem gesetzesmäßigen Zweck entspräche, nämlich zum Recht auf Bildung durch Forschung beizutragen. Dann wären auch Zweifel an der Qualität der wissenschaftlichen Einsichten erlaubt - und die lassen sich in der Tat haben, weil so viele WissenschaftlerInnen tatsächlich kaum diesen Titel verdienen.

Demokratie? Hierarchie!

Betrachten wir den Sachverhalt so, dann hängt alles am Charakter der Hochschulgremien, die in die Forschungsorganisation eingreifen dürfen. Solche Eingriffe wären dann legitim, wenn es sich um Selbsteinwirkungen handelte, wenn also die an der Forschung und Lehre Beteiligten (als HochschullehrerInnen, MitarbeiterInnen und Studierende) sich bemühten, für ihre Arbeit eine bessere Organisationsform zu finden. Das entspräche dem Bemühen der Wissenschaften, in Forschung und Lehre fachübergreifend kritisch und selbständig zu denken und ein solches Denken zu fördern. Damit würde aus dem Innern wissenschaftlicher Erfordernisse zudem auch dem Selbstverständnis des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates entsprochen: es würden nämlich die Hochschulen sich freiheitlich und demokratisch selbst bestimmen. Dazu bräuchte es stärkere Entscheidungs- und Kontrollorgane als den Senat mit seinen 17 Mitgliedern, von denen neun HochschullehrerInnen sind. Denkbar wäre eine Versammlung von Fachbereichsvertretungen. Dort, wo die Gremien von WissenschaftlerInnen nur partikulare Interessen vertreten würden, dort, wo die Forschung eine autoritäre und antidemokratische Richtung annehmen würde, könnten ein Hochschulrat - der nicht aufgrund des Vorschlags des Präsidiums ausgewählt würde, dessen Aufgabe nicht nur auf die Artikulation der Erwartungen der Berufswelt an die Hochschulen begrenzt wäre, und in dem Personen aus allen gesellschaftlichen Gruppen repräsentiert wären - sowie MitarbeiterInnen und vor allem Studierende als Korrektur wirken, die mit den Hochschulen nur kurzzeitig verbunden sind. Diese Mitspracherechte der Studierenden als ein wesentliches Element einer demokratischen Hochschulverfassung wurden leider durch die Rechtsprechung verhindert. Ebenso ist auch die Vorstellung, Studierende könnten durch eine Evaluation die Qualität der Lehre und Forschung beeinflussen, zweckentfremdet worden, indem sich die Evaluationsdiskussion in eine ganz andere Richtung entwickelt hat. Evaluiert wird nicht die einzelne Tätigkeit der HochschullehrerInnen durch die betroffenen Studierenden, sondern die Durchlaufquote von Studiengängen, die Zahl der Abschlüsse, der Umfang der eingeworbenen Drittmittel, die Zahl der Veröffentlichungen von HochschullehrerInnen. Es entsteht eine gewaltige Evaluierungsbürokratie, die viel Zeit und Geld kostet. Viele HochschullehrerInnen sind damit befasst, dass sie ständig neu evaluiert werden oder andere evaluieren. Dort, wo die Evaluierung an private Einrichtungen übergeht, wird damit sehr viel Geld verdient, das den Wissenschaften genommen und ihnen fehlen wird. Die Freiheit von Forschung und Lehre hängt also an der Organisation der Hochschulen, und diese Organisation hängt an den Hochschulgremien. Deswegen ist es wichtig, auf die Hochschulgremien einzugehen. Sie stehen im Zentrum des Entwurfs des HHG. In der Begründung des Entwurfs wird der tragende Gedanke klar ausgesprochen. Der Gesetzesentwurf habe zum Ziel, das Hochschulpräsidium und die Dekanate als die operativen Organe der Hochschule zu stärken. Dies sei für den Wettbewerb und das Erfordernis der Profilbildung der Hochschulen erforderlich. Die entscheidende Rolle kommt dem Präsidium zu. Es leite die Hochschule und fördere mit den anderen Organen, den Fachbereichen und ihren Mitgliedern ihre zeitgerechte innere und äußere Entwicklung. Was zeitgerecht ist, wird - wie deutlich wurde - nicht autonom durch die WissenschaftlerInnen bestimmt, sondern durch das Gesetz: Wettbewerb und Profilbildung. Das Gesetz überschreitet seine Kompetenz, es nimmt den Hochschulen ihre Autonomie in dem Augenblick, in dem es sie ihnen verspricht und zwingt zu einer bestimmten Ausrichtung, die mit wissenschaftlichen Inhalten nicht viel zu tun hat. Zu diesem Zweck, aber eben nur zu diesem, bekommt das Präsidium das Recht, über die Entwicklungsplanung der Hochschule zu entscheiden, Zielvereinbarungen abzuschließen, Budgets zu-

zuweisen und den Strukturplänen der Fachbereiche zuzustimmen. Im Präsidium hat der Präsident die Richtlinienkompetenz. Er hat aber darüber hinaus auch deswegen eine stärkere Position, weil er eine Amtszeit von sechs Jahren hat, die Vizepräsidenten nur für fünf. Gewählt werden diese zudem aufgrund des Vorschlags des Präsidenten. Der Präsident kann sich demnach nach seinen Vorstellungen ein ihm genehmes Entscheidungsgremium zusammenstellen. Er entscheidet am Ende unkontrolliert und ohne institutionelle Gegengewichte über das, was als profiliert, was als wettbewerbsfähig gilt. War die Entwicklungsplanung bislang noch eng an den Senat gebunden, dem gegenüber der Präsident einmal im Jahr rechenschaftspflichtig ist - und der ihn abwählen könnte, was aber wenig wahrscheinlich ist -, so wird dies nun geändert. Denn bislang schlug das Präsidium dem Senat die Einführung und Aufhebung von Studiengängen vor. Dies darf es nun aus eigener Machtvollkommenheit: „Das Präsidium entscheidet nach Anhörung oder auf Vorschlag der Fachbereiche und nach Stellungnahme des Senats über die Einführung und Aufhebung von Studiengängen." (Entwurf HHG § 42 Abs. 5) Das Präsidium und der Präsident werden ermutigt zu entscheiden. Sie sollen sicherlich vorher noch konsultieren. Doch im Prinzip können sie, ohne Sanktionen befürchten zu müssen, Studiengänge errichten oder beseitigen. Das aber bedeutet, dass die Freiheit der Wissenschaft in einem ganz grundlegenden Sinn durch Organisation und Verwaltung eingeschränkt, wenn nicht beseitigt wird. Denn der Studiengang ist ja der konkrete Ort, an dem sich die Freiheit der Lehre und Forschung vollziehen muss. Was nutzt es den Wissenschaft¬lerInnen, wenn sie ihren Gegenstand frei wählen können, dieser aber aufgrund veränderter Profilierungsstrategien des Präsidenten organisatorisch nicht mehr gewünscht wird? Damit dies noch reibungsloser möglich ist, wird das Gewicht der fachlichen Gesichtspunkte bei der Wahl eines neuen Professors verringert. Denn die Berufungskommission, die im Prinzip nach fachlichen Gesichtspunkten entscheiden sollte, wird nun nicht mehr von den Dekanaten der einzelnen Fachbereiche allein, sondern „im Einvernehmen mit dem Präsidenten" eingesetzt. Der Präsident kann nun also durch die Auswahl der Kommissionsmitglieder steuern, welche inhaltlichen Schwerpunkte und wissenschaftlichen Kriterien besondere Relevanz erlangen. Die Rangeleien und Intrigen unter den WissenschaftlerInnen, die ohnehin irrational genug sind, können nun noch überlagert werden durch die Machtbestrebungen des Präsidenten und die Liebedienerei nach oben. Die Dekane ihrerseits werden wahrscheinlich dem Wunsch des Präsidenten keinen großen Widerstand entgegensetzen, denn der Dekan wird in Zukunft „auf Vorschlag des Präsidenten oder der Präsidentin" aus dem Kreis der dem Fachbereich angehörenden ProfessorInnen gewählt. Der Präsident, hier wird es ausdrücklich gesagt, erhält also die enorme Kompetenz, noch bis in den für die wissenschaftliche Autonomie sensibelsten Bereich, die Berufung und damit die faktische Wissenschafts- und Forschungsentwick¬lung, administrativ hineinzuregieren. Über den von ihm abhängigen Dekan und im Einvernehmen mit diesem kann der Präsident unmittelbar auf die personelle Zusammensetzung einer Kommission Einfluss nehmen und damit sicher stellen, dass von vornherein keine ihm möglicherweise missliebigen KandidatInnen aufgestellt werden. Sollte eine Kommission aufgrund fachlicher Überlegung einen Wissenschaftler auswählen, der dem Präsidenten nicht als zeitgerecht erscheint, also als jemand, der nicht in das Profil passt, das er für seine Hochschule vorgesehen hat, dann hat er das letzte Wort der Entscheidung. Denn das Recht zur Berufung eines Professors wird in Zukunft nicht mehr beim demokratisch gewählten und kontrollierten Minister, sondern beim Präsidenten liegen, der weder öffentlich noch in der Hochschule kontrolliert ist. Schließlich öffnet ihm noch eine weitere Regelung ein erhebliches Maß an Recht und Willkür. Das Präsidium entscheidet über die Leistungsbezüge der Professorinnen und Professoren. Dies aber bedeutet, dass die Präsidenten am Ende mit dem Mittel des Geldes signalisieren können, wen sie im Interesse der Universität für wichtig oder wenig wichtig halten. Dass dies schnell zu Mobbing oder Gesinnungsterror führen kann, indem Präsidenten die Höhe der Einkommen von Professoren als ein Instrument zur Regulierung von deren Willfahrigkeit nutzen, liegt auf der Hand.

Willkür und Autoritarismus

Die neuen Regelungen der Organisation der Hochschulen ändern ihre Struktur und das Wissenschaftsklima grundlegend. Alle relevanten, das Wissenschaftsleben betreffenden Entscheidungen werden von einer zentralen Stelle aus getroffen. Es handelt sich um ein „Top-down-Modell", das die Mitsprache von WissenschaftlerInnen nicht mehr vorsieht. Dies gilt auch und vor allem für den Bereich, der ihre Arbeit unmittelbar berührt. Organisationsveränderungen, die aus dem wissenschaftlichen Prozess, aus der wissenschaftlichen Diskussion angestoßen werden könnten, sind nahezu undenkbar. Verstärkt wir dies zum einen durch die Modularisierung der Studiengänge und zum anderen durch Leistungsverträge

zwischen den HochschullehrerInnen und Präsidien. Entscheidend wird der Wille einer Person, des Präsidenten, der seinerseits vom Gesetzesentwurf auf im Wesentlichen unwissenschaftliche Kriterien verpflichtet wird: Zeitgerechtheit und Wettbewerb. Doch in der Unbestimmtheit dieser Kriterien, die keiner demokratischen Kontrolle und keiner Diskussion unterliegen, sondern wie ein Naturgesetz die Politik, die Öffentlichkeit und nun auch noch die Wissenschaften beherrschen, kann sich der Opportunismus gegenüber herrschenden Trends und Moden, die Willkür und die Infamie kleingeistiger und despotischer Hochschulleitungen entfalten. Die Hochschulen werden zu Modellen praktizierten Autoritarismus, zu öffentlich finanzierten Einrichtungen, denen übergreifendes, kritisches Denken, denen die demokratische Haltung ausgetrieben wird. Jeder auf wissenschaftliche Argumente gestützte Dissens hinsichtlich der Gliederung der wissenschaftlichen Forschung und Lehre muss sofort mit einer Serie von Sanktionen rechnen: Aberkennung von Leistung oder gar Beseitigung von Studiengängen, mithin also des eigenen Fachgebiets. Das ist der Einzug der Autokratie in eine öffentliche Einrichtung, die als Teil des demokratischen Rechtsstaats selbst auf demokratische Prinzipien verpflichtet sein sollte. Das ist die Beseitigung von Wissenschaftlichkeit im Namen des Wettbewerbs. Das alles sind keine vagen Befürchtungen für die Zukunft, sondern wird schon praktiziert. Hier wird es gesetzesförmig ausbuchstabiert. Missliebige, randständige, für irrelevant gehaltene Studiengänge werden geschwächt oder geschlossen, weil sie angeblich nicht ins Profil einer wettbewerbsorientierten Hochschule passen, die Leistungen von HochschullehrerInnen oder Fachbereichen bei der Einwerbung von Drittmitteln werden von den Universitätsleitungen einfach manipulatorisch ignoriert. Nun könnte man ja einwenden, dass die Hochschulen sich dank der Initiative des Gesetzgebers selbst lenken werden, weil die Hochschulleitung aus WissenschaftlerInnen besteht, die doch sicherlich das Beste wollen. Das ist allerdings gar nicht sicher, weil ja die Stelle des Präsidenten öffentlich ausgeschrieben werden kann. Dabei ist nicht vorgesehen, dass es sich bei den BewerberInnen um WissenschaftlerInnen handeln muss. Darüber hinaus muss man auch die Wirkungen vor Augen haben, die die Logik des Amtes auf die Amtsträger haben. Werden es solche sein, die mit großem Weitblick, gelehrsamer Neugierde und Diskussionsbereitschaft, wissenschaftlicher Liberalität und persönlicher Großzügigkeit für die Sache der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre eintreten werden? Werden es jene Leader sein, die nach den neuen Managementmethoden nicht mehr autoritativ befehlen wollen, sondern in Netzwerken agieren, die Diskussion suchen und mit Visionen durch Konsens führen und Initiative anregen?

Duodezfürsten

Wenn es schon keine Demokratie an den Hochschulen gibt, dann möchte man wenigstens an den guten und kompetenten Herrscher glauben. Aber wie schon auf anderen Feldern wird eine solche Hoffnung wohl auch an den Hochschulen enttäuscht werden. Solche nahezu unkontrollierten Machtbefugnisse schaffen sich in der Regel ihr eigenes „Menschenmaterial“ - wie es Max Weber genannt hätte. Die Machtfülle muss jeden überfordern und korrumpieren und zu der Raserei und dem Wahn führen, alles durchzusetzen, was der eigene Wille und die Laune eingeben. Die Erfahrungen mit einigen Hochschulen zeigen, dass Präsidenten oder Rektoren bereits jetzt, wo Machtkompetenz noch nicht so groß ist, die Neigung haben, sich von den Gremien, den KollegInnen und der eigenen Verwaltung abzukoppeln und ihre Hochschulen absolutistisch wie Duodezfürstentümer zu leiten. Durch kein Organ wirklich der Kontrolle unterworfen oder korrigiert, können sie es sich leisten, das Ohr nur noch Schmeichlern, Intriganten, Kratzfüßlern zu öffnen. Der neue Sozialcharakter, der dem erwarteten Führungsstil entspricht, zeichnet sich bereits ab: es ist der hartleibige, schneidige Dezisionist, der von sich selbst übermäßig überzeugte, dem Cäsarenwahn verfallende, dem bürokratischen Geist und dem Dünkel der Allkompetenz verhaftete Potentat, der jeden sachlich-kritischen Einwand als Unbotmäßigkeit betrachtet und hinter der Maske höflicher Verbindlichkeit mit kaltem Durchsetzungswillen beantwortet, der anerkennungssüchtig den Großen dieser Welt hinterher läuft, von denen er gebraucht und gleichzeitig wegen seines Eifers belächelt wird. Der Präsident ist alles, die Wissenschaften sind nichts. Der demokratische Gesetzgeber würde also, indem er die Hochschulleitungen derart ermächtigte, nicht nur die Demokratie schwächen. Ebenso schlimm ist, dass auch etwas so Empfindliches wie die kreative und innovative wissenschaftliche Arbeit, die ohnehin an den Hochschulen so sehr bedroht und verhindert wird, durch die zu erwartende Reorganisation der Hochschulen weiteren und nachhaltigen Schaden nehmen würde. Nicht Hoffnung auf die guten Hochschulleiter, sondern Hoffnung auf die Rationalität der Wissenschaften bleibt, dass sie nämlich, die schon so viele autoritäre Zumutungen überstanden und überwunden haben, sich auch gegen diese behaupten werden.

Resolutionstext

Turmbewohner 12.06.2006 - 21:38

Resolution der studentischen Vollversammlung der Fachbereiche Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften

Die Studierenden des Turms mögen beschließen:

1. Keine Studiengebühren, in welcher Form auch immer! Studiengebühren verschärfen die soziale Ungleichheit und die bestehende, rassistische Ausgrenzung von Migrant_innen. Die in nur zwei Jahren stattgefündene Entwicklung von der Einführung von Langzeitstudiengebühren im Jahr 2003 bis zu der geplanten Einführung von allgemeinen Studiengebühren jetzt, im Jahr 2006 verdeutlicht, dass dies erst der Anfang eines rücksichtslosen Umbaus der Universität ist. Studiengebühren wären auch dann ein Instrument der sozialen Ausleese, wenn sie der Universität zu gute kommen würden. Bildung sollte weder reine Ausbildung noch Privileg sein, sondern ein Recht für alle!

2. Existenzgeld für alle! Statt Studiengebühren, die für die meisten Studierenden nur mit einem Dahrlehen zu bezahlen sind, fordern wir eine materielle Sicherung, die erst die Grundlage für gründliches Nachdenken, und damit eines sinnvollen Studiums bereitstellt. Eine Beschränkung der materiellen Existenzsicherung auf Studierende allein wäre elitär und mit jeglicher Vorstellung einer Gesellschaft, die das Ziel hat jedem und jeder die gleichen Chancen zu garantieren, unvereinbar. Der massive Abbau sozialer Sicherungssysteme und die fortschreitende Ökonomisierung der Gesellschaft bedrohen diejenigen, die für den Erhalt des Standorts als überflüssig erachtet werden (davon auch viele Akademiker_innen) in ihrer Existenz. Sich dieser Reduktion von Menschen auf Humankapital und Standortfaktoren in den Weg zu stellen, sollte selbstverständlich sein.

3. Für den sofortigen Rücktritt des Unipräsidiums und das Ende der feudalen Präsidialdiktatur! In Zuge der letzten Hochschulreform wurde die Stellung des Präsidiums immens gestärkt. Das Präsidium kann mittlerweile nach Belieben in den Entscheidungen der Fachbereiche herumpfuschen, was einen nicht hinnehmbaren Eingriff in die Autonomie der „demokratischen" Gremien der Fachbereiche darstellt.

4. Für die Ausweitung studentischer Mitbestimmung und eine Demokratisierung der Universität! Während Steinberg die Studierenden bestenfalls lästig sind, beharren wir darauf, dass Studierende, die immerhin den größten Teil der Universität ausmachen über diese entscheiden können, dass folglich ihre zahlenmäßige Überlegenheit im Sinne des demokratischen Gleichheitsgrundsatzes, in den universitären Gremien Repräsentanz erlangt.

5. Gegen die Abwicklung von als unrentabel geltenden Studiengängen. Wir wenden uns dagegen, dass Lehrstühle an den Fachbereichen des Turms unbesetzt bleiben. Wir fordern die sofortige Beendigung der Mittelkürzungen der Pädagogik um 7%, was einer schrittweisen Abschaffung dieses Fachbereichs gleichkommt. Wir wollen, dass die Sozialpädogik universitär bleibt und nicht wie jetzt an dieser Uni abgewickelt wird. Wir sind des weiteren gegen die Streichung der Professur für Mediensoziolgie, sowie Abschaffung des Instituts für Psychoanalyse. Wir sprechen uns gegen die Verhinderung von kritischer Wissenschaft an den Fachbereichen 03, 04 aus. Wir nehmen es nicht hin, dass die Politologie zu einer reinen Verwaltungswissenschaft regrediert.

6. Für mehr kritische Lehrveranstaltungen und Lehrende am Turm. Gerade kritische Lehrende und Studierende an den Turmfachbereichen können gegen die allgemeine Politik des Sozialabbaus und der antisozialen, autoritären Regierungspolitik eine diskursive Gegenhegeomonie organisieren, die in Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen der gegenwärtigen Politik ein Ende bereiten kann.

7. Gegen die Modularisierung von Studiengängen und die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen. Die Modularisierung der Lehramtsstudiengänge ohne eine bestehende Studienordnung, zeigt was auf uns zukommt, wenn bald auch Studiengänge in den Fachbereichen 03, 04 modularisiert werden. Die katastrophal chaotische Planung zu diesen Konzepten lässt nur den Schluss zu, dass auch diese Studiengänge eine stärkere Verschulung des Studiums, mehr Stress für die Studierenden und weniger Zeit für Disskussionen in den Seminaren mit sich bringen werden und damit die Studienbedingungen für alle Studierende am Turm noch weiter verschlechtern werden.

8. Gegen die Kriminalisierung des Studierendenprotestes Das Präsidium hat seit Beginn des Protestes die Sicherheitsvorkehrungen auf dem Campus enorm erhöht. Auf Steinbergs explizite Anweisung hin sind auf jeder Vollversammlung und auch bei kleineren Aktionen Polizei auf dem Campus und in den Gebäuden der Universität, die den Protest überwachen. Wir wenden uns gegen diese Einschüchterungsstrategie Steinbergs und fordern ihn auf, die Kriminalisierung des Studierendenprotestes zu unterlassen.

9. Für studentische Eigeninitiative und Selbstorganisation Die Möglichkeit Studierender sich zu

engagieren und ihre Kritik an der Universität und Gesellschaft zu artikulieren wurde in den letzten Jahren immer weiter eingeschränkt. Für politisches Engagement bleibt aufgrund immer straffer werdender Studienorganisation kaum noch Raum und Zeit. Es ist nicht hinnehmbar das das Verteilen von Flyern und Flugblättern in den Cafes des Studentenwerks verboten ist, die Studierenden jedoch gleichzeitig mit kommerzieller Werbung überschüttet werden. Wir fordern des weiteren mehr Mittel und Möglichkeiten für autonome studentische Initiativen, wie z.B. den Ausbau der autonomen Tutorien.

Die Besetzung des AfE Turms richtet sich gegen alle Formen von Studiengebühren, deren Einführung wir als Teil des Sozialabbaus begreifen. Diese Art des Protestes ist eine von vielen Möglichkeiten sich gegen die Einführung von Studiengebühren zur Wehr zu setzen. Bildung wird zukünftig nicht mehr als öffentliches Gut angesehen, was eigentlich demokratische Gesellschaften mit Chancengleichheit kennzeichnen sollte. Somit wird Bildung Marktgesetzen unterworfen und zur Ware gemacht. Darüber hinaus entkräftet die Blockade die falsche Sachzwangargumentation, die Studis müssten die Lehrveranstaltungen besuchen, um ihre Scheine zu machen. Jetzt haben alle Zeit sich aktiv an den Protesten zu beteiligen und gegen Studiengebühren auf die Straße zu gehen. Das ist übrigens die selbe Sachzwangargumentation, die völlig antidemokratisch und unterwürfig behauptet, Studiengebühren seien ohnehin nicht zu verhindern, was natürlich Unsinn ist.

Die Blockade des Turms steht im Kontext der während der aktuellen Studierendenproteste stattgefundenen und noch stattfindenden Gebäudebesetzungen in Marburg (Senat), Köln (Rektorat), Bonn (Rektorat), Duisburg (Rektorat), Siegen (Rektorat), Gießen (Bürgerbüro). Ebenso wie die anderen Besetzungen auch hat die Blockade des Turms bereits erheblichen Erfolg gehabt, da offensichtlich ist, dass nur durch konsequente Aktionen die Verhandlungspositionen der Studierenden gegebüber der hessischen Landesregierung, sowie der hiesigen Universitätsleitung verbessert werden kann. So sah sich das Präsidium auf Grund der Blockade in den letzten Tagen genötigt überhaupt ernsthaft mit uns Studierenden zu sprechen und Vertreter_innen der Universitätsleitung deuteten an, über Möglichkeiten nachzudenken die Studierenden in ihren Protesten zu unterstützen. Eine Situation, die so durchaus neu ist, wenn man bedenkt wie arrogant der Senat die Anliegen der Studierenden abgebügelt hat. Um die Situation für uns noch weiter zu verbessern, ist es notwendig die Blockade der Lehrveranstaltungen am Turm bis mindestens kommenden Montag aufrechtzuerhalten, damit unsere Forderungen erfüllt werden!

STUDIENGEBÜHREN BLOCKIEREN!

Resolutionstext und Bericht im Anschluss

An der Vollversammlung am heutigen Dienstag vor dem IG-Farbenhaus nahmen Studierende der Offenbacher Hochschule für Gestaltung, der Frankfurter Fachhochschule, sowie der JWG-Universität teil.

Sie verabschiedeten eine Resolution, in der sie sich gegen polizeiliche Repression und für die Amnestie aller im Zusammenhang mit den Protesten Belangten aussprachen. Zudem kritisierten sie die Berichterstattung der Medien, die einseitig die Meldungen der Polizei wiedergebe. Sie wandten sich gegen eine Spaltung der protestierenden StudentInnen in Friedliche und Militante, wie dies dem Frankfurter AStA-Vorsitzenden von einer Journalistin der FAZ in den Mund gelegt wurde.

Im Anschluss störten die Versammelten den gleichzeitig im „Casino“ des IG-Farben-Komplexes stattfindenden „Science Day“. „Bei dieser Gelegenheit zeigt sich deutlich, wie sich die Frankfurter Uni-Leitung die Universität wünscht. Wirtschaft und Politik geben vor, was zukünftig in der Universität gelehrt wird und sozial benachteiligte Studierende werden durch Studiengebühren aus der Universität gedrängt“, so die Sprecherin des AK Presse, Hannah Obmar.

Nachdem die Studierenden eine Veranstaltung in diesem Zusammenhang gesprengt hatten, setzten knapp 1500 KomilitonInnen ihren Weg über den Alleenring und die Friedberger Landstraße zur CDU-Geschäftsstelle auf der Hanauer Landstraße fort, wo es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, die die Stelle vor den aufgebrachten Studierenden schützte. Spontan setzte sich der Zug weiter über die Hanauer Landstraße in Richtung Autobahnkreuz Ost fort. Der Versuch, die Autobahn zu erreichen, wurde jedoch von der Polizei gewaltsam unterbunden, wobei mehrere Studierende festgenommen und andere verletzt wurden. Erneut wurde Pfefferspray gegen die Blockade der Studierenden auf der Hanauer Landstraße eingesetzt, um sie von der Autobahn fernzuhalten. Auch auf dem Rückweg Richtung Innenstadt ging die Polizei noch gegen die übrigen DemonstrationsteilnehmerInnen vor und nahm mehrere fest.

Hannah Obmar sagte dazu: „Wir haben unser Aktionsfeld auf die ganze Stadt ausgedehnt und fordern die Landesregierung ultimativ auf, die Pläne zu Studiengebühren ad acta zu legen. Ansonsten steht ihr eine heiße Weltmeisterschaft bevor. Dass die 1. Lesung zum dem geplanten Gesetz auf Juli vorgezogen wurde, ist ein klares Zeichen, dass die Regierung unter Druck gerät. Wir sind auf dem richtigen Weg.“

Abschließend wies Obmar auf den morgigen bundesweiten Aktionstag hin, der auch in Frankfurt ein weiteres Signal gegen Studiengebühren und Sozialabbau setzen werde.

Resolution auf der Vollversammlung der JWG-Uni Frankfurt, der FH Frankfurt und der Hochschule für Gestaltung Offenbach am 30.5.2006

1. Im Zuge der Proteste und Blockaden gegen die Einführung von Studiengebühren in Hessen kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen mit Polizeikräften, die versuchten, Demonstrationen gegen die reaktionäre Politik der Landesregierung aufzuhalten und Blockaden aufzulösen. Dabei wurden in ganz Hessen inzwischen mehrere Dutzend Kommilitoninnen und Kommilitonen brutal von der Polizei festgenommen. Mindestens ebenso viele wurden durch Knüppelschläge der Polizei und/oder Angriffe mit Gas verletzt. In Giessen wurde ein Kommilitone bei einer Blockade-Aktion von einem Zug erfasst und schwer verletzt. Obwohl die Polizei von der Route wusste, hielt sie es nicht für nötig den Zugverkehr zu stoppen.
Wir halten daher fest: Die hessische Polizei als Organ der Landesregierung versucht massiv, die Politik der Ausgrenzung und Ausbeutung gegen unseren Widerstand durchzuprügeln. Dabei nimmt sie keine Rücksicht auf die körperliche Unversehrtheit der DemonstrantInnen. Wir fordern ein Ende der Polizeigewalt und eine Amnestie für alle, im Zusammenhang mit den Protesten kriminalisierten Studierenden! Außerdem schließen wir uns der Forderung der Asten der Unis Giessen und Marburg an, die sich gegen die Kriminalisierung ihrer Vollversammlungen durch ständige polizeiliche Beobachtung aussprechen. Auch hier sind permanent Polizeibeamte in Zivil und Uniform vor Ort, die sogar von Steinberg eingeladen wurden, um uns zu bespitzeln. Wir fordern, dass sie verschwinden!

2. Trotz der offensichtlichen Polizeigewalt geben viele Medien die Stellungnahmen der Polizei vollkommen unkritisch wieder. Studierende, die sich gegen Angriffe der Polizei zu Wehr setzen und legitimen Widerstand gegen die Pläne der Landesregierung leisten werden als ?Chaoten? und ?Krawallmacher? diffamiert. Wir halten dagegen fest: Die Gewalt geht von einer Landesregierung aus, welche die Interessen der Menschen kapitalistischen Zwängen unterordnet. Die Gewalt geht ferner von Polizeikräften aus, die sich zu Schlägern im Dienste dieser Landesregierung machen. Wir fordern also die Beamtinnen und Beamten auf, sich von den Gewalttätern in den eigenen Reihen zu distanzieren. Gegen die Zerstörung unserer Lebensperspektiven werden wir uns jedenfalls auch weiterhin aktiv zur Wehr setzen. Wir fordern eine faire Berichterstattung darüber!

3. Seit Beginn der Proteste versuchen Polizei, konservative Medien und die Landesregierung, die Bewegung zu spalten, um effektiven Widerstand zu verhindern. Die FAZ kolportierte Äußerungen, die dem AStA-Vorsitzenden zugerechnet werden, in denen es heißt, er wolle mit der Polizei gegen die spontanen und direkten Aktionen der Studierenden vorgehen. Er wird mit Dankesworten an die Polizei zitiert, deren ?besonnenes Verhalten? gegenüber den Protestierenden er lobt. So wie der AStA in der FAZ und dann in anderen Medien zitiert wurde ist das falsch! Der AStA wurde bewusst falsch zitiert, um die legitimen Proteste gegen Studiengebühren zu spalten. Wer der Spaltung der Studierenden das Wort redet und militante Aktionen diffamiert, spielt der Landesregierung in die Hände. Dagegen setzen wir weiterhin auf Aktionen, die der Landesregierung weh tun. Wir, Friedliche und Militante, Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, stellen uns daher gemeinsam gegen alle Spaltungsversuche!

4. Innerhalb von drei Wochen ist es uns Studierenden durch entschlossene und selbstorganisierte Aktionen bereits gelungen, die Landesregierung in Bedrängnis zu bringen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Jetzt gilt es insbesondere, weitere vom Sozialraub betroffene Gruppen einzubinden. Wir rufen alle Menschen (wie z.B. Arbeitslose, Illegalisierte,...) deren Lebensperspektiven ebenfalls von der autoritären Politik der sogenannten Sachzwänge und des Standortlogik zerstört werden, dazu auf, mit uns zusammen auf die Straßen zu gehen. Wenn Roland Koch uns Studierende dazu aufruft die Blockaden und Proteste zu beenden und sich von ‚den Chaoten‘ zu distanzieren antworten wir: Sorry Roland, keine Chance. Wir sind alle ‚Chaoten‘! Und wir bleiben dabei! Für französische Verhältnisse! für einen anständigen Aufstand!

Uni brennt, Casinobesetzung, Bildungsstreik 2009

Do you remember Wissensfabrik?, oder: Warum auch 2009 die Universität zerschlagen werden muss

12 Thesen und ein unausgewiesenes Zitat zur Universität in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung des postfordistischen Kapitalismus und deren Überwindung*)

Martin Birkner, 26. November 2009

Im Folgenden soll thesenartig der Stellenwert der gesellschaftlichen Arbeitsteilung für die Aufrechterhaltung aber auch für die Überwindung kapitalistischer Verhältnisse nachgezeichnet werden. Im Zentrum dabei steht dabei einerseits „analytisch“ die gegenwärtige postfordistische Transformation des Kapitalismus und andererseits „politisch“ die Perspektive gesellschaftlicher Befreiung eingedenk dessen, dass es kein Außerhalb kapitalistischer Verhältnisse mehr gibt, zumal in den metropolitanen Regionen der Welt. Ein derartiger Blickwinkel hilft hoffentlich ein Stück weit dabei, die Unmöglichkeit fortschrittlicher bildungspolitischer Bewegungen und Forderungen ohne Berücksichtigung des gesellschaftlichen Kontextes sichtbar zu machen sowie die Suche nach kollektiven Formen eines emanzipativ orientierten Widerstandes gegen die Zumutungen der „Wissensgesellschaft“ voranzutreiben.

1. Wir leben im Zeitalter der reellen Subsumption der gesamten Gesellschaft unter das Kapitalverhältnis. Nicht mehr nur die Arbeit, sondern das ganze Leben wird – zumindest tendenziell – den Reproduktionserfordernissen des Kapitals unter- bzw. eingeordnet. Es gibt kein Außerhalb des Kapitalismus mehr – es sei denn, wir stellen künftig eines her.

2. Dies gilt auch für die Widerstände und emanzipativen Bewegungen gegen den Kapitalismus. Angesichts der Tatsache, dass selbst jene Bewegungen, an die sich historisch am ehesten anknüpfen ließe, letztlich zumindest zur Weiterentwicklung, wenn nicht zur Verfeinerung und Dynamisierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse beigetragen haben, kann es keinen archimedischen Punkt emanzipativer Kritik mehr geben. Der (National)Staat war dies ohnehin nie, aber auch die Parteiform oder das Sich-Berufen auf revolutionäre Subjekte „an sich“ ist Schnee von gestern. Stattdessen gilt es, den kapitalistischen Betrieb der Universität am Funktionieren zu hindern und gleichzeitig und gleichwertig eigene Formen der Wissensproduktion, -distribution und -aneignung zu entwickeln, eben eine transnationale solidarische Ökonomie des kommunen Wissens.

3. Die materialistische Lehre von der Veränderung der Umstände und der Erziehung vergisst, dass die Umstände von den Menschen verändert und die Erzieherin bzw. der Erzieher selbst erzogen werden muss. Sie muss daher die Gesellschaft in zwei Teile - von denen der eine über ihr erhaben ist - sondieren. Das Zusammenfallen des Änderns der Umstände und der menschlichen Tätigkeit oder Selbstveränderung kann nur als revolutionäre Praxis gefasst und rationell verstanden werden.

Da auch der postfordistische Kapitalismus zentral auf der Teilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit beruht, gilt es die Veränderungen dieser Arbeitsteilung zu erkennen. Diese Veränderungen aber sind selbst wieder von (vorangegangenen) Widerstandsbewegungen und sozialen Kämpfen abhängig (siehe These 2). Die Veränderung der klassischen kapitalistischen Arbeitsteilung zwischen „Kopf-“ und „Handarbeit“ wurde nicht zuletzt durch die 1968er-Bewegung und die zweite Frauenbewegung theoretisch und praktisch in Frage gestellt.

4. Das Bildungssystem und insbesondere die Universitäten waren und sind zentrale Institutionen dieser Arbeitsteilung. Ein Universitätsabschluss garantierte in hochfordistischen Zeiten mehr oder weniger die Teilnahme an der „kopfarbeitenden“ Elite. Der Übergang zur Massenuniversität, begleitet von den massiven sozialen Kämpfen der 1960er und 70er Jahre, führte zu einer Veränderung der zuvor relativ klaren und stabilen Trennungslinie zwischen Intelligenz und Proletariat. Damit einhergehend wurde der akademische Titel als allgemeines Äquivalent universitärer Bildung entwertet. Um dieser Entwertung entgegenzutreten, griff und greift der kapitalistische Staat zu administrativen Maßnahmen wie Zugangsbeschränkungen, Studiengebühren, knock-out-Prüfungen etc. Aber nicht nur das:

5. Die Veränderungen im postfordistischen Universitätsbetrieb führten zu einer verfeinerten Abstufung der Bildungsabschlüsse. Die scheinbare Paradoxie: Wir haben es mit Prozessen von Verschulung und neuer Elitenbildung gleichzeitig zu tun! Die Einführung von Fachhochschulen, Privatuniversitäten oder unzähligen Post-Graduate-Studiengängen soll eine eng an die ökonomischen Bedürfnisse angeschmiegte feinunterteilte Ausbildungslandschaft produzieren, ebenso die andauernden Reformen, Reformen der Reformen

etc. Dies lässt jedoch auch auf eine gewisse Hilflosigkeit der Herrschenden hinsichtlich der An- und Einpassung des postmodernen „Menschenmaterials“ an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes erkennen. Etwas besser ist dagegen die ideologische Reform gelungen: Kaum jemand studiert wirklich noch länger als die Mindeststudiendauer, die jetzt auch Regelstudiendauer heißt und der Anrufung der Studierenden als künftige ArbeitskraftunternehmerInnen wir weitgehend Folge geleistet.

6. Wer Elite sein wird, ist durch die Universität gegangen, der Umkehrschluss aber gilt nicht: Ein Universitätsabschluss ist heute eher Garant einer prekären Ich-AG-Zukunft als ein Sprungbrett in die Elite. Auf diese Veränderungen muss die kritische Selbstreflexion der studierenden Subjekte reagieren. Wir werden prekarisiert und proletarisiert. Studentischer Widerstand sollte sich daher auch als Klassenkampf, verstanden als verallgemeinerungswürdiger Kampf gegen das Klassifiziert-Werden, begreifen.

7. Ohne die konstitutive Miteinbeziehung genderkritischer und antirassistischer Analysen kann der komplexen Realität der universitären Landschaft – zumal in kritischer Absicht – nicht adäquat Rechnung getragen werden. Die sexistischen und rassistischen Arbeitsteilungen und Ausschlussmechanismen begrenzen einerseits (institutionell) den Zugang zu den Wissensinstitutionen, andererseits depotenzieren die herrschaftskonformen Varianten des ehemals subalternen Wissens (Stichworte: Diversity Management oder Gender Mainstreaming) die Sprengkraft von Theorie und Praxis eben dieses Wissens.

8. Kritische Wissenschaft darf sich nicht ausschließlich auf Wissensinhalte beschränken sondern muss mit Wissenschaftskritik, d.h. der Infragestellung der Identität als StudentIn bzw. WissenschaftlerIn ebenso einhergehen wie mit der Suche nach neuen, antihierarchischen und partizipativen Formen der Wissensaneigung bzw. -vermittlung. Theoretische und praktische Ideologiekritik ist nicht obsolet, ebenso wenig eine Kritik der wissenschaftlichen Arbeitsteilung in Disziplinen als herrschaftlich verfasste universitäre Funktionsäquivalente der Abteilungen in Fabriken und Ämtern oder der militärischen Waffengattungen.

9. Eine Kritik des postfordistischen Kapitalismus darf die Kritik der Universität ebenso wenig ausklammern wie eine universitäre Protestbewegung das Eingebundensein der Bildungsinstitutionen in den kapitalistischen Reproduktionszyklus. Das humboldtsche Bildungsideal war nie in Einklang mit dem kommunistischen Streben nach Herrschaftslosigkeit zu bringen, sondern basierte auf den humanistischen Vorstellungen bürgerlicher Gesellschaft – also herrschaftlicher verfasster und von Eliten geleiteter sozialer Verhältnisse.

11. Im zunehmend wissensbasierten Kapitalismus wird das Wissen heute selbst zur vergesellschafteten Produktivkraft. Dies bedeutet sowohl die Unterwerfung der Wissensproduktion unter den Akkumulationsimperativ des globalen Kapitalismus, ist jedoch gleichzeitig auch eine Chance, da die assoziierten WissensproduzentInnen des Postfordismus nicht mehr auf eine außerhalb ihrer Assoziation existierende planende oder anleitende Instanz angewiesen sind. Tendenziell kehrt das gesellschaftliche Wissen zu den ProduzentInnen zurück – die starren Trennungen des Fordismus – allen voran jene zwischen Hand- und Kopfarbeit – wurden und werden aufgeweicht. Dazu hat gesellschaftliches Wissen eine Eigenschaft, die es von materiellen Waren unterscheidet: Es verschwindet nicht beim Konsum, im Gegenteil vermehrt es sich dadurch und wird angereichert. Diese bietet der Perspektive der Wiederaneignung gesellschaftlicher Produktion in solidarischer Absicht einen optimalen „kommunen“ Nährboden: Wir brauchen zur Wissensproduktion weder Staat noch Kapital, vielleicht aber ganz rasch ein bedingungsloses Grundeinkommen.

12. Laut aktuellen Studien lebt rund die Hälfte der Studierenden in diesem Land an oder unter der Armutsgrenze, während Privatuniversitäten, Exzellenz-Cluster, Forschung im Dienste der neuen Kriege, industrienahe Lehrstühle und Drittmittelfinanzierung den Kapitalismus immer unvermittelter die ehemaligen Elfenbeintürme in deterritorialisierte Werkshallen der nunmehr gesellschaftlich gewordenen Fabrik verwandeln. Die Universität im Kapitalismus wird direkt zur kapitalistischen Universität: sie produziert als kapitalistisch strukturierte Bildungsinstitution mittels ECTS-Punkten und Noten als allgemeinen Äquivalent warenförmiges Wissen und damit die für den Kapitalismus wertvollste Ware: die Ware Arbeitskraft, einerseits vollständig unter das Kapitalverhältnis subsumiert und gleichzeitig, wie vorhin bereits angesprochen, potenziell autonom von seiner kapitalistischen Form. Da müssen wir durch.

13. Mögen die Räte der Massenintellektualität sich mit den multiplen Widerstandsbewegungen gegen die kapitalistischen Zumutungen vernetzen. Es gibt jedenfalls keine Chance mehr für ein Zurück zu halbstaatlichen Interessensvertretungen, fordistischen Mitsprachemodellen, es gibt keine vom gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang loszulösende „Bildungspolitik“, die

nicht Standes- und somit Standortpolitik wäre. Die Perspektive kann also nur lauten: “Bildung für alle und zwar umsonst!“ als antikapitalistische Parole zur Geltung zu bringen1, Räume besetzen, die Kosten in die Höhe treiben, die Zeit zurückerobern, solidarische Bildungsformen entwickeln, die Proteste ausdehnen und mit anderen verknüpfen, also letztlich, angelehnt an einen von Andre Gorz bereits 1970 unterbreiteten Vorschlag: die kapitalistische Universität am Funktionieren hindern. Es lebe die solidarische Ökonomie des globalen kommunen Wissens!

*) Die Thesen entstanden im Rahmen zweier Workshops im Kontext der universitären Protestbewegung an der Universität Wien. Mehr dazu unter unirot.blogsport.de und massenuni.blogsport.de

Fußnote:
1. so könnte vielleicht auch das Wörtchen „umsonst“ zu einer möglicherweise ungeahnten Bedeutung kommen; „Leistung“ ohne Gegenleistung ...

Die Enteignung der Bildung durch den Bologna-Prozess

Von Emanuel Kapfinger

Der Text basiert auf Diskussionen innerhalb der Hochschulgruppe „Demokratische Linke" an der Uni Frankfurt.

Der Bologna-Prozess erzeugt ein instrumentelles Verhältnis der Studierenden zum Studium und eine verdinglichte Wissenschaft. Seine Umsetzung besteht nicht bloß aus einer formal anderen Studienordnung. Vielmehr wirken deren Zwänge bestimmend auf die Subjektivität der Studierenden selbst. Stark erhöhte Leistungsanforderungen, beständige Leistungskontrollen und vorgegebene Studienplänen hinterlassen ihre Spuren in den Studierenden und haben ihre Wirkung darauf, wie diese ihr Studium angehen und welche Ziele sie darin verfolgen.

Kritik der Modularisierung

Das Schlagwort der neuen Studienordnungen ist die sogenannte Modularisierung. Die Fächer werden dabei in selbständig zu verfolgende Teildisziplinen, die „Module", aufgeteilt. Damit werden die für das Fach wesentlichen Verbindungen zwischen seinen Teildisziplinen aufgetrennt. Dies treibt den Unsinn einer Wissenszerstückelung, wie sie mit Fächern überhaupt gegeben ist, fort.

Zumeist schreiben die neuen Studienordnungen das Studium aller Module vor. Darin ist bis auf eine sogenannte Spezialisierung kurz vor Ende des Studiums keine individuelle Schwerpunktsetzung möglich, weder ein Studium von Bereichen außerhalb des Modulkanons, noch das Nichtstudium von Modulen, die dem eigenen Erkenntnisinteresse entgegenstehen oder für es nicht zielführend sind. Aber ein solches wird an der modernen Universität gar nicht mehr erwartet. Es wird vielmehr systematisch unterbunden.

Bildung erhält mit der Modularisierung ein Schema, das von anderer Stelle oktroyiert wird. Erstellt wird der Modulkanon in Gremien fernab des Einflusses der Studierenden. Mit ihm wird ein Design eines Akademikers entworfen, dessen Fähigkeiten wie aus dem Baukasten zusammengestückt sind. Was in der professoralen Vorstellung als modellhafter Akademiker fungiert, gerät später zum tatsächlichen Produkt der Bildungsfabrik, zu welcher die Universität derzeit umgestaltet wird. Dass Bildung nur mit Interesse an der Sache überhaupt funktioniert und gerade die Universität der Ort wissenschaftlicher Arbeit ist, wird nicht vergessen, sondern zielgerichtet hintertrieben. Die Kriterien dieses Akademiker-Designs werden nicht wissenschaftsimmanent, sondern nach vermeintlicher Marktnützlichkeit getroffen, denn der Bachelor gilt nicht als wissenschaftlicher, sondern berufsqualifizierender Abschluss. Solche Kriterien kann man zwar nicht als falsch bezeichnen; sie sind ja durchaus „gut gemeint" und sollen dem Absolventen zu Erfolg auf dem Arbeitsmarkt verhelfen. Aber Wissenschaft muss andere Zwecke verfolgen als der Markt. Sie muss zwar die Gesellschaft, das Gemeinwohl zum Zweck haben, aber nicht in der einseitigen und dem Gemeinwohl an und für sich entgegengerichteten Weise der Kapitalverwertung und der Herrschaftssicherung.

In manchen Studiengängen können zu Beginn des Studiums einige Module ausgewählt werden – die restlichen bleiben hier ganz außen vor, die Auseinandersetzung abseits dieser „Spezialisierung" erscheint als unnötig. Hier wird das Design, die Zusammenstellung des künftigen „gemachten Mannes" oder der „gemachten Frau", von den Studierenden selbst erstellt. Die Kriterien dieses Designs können in der Regel ebenfalls nicht wissenschaftsimmanent getroffen werden, weil zu Beginn des Studiums noch keine nähere Kenntnis des Fachs gegeben ist.

Durch die Modularisierung wird das ganze Studium starr vorgegeben. Die Bewegungsfreiheit und damit die Entfaltungsmöglichkeit im Studium sind daher stark eingeschränkt. Zusammenhänge zwischen den Teildisziplinen, die einem wissenschaftlich relevant erscheinen, können nicht verfolgt werden. Desgleichen sind vertiefte Beschäftigungen, die einem durch seine Entwicklung während des Studiums notwendig erscheinen, nicht möglich. Das Curriculum ist vorgegeben – erst „Basismodule", dann „Aufbaumodule", schließlich „Vertiefungsmodule" – und bestimmt so hoheitlich den Fortschritt der Studentin oder des Studenten. Eine selbständige Einschätzung ihrer Fähigkeiten wird ihnen nicht ermöglicht, ebenso entzieht diese Aufteilung in levels der Idee einer Lerngemeinschaft von älteren und jüngeren Studierenden den Boden: Beide Gruppen haben nur mehr selten miteinander zu tun. Schlechte und uninteressante Veranstaltungen können wegen der Teilnahmeverpflichtungen nicht abgebrochen werden.

Die Modularisierung ist der Feind des selbstbestimmten Studiums.

Das Bildungskonzept des Bologna-Prozesses

Der Modularisierung liegt eine Auffassung von Bildung zugrunde, für die selbige völlig abstrakt und dinglich ist, und neben der man gar keine andere mehr kennt. Deshalb versteht sich die Modularisierung nicht als

Zurichtung der Studierenden, sondern als Hilfe, als Vereinfachung des Studiums. Nach dieser Auffassung besteht Wissen aus reiner Information. Es kann objektiv festgehalten, klassifiziert und in solcher Stückung per „Lehre“ in der Studentin oder im Studenten gespeichert werden. Inbesondere geistes- und sozialwissenschaftlichem Wissen steht das unheimlich fern. Es ist dies eben der positivistische Wissenschaftsbegriff, wie er von der Kritischen Theorie stets kritisiert wurde. Theorie von dieser Art trachtet permanent nach Quantifizierung und Formalisierung aller Zusammenhänge, kennt dagegen keinerlei qualitatives Sinnverstehen. Sie meint, wissenschaftlich-neutral von der Gesellschaft unabhängig zu sein, während sie sich zugleich ohne Rest unter ökonomische Nützlichkeit stellt.

Entsprechend verläuft das Studium. Mit der Belegung des Basismoduls hat man das Grundwissen für die Teildisziplin erworben und erhält dies durch die bestandene Prüfung bestätigt. Man kann den Kurs abhaken. Es ist objektiv klassifizierter Wissenskanon, der aufzunehmen ist und abgeprüft werden kann. Die Modularisierung verkennt völlig Wissen als Resultat des Lernprozesses eines selbsttätigen und interessierten Subjekts, und selbst unter den Zwangsbedingungen der Modularisierung kann Bildung und Erkenntnis nur nach diesem Prinzip entstehen.

Adorno hat dieses verdinglichte Denken in einem Aphorismus in den „Minima Moralia“ auf den Punkt gebracht:

Der Gedanke, der Autonomie verlor, getraut sich nicht mehr, Wirkliches um seiner selbst willen in Freiheit zu begreifen. ... Zu seinen Gegenständen verhält es [das Denken] sich wie zu bloßen Hürden, als permanenter Test des eigenen in Form Seins. Überlegungen, die sich durch Beziehung zur Sache und damit vor sich selber verantworten möchten, fordern den Argwohn heraus, sie seien eitle, windige, asoziale Selbstbefriedigung. (Adorno, Minima Moralia, Aph. 126).

Die Mechanisierung des Lernens

Die neuen Studienordnungen multiplizieren aber auch die Leistungsanforderungen, während sie gleichzeitig die Studienzeit beschränken. Ist etwa der Bachelor nach acht Semestern nicht abgeschlossen, folgt die Zwangsexmatrikulation. Denjenigen, die den neuen Studienordnungen ausgesetzt sind, wird ein enormes Pensum, unzählige Prüfungen und Hausarbeiten abverlangt. Alle Noten im Studium gehen unmittelbar in die Abschlussnote ein. Das erhöht den Druck noch einmal und reduziert Lernen auf den Zweck der Bestnote. Die Wahl von Lehrveranstaltungen nach Interesse wird unter diesem Pensum unmöglich. Man kann sich nur mehr im vorab gewählten Modulschema bewegen.

Ohnehin lastet das große Leistungspensum mit derartigem Druck auf einem, dass die zahllosen Teilnahmeverpflichtungen, Seminare, schriftlichen Arbeiten nur schwerlich mit Interesse und Freude an der Sache verfolgt werden können. Die Leistungen erscheinen stattdessen als ungeliebter Aufwand, zu dem man keine andere Beziehung hat, als dass er für das Studium eben zu erbringen ist. Es findet hier keine subjektive Identifizierung mit der Sache statt. Insofern die Studierenden am Zweck des Studiums festhalten, wird ihnen die Selbstentfremdung aufgezwungen, eine ihnen gleichgültige Sache aufzunehmen, geistig zu verarbeiten, auswendig zu lernen. In Zeiten großen Drucks, die wegen der unzähligen Leistungen im modularisierten Studium häufig sind, fehlt einem die Energie, aus eigener Motivation zu lernen. Tag für Tag befindet man sich angesichts der geforderten Leistungen im Hintertreffen, Lesen wird eine rein mechanische Tätigkeit, Aufgaben schematisch bearbeitet. Nichts wird hinterfragt, weitergedacht, auf eigene Erfahrungen bezogen. Man wird auf eine bloße Funktion, den Mechanismus eines Lernens reduziert. „Ich habe mein Leben für mein Studium geopfert,“ äußerte sich ein Bachelor-Student zu seinem Studium.

Nicht nur die Studierenden sind durch solche Kontrollinstrumente getroffen. Auch berufliche wissenschaftliche Arbeit an den Universitäten ist ähnlichen Zwängen ausgesetzt, etwa der Einwerbung von Drittmitteln und einer hohen Pro-

duktivität, und tendiert so gezwungenermaßen zu demselben Arbeitsverhalten.

Das wissenschaftliche Studium

Das Anliegen eines wissenschaftlichen Studiums wird durch die Modularisierung so gut wie unterbunden. Ein solches Studium gilt der wissenschaftlichen Aufarbeitung eigener Fragen, es eignet sich den Literaturkanon des Fachs in kritischer Auseinandersetzung an und hat vor allem die Ausbildung einer eigenen Position zum Ziel. Das Arbeiten an eigenen Themen oder bloß nur mit anderen Studierenden wird unter diesem Pensum zeitlich unmöglich. Wer mehr tut als nötig, wird für verrückt erklärt. Aber Studieren ist ohnehin nicht länger selbständige Bildungsarbeit, sondern das getreue Mitschreiben jedes Worts des Professors und sogar noch seiner Powerpoint-Präsentation. Mit der vielgepriesenen aber unerwünschten Kundenmentalität mahnt man den Professor ab, wenn er die Präsentation zu schnell durchklickt, als dass man mit dem Schreiben noch mitkommen könnte. Sich andere Themen zu setzen als den akademisch anerkannten und gesellschaftlich sanktionierten Kanon, im kritischen Studium ja täglich' Brot, zeugt nur von flegelhaftem Eigensinn, der sich ein Urteil über einen Autor doch noch gar nicht anmaßen kann.

Was soll das Ganze?

Eine ganz ähnliche Kritik kann man übrigens schon in der SDS-Hochschuldenkschrift von 1960 anlässlich der damaligen Studienstruktur lesen. Nachdem die Studentenbewegung eine Demokratisierung der Hochschule und eine Liberalisierung des Studiums erkämpft hatte, geht das Hochschulwesen heute reaktionär wieder zu starren Studienstrukturen zurück. Die heutige Tendenz besteht in der Erschaffung des unmündigen Studenten, der nicht denken und erkennen, sondern Datenmaschine fungieren soll, der sich nicht in die Kritik von Wissenschaft und Gesellschaft vertiefen, sondern sein Studium unter ökonomischen Gesichtspunkten planen soll. Vielleicht ist das aber gerade der Akademiker, den das Kapital unter den gegenwärtigen Verwertungsbedingungen braucht: der keine Fragen stellt und in der vorgegebenen Aufgabe immer noch unter Einhaltung von Effizienzkriterien selbständig arbeiten kann. Dem der Bezug zur Sache gleichgültig ist. Der gewohnt ist, unter Druck und ohne Sinn für sich durchzuhalten. Das wäre es jedenfalls, was wir heute im Studium wirklich lernen.

Zur Strategie des Studierendenprotestes in der gegenwärtigen Krise des Kapitals
Von Emanuel Kapfinger

Im folgenden Artikel plädiert Emanuel Kapfinger für eine strategische Umorientierung des Studierendenprotests. So wie bisher für freie Bildung, soll nun für die „Emanzipation der Ausbildung für Arbeit“ gekämpft werden. Er vollzieht damit den argumentatorischen Schritt vom Vorwurf der im Neoliberalismus von der Wirtschaft abhängigen und beeinflussten Hochschule zu der damit verbundenen Position der Studierenden. Letztere würden in der derzeitigen Hochschule für eine dem Neoliberalismus angepassten Arbeit ausgebildet werden, die sich wie das Kapital selbst seit den 1970er Jahren in einer sich stetig verschlimmernden Krise befinden würde. Diese theoretischen Überlegungen werden in dem Artikel mit einer Analyse der sozialen und politischen Lage der Studierenden heute dargestellt. Außerdem werden Wege aufgezeigt, die zu einem effektiven Widerstand gegen die derzeitige Hochschulpolitik mit einem neu politisierten und radikalisierten Bewusstsein führen können. Der Artikel erschien erstmals 2012 in der Broschüre „Tanz auf dem Vulkan - Zeitschrift in der Krise“, die im Rahmen der „No Troika“-Proteste in Frankfurt erschien. (Anmerkung der Redaktion)

Das gegenwärtige Studium befindet sich in einer desolaten Lage: Jedes Semester muss man aufs Neue das Kunststück der zeitlichen Organisierung von Job und Uni-Kursen hinbekommen. Immer wieder kann man ein Seminar, das einem wichtig wäre, nicht besuchen, weil man arbeiten muss. Jede Woche müssen mehrere Aufsätze abgegeben werden, schafft man das mehr als einmal nicht, ist man in dem Kurs durchgefallen. Typischerweise sitzt man dann vor dem Abgabetermin bis spät in die Nacht an dem Aufsatz, mit der Folge, dass man nicht ausgeschlafen ist und sich tags drauf nur schlecht konzentrieren kann. Oft kommt es so dick, dass man den Stoff nur mehr unverstanden in großen Mengen in sich hineinstopfen kann, damit es eben für eine prüfungstaugliche Wiedergabe hinreicht. Von einem Interesse am Studium keine Rede. Am Horizont droht die Suche nach dem Arbeitsplatz, die schlechte Aussichten bietet und einem die eigene Zurichtung zur Arbeitskraft aufzwingt, mit unbezahlten Praktika, Zusatzkursen, und markttauglichen Studienschwerpunkten.

Das politische Ziel der Studierendenproteste in den letzten Jahren war die Wiederherstellung einer Hochschule, in der freie Bildung, Wissenschaft und Persönlichkeitsentwicklung möglich ist. „Bildung ist keine Ware“ war der Slogan der Bewegung.

Ich möchte hier für eine grundlegend andere strategische Ausrichtung des Studierendenprotests argumentieren: Studierende müssen als Proletarierinnen begriffen werden und die Bewegung nicht auf freie Bildung, sondern die Emanzipation der Ausbildung für Arbeit ausgerichtet werden. Also nicht gegen Arbeit, sondern für eine andere Arbeit. sowie die Aufnahme weiterer sozialer Themen, vor allem Wohnen und Jobben. Ich werde im folgenden zeigen, dass der bildungsbürgerlichen Proteststrategie analytische Fehler zugrundeliegen: Die Hochschulreformen sind nicht die Folge von neoliberaler Ideologie und Politik, sondern der globalen Krise des Systems seit den 70ern, und die zunehmende Ausrichtung der Hochschule auf den Arbeitsmarkt entspricht der stark zunehmenden Bedeutung von geistiger Arbeit in unserer Gesellschaft. Für die Ausrichtungsänderung des Protestes, wie ich sie vorschlage, ist zudem, im Gegensatz zum aktuellen Protest, auch die soziale Basis vorhanden.

Der Zustand der Universität

Die gegenwärtigen Probleme der Studierenden sind in der Krise des Kapitals begründet, die sich seit den 70er Jahren immer mehr zuspitzt und sich seit Ende der 90er weltweit in Zusammenbrüchen einzelner Wirtschaften sowie gegenwärtig in kurz aufeinander folgenden globalen Crashs manifestiert.

Für die Hochschule bedeutet das, knapp zusammengefasst, zweierlei. Zum einen gehen mit der Krise ein geringeres Steueraufkommen und gleichzeitig höhere Staatsausgaben einher. Dies lässt die Staatsverschuldung steigen und zwingt den Staaten eine gegenwärtig immer radikalere Sparpolitik auf. Dies betrifft auch die Hochschulen und äußert sich dort u. a. in Mittelknappheit bezüglich Räumen und Lehrenden, der Einführung von Studiengebühren und einer gewaltsamen Verkürzung des Studiums, d. h. im Bachelor.

Zum andern stehen im Zuge der Krise die Renditen der Unternehmen seit Jahren unter starkem Druck. Um die Unterhehmen in dieser Lage zu unterstützen, müssen die Staaten daher möglichst günstige Wirtschaftsbedingungen schaffen, was sich z. B. in den letzten Jahren im Zwang zur Arbeit durch Hartz IV oder der weitgehenden Lockerung des Leiharbeitsrechts ausdrückte. Weil die Wirtschaft in den Industriestaaten heute zu einem großen und zunehmenden Teil in geistiger Arbeit (IT-Industrie, Forschung, kreative Industrie usw.) besteht, stehen die Hochschulen dabei im Zentrum der Bemühungen um Wettbewerbsfähigkeit.

Hierbei geht es darum, das Produkt der unternehmerischen Hochschule, sprich die Studierenden, geeigneter für ihre spätere Arbeit zu machen, so-

wohl durch die Aneignung einer bestimmten Subjektform als auch durch bestimmte Methoden und Kenntnisse. Ersteres etwa in den Fähigkeiten, sinnleere und schematische Arbeit auszuhalten oder sich selbst zu disziplinieren, um ohne Zeitverlust durch eigene Interessen das Geforderte „just-in-time" bis zur Deadline zu liefern. Außerdem wird durch die neuen Formen der Studiengänge, mit ihren vervielfachten Anwesenheits- und Leistungspflichten und den strengen Vorgaben bezüglich der Studieninhalte die subjektive „Anpassungsfähigkeit" an alles, was von außen gefordert wird, weiter befördert. Zudem werden die Studierenden durch bestimmte Methoden und Kenntnisse, die im Studium gelehrt werden und die sich durch einen besonderen „Praxisbezug" auszeichnen, das heißt, durch eine erwartete ökonomische Nützlichkeit, auf den Arbeitsmarkt vorbereitet.

Die angestrebte belastbare Subjektform wird durch die neuen Formen der Studiengänge umgesetzt, durch vervielfachte Anwesenheits- und Leistungspflichten und durch sehr strenge Vorgaben bezüglich der Wahl der Studieninhalte. Der Praxisbezug der Lehrinhalte wird nur einzeln, nicht systematisch „von oben" durchgesetzt, und wird eher durch das Eigeninteresse der Studierenden an ihrer Vermarktbarkeit gesichert, so dass etwa Fremdsprachenkenntnisse, softskill-Zusatzkurse oder die Wahl eines bestimmten Studienschwerpunktes von ihnen selbst verfolgt werden.

Wie das alles im Einzelnen aussieht, und wodurch es konkret verursacht wurde, ist sehr komplex und kann hier nicht im Einzelnen dargestellt werden. Allgemein kann man aber sagen, dass sich die Hochschule vom Massenbildungsbetrieb der 60er bis 80er, der nicht durch seine innere Struktur schon für den Kapitalismus ausbilden musste, zu einer regelrechten Fließbandproduktion von Akademikern wandelte, die zunehmend in allen Facetten auf die Verwertungslogik zugeschnitten ist. Die Hochschule musste zwar immer schon für den Arbeitsmarkt ausbilden, aber in Zeiten relativen wirtschaftlichen Wohlstands war es dem Staat möglich, ihr eine gewisse innere Freiheit einzuräumen. In Zeiten vermehrten wirtschaftlichen Drucks muss sie nun jedoch, gerade aufgrund ihrer Bedeutung für die heutigen Arbeitsprozesse, auch von innen auf die Erfordernisse dieser Arbeitsprozesse zurechtgetrimmt werden.

In den Studierendenprotesten der letzten Jahre stand die Kritik an der „Ökonomisierung der Bildung" im Vordergrund. Sie sind damit durch ein „Zurück zu" den Freiheiten der Hochschule der 70er Jahre charakterisiert. Dies ist jedoch der gegenwärtigen objektiven Tendenz der Lage der Studierenden kaum mehr angemessen.

Die Studierenden sind, wie die arbeitenden Akademikerinnen, objektiv proletarisiert. Geistige Arbeit ist bereits seit mehreren Jahrzehnten, aber mit steigender Tendenz, ein notwendiges und relativ großes Element im Produktionsprozess. Die Hochschule ist damit de facto, den objektiven Anforderungen und dem eigenen Anspruch nach, ein Ausbildungsbetrieb für die Massen der arbeitenden Intelligenz geworden – und kein Freiraum mehr für ein zu verwirklichendes Bildungsideal.

Da die Lage der Universität in der Gesellschaft sich auf diese Weise verändert hat, muss sich auch der Studierendenprotest auf diese veränderten Umstände einstellen. Die Studienbedingungen sind keineswegs zufällig so desaströs, sondern weil sie systematisch darauf ausgerichtet sind, auf die Arbeit in der Wissensgesellschaft vorzubereiten. Nicht aufgrund eines Eindringens der Managementideologie in die Universität, sondern weil es den objektiven Zwängen zur Verwertung entspricht, wird die ehemals einer Elite zukommende freie Bildung durch eine massenhafte Fließbandproduktion von Akademikerinnen ersetzt. Die Hochschulreformen sind also nicht bloß eine Folge neoliberaler Ideologie, sondern folgen dem verstärkten Verwertungszwang des Kapitals in Zeiten vermehrter globaler Konkurrenz und Überakkumulation.

Der Studierendenprotest muss daher von diesen veränderten Bedingungen ausgehen: Er muss das Studium als Moment der gegenwärtigen gesellschaftlichen Organisation der Arbeit begreifen und zu einem Widerstand gegen deren kapitalistische Form werden. Er muss die heutige Hochschule zusammen mit der gegenwärtigen Organisation der Arbeit bekämpfen.

Strategische Neuorientierung

Diese notwendige Veränderung des Studierendenprotestes hat auch eine strategische Bedeutung. Zum einen kann ein solcher Protest dabei an wirklich vorhandene und radikalere Interessen der Studierenden anknüpfen. Ihre Lebensbedingungen werden schwieriger, ihre Konkurrenz und die damit verbundene Arbeitslosigkeit ist hoch.

Obwohl der Leidensdruck für die Studierenden enorm ist, befinden sie sich – wie der Rest der Gesellschaft – in einer desolaten Lage, was ihre Politisierung und Organisierung angeht, und damit auch in Bezug auf Möglichkeiten des Widerstands. Das Gefühl politischer Ohnmacht, Zukunftsangst, soziale Fragmentierung und ein ständiger Leistungsdruck sind weit verbreitet und verhindern Widerstand wie Erkenntnis über die eigene Lage überhaupt.

In dieser Situation könnte die Thematisierung sozialer Probleme, denen

die Studierenden materiell und unmittelbar ausgesetzt sind – der psychisch und physisch zerstörerische Leistungsdruck, die düstere Perspektive auf die künftige Arbeit, die Studienfinanzierung, die Arbeit neben dem Studium, das Versinken in Studienkrediten, der knappe und teure Wohnraum –, im Umkreis der Studierendenproteste und das Aufzeigen radikalerer Wege zu ihrer Behebung zu einer neuen Bewusstseinsbildung führen. Denn im Selbstverständnis der Studierenden im Studium geht es nicht mehr um freie Bildung für die Teilnahme an einer gebildeten bürgerlichen Gesellschaft. Das Studium verstehen sie in erster Linie als Eintrittsticket in die Arbeitswelt und wird von ihnen auch so organisiert.

Seit mehreren Monaten wird bereits vielerorts die Wohnungssituation von Studierenden – im Zusammenhang mit Initiativen für das „Recht auf Stadt“ außerhalb der Hochschule – als Hauptproblem mit in den Fokus gerückt. Die gegenwärtige und künftige Arbeit von Studierenden hingegen wird politisch kaum erwähnt. Vor allem von Gewerkschaftsseite gibt es hier zwar Initiativen, aber diese sind recht geringfügig und zahm.

Zum andern kann mit einer veränderten Ausrichtung des Studierendenprotestes, gegen das Interesse der Verteidigung von ständischen Interessen und Privilegien im Bildungsprotest, auf eine proletarische Bewusstseinsbildung unter Studierenden hingearbeitet werden und damit auf eine Solidarisierung mit Menschen in nicht-intellektuellen Arbeitsverhältnissen. Denn trotz der objektiven Proletarisierung der Akademikerinnen bleiben gewisse Privilegien geistiger Arbeit – gehobenes Einkommen, leichtere und sinnhaftere Arbeit, subjektiver Wertgewinn durch die Verkörperung von Bildung und Kultur – dennoch weiterhin bestehen, ebenso wie die Herrschaft der geistigen Arbeit über die körperliche. Studierende haben ein distinguiertes Bewusstsein, das am Erreichen privilegierter sozialer Positionen interessiert ist und eben darum Herrschaft verinnerlicht hat. Sie sind, obwohl objektiv Proletarierinnen, am Erhalt des Privateigentums und der Klassenteilung interessiert und haben die Erwartungen der Autoritäten gegen sie als ihren eigenen Willen verinnerlicht. Dem entspricht das widersprüchliche Bewusstsein des Kleinbürgers aus der klassischen marxistischen Theoriebildung. Dieses Interesse am Privileg muss von den Studierenden überwunden werden – ansonsten werden sie die Ausbeutung und die Gewalt des Kapitals gegen die Menschen, auch gegen ihre eigenen Interessen weiterhin verteidigen. Die Thematisierung sozialer Probleme in der Studierendenpolitik könnte hier zu einer Einsicht in die eigene Klassenlage und zu einer Gemeinschaft mit Emanzipationsbewegungen in anderen gesellschaftlichen Bereichen führen. Kommt es zu einer Solidarisierung von Kämpfen, dann könnten Studierende mit ihren spezifischen Fähigkeiten – zum Beispiel gesellschaftstheoretisches oder juristisches Wissen – andere Menschen unterstützten, wie umgekehrt diese mit ihren Fähigkeiten Studierende.

Radikalisierung des Studierendenprotestes

Die Hochschulreformen sind nicht bloß eine Folge der neoliberalen Ideologie, sondern haben grundsätzlichere Notwendigkeit. Die Probleme der Hochschule werden sich daher auch nicht durch gute Argumente und durch Forderungen nach Verbesserung lösen lassen, etwa durch Proteste, Demonstrationen, durch den Gang in Parlamente und Gremien.

Eine reale Möglichkeit, auf dem Weg von Reformen etwas zu ändern, hat der Studierendenprotest nur, wenn er sich zu einem wirklichen Widerstand an der Hochschule radikalisiert, und sich in eine gesellschaftliche Bewegung gegen die aktuelle Schulden- und Krisenpolitik integriert. Ersteres würde bedeuten, dass durch den Widerstand an der Hochschule ein Schaden entsteht, der finanziell höher liegt, als die Reformen einbringen und weiter einbringen können, ähnlich wie es im Arbeitskampf ein Streik tut. Der Studierendenprotest muss sich aus objektiven Gründen, um seine eigenen Ziele zu erreichen, zu einem materiellen Widerstand radikalisieren, und zu einem tatsächlichen Bildungsstreik werden. Ein solcher könnte z. B. in einer kollektiven Verweigerung von Prüfungsleistungen bestehen, was die Studienzeiten für einen Jahrgang und damit auch die Kosten für die Hochschule und den Staat vergrößern würde.

Zum andern kann der Studierendenprotest nicht isoliert gegen die eigentlichen Ursachen der gegenwärtigen Hochschulpolitik kämpfen, da diese systemisch sind und daher auch nur von einer gesamtgesellschaftlichen Bewegung modifiziert werden können. Der Studierendenprotest muss sich daher am allgemeinen Widerstand gegen die aktuelle Krisen- und Sparpolitik beteiligen.

Weder ein materieller Widerstand gegen die derzeitige Hochschulpolitik noch eine Bewegung gegen die Krisenpolitik wird aber die Krise des Kapitals beheben, weil sie nicht die eigentlichen Ursachen der Krisen bekämpfen können. Entsprechend wird auch eine wesentliche Besserung des Studiums so nicht zu erreichen sein. Hierfür muss der letzte Grund der Krise selbst überwunden werden, die kapitalistische Produktionsweise. Wir müssen gegen die Herrschaft des Kapitals die Selbstorganisation der Menschen setzen.

Ausblick

Holen wir uns die Uni zurück? Schaffen wir das? Und wie? Hat sie uns je gehört?

Was können und wollen wir überhaupt erreichen, wenn nicht die konkreten Entscheidungen der Uni-Leitung das Problem sind, sondern die Gesellschaft, in der wir leben?

Wann kehren wir dem Feudalismus in der Universität den Rücken? Werden wir irgendwann demokratische Verhältnisse in den Uni-Gremien haben?

Wird eigentlich alles immer schlimmer oder können wir noch Verbesserungen bewirken?

Welche Formen der Aneignung sind am I.G.-Farben-Campus möglich?

Wie kann die Universität wieder zum Lebensraum werden?

Wie begegnen wir Unterdrückung und Kriminalisierung von Protest und studentischem Leben?

Woher nehmen wir die Zeit und die Energie?

Was sind sinnvolle Formen von Protest?

Bringt es etwas, mit der Uni-Leitung zu verhandeln? Bringt es etwas, nicht mit ihr zu verhandeln? Kann man mit ihr überhaupt verhandeln?

Ist erst der Edding oder erst das Putzmittel leer?

Wo findet mein Lesekreis statt?

Wie weit wollen wir gehen?

Warum werden wir nicht gehört?

Wie weiß ist die Wand?

Was wollen wir lernen?

Wie geht es eigentlich PEGgy?

Wohin zieht das Institut für vergleichende Irrelevanz? Wohin das Tuca?

Wie wollen wir unsere Uni gestalten?

Wann ist die nächste Aktion?

Wie muss Kritik formuliert werden, sodass sie nicht von vorne herein als „Ideologie" abgetan wird?

Was wollen wir auf jeden Fall durchsetzen, egal wie sehr wir daran gehindert werden? Und wie?

Wo ist unser Studihaus?

Ist studentisches Leben am Campus noch erwünscht?

Wo ist eigentlich die Kritische Theorie geblieben?

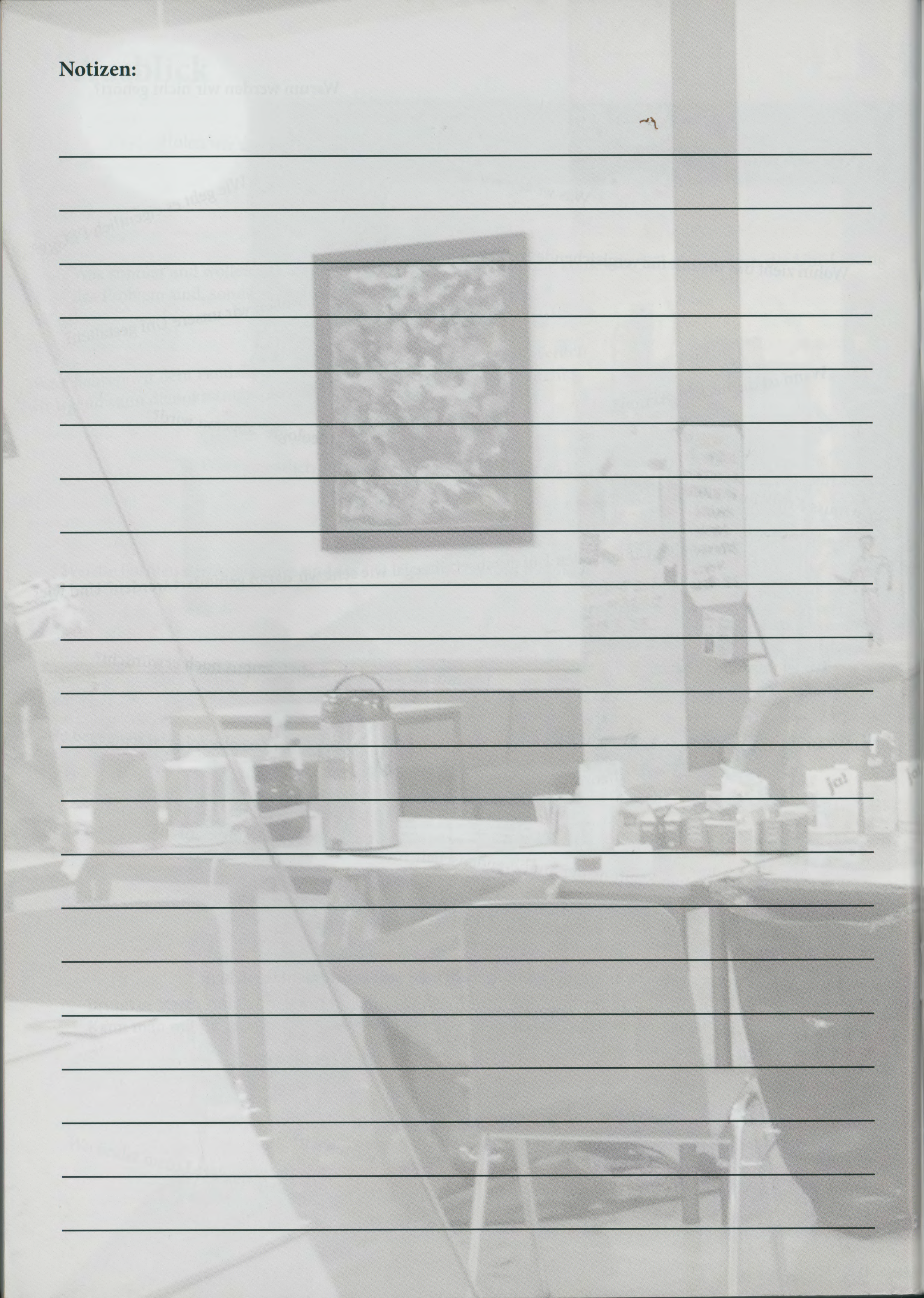
Wie beugen wir einer Spaltung der Studierendenschaft vor oder gibt es diese automatisch?

Versteht uns das Präsidium nicht oder will es uns nicht verstehen?

Was wollen wir lernen?

Worauf warten wir?

Notizen:





„Die Studentenbewegung ist, obwohl revolutionär in ihrer Theorie, in ihren Triebbedürfnissen und ihren letzten Zielen keine revolutionäre Kraft, vielleicht nicht einmal eine Avantgarde, solange keine Massen vorhanden sind, fähig und willens, sich ihr anzuschließen; dennoch ist sie das Ferment der Hoffnung in den übermächtigen und erstickenden kapitalistischen Metropolen: sie bezeugt die Wahrheit der Alternative – das wirkliche Bedürfnis und die wirkliche Möglichkeit einer freien Gesellschaft."

Herbert Marcuse